

DER BÜRGER IM STAAT

4-2010



Südamerika

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 4–2010
60. JAHRGANG
ISSN 0007–3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL

Britta Könen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit
dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Daten-
trägern sowie Einspeisung in Datennetze nur
mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Hans-Joachim König Südamerika auf dem Weg ins 20. Jahrhundert	348
Nikolaus Werz Revolutionen, Staatsstreiche, Populismen	360
Dieter Boris Historische und aktuelle Tendenzen der Sozialstrukturentwicklung	368
Wilhelm Hofmeister Demokratie in Südamerika	376
Juliana Ströbele-Gregor Emanzipationsbewegungen indigener Völker in Lateinamerika	384
Sabine Kurtenbach Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit in Südamerika	392
Eva Karnofsky Alltags- und Populärkultur: Lateinamerika steht für Vielfalt	400
Hartmut Sangmeister Wirtschaftlicher Strukturwandel und ungleiche Entwicklung in Südamerika	408
Bettina Hoyer Lautloser Aderlass oder „Bau einer gemeinsamen Zukunft?“	416
Wolf Grabendorff Südamerikas internationale Position und regionale Kooperation	422

THEMA IM FOLGEHEFT

Ländlicher Raum

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Die südamerikanischen Staaten haben einen beachtlichen Weg der politischen Transformation zurückgelegt. Die Demokratie hat in Südamerika – gerade mit Blick auf die historischen Erfahrungen – erstaunlich fest Fuß gefasst. Die sozialen und politischen Konfliktlinien sind dennoch weiterhin existent.

Die Staaten Südamerikas haben sich in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht politisch und wirtschaftlich auseinanderentwickelt. Was aber verbindet die Länder trotz aller Vielfalt? Neben der Zugehörigkeit zum romanischen Sprachraum ist es das Erbe der kolonialen Vergangenheit. Die heutige Staatenwelt und Sozialstruktur Südamerikas hat ihre Wurzeln in der Kolonialherrschaft. Im 19. Jahrhundert wurden die südamerikanischen Staaten politisch unabhängig, in der sozialen und gesellschaftlichen Struktur allerdings überdauerten die Hypothesen der Vergangenheit. Dies schließt die ungleiche materielle Teilhabe und Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrags mit ein. Auch ökonomisch sehen sich die südamerikanischen Staaten häufig mit vergleichbaren Entwicklungslinien und -prozessen sowie letztlich mit gleichartigen Herausforderungen konfrontiert.

Der Beitrag von Hans-Joachim König entfaltet die politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungslinien der südamerikanischen Staaten auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Die Etappen der staatlich-politischen Entwicklung weisen eine ähnliche zeitliche Abfolge und Gemeinsamkeiten auf. Obwohl sich die neuen Staaten nach der Abkehr von Spanien und Portugal dem modernen Europa zuwandten, gelang es ihnen zunächst nicht, eine eigene nationale Identität zu schaffen und eine Ordnungsmacht mit einer durchsetzungsfähigen (Zentral-)Regierung zu etablieren. Dies begünstigte in der Folge das Aufkommen autoritärer Herrschaftsformen. Die zweite Phase des Konsolidierungsprozesses – beginnend in der Jahrhundertmitte – stand für viele Staaten unter dem Zeichen des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. Handels- und Bildungsbürgertum übernahmen die Staatsgewalt und forcierten die politische und wirtschaftliche Modernisierung. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts schließlich lässt sich eine Phase der autoritären Konsolidierung

feststellen. Zum ersten Mal übernahm der Staat Ordnungsfunktionen zur Entwicklung des Landes. Im wirtschaftlichen Sektor wurden grundlegende Weichenstellungen vorgenommen. Der Export von Agrarprodukten und Rohstoffen sowie die Vernachlässigung der Binnenwirtschaft schufen neue wirtschaftliche Abhängigkeiten, verfestigten letztlich die Eigentums- und Besitzverhältnisse und verzögerten merklich den Übergang zu modernen Industriegesellschaften. Am Ende des 19. bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die meisten Staaten Südamerikas politisch konsolidiert; sie besaßen einen ausgesprochen oligarchischen, nicht-demokratischen und sozial streng hierarchischen Charakter.

Seit den 1980er und 1990er Jahren etablierten sich in vielen Staaten Südamerikas demokratische Regierungen. Trotzdem sind unsere Vorstellungen von Lateinamerika durch die Bilder von Revolutionären, Putschisten und Populisten geprägt. Nikolaus Werz entfaltet und erörtert diese drei Schlüsselbegriffe. So ist mit Blick auf den Begriff der Revolution zunächst zwischen angekündigten, scheinbaren und letztlich vier realen Revolutionen im 20. Jahrhundert zu unterscheiden. Revolutionen sind in Lateinamerika nicht zum Motor der Geschichte geworden. Trotz der demokratischen Konsolidierung in den vergangenen zwei Dekaden und der internationalen Ächtung ist der Staatsstreik in Einzelfällen immer noch ein Mittel der Politik. Der Populismus schließlich – die dritte Konstante – ist ungeachtet seiner verschiedenen Spielarten ein langlebiges Phänomen. Formen populistischer Demokratie sind in Südamerika gerade deshalb so häufig, weil die repräsentative Demokratie bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht wirklich populär ist.

Die soziale Ungleichheit in Südamerika ist mithin ein Erbe der kolonialen Vergangenheit des Kontinents. Die bis heute fortbestehende Ungleichheit, die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sowie nicht zuletzt die Kraft- und Mächteverhältnisse können auf dem Wege einer angemessenen Sozialstrukturanalyse erklärt und verständlich gemacht werden. Dieter Boris analysiert die grundlegenden ökonomischen Spannungs- und Spaltungslinien der südamerikanischen Gesellschaften. Für

die Entwicklung der Sozialstrukturen werden vier Phasen der Differenzierung seit der Unabhängigkeit bis heute unterschieden: (1) die Post-Unabhängigkeitsperiode (1825–1860/70); (2) die Phase des „Export-Import-Systems“ (1870/80–1930); (3) die Periode der „Importsubstituierenden Industrialisierung“ (1930–1980); (4) die „neoliberale Phase“ (1982 bis etwa 2000). Entlang dieser vier Phasen wird die Lage gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Klassen sowie deren Verhältnis zu den Grundachsen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtgefüges erörtert.

Dominierten in den 1970er Jahren in Südamerika noch Militärregime, können die 1980er Jahre als Jahrzehnt der Demokratisierung bezeichnet werden. Trotz all ihrer Schwächen und Probleme hat sich die Demokratie als vorherrschende Regierungsform durchgesetzt. Obwohl die Südamerikaner diese Staats- und Regierungsform bevorzugen, belegen Meinungsumfragen, dass nur eine Minderheit der südamerikanischen Bevölkerung mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden ist. Die Akzeptanz demokratischer Systeme wird in Südamerika vor allem daran gemessen, welchen Beitrag sie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen leisten. Die Menschen erwarten von den Demokratien sozialen Fortschritt. Wilhelm Hofmeister zeigt die Grundzüge der Demokratisierung in den einzelnen Staaten Südamerikas auf. Er benennt die Besonderheiten der Demokratieentwicklung, zeigt aber auch die Schwäche demokratischer Regierungen angesichts sozialer und wirtschaftlicher Probleme, die die Wahl populistischer Politiker begünstigen und – so geschehen in Peru und Venezuela – zu autoritären Regressionen führen.

Indigene Bewegungen in Südamerika sind seit den 1990er Jahren ein nicht zu übergehender politischer Faktor geworden. In Mexiko, Guatemala und den Andenstaaten Ecuador, Bolivien und Kolumbien beschränken sich ihre Organisationen und Projekte nicht nur auf die Interessenvertretung eines sich als Indigene definierenden Teils der Bevölkerung. Ihr Aktionsradius hat sich ausgeweitet. Juliana Ströbele-Gregor zeigt, dass indigene Bewegungen als Sprachrohr der Unzufriedenen und Benachteiligten auftreten und in der Lage

sind, ein breites soziales Protestpotential über die eigenen Reihen hinaus zu mobilisieren. Dabei bauen sie immer wirkmächtiger ihre Rolle als Bündnispartner jener gesellschaftlichen Kräfte aus, die für grundlegende Reformen oder alternative Gesellschaftsmodelle eintreten

Blickt man auf Südamerika, so ist es nicht die zwischenstaatliche Sicherheit, die für Schlagzeilen sorgt. Im Fokus der Wahrnehmung stehen vielmehr Drogenhandel und organisiertes Verbrechen sowie die Kriminalität in den Großstädten, die Gewalt und Unsicherheit zur Alltagserfahrung werden lassen. Die Ausdrucksformen, die Gewalt annehmen kann, haben sich in den letzten zwei Dekaden in den Staaten Südamerikas verändert. Die Gewalt hat sich weitgehend entpolitisiert. An die Stelle klassischer Guerillakriege, staatlicher und parastaatlicher Unterdrückung oppositioneller Bewegungen ist nunmehr die Alltagsgewalt getreten. Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit sind in Südamerika im Hinblick auf die Ursachen, Entwicklungen und die innerregionalen Unterschiede höchst unterschiedlich präsent. Anhand von Daten und konkreten Beispielen erörtert Sabine Kurtenbach, welche Formen Gewalt und Unsicherheit annehmen. Nach einem Überblick über die beteiligten Akteure werden Dynamiken und Ursachen der Gewalt systematisiert. Abschließend werden Ansatzpunkte und Möglichkeiten der Einhegung von Gewalt und zur Herstellung von Sicherheit dargelegt.

Lateinamerikas Alltagskultur wird – so Eva Karnofsky – von verschiedensten Faktoren geprägt. Über Staatsgrenzen hinweg gestaltet sich das Leben in der kalten, dünnen Luft der Anden anders als in heißen Küstenregionen, als im tropischen Regenwald des Amazonastieflandes oder in den grünen Weiten der Pampa. Die indigenen Völker, die bereits vor der spanischen und portugiesischen Kolonisation auf dem Kontinent siedelten, waren ebenso verschieden in ihren Sitten und Gebräuchen wie es Spanier und Portugiesen waren. Und auch die Struktur der Einwanderung in den Jahrhunderten nach der Kolonisierung war nicht homogen: Die Vorfahren von Brasiliens schwarzer Bevölkerung brachten andere Essgewohnheiten und andere Rhythmen mit als die russischen, japanischen oder niederländischen

Einwanderer, als chinesische Immigranten in Peru, deutsche in Chile oder italienische Siedler in Argentinien oder Uruguay. Und nicht zuletzt drückt auch die politische und wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder der Populärkultur ihren Stempel auf. Eine Diktatur bringt zwangsläufig andere Lieder hervor als ein demokratisch regiertes Land, und Armut zwingt zu anderen Lebensgewohnheiten als Reichtum.

Seit gut einem Jahrzehnt erlebt Südamerika einen beachtenswerten wirtschaftlichen Aufschwung, der Wohlstandszuwächse zeitigt. Gleichwohl ist Südamerika in ökonomischer Hinsicht ein heterogenes Gebilde aus großen und kleinen Volkswirtschaften, die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Modellen und Ordnungsvorstellungen folgen. Aufgrund dieser Vielfalt trifft das Klischee eines Entwicklungslandes mit „typischen“ Strukturmerkmalen nur noch für einige wenige Länder zu. Hartmut Sangmeister erörtert den wirtschaftlichen Strukturwandel, die Heterogenität und die markanten Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit südamerikanischer Länder. Trotz regionaler Kooperationen, die zum Teil in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, ist Südamerika von regionalem Freihandel und wirtschaftlicher Integration noch weit entfernt. Die Liberalisierung der Außenwirtschaft und die differenzierte Struktur der Exportpalette haben neue Märkte erschlossen. Die Ausfuhr von Energieträgern sowie von mineralischen und nicht-mineralischen Rohstoffen führten zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den aufstrebenden Wirtschaftsmächten China und Indien. Die ökonomische Inwertsetzung des vorhandenen Naturkapitals erfordert eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Reichtümer und ein effizientes Management der Umwelt. Zwar sind Natur- und Umweltschutz in mehreren Ländern verfassungsrechtlich verankert – aber zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit besteht häufig eine Kluft.

Die Initiative zur regionalen Infrastrukturintegration IIRSA ist ein gigantisches Unterfangen. Mehr als 500 einzelne Projekt in den Bereichen Energie, Transport und Kommunikation sollen die Einbindung Südamerikas in die Weltwirtschaft forcieren und die „regionale Integration“ des Halbkontinents fördern. Die Einzelprojekte entstehen entlang

von zehn miteinander verbundenen Entwicklungs- und Infrastrukturachsen, die Südamerika von Nord nach Süd, von Ost nach West durchschneiden. Bettina Hoyer zeigt, dass dieses „pharaonische“ Projekt auf natürliche Ressourcen sowie auf soziale Folgekosten für die indigene Bevölkerung wenig Rücksicht nimmt. Für Umweltverträglichkeitsstudien und Untersuchungen darüber, welche Auswirkungen die Projekte auf die indigenen Völker haben, sind trotz immenser Investitionskosten keine Mittel vorgesehen.

Lateinamerika wurde als Akteur im internationalen System bisher eher gering eingeschätzt. Dominierten zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch europäische Mächte in Südamerika, etablierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die USA als Hegemonialmacht. Südamerika bewegte sich lange Zeit eher im „Windschatten“ der Weltpolitik. Mit Beginn und während des Kalten Krieges – zumal unter dem Eindruck der kubanischen Revolution (1959) und der Kuba-Krise (1962) – änderte sich dies gravierend. Zeitweilig gewann man den Eindruck, dass südamerikanische Staaten unter dem Einfluss der USA in die Rolle von Klientelstaaten gerieten. Erst in diesem Jahrhundert beginnt Südamerika – und dort vor allem Brasilien – als wichtiger Akteur in der internationalen Politik aufzutreten. Seit der Jahrtausendwende mehren sich die Anzeichen für eine Neuverortung und größeren Einfluss Südamerikas in der internationalen Politik. Wolf Grabendorff erörtert in seinem Beitrag die einzelnen Phasen sowie Epochen der südamerikanischen Außenpolitik. Die Darstellung berücksichtigt die Außenbeziehungen zu den USA, zur Europäischen Union (EU) und zu Deutschland sowie die interregionalen Integrationsversuche und Kooperationen in Südamerika selbst.

Alle Autorinnen und Autoren wollen mit ihren Beiträgen detaillierte Informationen vermitteln und Fakten bereitstellen, die für das Verständnis des komplexen Themas wichtig sind. Allen Autorinnen und Autoren sowie Herrn Wolf Grabendorff, der mit fachlichem Rat wesentlich zum Entstehen des Heftes beigetragen hat, sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Siegfried Frech

Südamerika auf dem Weg ins 20. Jahrhundert

Hans-Joachim König

Der Beitrag von Hans-Joachim König entfaltet die politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungslinien der südamerikanischen Staaten auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Die Etappen der staatlich-politischen Entwicklung weisen eine ähnliche zeitliche Abfolge und Gemeinsamkeiten auf. Obwohl sich die neuen Staaten nach der Abkehr von Spanien und Portugal dem modernen – nicht-iberischen – Europa zuwandten, gelang es ihnen zunächst nicht, eine eigene nationale Identität zu schaffen und eine Ordnungsmacht mit einer durchsetzungsfähigen (Zentral-)Regierung zu etablieren. Dies begünstigte in der Folge das Aufkommen autoritärer Herrschaftsformen. Die zweite Phase des Konsolidierungsprozesses – beginnend in der Jahrhundertmitte – stand für viele Staaten unter dem Zeichen des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. Handels- und Bildungsbürgertum übernahmen die Staatsgewalt und forcierten die politische und wirtschaftliche Modernisierung, d.h. die Einbindung in das internationale Staatensystem sowie in die Weltwirtschaft. Die zeitgleich entstehenden Parteien entwickelten sich entlang der Konfliktlinie zwischen liberal und konservativ gesinnten Gruppierungen. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts schließlich lässt sich eine Phase der autoritären Konsolidierung feststellen. Zum ersten Mal übernahm der Staat Ordnungsfunktionen zur Entwicklung des Landes. Im wirtschaftlichen Sektor wurden grundlegende Weichenstellungen vorgenommen. Der Export von Agrarprodukten und Rohstoffen sowie die Vernachlässigung der Binnenwirtschaft gingen zu Lasten der indianischen Bevölkerung und der einheimischen Handwerker, schufen neue wirtschaftliche Abhängigkeiten, verfestigten letztlich die Eigentums- und Besitzverhältnisse und verzögerten merklich den Übergang zu modernen Industriegesellschaften. Am Ende des 19. bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die meisten Staaten Südamerikas politisch konsolidiert; sie besaßen einen ausgesprochen oligarchischen, nicht-demokratischen und sozial streng hierarchischen Charakter.

Einleitung

Als die südamerikanischen Staaten ins 20. Jahrhundert eintraten, konnten sie zwar auf fast einhundert Jahre politi-

sche Souveränität zurückblicken, nicht jedoch auf politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität.¹ Sie befanden sich allenfalls am Beginn des Weges zu gesamtgesellschaftlicher Entwicklung. Denn der politische Wandel von der Kolonialzeit zur Eigenstaatlichkeit hatte sich innerhalb der bestehenden sozialen hierarchischen Struktur abgespielt und diese nicht grundsätzlich geändert.² Mit den Staatsgründungen im Anschluss an die Unabhängigkeitsrevolutionen zu Beginn des 19. Jahrhunderts war in Südamerika der Prozess der Staatenbildung eigentlich nur in dem Teil abgeschlossen, der den außenpolitischen Bereich betraf. Die neuen Staaten Argentinien³, Bolivien, Brasilien⁴, Chile⁵, Ecuador, Neu-Granada/Kolumbien⁶, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela⁷ hatten sich gegenseitig anerkannt, und damit waren auch fürs Erste die jeweiligen Staatsgrenzen festgelegt. Zu kriegerischen Auseinandersetzungen kam es erst später, wenn einzelne Staaten wie Chile oder Paraguay das überregionale Gleichgewicht zu stören schienen oder wenn wie im Grenzgebiet zwischen Kolumbien und Venezuela, zwischen Ecuador und Peru oder zwischen Peru und Chile ertragreiche Bodenschätze gefunden oder vermutet wurden. Die Anerkennung in den 1820er Jahren durch europäische Staaten wie Großbritannien, die Niederlande und durch die USA erfolgte zwar zögerlich, doch bestand ab 1830 an der Faktizität der neuen Staaten kein Zweifel mehr, auch wenn Spanien seine ehemaligen Kolonien erst nach Jahrzehnten anerkannte.

Der innenpolitische Bereich bedurfte jedoch weiterer Stabilisierung und Konsolidierung. Um die jeweilige neue staatliche Einheit zu sichern und vor einem möglichen Auseinanderfallen oder vor Abspaltungen zu bewahren, erwies es sich als notwendig, die vorhandenen, zum Teil ökonomisch begründeten, zum Teil durch persönliche Interessen von Caudillos provozierten Partikularismen und Regionalismen zu überwinden. Konkret ging es darum, zu einer Übereinkunft zunächst über die Staatsform, Monarchie oder Republik, und dann über die Regierungsform, zentralistische oder föderalistische Ordnung, zu gelangen und Institutionen, überhaupt eine Staatsgewalt zu schaffen, die ge-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

genüber der Gesellschaft bzw. gegenüber vielfältigen gesellschaftlichen Interessengruppen als Ordnungsmacht, als politisches Koordinations- und Regulierungszentrum fungieren konnte. Zudem galt es, bei der Bevölkerung, zumindest bei den wichtigen Gruppen der Oberschicht, Loyalität gegenüber dem jeweils neuen Staat zu erreichen bzw. voranzutreiben und Identifizierung mit ihm zu stimulieren. In den meisten südamerikanischen Staaten vollzog sich dieser schmerzhaft Prozess der politischen Konsolidierung durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch. Schmerzhafte deshalb, weil er von zum Teil heftigen Bürgerkriegen wie in Argentinien, Chile, Kolumbien und Venezuela begleitet war oder Gebietsabtretungen wie in Paraguay während des Tripelallianzkrieges (1865–1870) sowie in Bolivien und Peru während des sogenannten Salpeterkriegs (1879–1884) beinhaltete. Aus einem der Bürgerkriege in Kolumbien ging 1903 mit US-amerikanischer Hilfe sogar der souveräne Staat Panama hervor. Brasilien, dessen relativ

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Ein Graffiti mit Simon Bolívar als Mittelpunkt des Bildes erinnert an den wichtigsten Unabhängigkeitskämpfer Südamerikas. Simon Bolívar (1783–1830) ist es zu verdanken, dass Venezuela – sein Mutterland –, Kolumbien, Ecuador und Peru die politische Souveränität erlangen konnten.

picture alliance/dpa

Gütern oder durch Binnenkolonisation und zum anderen eine gezielte Einwanderungspolitik sowie schließlich die Verbesserung der Infrastrukturen.

Trotz regionaler Unterschiede auf dem Weg ins 20. Jahrhundert lassen sich bei den politischen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklungslinien ähnliche zeitliche Phasen und gewisse gemeinsame Grundzüge feststellen, die es erlauben, in diesem Überblicksbeitrag die südamerikanischen Staaten als ein Ganzes zu behandeln, allerdings mit Differenzierungen, wo dies möglich ist.

Etappen staatlich-politischer Entwicklung

Die unabhängig gewordenen Staaten Südamerikas wandten sich mit ihrer neu erlangten Souveränität politisch von Spanien und Portugal ab. Diese Abkehr, die sich in den ehemaligen spanischen Kolonien heftiger als in Brasilien vollzog, da Spanien sie völkerrechtlich nicht anerkannte, bedeutete jedoch keine völlige Abwendung von Europa. Im Gegenteil, die neuen Staaten wandten sich nun, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dem modernen, nicht-iberischen Europa zu. Die politischen Führungsschichten der neuen Staaten versuchten, sich an England, an seinen politischen Strukturen und seiner Industrialisierung, sowie am revolutionären Frankreich mit den politischen Vorstellungen von Demokratie und Bürgeraktivität auszurichten. Simón Bolívar, einer der wichtigsten Unabhängigkeitskämpfer, hat diese Sichtweise einschließlich der Kritik an Spanien in seiner berühmten Eröffnungsrede des venezolanischen Kongresses von Angostura am 15. Februar 1819 zum Ausdruck gebracht.⁸ In dieser Rede stellte er die zentralen Probleme dar, mit denen die Träger der Unabhängigkeitsbewegung hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung der neuen Staaten fertig werden mussten: Zunächst wies Bolívar auf die Schwierigkeit hin, eine eigene Identität vorweisen zu können, da die Kreolen – als die wichtigste Gruppe

friedlicher Übergang von einer Kolonie Portugals zu einer selbstständigen konstitutionellen Monarchie das Auseinanderbrechen des riesigen Territoriums verhindert hatte, erlebte im Laufe des 19. Jahrhunderts einige staatsgefährdende Rebellionen, konnte aber die staatliche Einheit bewahren. 1889 schafften es republikanische Kräfte, in einem Putsch den Übergang von der Monarchie zur Republik zu vollziehen. Am Ende des 19. bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die meisten Staaten politisch konsolidiert, zumindest was den territorialen Bestand sowie die Regelung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralgewalt und den Regionalgewalten in den Staaten betraf. Da ein wesentlicher Grund für die Unabhängigkeitsrevolutionen das Bestreben der Kreolen gewesen war, sich von den handelspolitischen Beschränkungen der iberischen Kolonialmächte zu befreien und entsprechend den naturgeographischen Ressourcen ihrer Länder am Welthandel teilzunehmen, betrieben in allen südamerikanischen

Staaten die herrschenden politischen Gruppen eine entsprechende Wirtschaftspolitik. Vom geltenden europäischen Wirtschaftsliberalismus geprägt und modernen, nicht-iberischen Wertvorstellungen folgend sahen sie seit der Mitte des Jahrhunderts ihre Entwicklungsmöglichkeit vordringlich in der Förderung ihrer jeweiligen Exportgüter, tropischer Agrarprodukte oder Bergbauprodukte, also im Außenhandel. Denn in den Jahrzehnten zuvor waren Versuche, mit dem Instrument des Protektionismus eine eigene Industrie aufzubauen, wenig erfolgreich gewesen. So traten die südamerikanischen Staaten in die Phase der „Entwicklung nach außen“ ein. Mit einer Reihe von flankierenden Maßnahmen hofften die Regierungen, positive Ergebnisse zu erzielen: Dazu gehörten zum einen die Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Zuteilung von bisher ungenutztem Staatsland, die Auflösung, d.h. Individualisierung von noch aus der Kolonialzeit bestehendem indianischem Gemeinschaftsbesitz und kirchlichen

der neuen Staaten – weder Europäer noch im Unterschied zu den Indios echte Amerikaner seien. Er kritisierte dann die spanische Kolonialpolitik, welche die Kreolen nicht genügend an den politischen Entscheidungen beteiligt und überhaupt die Kolonialbevölkerung insgesamt nicht auf kreative politische und gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe vorbereitet habe, so dass sich die Staatenbildung unter enormen Schwierigkeiten vollzöge. Einer dieser Schwierigkeiten, nämlich der Frage eines sinnvollen und machbaren Regierungssystems, widmete Bolívar besondere Aufmerksamkeit. Seiner Meinung nach sollten sich die jungen südamerikanischen Staaten in Überwindung ihres iberischen Erbes an Grundstrukturen moderner Staaten orientieren, weniger an den USA, sondern an Frankreich und England. Tatsächlich lehnten sich die Verfassungen der jungen Staaten, die sich eine republikanische Staatsform gaben, teilweise an die liberale spanische Verfassung von Cádiz von 1812, teilweise an andere europäische Modelle an und waren als Präsidialverfassungen konzipiert. Verfassungsrechtliche Einschränkungen wie vor allem das Zensuswahlrecht, ferner die Manipulation von Wahlen oder die Praxis politischer Patronage verhinderten jedoch einen allgemeinen Demokratisierungsprozess. Im Übrigen waren mit der Erlangung der politischen Souveränität noch keine stabilen und funktionierenden Staaten entstanden, die in der Lage gewesen wären, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu gestalten. Schon der Weg zur Unabhängigkeit und der Prozess der Loslösung waren durch fehlenden Konsens und vielfältige Auseinandersetzungen unter den Kreolen gekennzeichnet gewesen. In den meisten neuen Staaten setzten sich solche Konfliktsituationen auch in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit fort. Bis weit in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein herrschte in den jungen Staaten mit Ausnahme von Chile und Paraguay eine chronische politische Instabilität, die sich u. a. darin äußerte, dass oft aus Militärrevolten hervorgegangene Regierungen in kurzen Abständen einander ablösten oder Verfassungen nur kurze Gültigkeit besaßen bzw. entsprechend der politischen Couleur umgeschrieben wurden. Die politische Geschichte der meisten jungen Staaten im 19. Jahrhundert war dadurch charakterisiert, dass nach dem Fortfall der kolonialen Ordnungsmacht mit der jeweiligen Staatsgründung keine neue Ordnungsmacht entstand, d.h. keine starke und durchsetzungsfähige (Zentral)Regierung vorhanden war, und dass einige der neuen Staaten sich zeitweise in regionale Machtbereiche, ja

sogar autonome Teilstaaten auflösten und erst am Ende des Jahrhunderts oft unter autoritärem Vorzeichen eine innerstaatliche Stabilisierung erlangten.⁹

Fragmentierung und schwache Ordnungsmächte

Nach der Staatsgründungsphase, die – Brasilien ausgenommen – unter liberalem Vorzeichen stand, folgte eine eher konservativ zu kennzeichnende Phase mit dem Aufkommen autoritärer und caudillistischer Herrschaftsformen im Gefolge regionaler Konflikte. Die Fragmentierung der politischen Macht und das Entstehen lokaler oder regionaler Machtbereiche ergab sich einerseits durch die Folgewirkungen der Unabhängigkeitskriege und andererseits durch das Fortbestehen der ländlichen Strukturen sowie vor allem die topographischen Gegebenheiten sowohl im Andenraum als auch im La-Plata-Bereich, die einzelne Regionen voneinander isolierten. Schon in der Kolonialzeit bestehende Gegensätze zwischen Regionen bzw. Städten wie zwischen Bogotá und Cartagena, zwischen Maracaibo und Caracas, zwischen Quito und Guayaquil, zwischen Küste/Lima und Sierra/Cuzco, zwischen Buenos Aires und den Inlandprovinzen dauerten auch in den neuen Staaten fort. Sie begünstigten die autoritäre Machtausübung des Caudillismo.¹⁰ Die Unabhängigkeitskriege hatten zahlreiche Heerführer hervorgebracht, die mit Waffengewalt ihre politischen Ziele, aber oft auch ihre persönlichen Interessen durchgesetzt hatten. Sie hatten dabei Führungsqualitäten bewiesen und für ihre Anhänger, aber auch für sich selbst gesorgt, indem sie ihren schon vorhandenen Grundbesitz erweiterten oder sich neuen aneigneten. Das gab ihnen die Möglichkeit, ihre Anhänger auch materiell zu belohnen. Viele hielten auch nach den Kriegen an dieser Praxis fest und füllten das teilweise entstandene Machtvakuum in ihrem Einflussbereich aus, trugen damit wie z.B. Manuel Oribe und Fructuoso Rivera in Uruguay, die Caudillos in Bolivien oder die Rivalen Facundo Quiroga und Juan Manuel de Rosas in Argentinien zur weiteren Instabilität bei, dehnten in einigen Fällen wie z.B. Juan Manuel de Rosas in Argentinien oder José Antonio Páez in Venezuela ihre Macht sogar auf die gesamtstaatliche Ebene aus, wenn sie ihre Rivalen besiegen konnten. In der traditionellen ländlichen Sozialstruktur, d.h. im ausgedehnten Landbesitz der Hacienda oder der Estancia und in der weiter bestehenden, sich sogar belebenden persönlichen Beziehung zwischen schützendem Patron und abhängigen Unterschichten, seinen Arbeitern und

Pächtern, im sogenannten Klientelismus, fanden die Caudillos, eben zu meist Grundbesitzer, einen idealen Nährboden. Mit ihren bewaffneten Landarbeitern oder Viehtreibern (Gauchos, Llaneros) sowie den abhängigen Pächtern ihrer Güter hatten sie ein Machtinstrument in Händen, über das die Regierungen dieser Zeit selten verfügten. Im Übrigen fehlte eine homogene politisch-gesellschaftliche Elite, die willens und fähig gewesen wäre, einen neuen starken Staat im Dienste eines gemeinsamen nationalen Projekts aufzubauen.

Liberalismus und Föderalismus im Kontext der Exportwirtschaft

Die zweite Phase im Konsolidierungsprozess begann in der Jahrhundertmitte. Sie stand für viele Staaten unter dem Zeichen des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus mit den entsprechenden Richtungskämpfen zwischen Liberalen und Konservativen um Reformen und die politische Ordnung des Staates, d.h. um Föderalismus und administrative Dezentralisierung oder Zentralismus. Besonders heftig waren diese Auseinandersetzungen in Kolumbien, Venezuela und Argentinien. Die Überlegungen über die wirtschaftliche Entwicklung spielten bei all diesen Maßnahmen eine wichtige Rolle. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte – mit zeitlichen Verschiebungen – in fast allen Staaten ein sich konsolidierendes Handels- und Bildungsbürgertum die Staatsgewalt übernommen und war dazu übergegangen, mit politisch administrativer und wirtschaftlicher Modernisierung nationale Entwicklung voranzutreiben. Nationale Entwicklung, formuliert in nationalen Projekten, die gesamtgesellschaftlichen Wandel und die Vollendung des mit den Unabhängigkeitsrevolutionen eingeleiteten Prozesses versprachen, wurde zum Schlagwort dieser dynamischen Gruppen, die besonders im Handel, im Exportsektor und der Bereitstellung entsprechender Produkte tätig waren. Sie registrierten die politische und sozioökonomische Stagnation ihrer Länder, die sich ihnen als Rückständigkeit verglichen mit den Industriestaaten Europas, vor allem Englands, aber auch im Vergleich zu den Möglichkeiten des eigenen Landes darstellte. Sie glaubten, in einer stärkeren Einbindung in das internationale Staatensystem und in die Weltwirtschaft sowie in der effektiveren Ausnutzung der eigenen Ressourcen den Weg zur Überwindung der Stagnation zu erkennen. Diese Ressourcen sahen sie in den Bodenschätzen und den tropischen, in Europa begehrten Agrarprodukten, nicht jedoch in eigener in-

dustrieller Produktion. Der neu-granadinische (kolumbianische) Wirtschaftsminister Florentino González gab in seinem Rechenschaftsbericht von 1847 gleichsam eine Zusammenfassung der damals in Südamerika geltenden Wirtschafts- und Entwicklungsvorstellungen: „In einem Land, reich an Bodenschätzen und Agrarprodukten, die einen beachtlichen und ertragreichen Außenhandel ausmachen können, dürfen die Gesetze nicht Industrien unterstützen, welche die Bevölkerung nur von der Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Bergbau abhalten, aus denen sie große Vorteile ziehen können. Die Granadiner können hinsichtlich der Manufakturen nicht mit den Europäern oder Nordamerikanern konkurrieren. (...) Europa, mit einer gebildeten Bevölkerung, im Besitz der Dampfkraft und ihrer Anwendung, erfahren bezüglich Manufakturen, erfüllt seinen Auftrag in der industriellen Welt, indem es die Rohstoffe verarbeitet. Wir müssen unseren Auftrag auch erfüllen; und angesichts der Fülle an reichen nationalen Produkten, mit denen die Vorsehung unser Land ausgestattet hat, kann es keinen Zweifel geben, worin er besteht. Wir müssen Europa unsere Rohstoffe anbieten und unsere Häfen seinen industriellen Erzeugnissen öffnen, um den Handelsaustausch zu erleichtern und dessen mögliche Vorteile zu verwirklichen, sowie um den Verbraucher zu niedrigen Preisen mit Industrieprodukten zu versorgen.“¹¹

Vorstellungen, Werte und Perspektiven des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus wie staatliche Dezentralisierung, Föderalismus, individuelle Leistung, Eigenverantwortung, Freihandel und internationale Arbeitsteilung schienen in der Sicht dieser Gruppen die notwendigen und geeigneten Impulse zu geben. Politische und wirtschaftliche Entwicklung zunächst auf regionaler Ebene sollte in den einzelnen Staaten zum Impulsgeber für die nationale und gesamtgesellschaftliche Entwicklung werden.

Solche Überlegungen zeitigten durchaus Erfolge, bewirkten allerdings nur partielles und nur auf einige Regionen bezogenes Wirtschaftswachstum, kamen keineswegs allen gesellschaftlichen Gruppen zugute und führten einige Staaten sogar an den Rand des staatlichen Zerfalls. Denn in dem Glauben an die Schubkraft einiger dynamischer Regionen mit auf dem Weltmarkt begehrten Produkten erließen die politischen Eliten neue Verfassungen, die das Prinzip des Föderalismus überstrapazierten. So wandelte sich z.B. Kolumbien 1858 in die „Granadinische Konföderation“ mit acht Einzelstaaten, 1863 in die „Vereinigten Staaten von Kolum-

bien“, in einen losen Verband von souveränen Teilstaaten unter einer schwachen nationalen Regierung um. Venezuela gliederte sich ab 1864 als die „Vereinigten Staaten von Venezuela“ in eine Republik von zwanzig Bundesstaaten, ohne dass sich aus der Verantwortung der Einzelstaaten politische Stabilität oder Wachstumsimpulse ergeben hätten. Argentinien war insofern ein Sonderfall, als sich in der zentralen Region im La-Plata-Raum des ehemaligen Vizekönigreichs La-Plata schon seit 1827/29 eine „Argentinische Konföderation“ gebildet hatte, die den einzelnen rivalisierenden und in Opposition zur Provinz Buenos Aires stehenden Provinzen besonders im Landesinneren die Möglichkeit einräumte, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, obwohl nur wenige anders als Buenos Aires dazu das humane Kapital oder die wirtschaftlichen Ressourcen besaßen.

Erste politische Parteien

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts dominierten zwar zumeist liberale Vorstellungen, aber es gab auch harte Auseinandersetzungen zwischen liberal oder konservativ gesinnten Gruppen, die sich nun zu den traditionellen Parteien der Liberalen und Konservativen organisiert hatten.¹² Bei den Parteien handelte es sich nicht um durchstrukturierte und disziplinierte Organisationen, geschweige denn Massenorganisationen, was angesichts der geringen Zahl von Wahlberechtigten nicht verwundert. Denn das aktive und passive Wahlrecht war nur der kleinen Schicht alphabetisierter und vermögender Personen und überdies nur Männern vorbehalten, so dass oft nur unter zehn Prozent der Bevölkerung wählen durften. Es waren auch keine Programmparteien, vielmehr stellten sie politische Gesinnungsgruppen, Wahlclubs oder Honoratiorengruppierungen dar, die als lockere Vereinigungen von angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, der Nominierung von Ministern oder Präsidenten wie auch bei der Bildung der öffentlichen Meinung durch Presse, Versammlungen und auch literarische Werke wirkten. Überdies rekrutierten sich diese Gruppierungen aus der gleichen sozialen Oberschicht. Die Konservativen vertraten meistens, aber eben nicht ausschließlich, die Interessen des traditionellen Großgrundbesitzes. Sie anerkannten das politische Autoritätsdenken, das Streben nach persönlicher Führerschaft und die strenge Bindung an das Gesetz, und sie hielten fest am Prestige der oberen Gesellschaftsschichten und akzeptierten die Passivität und Unterwürfigkeit der Indi-

os und Mestizen sowie der in Analphabetismus belassenen und in der Autoritätsfixierung verharrenden Landbevölkerung. Vor allem wiesen sie der katholischen Kirche eine herausragende Rolle in Gesellschaft, Politik und Bildungsarbeit zu und sprachen sich für einen Zentralstaat aus. Insgesamt war ihr Gesellschaftsmodell eher beharrend und am traditionellen hierarchisch gegliederten sozialen Status quo ausgerichtet. Ihnen gegenüber standen die Liberalen als Vertreter des modernen Exportsektors und des Handelsbürgertums, ohne dass jedoch diese Berufszugehörigkeit das ausschließliche Kriterium für die Parteizugehörigkeit gebildet hätte. Sie traten für das föderalistische Prinzip und für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein und lehnten die dominierende Rolle der Kirche ab. Sie setzten mit den Ideen von Gedankenfreiheit, individueller Fähigkeit und Selbstständigkeit, freier Demokratie und politischer Beteiligung, freiem Handel und wirtschaftlicher Freizügigkeit auf gesellschaftlichen Wandel – zumindest nahmen sie diesen Fortschrittsimpuls für sich in Anspruch. Insgesamt sprachen sie sich für eine liberale Gesellschaftspolitik aus, die immer auch die wirtschaftlichen Belange einschloss, berücksichtigten dabei oftmals jedoch nicht die sozialen Vorbedingungen und die Lebensformen der überkommenen Strukturen, die sich häufig resistent verhielten und erst durch einen langwierigen Umerziehungsprozess hätten ändern können.

Territoriale Konsolidierungen

Im Raum des ehemaligen Vizekönigreichs La-Plata war zwar nach den Kriegen gegen die Spanier die politische Unabhängigkeit gesichert, doch hatte sich wegen der Auseinandersetzungen zwischen Buenos Aires und den inneren Provinzen kein großräumiger Staat gebildet. Besonders an seinen Randgebieten, wo schon immer politische und ökonomische regionale Eigeninteressen bestanden hatten, also in Hochperu (Bolivien), Paraguay und Uruguay hatte es von Anfang an Widerstand gegen die Absicht der verschiedenen Regierungen von Buenos Aires gegeben, die territoriale Einheit des Vizekönigreichs zu erhalten, und die Gebiete waren entweder wie Hochperu 1815/17 zeitweise für das Vizekönigreich Peru zurückerobert worden oder hatten sich wie Paraguay 1811/1813 und wie Uruguay, wo schon lange Rivalität zwischen den Hafen-

Straßenszene nahe der Kathedrale in Lima (Peru). Südamerikas Kolonialbauten sind mithin ein Erbe der Kolonialmächte Spanien und Portugal. **picture alliance/dpa**

städten Buenos Aires und Montevideo herrschte, zum ersten Mal 1815 und dann endgültig 1828/1830 zu selbstständigen Staaten erklärt, nachdem in Uruguay zusätzlich noch die Besetzung durch die Portugiesen/Brasilianer und sogar die zeitweise Eingliederung in das Kaiserreich Brasilien überwunden worden war. Paraguay, das unter der fünfundzwanzig Jahre dauernden (1816–1840) autoritären Regierungszeit des Diktators José Gaspar Rodríguez de Francia zunächst durch Abschottung gegenüber jedweden ausländischen Einfluss ein vom Staat kontrolliertes Wirtschaftswachstum auf einem allerdings niedrigen Niveau erreicht hatte und in den Jahrzehnten danach unter der ebenfalls autoritären Herrschaft der Familie López durch die Öffnung für den Welthandel und einen fördernden Staatsinterventionismus eine ungewöhnliche Modernisierung erlebt hatte, war zwar ein stabiler Staat. Doch benötigte es für seine Existenz und wegen seiner Binnenlage auch für die weitere Entwicklung einer autarken Wirtschaft die Zustimmung und den guten Willen seiner Nachbarn, speziell für einen sicheren bzw. gesicherten Ausgang durch das Flusssystem von Río Paraguay, Río Paraná und Río de la Plata zum Meer. Dies war gegeben, solange im La-Plata-Raum ein Gleichgewicht bestand oder zumindest als vorhanden eingeschätzt wurde, obwohl die Regierung Francisco Solano López eine überwiegend aus Guaraní-Indios bestehende schlagkräftige Armee aufgebaut hatte und wegen ihrer freundschaftlichen Verbindung mit argentinischen föderalistischen Caudillos argwöhnisch beäugt wurde. Als 1864 Paraguay in innere Angelegenheiten Uruguays eingriff und seine Truppen argentinisches Territorium durchquerten, eskalierten auch die bestehenden Grenzkonflikte mit Argentinien (Chaco, ehemalige Jesuitenmissionen) und Brasilien (Mato Grosso). Am 1. Mai 1865 verbündeten sich Argentinien, Brasilien und Uruguay zur Tripelallianz gegen Paraguay, um das Land vom Tyrannen zu befreien, die freie Schifffahrt auf den Flüssen zu gewährleisten und den Paraguayern die Segnungen der Zivilisation zu bringen. Ein Geheimvertrag sah allerdings die Aufteilung strittiger Territorien Paraguays zwischen Brasilien und Argentinien vor. Der Krieg dauerte bis 1870. Danach war Paraguay ein verheertes Land, das noch lange Zeit unter den hohen Bevölkerungsverlusten

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

litt, da zu den Überlebenden hauptsächlich alte Leute, Frauen und Kinder zählten. Entsprechend dem Vertrag unter den Siegern eigneten sich diese die strittigen Gebiete an, wodurch Paraguay immense territoriale Einbußen erlitt: Argentinien besetzte die umstrittene Region Misiones mit ihren reichen Anbaugebieten von Yerba Mate (Mateteel) und erhielt einen Teil des südlichen Chaco-Gebiets zwischen den Flüssen Pilcomayo und Bermejo. Brasilien erhielt ein riesiges Gebiet im nördlichen Paraguay am Río Paraguay. Zudem forderten die Sieger hohe Reparationszahlungen. Insgesamt bedeuteten die Niederlage und das Eingreifen von außen für die Paraguayyer das Ende eines eigenständigen Modernisierungsmodells. Hinsichtlich der territorialen Konsolidierung hatten sich mit und durch den Krieg die internationalen Herrschaftsverhältnisse im La Plata-Raum nun derart stabilisiert, dass seitdem die Staaten Argentinien, Paraguay und Uruguay in ihren Grenzen festgelegt waren und eine Wiedervereinigung des ehemaligen Vizekönigreichs La-Plata ausgeschlossen war.

Auch an der südamerikanischen Pazifikküste brachte ein Krieg territoriale Veränderungen mit weitreichenden – teils positiven, teils negativen – Konsequenzen für die beteiligten Staaten Bolivien, Chile und Peru. Ursache für den Krieg waren die Salpeterlagerstätten in der Atacamawüste, in der peruanischen Provinz Tarapacá und in der bolivianischen Provinz Antofagasta, deren Grenzverlauf schon seit der Unabhängigkeit zwischen Chile und Bolivien umstritten war. Im Jahr 1866 hatte der korrupte und diktatorisch regierende bolivianische Präsident General Mariano Melgarejo (1864–1871) mit Chile einen Vertrag geschlossen, der den Grenzverlauf zwischen Chile und Bolivien in der Atacamawüste an der Pazifikküste auf den 24. südlichen Breitengrad festlegte und die Teilung der Einkünfte aus der gemeinsamen Ausbeutung der Salpetervorkommen im Gebiet zwischen dem 23. und 25. Breitengrad vorsah. Diese Region zog schnell chilenische Unternehmen und Arbeiter an. Zehn Jahre später – 1876 – fasste ein neuer bolivianischer Militärdiktator, General Hilarión Daza, angesichts leerer Staatskassen den Beschluss, entgegen den früheren Abmachungen mit Chile auf die Salpeterexporte aus der gemeinsamen Nutzungszone Ausfuhrzoll zu erheben. Chilenische Unternehmen sahen ihre Interessen bedroht. Als im Januar 1879 die bolivianische Regierung Daza drohte, chilenische Salpeterunternehmen in der gemeinsam genutzten Region zwischen 23. und 25. Breitengrad, die sich weigerten, die Steuer zu bezahlen, zu beschlagnahmen, um sie zu versteigern,

sah Chile darin einen offenen Vertragsbruch und entsandte Truppen. Chilenische Einheiten besetzten die bolivianische Hafenstadt Antofagasta, in der ohnehin nur fünf Prozent der Bevölkerung bolivianisch waren. Daraufhin erklärte Bolivien am 1. März 1879 Chile den Krieg; am 5. April erklärte Chile Bolivien und Peru den Krieg. Es begann der sogenannte Salpeterkrieg, auch Pazifikkrieg genannt, der bis 1884 dauerte.

Chile gewann den Krieg, da es sowohl als Landmacht als auch als Seestreitmacht beiden Ländern überlegen war und sowohl Bolivien als auch Peru in mehreren Schlachten entscheidend schlug. Am 20. Oktober 1883 unterzeichneten Chile und Peru den Vertrag von Ancon; darin erhielt Chile den größten Teil der peruanischen Provinz Tarapacá und dehnte sein Territorium bis nach Arica aus. Am 4. April 1884 kam es zwischen Chile und Bolivien zu einem Waffenstillstand, in dem Bolivien die Küstenregion um Antofagasta abtreten musste, was dieses Land auch den Zugang zum Pazifik kostete, so dass Bolivien seitdem vom Meer abgeschnitten ist und zu einem Binnenland wurde. Erst 1904 wurde der Friedens- und Grenzvertrag zwischen Bolivien und Chile unterzeichnet: Bolivien bestätigte die Zugehörigkeit der Atacamaregion zu Chile, während Chile Bolivien zollfreien Zugang zu den Häfen von Arica und Antofagasta sowie den Bau einer Eisenbahnlinie von La Paz an die Küste gewährte. Durch diesen Krieg besaß Chile mit den reichen Salpetervorkommen das Weltmonopol für dieses wichtige Ausfuhrprodukt. Und als zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch Entdeckung von Kunstdünger der Salpeterabbau an Bedeutung verlor, machte das Chile wenig aus, da die Atacamawüste auch reich an Kupfervorkommen war.

Oligarchisch-politische Konsolidierung

Ecuador trat schon ab 1860 in die Phase autoritärer Konsolidierung und übersprang so in gewissem Sinn die Phase ausgedehnter liberaler Politik und des Föderalismus. Während der Bürgerkriege von 1859 bis 1861 gelangte Gabriel García Moreno an die Macht und übernahm diktatorische Gewalt, um die nationale Einheit zu retten.¹³ Überzeugt, dass der Konservatismus und der katholische Glaube die einzige Hoffnung für Ecuador im Kampf gegen Anarchie und gottlose Liberale darstellten, errichtete García Moreno ein konservativ-klerikales Regime, das Ecuador ganz

unter den Einfluss der katholischen Kirche stellte. Fünfzehn Jahre lang bestimmte er die Politik Ecuadors in einer merkwürdigen Mischung aus konservativen, rückwärtsgewandten politisch-religiösen Vorstellungen und fortschrittlichen, auf Modernisierung ausgerichteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Im Bestreben, Ordnung herzustellen und Fortschritt für das Volk zu sichern, setzte er die Stärkung der Autorität und Machtfülle des Präsidenten sowie die Zentralisierung der Verwaltung durch, womit gleichzeitig eine Reduzierung der bürgerlichen Freiheiten zugunsten der Kontrolle durch den Staat einherging. Die öffentliche Moral sollte durch die Grundsätze und Werte der katholischen Kirche angehoben werden. Entsprechende Fragen wurden 1862 im Konkordat zwischen García Moreno und Rom geklärt und die Kirche erhielt eine privilegierte Stellung in Bildung und Gesellschaft. García Morenos Politik, zu deren Durchsetzung er durchaus auch auf Repressionen und militärische Gewalt zurückgriff, hatte die externe und interne Konsolidierung Ecuadors zum Ziel. Extern, in dem Sinne, dass er noch strittige Grenzfragen mit Kolumbien klärte. Hinsichtlich der inneren Konsolidierung stellte García Morenos Politik eigentlich den ersten ernsthaften Versuch dar, die bestehenden wirtschaftlichen und geographischen Divergenzen zu überwinden und Ecuador zu einem Nationalstaat zu machen und ihm dafür auch eine ökonomische Basis zu schaffen. Bei aller Skepsis gegenüber dem unzeitgemäßen Klerikalismus ist deshalb nicht zu übersehen, dass Ecuador unter der Regierung García Morenos erste Schritte auf dem Weg nationaler Integration und Modernisierung gehen konnte. Durch seine rigorose und autoritäre Politik, durch die administrative Zentralisierung erhielt der Präsident die Möglichkeit, allgemeine wirtschaftliche Entwicklung für materielle und institutionelle Infrastrukturverbesserungen in Gang zu setzen. Sein Ziel war es, mit Bau- und Bildungsmaßnahmen die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, für die Ansiedlung von Industrien zu sorgen, den Handel anzuregen und die Erforschung und Ausbeutung der Bodenschätze voranzutreiben.

In einigen anderen südamerikanischen Staaten begannen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wichtige Gruppen, als Reaktion auf negative Auswirkungen des exzessiven Föderalismus und einer nur partiellen Modernisierung eine neue Konsolidierungspolitik zu betreiben. Denn wollten die südamerikanischen Staaten, so ihre Überzeugung, eine politische und wirtschaftliche Rolle in Lateinamerika oder in

der Völkergemeinschaft spielen, dann mussten sie reorganisiert, d.h. innenpolitisch stabilisiert sowie die Wirtschaft modernisiert und auf nationaler Ebene koordiniert werden. Das hieß, nun eine nicht mehr personell orientierte oder regional orientierte Politik zu betreiben und den Staat als einen Zentralstaat mit einer starken Exekutive zu organisieren, ihn sozusagen zu einem Akteur zu machen. Tatsächlich gelang es, mit der Verabschiedung neuer Verfassungen, die wie in Kolumbien (1886) den Staat als unitarische Republik konstituierten oder wie in Venezuela (1881) die Autonomie der Teilstaaten reduzierten, sowie mit einer Neuregelung der Beziehungen zwischen Buenos Aires und der Konföderation in Argentinien (1880), die Durchsetzungsfähigkeit des Staates in administrativer, polizeilicher und fiskalischer Hinsicht deutlich zu erhöhen und sukzessive auf das ganze Staatsterritorium auszudehnen. Zum ersten Mal übernahm der Staat Ordnungsfunktionen zur Entwicklung des Landes. Allerdings stand diese politische Konsolidierung unter dem Vorzeichen eines oligarchischen Autoritarismus, der mit starken Präsidenten wie General Antonio Guzmán Blanco (1870–1877, 1879–1884, 1886–1887) in Venezuela, Rafael Núñez (1880–1882, 1884–1886) in Kolumbien und Julio Argentino Roca (1880–1886, 1898–1904) in Argentinien verbunden war; sie schuf ein geschlossenes politisches System, von dem vorwiegend die Oligarchie profitierte. Zwar machten die Staaten einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur innenpolitischen Konsolidierung, doch waren ihre Gesellschaften weiterhin hierarchisch strukturiert und autoritär orientiert, und die politischen Führungsschichten waren vom Konzept eines demokratischen und partizipatorischen Staates noch weit entfernt.

Das traf auch auf Brasilien zu, obwohl es den umgekehrten Weg von einer zentralen, durch die Monarchie verkörperten Regierung zu mehr Föderalismus ging. Denn dort beendete der 1889 gewaltsam erzwungene Übergang vom Kaiserreich zur Republik zwar die zentrale Autorität des Kaisers und förderte die Autonomie der Provinzen, doch stärkte er auch die oligarchischen Kräfte. Der Übergang von der Monarchie zur Republik veränderte die politische Struktur Brasiliens gewaltig. Die am 24. Februar 1891 verabschiedete republikanische Verfassung verwandelte das zentralistisch ausgerichtete Kaiserreich nach dem Vorbild der USA in eine föderalistisch strukturierte Republik, die „Vereinigten Staaten von Brasilien“, mit einem Präsidialsystem, das alle vier Jahre die Wahl des Präsidenten durch eine kleine Minderheit wahlberechtigter männlicher Erwachsener vorsah.

Diese bis 1930 geltende Verfassung gewährte den alten Provinzen, nun Staaten genannt, weitreichende Autonomie gegenüber der Union, während der Zentralregierung nur solche Befugnisse belassen blieben, die den Staat als Ganzes betrafen. Der positivistische Slogan „Ordnung und Fortschritt“ (*Ordem e Progresso*) wurde Bestandteil des Nationalwappens. Von der Umsetzung dieses Leitspruchs war allerdings nur wenig zu spüren. Denn statt einer liberalen Demokratie erlebte Brasilien zunächst einige instabile Regierungen, zum Teil vom Militär an die Macht gebracht. Und dem defizienten parlamentarischen System des Kaiserreichs folgte ein fast noch weniger partizipatorisches oder durch Institutionen abgesichertes System. Im Gegenteil, die politische Macht geriet bald in die Kontrolle von oligarchischen Gruppen aus dem Exportsektor, einschließlich der Großgrundbesitzer und Kaufleute. Das hing einmal damit zusammen, dass das Wahlrecht weiterhin auf alphabetisierte Personen beschränkt blieb, deren Anteil an der Bevölkerung nicht mehr als 15 bis 20 Prozent ausmachte. Das resultierte zum anderen aus dem extremen Föderalismus und der Schwäche der Zentralregierung. So beruhte die Politik zum Beginn der Republik auf einer Reihe von informellen Abmachungen zwischen der Zentralregierung und den Gouverneuren der Staaten, wodurch sich ein Gleichgewicht und ein Interessensausgleich zwischen den herrschenden Eliten einpendelten. Die Gouverneure schickten dem Präsidenten willige und formbare Abgeordnete aus ihren Staaten, sodass er die Legislative kontrollieren konnte, was er im Gegenzug dadurch honorierte, dass er die Stellung der Gouverneure garantierte und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Staaten einmischte. Im Übrigen blieb die Einflussnahme der lokalen Führungskader, der *coronéis*, ungebrochen.¹⁴ Sie kontrollierten weiterhin die Wahlen und beschafften durch Druck und andere Manipulationen den Kandidaten der herrschenden Eliten in den Hauptstädten der Staaten die notwendigen Stimmen. So war Brasiliens Politik in dieser Zeit eigentlich nicht mehr als die Summe der verschiedenen Regionalpolitiken in den einzelnen Teilstaaten, ohne dass durch den Interessenausgleich auch ein Gleichgewicht zwischen ihnen entstanden wäre.

Wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung

Das Hauptcharakteristikum der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung südamerikanischer Staaten im 19.

Jahrhundert bestand in den wirtschaftlichen Maßnahmen, wie sie der kolumbianische Wirtschaftsminister Florentino González exemplarisch formuliert hatte. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gelang es vor allem Gruppen aus den Handels- und Agrarexporteliten mit an liberalen Vorstellungen orientierten Modernisierungsprojekten nationale Entwicklungsbewegungen in Gang zu setzen und mit entsprechenden Maßnahmen, wie Freihandelsregelungen, Nutzbarmachung des Bodens, Zurückdrängung des intervenierenden Staates sozialen Wandel und wirtschaftliches Wachstum einzuleiten und insgesamt die bis dahin fortdauernden kolonialen Wirtschaftsstrukturen endgültig zu überwinden. Erst zu diesem Zeitpunkt ging die Kolonialzeit endgültig zu Ende, was jedoch angesichts fortdauernder Verhaltensweisen wie Paternalismus, Klientelismus und Autoritätsfixierung noch keine Überwindung des kolonialen Erbes bedeutete. Zudem rief diese Modernisierung, mit der die Gesamtbevölkerung in den sozialen Wandel einbezogen werden sollte, nur partiellen Wandel hervor, der weder die Gesamtgesellschaft noch die Gesamtwirtschaft oder sämtliche Regionen in den einzelnen Staaten erfasste. Die Konzentration auf die Rolle als Rohstofflieferanten einerseits und Abnehmer für europäische und nordamerikanische Industrieprodukte andererseits mit den jeweiligen Konsequenzen für die Struktur der Agrarwirtschaft – Monokulturen, Landbesitzkonzentration, abhängige Landarbeiter – und den vernachlässigten Manufaktur- bzw. Industriesektor ging zu Lasten besonders der indianischen Bevölkerung, der einheimischen Handwerker, der Unterschichten allgemein. Die nationalen Projekte – Entwicklung, Fortschritt, Beteiligung an Wirtschaft und Politik – verwirklichten sich nur für die von der neuen Wirtschaftspolitik profitierenden Gruppen und Regionen. Es begann für die südamerikanischen Staaten die Phase der „Entwicklung nach außen“, die bis weit in das 20. Jahrhundert hinein andauerte.

Export von Agrarprodukten und Rohstoffen

Diese Phase innerhalb der Geschichte der südamerikanischen Staaten ist dadurch gekennzeichnet, dass in allen Staaten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Nachfrage in den europäischen Ländern nach Lebensmitteln, tropischen Agrarprodukten und Rohstoffen wuchs, der Außenhandel eine bedeutendere Rolle als die Binnenwirtschaft einnahm. Der Exportsektor entwickelte sich mit Abstand zum wichtigsten Wirtschaftssektor, der die gesamte nationale Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bestimmte. Begünstigt wurde die Konzentration auf den Export noch dadurch, dass schon in der Kolonialzeit die Kolonialmächte aus Furcht vor Konkurrenz das Entstehen eines größeren gewerblichen Sektors behindert hatten, so dass die Nachfrage der Südamerikaner nach Fertigwaren nicht von einer einheimischen Industrie, sondern nur durch Importe befriedigt werden konnte. Exporteure, Land- und Bergwerksbesitzer wurden die führende Schicht. Teils behielten sie die nationale Kontrolle über den Exportsektor wie z.B. in Argentinien (Viehzucht, Fleischexport), Brasilien (Zucker in den tropischen Küstenregionen von Bahia und Pernambuco, Kaffee auf der

Hochfläche von São Paulo), Kolumbien (Tabakanbau), so dass Gewinne in nationaler Hand blieben, allerdings durch die Importe von Fertigwaren wieder ins Ausland abflossen und nur selten auf dem Binnenmarkt verwendet wurden. Teils verbündete sich die kleine Oberschicht mit ausländischem Kapital oder ausländischen Unternehmen, die wie in Peru am Abbau des Guanodüngers und in Chile in den nördlichen Gebieten der Atacamawüste der Salpetervorkommen

Hochfläche von São Paulo), Kolumbien (Tabakanbau), so dass Gewinne in nationaler Hand blieben, allerdings durch die Importe von Fertigwaren wieder ins Ausland abflossen und nur selten auf dem Binnenmarkt verwendet wurden. Teils verbündete sich die kleine Oberschicht mit ausländischem Kapital oder ausländischen Unternehmen, die wie in Peru am Abbau des Guanodüngers und in Chile in den nördlichen Gebieten der Atacamawüste der Salpetervorkommen

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Eisenbahn über den Salar de Chiguana (Bolivien). Die Exportwirtschaft trug dazu bei, dass sich die politischen Führungsschichten um den Ausbau der Infrastruktur bemühten und die Dampfschiffahrt sowie den Eisenbahnbau vorantrieben, denn eine Exportwirtschaft erforderte entsprechende Transportkapazitäten.

picture alliance/dpa

beteiligt waren, wodurch Gewinne auch ins Ausland abflossen. Eine Ausnahme bildete der Kupferabbau in Chile, weil die Regierung Teile der Gewinne aus dem Kupferabbau durch Steuern und Zölle zurückbehielt.

Um den reibungslosen Warenaustausch und die Freiheit des Handels zu gewährleisten, hatten die Liberalen parallel zum wirtschaftlichen Liberalismus in den Verfassungen auch die liberalen individuellen Freiheits-, Gleichheits- und Entfaltungsrechte sowie auch den Schutz des Privateigentums vor Eingriffen Fremder verankert. Auch die Rolle des Staates hatten sie in dem Glauben an die Selbstregulierung des Marktes darauf konzipiert, eine funktionierende Exportwirtschaft zu gewährleisten: Wurde die individuelle Betätigung als Impulsgeber wirtschaftlicher Entwicklung gefordert und gefördert, so blieb dem Staat die bloße Schutz- und Garantiefunktion für diese Betätigung vorbehalten. Ein staatliches Eingreifen in wirtschaftliche und soziale Belange, um etwaige Fehlentwicklungen zu korrigieren, war nicht vorgesehen, und eine Verteilung des erwarteten Wachstums wurde in die Überlegungen gar nicht einbezogen.

Das Entstehen neuer wirtschaftlicher Abhängigkeiten

Allerdings gerieten die südamerikanischen Staaten mit diesen Modernisierungsprojekten auf der Basis von Freihandel, internationaler Arbeitsteilung, Weltmarktintegration, Rohstoffexport, Fertigwarenimport, Laissez-faire und Finanzanleihen ohne es zu wollen, nun in eine neue wirtschaftliche Abhängigkeit. Hätte sie vermieden werden können? Diese Frage lässt sich nur schwer beantworten und erfordert es, sowohl mittelfristige als auch langfristige Zusammenhänge und Entwicklungen im Blick zu haben.

Ohne Zweifel entsprach die Modernisierungspolitik dem Interesse bestimmter südamerikanischer Gesellschaftsschichten. Aber lässt sich die bewusste Entscheidung für die Ausnutzung des tropischen Agrarpotentials und der natürlichen Ressourcen als autonome Entscheidung, als Auswahl aus unbegrenzten Alternativen kennzeichnen, wie der englische Historiker D.C.M. Platt über die „autonomen Wirtschaften“ lateinamerikanischer Länder im 19. Jahrhundert urteilte?¹⁵ Kaum. Denn trotz des erkennbaren Eigeninteresses bestimmter Gruppen war die Entscheidung auch durch Bedingungen mitbestimmt, auf die die südamerikanischen Länder selbst nur wenig Einfluss nehmen konnten, wie z.B. Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt, ferner die durch die Kolonialzeit deformierten Strukturen, aber

auch die geographischen Gegebenheiten, die die Entwicklung eines Binnenmarktes bei fehlender Infrastruktur erschwerten. Problematisch war nicht die Entscheidung für den Export von Agrar- und Bergbauprodukten, denn zu Beginn der Freihandelspolitik besaßen die südamerikanischen Staaten durchaus eine positive Handelsbilanz, weil die Exportprodukte auf dem Weltmarkt zunächst höhere Preise erzielten als die Importwaren kosteten. Problematisch war vielmehr die gleichzeitige Vernachlässigung des ohnehin schon schwachen industriellen Sektors, die dazu führte, dass das einheimische Handwerk geschwächt wurde und teilweise sogar einfachste Gebrauchsartikel importiert werden mussten; deren Preise wiederum stiegen mit der europäischen Sozialstaatsentwicklung und Gewerkschaftsbewegung im Laufe des 19. Jahrhunderts. Da die ungleichen Besitz- und Einkommensverhältnisse nicht verändert wurden, nahm auch die allgemeine Kaufkraft nicht zu. Noch problematischer jedoch war das Verhalten der von der Exportwirtschaft profitierenden Oberschicht, die zu dieser Zeit ihre Gewinne lieber für europäische Luxusgüter oder für weiteren Landerwerb ausgab, statt sie in die Mechanisierung der Landwirtschaft oder in eigene Industrialisierungsversuche zu investieren.

Durch die einseitige Ausrichtung auf die Agrarexportwirtschaft verzögerte sich in den meisten der südamerikanischen Staaten der Übergang von Agrargesellschaften zu modernen Industriegesellschaften um weitere Jahrzehnte bis ans Ende des 19. und den Beginn des 20. Jahrhunderts, wodurch sich der Abstand zur europäischen oder US-amerikanischen wirtschaftlichen Entwicklung vergrößerte. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass von der nach außen orientierten Wirtschaft doch einige langfristig wirkende positive Impulse ausgingen. Zum einen trug der Export dazu bei, dass sich die politischen Führungsschichten um den Ausbau der Infrastruktur, konkret des Transportwesens, bemühten und die Dampfschiffahrt z.B. auf dem Magdalena in Kolumbien, auf dem Orinoko in Venezuela, auf dem Flusssystem des Guayas an der Küste in Ecuador oder entlang der Küste zwischen den Staaten Peru, Bolivien und Chile, vor allem aber den Eisenbahnbau vorantrieben, denn eine Exportwirtschaft erforderte nicht nur exportfähige Produkte, sondern auch die entsprechenden preisgünstigen Transportkapazitäten, mit denen sich Transportkosten und -zeiten reduzieren ließen. Obwohl die Infrastruktur zur Förderung des Außenhandels mehr nach außen als auf die Entwicklung eines Binnenmarktes gerichtet war, wie z.B. an der strahlen-

förmig aus dem Landesinneren auf den Exporthafen Buenos Aires ausgerichteten Streckenführung in Argentinien sehr schön ablesbar ist, ermöglichten Straßen, Eisenbahnen, Dampfschiffahrt und Telegraph doch eine bessere Kommunikation innerhalb der einzelnen Staaten. Dadurch konnten bestehende Regionalismen abgeschwächt werden, zumal dann, als wie z.B. in Kolumbien ab 1880 die Phase des extremen Föderalismus überwunden war, in der die einzelnen Teilstaaten Eisenbahnen mit unterschiedlicher Spurweite gebaut hatten. Zum anderen ergaben sich im Gefolge des Eisenbahnbaus auch zaghafte Ansätze einer Industrialisierung.

Exportwirtschaft, Verfügbarkeit von Land und Beschaffung von Arbeitskraft

Die Ausrichtung auf die Exportwirtschaft basierte nicht nur auf den in Europa begehrten Agrarprodukten (Zucker, Kaffee aus Brasilien, Tabak und Kaffee aus Kolumbien, Fleisch aus Argentinien, Kakao aus Ecuador, Kaffee und Häute aus Venezuela, Weizen aus Chile) oder Bodenschätzen (Guano und Salpeter aus Peru, Salpeter und Kupfer aus Chile, Silber aus Bolivien), sondern auch auf dem Vorhandensein von bislang noch nicht genutztem Grund und Boden bzw. von laut liberalen Vorstellungen bislang noch nicht sinnvoll genutztem Boden. Die Modernisierungspolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte sich diesen Tatbestand zunutze und verband ihn mit einer Bevölkerungspolitik, konkret der Beschaffung von notwendiger Arbeitskraft, die gesellschaftliche Umschichtungen implizierte und besonders die Situation der Indios verschlimmerte.

Für die Politik gegenüber den Indios sind dabei zwei Denkansätze zu erkennen, die in ihrer Wirkung für die indianische Bevölkerung, die zum großen Teil noch in ihren seit der spanischen Kolonialherrschaft bestehenden Indianergemeinden lebte, gleichermaßen fatal waren. Ein Denkansatz hing mit den liberalen Vorstellungen zusammen: Entsprechend dem liberalen Glauben, korrekter wohl Irrglauben, an die regulierende Kraft rechtlicher Gleichheit, an die Freiheit des Individuums sowie an die Eigeninitiative, an Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten des Einzelnen und der daraus resultierenden Zurückweisung eines staatlichen Interventionismus bzw. einer Schutzpolitik, wie sie die spanische Krone praktiziert hatte, gab es für die Indios keine spezielle Fürsorge mehr. Vor allem sollten Sonderstellungen welcher Art auch immer aufgehoben werden. Das Ziel bestand darin, den bestehenden ethnisch-kulturellen Pluralismus im Sinn einer Ausrichtung an den libera-

len Grundsätzen Freiheit, wirtschaftliche Freizügigkeit, Individualbesitz, Leistung, Wettbewerb, Marktwirtschaft und Gleichheit zu überwinden. Privateigentum an Land und die daraus entstehende Verantwortung für das Individuum galt als das wichtigste Instrument zur raschen Integration der Indios in die jeweiligen nationalen Gesellschaften Südamerikas. Die Freisetzung des Bodens sollte auch zu einer Veränderung des Grundbesitzes führen, wie aus der Erläuterung erhellt, mit der der kolumbianische Präsident General Tomás C. de Mosquera das Agrarreformgesetz vom 9. September 1861, d.h. die zwangsweise Verteilung von Grundbesitz religiöser und ziviler Korporationen, begründete: Bislang sei in Kolumbien das Eigentum an Boden schlecht verteilt gewesen; „diese Verteilung“, so argumentierte er, „entspricht nicht einem freien Volk; (...) bringen wir also Eigentum in Einklang mit der Demokratie; geben wir das Land denen, die es bearbeiten und es ertragreich machen“.¹⁶

Die Aufhebung der Sonderstellung betraf vor allem den Kollektivbesitz der Indianerdörfer, die noch in Ecuador, Kolumbien, Peru und Bolivien bestanden, und seine zukünftige private, individuelle Nutzung. Die Nutzbarmachung des Bodens vollzog sich in verschiedenen Schritten, doch sind jeweils deutlich die liberalen Vorstellungen zu erkennen, dass wirtschaftlich wenig genutztes und nicht zur freien Verfügung (Kauf, Veräußerung) stehendes Land die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hindere und dass Privateigentum zu einer materiellen Verbesserung des Lebensstandards führe, da das Interesse am Eigentum die notwendigen Impulse für eine höhere Produktion mit sich bringe. Aus beiden Überlegungen war eine Bodenreform angezeigt. In den südamerikanischen Staaten mit hohem indianischen Bevölkerungsanteil und Gemeindeland der Indianerdörfer versuchten Modernisierungspolitiker, die private Nutzbarmachung und Umverteilung dieses Landbesitzes in Gang zu setzen, mit zunächst wenig Erfolg wie in Kolumbien ab 1850 oder in Bolivien in den Jahren zwischen 1866 und 1871; dort lebte 1880 noch über die Hälfte der Landbevölkerung in Indianerdörfern mit Kollektivbesitz, obwohl bereits 1874 das Gesetz zur Auflösung, Ley de Exvinculación, dem gemeinschaftlichen Landbesitz die rechtliche Grundlage entzogen hatte. Doch stetig wurden die indianischen Bauern zum Verkauf genötigt, und indianischer Landbesitz wechselte seinen Eigentümer.

Die politischen Führungsschichten glaubten an den obersten Grundsatz der Gleichheit. Sie glaubten, mit einer breiteren Streuung des individuellen

Landbesitzes wirtschaftlichen Fortschritt initiieren zu können. Sie übersahen dabei oder wollten nicht sehen, dass individuelle Wirtschaftsaktivität nicht für alle Teile der Bevölkerung selbstverständlich war. Denn zahlreiche frühe Bestandsaufnahmen aus politischen Kreisen der Oberschicht über Politik und Wirtschaft belegen, dass sie die negativen sozialen Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf die Indios wohl sahen, diese jedoch angesichts einer erhofften positiven wirtschaftlichen Entwicklung für die anderen Teile der Bevölkerung guthießen und akzeptierten. Dadurch, dass die indigenen Dorfgemeinschaften ihren geschlossenen Charakter verloren, indem die liberalen Maßnahmen den Gemeindebesitz schrittweise privatisierten, wurde den Indios ihre eigentliche Existenzgrundlage – nämlich gemeinschaftlich bewirtschaftetes Land – entzogen. Da sie an privates Wirtschaften nicht gewöhnt waren, veräußerten sie häufig den individuellen Landbesitz. Die Aufteilung der kollektiven Strukturen führte deshalb keineswegs zu einer Existenzsicherung indianischer Kleinbauern, vielmehr förderte sie die Ausbreitung des Großgrundbesitzes durch Arrondierung und Aufkauf privaten indianischen Landes. Erst mit diesen Maßnahmen, ergänzt durch Aufteilung von ehemaligem Kirchenbesitz oder staatlichem noch nicht bebauten Land, erfolgte die für Südamerika so charakteristische starke Bodenkonzentration, sowohl in den Händen der alten „Landaristokratie“ als auch neuer Großgrundbesitzer. Die landlosen Indios aber standen nun als billige Arbeitskräfte zur Verfügung und gerieten zunehmend in ökonomische Abhängigkeit der Großgrundbesitzer. Der Verlust ihres Landes wirkte sich auch politisch aus. Denn mit der Auflösung verloren die indigenen Dorfgemeinschaften nicht nur ihre Geschlossenheit, sondern vor allem auch ihre politische Repräsentation. Während zuvor die lokalen Amtsträger als vom Staat anerkannte Vertreter der indigenen Gemeinschaften fungiert hatten, bemühten sich nun die neuen Grundbesitzer bald auch dieser politischen Positionen und nahmen damit den Indianerdörfern die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse wirksam zu artikulieren. Insgesamt wurde die indianische Bevölkerung, die in den Andenstaaten immerhin 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, immer mehr marginalisiert.

Das traf selbst in Ecuador zu, wo sich die exportorientierten Kakaopflanzer der Küste darum bemühten, die in der Sierra bestehende Zwangsinstitution der Arbeitsverhältnisse auf den Hochlandhazien, den so genannten *concejales*, abzuschaffen. Bei dieser noch

aus der Kolonialzeit stammenden Institution verpflichteten sich landlose indianische *campesinos*, für einen *hacendado* zu arbeiten, der ihnen als Gegenleistung Geld, Saatgut oder Vieh vorstreckte, ferner ein kleines Stück Land zur eigenen Nutzung für den Unterhalt der Familie überließ und auch für Bekleidung sorgte. Da der vorgesehene Tageslohn selten ausgezahlt, vielmehr für dem *campesino* angelastete Schäden angerechnet wurde, verschuldete sich der *campesino* immer mehr gegenüber dem Großgrundbesitzer und geriet in eine oft lebenslange und oft noch die Kinder einbeziehende Abhängigkeit gegenüber dem Patron. Für die an Arbeitskräften interessierte Exportelite bedeutete die Einrichtung der „vertraglich gebundenen“ Indios Stagnation und Immobilismus.

Überhaupt unternahmen die politischen und ökonomischen Führungsschichten selten gezielte Schritte, die Indios als Staatsbürger in die jeweiligen Gesellschaften der neuen Staaten zu integrieren. Denn obwohl die indigene Bevölkerung seit den Unabhängigkeitskriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts formal Bürgerrechte erhalten hatte, waren diese Bürgerrechte nur selten wirklich realisiert worden; in Ecuador und Bolivien mussten die Indios bis weit in das 19. Jahrhundert hinein noch den sogenannten *Indianertribut*, eine Art Kopfsteuer, entrichten.

Auch wenn die exportorientierten Gesellschaftsgruppen von der in Gang gekommenen Auflösung der Indianergemeinden in zweierlei Weise – für die Agrarwirtschaft günstige Besitzerweiterung und freigesetzte Arbeitskräfte – profitierten, bewerteten sie die indigene Kultur als Ausdruck einer irrationalen und traditionalistischen Neuerungsfeindlichkeit. In Peru setzte die Oberschicht an der Küste, die vom Guanoexport profitierte und die aus ihm gewonnenen Einkünfte in den Baumwoll- und Zuckerrohranbau investierte, sogar auf ein anderes Arbeitskräftepotential: die Einwanderung chinesischer Kulis, die ihnen auch die endgültige Abschaffung der Sklaverei leicht machte. Zwischen 1847 und 1874 kamen über 90.000 Chinesen ins Land, die unter unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den Ländereien an der Küste ausgebeutet wurden.¹⁷

Dauerhafte Wirkung aber erwarteten und erhofften südamerikanische Politiker von europäischen Einwanderern, ihren Kenntnissen und Fertigkeiten. Einwanderung galt in einigen Staaten ge-

radezu als Entwicklungspolitik, weil sie die als minderwertig erachtete autochthone Bevölkerung oder andere Mischungen Amerikas durch die angeblich höherwertigen Europäer ersetzte. Diese Sichtweise drückte sich in der lange Jahre geltenden und in der Literatur oft beschriebenen Dichotomie von „Zivilisation und Barbarei“ aus. Südamerikanischen Führungsgruppen stellte sich das Eigene, das Amerikanische als Barbarei dar, während Europa Zivilisation und Fortschritt symbolisierte. Zu den wichtigsten Vertretern dieser Sichtweise gehörten die beiden Argentinier Juan Bautista Alberdi (1810–1884) und Domingo Faustino Sarmiento (1811–1888), die ihre entsprechenden Werke im Exil in Chile schrieben, wohin sie vor der Diktatur des Juan Manuel Rosas geflohen waren.¹⁸ Die Einwanderungspolitik erlangte besondere Bedeutung in denjenigen südamerikanischen Staaten, die wie Chile und Argentinien über weite, zum Teil noch unerschlossene Gebiete im Landesinneren, so genanntes Indianerland, verfügten.

In Chile hatten die Indios, die Mapuche, die schon in der Kolonialzeit südlich des Bio-Bio-Flusses lebten, sich nicht in die nationale Gemeinschaft eingliedern lassen, obwohl die Verfassung von 1833 die Staatsgrenzen im Süden bis Kap Hoorn festgelegt hatte. Deshalb drängte die chilenische Expansionspolitik die Mapuche ab 1859 immer weiter in den Süden des Landes ab, erklärte sich 1866 per Gesetz zum Eigentümer aller Ländereien der Araucanía und schloss Anfang der 1880er Jahre in einem regelrechten Vernichtungsfeldzug die endgültige Eroberung dieses Gebietes ab.¹⁹ Dieser Zugewinn von neuem Siedlungsland bedeutete für die Mapuche den Verlust ihres Landes und die Abdrängung in spezielle Reservate. Eine ähnliche territoriale Konsolidierung des Staates erfolgte auch in Argentinien durch die Eingliederung der südlichen Regionen der Pampa. Im Jahr 1875 beauftragte Präsident Avellaneda den General Julio Roca mit der Aufgabe, die kriegerrischen Indios in der Pampa endgültig niederzuwerfen. Die Pampa-Indianer, besonders der Stamm der Ranqueles, hatten unter ihren Häuptlingen Calfucurá und Catriel wesentliche Teile des Gebietes, das Juan Manuel Rosas 1833/34 für die Provinz Buenos Aires erobert hatte, zurückerobert und damit die wirtschaftlichen Interessen der Viehzüchter und Großgrundbesitzer, der *estancieros*, empfindlich gestört. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Provinz und Argentiniens überhaupt aber waren sowohl die Befriedung an der Indianergrenze als auch neues Land erforderlich. So führte Roca, ab 1878 Kriegs-

minister der Regierung Avellaneda, in der Zeit von Juli 1878 bis Juli 1879 mehrere erfolgreiche Feldzüge in das Indianerland. Diese wurden von den Argentinern beschönigend als „Eroberung der Wüste“, als *conquista del desierto* bezeichnet, so als ob eine menschenleere Region erobert worden wäre. In Wirklichkeit rotteten die besser ausgerüsteten argentinischen Truppen die Indios aus, vertrieben sie oder fassten sie in Reservationen zusammen.²⁰ Insgesamt fügte Roca mit diesen Feldzügen ca. 350.000 Quadratkilometer Indianerland dem Territorium Argentiniens hinzu und sicherte auch den Besitz Patagoniens, obwohl Grenzstreitigkeiten mit Chile anhielten und erst 1902 durch britischen Schiedsspruch beigelegt wurden. Nun standen neue Weiden der Bewirtschaftung durch die Kreolen und durch neue Einwanderer zu Verfügung. Mit Hilfe einer Masseneinwanderung aus Europa, gefördert durch wirtschaftliche Anreize wie z.B. Landzuteilung, und einer organisierten Binnenkolonisation, der die Indios weichen mussten, gelang es den Staaten am Rio de la Plata und Chile sowie Brasilien, wo eine ähnlich abwertende Haltung gegenüber den aus Afrika zwangsimmigrierten Sklaven und deren Nachkommen bestand, wichtige Schritte auf dem Weg zur Modernisierung der Wirtschaft, vor allem der Landwirtschaft zu gehen. Schon in den 1860er und 1870er Jahren kamen mehr als 400.000 Einwanderer nach Argentinien, wodurch der landwirtschaftliche Exportsektor expandieren konnte.²¹ Mit dem neuen Raum in der Pampa wurde Argentinien dann zwischen 1890 und 1914 zu einem der attraktivsten Einwanderungsländer für europäische Auswanderungswillige, mehr als vier Millionen Einwanderer kamen ins Land, von denen immerhin 50 Prozent für immer blieben. Auch Uruguay profitierte von 400.000 Einwanderern. Chile erlebte mehrere Einwanderungswellen, nach der Vertreibung der Mapuche siedelten auch zahlreiche Deutsche im Süden des Landes.²² Brasilien dagegen konnte schon zwischen 1846 und 1875 mehr als 300.000 meist portugiesische Einwanderer begrüßen, wodurch der weiße Anteil an der Bevölkerung stark anstieg. Im Zeitraum zwischen 1883 und 1893 wanderten mehr als 885.000 europäische Einwanderer, meist portugiesischer und italienischer Herkunft nach Brasilien, besonders in die Region São Paulo, ein. Mit diesen Einwanderern mussten die ehemaligen Sklaven in Wettbewerb treten. Denn die Abschaffung der Sklaverei am 13. Mai 1888 durch das sogenannte „Goldene Gesetz“ (*Lei Aurea*), das mit einem Schlag alle 700.000 noch vorhandenen Sklaven Brasiliens ohne Entschädigung für

die Pflanzler befreite, führte nicht zu ihrer Emanzipation, sondern zu städtischer Verelendung sowie Marginalisierung. Nach ihrer Befreiung wurden die ehemaligen Sklaven sich selbst überlassen, weil die Abolitionisten für die Zeit danach kein soziales oder ökonomisches Hilfsprogramm vorbereitet hatten, um die Schwarzen in die brasilianische Gesellschaft zu integrieren. So verließen diese die Plantagen und zogen in die Städte, wo sich das wirtschaftliche, handwerkliche und kommerzielle Wachstum beschleunigt hatte. Dort jedoch verloren sie alle die mit der Sklaverei auch verbunden gewesenen patriarchalischen Sicherungen ihres Lebensunterhalts und verelendeten zum großen Teil, teils weil sie keine Arbeitsplätze fanden bzw. auf europäische Konkurrenten trafen, teils weil sie aufgrund der durch die Sklaverei hervorgerufenen Deformationen in der Persönlichkeitsstruktur nicht bereit waren, von der Sklaverei in den neuen Zwang der Lohnarbeit zu wechseln. In dem Maße, wie die ehemaligen Sklaven, Schwarze oder Mulatten ihre privilegierte Stellung als einzige Arbeitskraft verloren, verloren sie auch das Interesse, das ihnen die herrschenden Schichten zuvor entgegengebracht hatten. So geriet gerade dieser Teil der brasilianischen Bevölkerung in den Städten in die Marginalität.

Die Situation zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert war der Prozess der politischen und territorialen Konsolidierung der südamerikanischen Staaten nach fast einhundert Jahren innenpolitischer und internationaler Auseinandersetzungen abgeschlossen. Alle Staaten besaßen einen ausgesprochen oligarchischen, nicht-demokratischen und nicht-partizipatorischen Charakter, ungeachtet der Tatsache, dass sie auf Verfassungen beruhten, die sich an europäischen Modellen, vor allem aber am US-amerikanischen Vorbild des Präsidialsystems orientierten. Verfassungsrechtliche Einschränkungen des Wahlrechts, die Kontrolle und Manipulation der Wahlen durch die Regierung sowie die verbreiteten Praktiken politischer Patronage und klientelistischer Einbindung breiter Bevölkerungsschichten verhinderten nämlich eine Demokratisierung. Ob in Form autoritärer Regimes wie in Kolumbien und Venezuela oder in Form eines stärker parlamentarisch abgestützten Regimes wie im südlichen Südamerika (Argentinien, Brasilien, Chile): die politische Herrschaft lag überall in der Hand einer kleinen, wirtschaftlich und gesellschaftlich dominanten Schicht, der „Oligarchie“. Der eli-

täre, sozial exklusive Charakter der südamerikanischen Regierungssysteme am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Folge einer oligarchischen Machtverteilung in Wirtschaft und Gesellschaft, in denen neben der traditionellen Oberschicht der Großgrundbesitzer und Bergbauunternehmer sowie durch die sogenannte „Entwicklung nach außen“ auch die Exponenten des Handelsbürgertums und – allerdings nur in Ansätzen – der in Entstehung begriffenen Industrieunternehmensherrschaft ausübten.

Den für ein funktionierendes Gemeinwesen erforderlichen Schritt, nach der Staatsgründung auch größere Bevölkerungskreise durch die Ausweitung aktiver Beteiligung und die dafür notwendige ökonomische und soziale Absicherung in das neue System einzubeziehen, haben die oligarchischen Führungseliten, auch nicht die auf Modernisierung ausgerichteten liberalen Gruppen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nicht oder nur ungenügend unternommen. Indem das Handelsbürgertum in Koalition mit Großgrundbesitzern und Agrarunternehmern als dominierende Schichten an ihren politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen festhielten und deren negative ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen als unvermeidlich in Kauf nahmen, verkehrte sich die modernisierende Funktion der liberalen Maßnahmen in ihr Gegenteil. Statt zur gesellschaftli-

chen Integration führten diese eher zur sozialen Abgrenzung, verschärften sogar die soziale Kluft zwischen einer kleinen Oberschicht und der übergroßen Bevölkerungsmehrheit. Denn mit der meist einseitigen Ausrichtung auf den Export von Agrar- und Bergbauprodukten vollzog sich nur eine partielle Modernisierung, trat nur ein partielles wirtschaftliches Wachstum ein, an dem weder alle Regionen der jeweiligen Staaten noch alle gesellschaftlichen Gruppen Anteil hatten. Dadurch blieben die Gesellschaften in den südamerikanischen Staaten in ihrer Grundstruktur Agrargesellschaften, in denen die Verfügung über Grund und Boden die politische und soziale Stellung bestimmte, und die wirtschaftliche Entwicklung wurde abhängig von den Weltmarktpreisen. Zudem hatten sich die Staaten durch die wichtigen Infrastrukturmaßnahmen wie Eisenbahn- und Straßenbau gegenüber ausländischen Investoren stark verschuldet.

Im 20. Jahrhundert sahen sich die politischen Eliten der Oberschicht in anderen historischen Rahmenbedingungen genötigt, die bisherige einseitig auf den Agrar- und Rohstoffexport ausgerichtete Wirtschaft zu überwinden und ein eigenständiges Wachstum einzuleiten. Sie begannen, die bisherige Wirtschaftspolitik zu modifizieren und entschieden die Industrialisierung voranzutreiben. Dabei machten sie sich die Krisen des internationalen Wirtschaftssystems, d.h. die durch die beiden Weltkriege sowie die Weltwirtschaftskrise von 1929 sich ergebenden Lockerungen der Handelsbeziehungen zu den Industrienationen, konkret den Rückgang der Importe von Fertigwaren und Industrieprodukten zunutze, auf deren Einfuhr sie bislang angewiesen waren. Zusätzlich kam nun zu den wirtschaftlichen Entwicklungsbestrebungen immer mehr die bisher vernachlässigte soziale Dimension hinzu. Die südamerikanischen Gesellschaften mussten Antworten auf die soziale Frage finden.

ANMERKUNGEN

- 1 Zur Bedeutung der Umbruchzeit vom 19. zum 20. Jahrhundert im historischen Prozess südamerikanischer Staaten siehe König, Hans-Joachim (2006, 2009): *Kleine Geschichte Lateinamerikas*. Stuttgart.
- 2 Siehe zum Prozess der Unabhängigkeitsbewegungen Rinke, Stefan (2010): *Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit, 1760–1830*. München.
- 3 Siehe Riekenberg, Michael (2009): *Kleine Geschichte Argentinien*. München; Potthast, Barbara/Carreras, Sandra (2010): *Eine kleine Geschichte Argentinien*. Berlin.
- 4 Siehe Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zöllner, Rüdiger (2000): *Eine kleine Geschichte Brasiliens*. Frankfurt a. M.

- 5 Siehe Rinke, Stefan (2007): *Kleine Geschichte Chiles*. München.
- 6 Siehe König, Hans-Joachim (2008): *Kleine Geschichte Kolumbiens*. München.
- 7 Siehe Zeuske, Michael (2007): *Kleine Geschichte Venezuelas*. München.
- 8 Bolívar, Simón (1984): *Reden und Schriften zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, hrsg. von Hans-Joachim König. Hamburg, Obertshausen, S. 47–59.
- 9 Übergreifende Darstellungen bei Bernhard, Virginia (Hrsg.) (1979): *Elites, Masses, and Modernization in Latin America, 1850–1930*. Austin; Burns, E. Bradford (1980): *The Poverty of Progress: Latin America in the Nineteenth Century*. Berkeley; Bushnell, David/Macaulay, Neill (1988): *The Emergence of Latin America in the Nineteenth Century*. New York; König, Hans-Joachim/Wieserbrun, Marianne (Hrsg.) (1998): *Nation Building in Nineteenth Century Latin America. Dilemmas and Conflicts*. Leiden.
- 10 Siehe dazu Lynch, John (1992): *Caudillos in Spanish America, 1800–1850*. Oxford.
- 11 González, Florentino, *Memoria de Hacienda de 1847*, zitiert in König, Hans-Joachim (1983): *Entwicklung nach außen*. In: Buisson, Inge/Mols, Manfred (Hrsg.): *Entwicklungsstrategien in Lateinamerika in Vergangenheit und Gegenwart*. Paderborn, München, S. 67–82, hier S. 75.
- 12 Siehe Schmidt, Peer (2000): *Wahlen und Parteien in Anglo- und Lateinamerika im Vergleich*. In: Edelmayer, Friedrich/Hausberger, Bernd/Tobler, Hans Werner (Hrsg.): *Die vielen Amerikas. Die Neue Welt zwischen 1800 und 1930*. Frankfurt a. M./Wien, S. 69–88.
- 13 Siehe Ruiz Rivera, Julián B. (1988): *Gabriel García Moreno. Dictador Ilustrado del Ecuador*. Madrid.
- 14 Siehe Graham, Richard (1990): *Patronage and Politics in the 19th Century Brazil*. Stanford.
- 15 Platt, D.C.M. (1980): *Dependency in Nineteenth-Century Latin America. An Historian Objects*. In: *Latin American Research Review* 15, S. 113–130.
- 16 Mosquera, Tomás C. de, zitiert in König: *Entwicklung nach außen*. In: Buisson, Inge/Mols, Manfred (Hrsg.): *Entwicklungsstrategien in Lateinamerika in Vergangenheit und Gegenwart*. Paderborn, München, S. 77.
- 17 Siehe dazu und allgemein zur Einwanderung Pieper, Renate (2000): *Die Auswanderung nach Amerika (1800–1930)*. In: Edelmayer, Friedrich/Hausberger, Bernd/Tobler, Hans Werner (Hrsg.): *Die vielen Amerikas. Die Neue Welt zwischen 1800 und 1930*. Frankfurt a. M./Wien, S. 127–137.
- 18 Alberdi, Juan Bautista (1852): *Bases y Puntos de Partida para la Organización Política de la Republica Argentina, Derivados de la lei que preside al desarrollo de la civilización en la America del Sud*. Valparaíso; Sarmiento, Domingo Faustino (1845): *Facundo. Civilización y Barbarie*. Neuere Ausgabe Madrid 1988; deutsche Ausgabe aus dem Spanischen übersetzt von Berthold Zilly: *Barbarei und Zivilisation. Das Leben des Facundo Quiroga*. Frankfurt a. M. 2007.
- 19 Siehe Pinto Rodríguez, Jorge (1998): *Modernización, inmigración y mundo indígena: Chile y la Araucanía en el siglo XIX*. Temuco.
- 20 Bartolomé, Miguel Alberto (1985): *La desindianización de la Argentina*. In: *Boletín de Antropología Americana* Vol. 11, S. 39–50.
- 21 Siehe Devoto, Fernando (2003): *Historia de la inmigración en la Argentina*. Buenos Aires.
- 22 Siehe Blancpain, Jean-Pierre (1974): *Les Allemands au Chili (1816–1945)*. Köln; Tietze de Soto, Katharina (1999): *Deutsche Einwanderung in die chilenische Provinz Concepción: 1870–1930*. Frankfurt a. M.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Hans-Joachim König studierte Geschichte, Latein und Spanisch in Münster und Hamburg. Promotion und Habilitation für Geschichte Lateinamerikas an der Universität Hamburg; Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Neuere Geschichte und an der Forschungsstelle für Europäische Expansion der Universität Bamberg (1984–1988); Universitätsprofessor für Geschichte Lateinamerikas an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Mitdirektor des dort ansässigen Zentralinstituts für Lateinamerika-Studien (1988–2006). Hans-Joachim König hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Lateinamerikas vorgelegt.

Revolutionen, Staatsstreiche, Populismen

Nikolaus Werz

Seit den 1980er und 1990er Jahren etablierten sich in vielen Staaten Südamerikas demokratische Regierungen. Trotzdem sind unsere Vorstellungen von Lateinamerika durch die Bilder von Revolutionären, von Putschisten und Populisten geprägt. Nikolaus Werz entfaltet und erörtert diese drei Schlüsselbegriffe. So ist mit Blick auf den Begriff der Revolution zunächst zwischen angekündigten, scheinbaren und letztlich vier realen Revolutionen im 20. Jahrhundert – die in dem Beitrag skizziert werden – zu unterscheiden. Somit sind Revolutionen nicht zum Motor der Geschichte geworden. Trotz der demokratischen Konsolidierung in den vergangenen zwei Dekaden und der internationalen Ächtung ist der Staatsstreich in Einzelfällen immer noch ein Mittel der Politik. Der Populismus schließlich – die dritte Konstante – ist ungeachtet seiner verschiedenen Spielarten ein langlebiges Phänomen. Formen populistischer Demokratie sind in Südamerika gerade deshalb so häufig, weil die repräsentative und liberale Demokratie bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht wirklich populär ist

verstanden. Es gilt also jeweils zwischen realen, angekündigten und scheinbaren Revolutionen zu unterscheiden.

Auch bei den Staatsstreichen (golpes) bestehen Unterschiede. Lange Zeit galt der Staatsstreich als ein Mittel der Politik. Bis sich in den letzten zwei Jahrzehnten Wahlen weitgehend durchgesetzt haben, wurden Regierungswechsel häufig über Putsche eingeleitet. Sie verliefen nach gewissen Mustern, die den Akteuren bekannt waren und an die sie sich halten konnten. Nach der kubanischen Revolution 1959 und während

des Kalten Krieges erhielten die Militärputsche einen anderen Charakter. Zwischen 1964 bis in die 1980er Jahre etablierten sich in den meisten südamerikanischen Ländern Militärdiktaturen. Während bei der Revolution und dem Staatsstreich die Merkmale vergleichsweise klar zu benennen sind, fällt dies beim Populismus schwer. Von einem „konsolidierten Populismus“ in Lateinamerika ist die Rede.¹ Anders als in Europa überwiegen die sozial inklusiven, linkspopulistischen Elemente. Von daher bestehen auch Verbindungen zum

Revolutionäre, Putschisten und Populisten

Die Vorstellungen von Lateinamerika sind von Eindrücken geprägt, die auch neuere Entwicklungen schwer entkräften können. Obwohl der amerikanische Halbkontinent derzeit die längste demokratische Phase seiner Geschichte durchläuft, haben sich die Bilder von Revolutionären, Militärputschisten und Populisten zumindest gehalten. Und wie bei so manchen einseitigen Annahmen steckt darin auch ein gewisser wahrer Kern.

„Revolución“ gehört zu den Schlüsselbegriffen in Lateinamerika. Allerdings ist damit nicht immer – wie in der deutschen Geschichte – ein ökonomisch-sozialer oder ein politischer Systemwechsel gemeint. Es kann sich auch um eine so genannte Palastrevolution handeln. Als 1966 General Juan Carlos Onganía in Argentinien die Macht an sich riss, proklamierte er eine „Argentinische Revolution“, mit der die Militärs eine richtige Revolution verhindern wollten. Und bei den christlich-sozialen Parteien Lateinamerikas wurde Revolution in den 1960/70er Jahren als beschleunigter wirtschaftlicher und sozialer Wandel

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Begriff „Revolution“. Und schließlich lässt sich ein populistischer Stil feststellen, der die lateinamerikanische Politik im 20. und 21. Jahrhundert prägt.

Revolutionen

Im Gegensatz zum inflationären Gebrauch des Wortes *revolución* sind wirkliche Revolutionen relativ selten gewesen. Einzelne Autoren zählen auch die Unabhängigkeitsrevolutionen zwischen 1760 und 1830, mit denen die meisten südamerikanischen Länder die formale Unabhängigkeit von Spanien erlangten, dazu.² Ab 2009/2010 wird vor allem in Südamerika der Beginn der Unabhängigkeitsbewegung vor 200 Jahren gefeiert.

Im Geschichtsbild vieler Staaten besitzt sie und der Begriff Unabhängigkeit ei-

nen hohen Stellenwert. Die Nationalhymnen nehmen darauf Bezug, in jedem größeren Ort finden sich Plätze, Straßen und Denkmäler, die nach den Befreiern benannt wurden. Die bekanntesten sind Simón Bolívar (1783–1830) aus Venezuela und San Martín (1778–1850) aus Argentinien, die den Norden bzw. den Süden des Kontinentes befreiten. An ihnen lässt sich aber auch die Ambivalenz der Unabhängigkeitsrevolutionen aufzeigen. Beide kamen aus der kreolischen Oberschicht, d.h. sie waren Nachfahren der in Iberoamerika geborenen Abkömmlinge der Spanier. Als Napoleon 1807 in Spanien einfiel, erklärten die Vizekönigreiche in Übersee ihre Loyalität mit dem abgesetzten König und damit die eigene Unabhängigkeit. Die Loslösung von Spanien ging also entgegen manchen Umdeutungen von den oberen und mittleren Schichten

aus. Die ärmeren Schichten waren zunächst kaum daran beteiligt, zum Teil kämpften sie sogar auf Seiten der Spanier. Deshalb wird im Ergebnis von „unvollendeten Revolutionen“ gesprochen. Im Unterschied zur europäischen Geschichte entstanden, vereinfacht ausgedrückt, die Staaten vor den Nationen. Die an den europäischen und nordamerikanischen Vorbildern orientierten Anführer der Unabhängigkeitsbewegung gaben den neuen Staaten die modernsten Verfassungen. Damals entstand eine Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, die in Teilen bis in die Gegenwart anhält. Deshalb galt und gilt die „Nationswerdung“ vielerorts noch als Aufgabe. Von einer „Sehnsucht nach Revolution“ war mit Blick auf die lateinamerikanische Geschichte im 20. Jahrhundert die Rede.³ Bis in die Gegenwart tauchen Themen wie Nation (*nación*) und Volk (*pueblo*) im Diskurs von populistisch auftretenden Politikern auf.

Am Beispiel der beiden großen „Befreier“ lässt sich der unfertige Charakter der Unabhängigkeit nachzeichnen. San Martín zog sich nach dem berühmten Treffen mit seinem Kollegen Bolívar in Guayaquil/Ecuador 1822 aus Südamerika zurück und verbrachte die letzten 25 Jahre seines Lebens auf dem alten Kontinent. Erst 1880 wurden seine sterblichen Überreste von Boulogne-sur-Mer nach Buenos Aires überführt und in der dortigen Kathedrale bestattet. Bolívar soll sich auf dem Weg nach Europa befunden haben, als er in Santa Marta/Kolumbien starb. Am Ende seines Lebens war der Visionär eines vereinten Lateinamerika pessimistisch gestimmt. In seiner letzten Botschaft heißt es: „Sie wissen, dass ich zwanzig Jahre regiert habe, und aus dieser Zeit habe ich nur wenige sichere Erkenntnisse gewonnen: 1. Amerika ist für uns unregierbar, 2. wer einer Revolution dient, pflügt das Meer, 3. das Einzige, was man in Amerika tun kann, ist emigrieren; 4. dieses Land wird unweigerlich in die Hände der zügellosen Massen fallen, um danach auf kaum erkennbare Klein-Tyrannen aller Hautfarben und Rassen überzugehen.“⁴ Erst 1842 konnte sein Leichnam in seiner Heimatstadt Caracas bestattet werden.

Aus zwei Gründen nimmt die Unabhängigkeitsbewegung gleichwohl einen so prominenten Platz ein: (1.) Mit der frühen Unabhängigkeit stellte sich die Region in eine Reihe mit den USA und rangierte weit vor anderen südlichen Ländern, die erst in der Phase der Dekoloni-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Wandmalerei in Havanna: „Revolución“ gehört zu den Schlüsselbegriffen in Lateinamerika. Allerdings gilt es jeweils zu unterscheiden zwischen realen, angekündigten und scheinbaren Revolutionen!

picture alliance/dpa

sation nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig wurden. (2.) Die Berufung auf die Befreier diente nicht zuletzt dem jeweiligen Präsidenten bzw. einer politischen Bewegung. Das aktuellste Beispiel ist Präsident Hugo Chávez, der 1999 sein Land in Bolivarische Republik Venezuela umbenannte. Damit versucht er u. a., seine auf ganz Lateinamerika ausgreifende Außenpolitik mit dem Verweis auf Bolívar zu begründen.

Von den Unabhängigkeitsbewegungen oder -revolutionen sind die zahlreichen „Revolutionen“ des 19. Jahrhunderts zu unterscheiden, als es allein 115 gegeben haben soll.⁵ Erst im 20. Jahrhundert erfolgen „echte“ Revolutionen. Sie beinhalten erstens Veränderungen in der Staatsform, der personellen Zusammensetzung der Regierung, den sozialen Strukturen und der Legitimationsideologie. Zweitens implizieren echte Revolutionen Gewalt „von unten“, d.h. gegen die Herrschenden, wodurch sie sich von Reformen unterscheiden. Drittens müssen eine Revolution Folgen und die „revolutionären Errungenschaften“ einen gewissen Bestand haben. In dieser Hinsicht lassen sich mit Einschränkungen nur vier Revolutionen im 20. Jahrhundert in Lateinamerika feststellen.

Die mexikanische Revolution

1910 begann die erste große (Agrar-) Revolution des 20. Jahrhunderts in Mexiko. Ausmaß und die genaue Eingrenzung der Revolution sind umstritten, nicht aber die Tatsache, dass es eine war. Denn einige wichtige Maßnahmen (Agrarreform und Verstaatlichung der Ölindustrien) wurden erst in den 1930er Jahren realisiert. Schon davor wurden große Veränderungen im Bereich von Erziehung und Kultur eingeleitet. Es entstand ein kontrolliertes Parteiensystem unter einer „Partei der Institutionalisierten Revolution“ (PRI). Der Präsident ging Jahrzehnte lang aus der Staatspartei hervor. Er durfte nur einmal und zwar sechs Jahre amtierend. Dieses Prinzip der Nicht-Wiederwahl folgte dem Slogan, der 1910 die Revolution ausgelöst hatte: „Effektives Wahlrecht, keine Wiederwahl“ (sufragio efectivo, no reelección). In der Folgezeit wurde dieses Prinzip von fast allen lateinamerikanischen Staaten übernommen und erst in den letzten Jahren zunehmend wieder rückgängig gemacht. Die mexikanische Revolution besaß große lateinamerikanische und internationale Ausstrahlungskraft. Gegenüber den USA versuchte sie eine unabhängige Außenpolitik. Mexiko unterhielt keine Beziehungen zur Franco-Diktatur und nahm die republikanische Regierung sowie Flüchtlinge vor dem Faschismus und Nationalsozialismus auf. In den 1980er Jahren setzte

eine Öffnung des gemäßigt autoritären Regimes in Mexiko ein. Bei den Wahlen konnte die Opposition in den Provinzen Erfolge verbuchen. Im Jahr 2000 stellte die älteste Oppositionspartei „Partei der Nationalen Aktion“ (PAN) erstmals den Präsidenten. Damit war die mehr als sieben Jahrzehnte andauernde PRI-Herrschaft vorerst beendet.

Die Revolution in Bolivien

Als „Wiege der Freiheit“ wurde Bolivien bezeichnet, denn sein Name geht auf den Befreiungsheld Bolívar zurück. Doch verlief die Entwicklung des Landes lange Zeit wenig erfolgreich und politisch äußerst instabil, zumal im Pazifik-Krieg mit Chile (1879–1883) der Meereszugang verloren ging. Bergbauunternehmer und Großgrundbesitzer bildeten eine Oligarchie, die das Land bis 1952 beherrschte. Nationalistische Bewegungen und Gewerkschaften gewannen seit der Weltwirtschaftskrise 1929 an Bedeutung; nach territorialen Verlusten im Chaco-Krieg gegenüber dem kleineren Paraguay (1932–35) bildeten sich jüngere Offiziersgruppen. Die 1941 gegründete „Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung“ (MNR) bündelte den Protest. Als die Wahlergebnisse nicht anerkannt wurden, führte die MNR 1952 nach einem dreitägigen Aufbruch unter dem Druck bewaffneter Arbeiter und Bauern einen Machtwechsel durch und leitete soziale, politische und wirtschaftliche Reformen ein. Die kurze Revolution beendete zunächst die Vorherrschaft der Oligarchie, brachte die Nationalisierung der Rohstoffvorkommen und führte vorübergehend zur Auflösung der Armee.⁶

Relativ schnell wurden die Maßnahmen der Revolution jedoch wieder revidiert und schon 1953 ein Wirtschaftsabkommen mit den USA abgeschlossen. Von einer Revolutionsregierung lässt sich allenfalls bis 1956 sprechen.⁷ Im Unterschied zu Mexiko entstand in Bolivien kein hegemoniales Parteiensystem. Vielmehr kam es innerhalb der MNR zu Flügeln, zum Bruch mit den Gewerkschaften und ab 1964 zu wechselnden Militärregimen. In den 1980er Jahren regierten nach Wahlen zwei „Veteranen der Revolution“. 1993 gewann mit Gonzalo Sánchez de Lozada erneut ein Kandidat der MNR und versuchte eine Reform der „nationalen Revolution“ einzuleiten. Er wurde 2002 nach einer Unterbrechung wieder zum Präsidenten gewählt, musste aber 2003 nach Massenprotesten zurücktreten und das Land verlassen. 2005 gewann der Gewerkschaftler und vormalige Anführer der Coca-Bauern Evo Morales mit seiner „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) die Wahlen. Mit ihm wurde erst-

mals ein Angehöriger eines indigenen Volkes Präsident Boliviens. Er hat wieder eine Renationalisierung des Erdgas- und Erdölsektors eingeleitet. Dabei spielt die Berufung auf indigene Wurzeln und die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen eine größere Rolle als die Bezugnahme auf die „unvollendete Revolution“ von 1952.⁸

Die kubanische Revolution

In Kuba handelte es sich 1958/59 ebenfalls um eine „kleine“ Revolution. Aber groß und bis in die Gegenwart andauernd sind ihre innen- und außenpolitischen Wirkungen. Am 1. Januar 1959 verkündete der damals 32-jährige Fidel Castro den Sieg der Revolution. Was die formale Unabhängigkeit anbelangte, war Kuba ein Nachzügler. Erst 1898 befreite sich das Land von der Kolonialherrschaft, geriet allerdings in Abhängigkeit von den USA. Durch Interventionen und später durch Investitionen sicherten sich die USA ihren Einfluss auf der Insel; hier wurzelt aber auch der starke Antiamerikanismus. Die formale Demokratie konnte kaum Wurzeln auf der Zucker- und Touristeninsel schlagen. 1956 eröffneten Revolutionäre den Guerilla-Kampf. Die kleine Gruppe um die Castro-Brüder und den Argentinier Ernesto Che Guevara avancierten mit ihren langen Haaren und Bärten (barbudos) zum internationalen Protestsymbol. Mit einer Rebellenarmee, die auch in der Endphase nicht mehr als ca. 3.000 Mitstreiter hatte, gelang es ihnen, das unpopuläre und marode Batista-Regime zu stürzen. Zunächst galt sie als nationalistische Revolution. Die Maßnahmen der Anfangszeit – Lohnerhöhungen, Senkung der Mietpreise, Nationalisierungen, Agrarreformen – brachten ihr die notwendige Anhängerschaft in der Bevölkerung. Nach einer gescheiterten Invasion in der Schweinebucht von Exil-Kubanern aus Miami verkündete Castro 1961 den sozialistischen Charakter der Revolution.

Erst 1965 wurde die Kommunistische Partei Kubas gegründet, 1976 eine sozialistische Verfassung verabschiedet. Bestimmend blieb aber der Einfluss des máximo líder Fidel Castro, der nach 47-jähriger Herrschaft 2006 krankheitsbedingt die Macht zunächst für 18 Monate an seinen nur unwesentlich jüngeren Bruder Raúl abgeben musste. 2008 erklärte er den Verzicht auf seine Führungssämter.

Die politische Wirkung der kubanischen Revolution ging über die der mexikanischen Revolution noch hinaus. Erstmals entstand im sogenannten Hinterhof der USA ein sozialistisches Regime. Nach radikalen Reformen im Inneren versuchte das kleine Kuba den Revolutionsex-

port nach Lateinamerika, der zunächst scheiterte. Erfolgreicher war die außenpolitische Revolutionsstrategie in Afrika, wo bis zu 50.000 Soldaten aus Kuba die Entkolonialisierungsprozesse in Angola, Mosambik und auch Südafrika unterstützten. Das Ende des Staatssozialismus in Osteuropa nach 1989 hat die kubanische Revolution entgegen manchen Prognosen überlebt, zumal sie ab 1999 Hilfe aus dem ölreichen Venezuela erhielt, wo mit dem gewählten Präsidenten Chávez ein Anhänger der Castros regiert. In den 50 Jahren seit der Revolution propagierte Kuba zunächst den Revolutionsexport, später galt es vorübergehend als sozialistisches Entwicklungsmodell. Insgesamt hat die kleine und von elf Millionen Menschen bevölkerte Insel aufgrund der Revolution eine enorme Rolle in der jüngeren Weltpolitik gespielt.

Die Sandinistische Revolution in Nicaragua

Nur in Nicaragua hat eine modifizierte Form des kubanischen Revolutionsmodells 1979 zum Erfolg geführt. Vorausgegangen war die Bereicherungsdiktatur der Somozas, die von den USA unterstützt wurde. Dagegen richtete sich der Kampf der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), die sich auf Augusto César Sandino (1895–1934) berief, ein Antiimperialist und so genannter „General der freien Menschen“, der von einem der Somoza-Präsidenten ermordet wurde. Drei Gründe können für den Erfolg der FSLN 1979 genannt werden: (1.) Im Unterschied zu anderen mittelamerikanischen Ländern bestand in Nicaragua eine vereinigte Opposition. (2.) Angesichts des rücksichtslosen Vorgehens der Nationalgarde lief alles auf eine bewaffnete Lösung hinaus, bei der eine politisch-militärische Organisation, eben die FSLN, eine Führungsrolle übernahm. (3.) Durch den Volksaufstand und die bewaffnete Einnahme der Städte durch so genannte comandantes besaß die FSLN zunächst eine starke Legitimationsgrundlage und setzte anfangs auf das Prinzip der kollektiven Führung. Die USA versuchten unter Präsident Ronald Reagan die neue Regierung durch Unterstützung gegenrevolutionärer Kräfte (contras) zu stürzen. 2006 wurde die FSLN, die sich in den 1980er Jahren als Partei konstituierte, in freien Wahlen wieder zur Regierungspartei. Ein kleinerer Flügel so genannter Erneuerer hat sich abgespalten.

„Echte“ Revolutionen

Nach den eingangs genannten Kriterien kommen nur die vier genannten Fälle (Mexiko ab 1910, Bolivien 1952, Kuba

1959, Nicaragua 1979) und hierbei wohl auch nur Mexiko und Kuba als „echte“ Revolutionen in Betracht. Folgende Gemeinsamkeiten und Unterschiede lassen sich festhalten:

- Mit der Ausnahme Mexikos fanden wirkliche Revolutionen in kleineren Ländern Lateinamerikas statt.
- Außer in Kuba wurde die Revolution in den drei anderen Ländern unterbrochen, wobei die Revolutionsparteien in Nicaragua 1990 und in Mexiko 2000 freie Wahlen bzw. deren Ergebnisse akzeptierten und die Macht wieder abgaben.
- In Nicaragua wurde die FSLN 2006 wieder gewählt. In Mexiko ist ein Wahlsieg der PRI 2012 möglich.
- Die Entwicklung in Bolivien 2005 steht nicht unmittelbar in Beziehung zur Revolution von 1952. Die indigene Frage spielt mittlerweile eine größere Rolle als Mitte des 20. Jahrhunderts.

Wenn auch die Zahl der erfolgreichen Revolutionen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert gering war, so müssen doch die Revolutionsversuche und Guerillabewegungen zumindest erwähnt werden. Zentral war dabei die Ausstrahlungskraft der kubanischen Revolution. Die Stadt-Guerilla-Bewegungen in Südamerika in den 1960/70er Jahren sind ohne das castro-guevaristische Revolutionskonzept undenkbar. Für viele jüngere Menschen und linke Bewegungen in Lateinamerika war Kuba ein Beispiel, hinzu kamen die logistische Unterstützung und der Mythos der Revolution.⁹ Bei den gescheiterten Revolutions- und Rebellionsversuchen, die von den Militärdiktaturen der 1960/70er Jahre bekämpft und unterdrückt wurden, spielten jedoch nationalistische und antiimperialistische Impulse teilweise eine größere Rolle als sozialistische Vorstellungen. Bei der nicaraguanischen Revolution 1979 machte sich darüber hinaus der Einfluss der Befreiungstheologie bemerkbar. Im Zuge des gesellschaftlichen und religiösen Wandels hat der Einfluss der christlichen Linken jedoch in den vergangenen 20 Jahren an Bedeutung verloren, wichtiger wurden stattdessen regionale, lokale und indigene Einflussfaktoren.

Staatsstreich (golpes)

Dogmengeschichtlich hat sich der Begriff des Staatsstreiches als Gegenstück zur Idee der Revolution herausgebildet.¹⁰ Im Unterschied zur Revolution geht der Staatsstreich (von französisch Coup d'État) „von oben“ aus und wird meist ohne direktes Zutun der Masse durchgeführt.¹¹ Der traditionelle Staatsstreich kommt damit ohne Massen und ohne Ideologie aus. In der Regel wird er

von einem Mann oder einer kleinen Gruppe durchgeführt. Er hat blitzschnell, schlagartig und unvorsehen zu erfolgen. Meist konzentriert er sich auf die Hauptstadt und die neuralgischen Punkte. Der vorherige Präsident erhält freies Geleit zugesichert, in einigen Fällen wird er mit dem Hubschrauber vom Regierungssitz ins Ausland gebracht. Mit der gewaltsamen Änderung der Staatsleitung und dem Regierungswechsel ist der Zweck häufig erfüllt. Die meisten dieser „Revolutionen“ spielten sich bis Mitte des 20. Jahrhunderts dank ihrer schnellen Ausführung fast ohne Verluste von Menschenleben ab. Dies änderte sich mit dem Staatsstreich in Brasilien 1964 und vor allem mit dem blutigen Militärputsch am 11. September 1973 in Chile, der gegen eine frei gewählte sozialistische Regierung geführt wurde, konterrevolutionäre Züge besaß und den Tod von Präsident Salvador Allende im Präsidentenpalast zur Folge hatte.

Für den traditionellen, d.h. weitgehend unblutigen Militärputsch trifft dagegen die Aussage zu: „Das Orchester wechselt, die Musik aber bleibt die gleiche.“ Häufig kommt es während des Staatsstreiches zu Telefonaten zwischen verschiedenen Militärgarnisonen. In deren Verlauf wird klar, welche Truppenteile loyal zur bisherigen Regierung stehen und welche sich der „Erhebung“ anschließen. Es gilt jeweils im Detail zu prüfen, welche Zusagen und „faulen Kompromisse“ im Verlauf des Staatsstreiches gemacht wurden. Es hat auch Fälle eines Vor-Putsches (pre golpe) gegeben, d.h. dessen Durchführung diente lediglich dem Zweck, herauszufinden, mit welchen Truppenteilen die Putschisten rechnen können. Zuweilen folgt auf einen solchen Vor-Putsch dann einige Monate später der tatsächliche Putsch. Neben dem Begriff Staatsstreich (golpe de estado) finden sich in der spanischen Sprache noch andere Bezeichnungen. Zum Beispiel cuartelazo (von spanisch cuartel, d.h. Kaserne). Ein idealtypische Verlauf kann folgendermaßen aussehen: (1.) Die Aktionen beginnen in einer Kaserne. (2.) Es erfolgt ein pronunciamiento (Erhebung und Erklärung eines Militärs oder caudillos), um die Unterstützung für den Putsch aufzubauen. (3.) Anschließend wird versucht, die wichtigsten Machtzentren und Kommunikationsmittel zu übernehmen. (4.) Die Bevölkerung wird informiert, dass eine Gruppe die Regierungsaufgaben übernommen hat. (5.) Die Mitglieder der Regierung oder der

Regierungsjunta werden bekannt gegeben und in der Regel der Ausnahmezustand (*estado de sitio*) ausgerufen. So lange ein staatlich kontrolliertes Radio- und Fernsystem bestand, ertönte zunächst Marschmusik oder klassische Musik.

Als in den 1960/70er Jahren das so genannte Junta-Phänomen in Lateinamerika auftrat, d.h. die drei Waffengattungen übernahmen gemeinsam die Regierung, wurden einzelne Militärcoups auch als Ergebnis einer aufsteigenden Mittelschicht („*Reform in Uniform*“) betrachtet.¹² Im Ergebnis fielen die Unterschiede zwischen rechten und linken Militärregierungen jedoch gering aus. Sie führten in der Regel zu einem Anstieg von Militärausgaben und in eini-

gen Ländern zu massiven Menschenrechtsverletzungen.

Zum traditionellen Repertoire des Staatsstreiches gehört auch der so genannte Selbstputsch (*auto golpe*). 1992 löste Präsident Alberto Fujimori in Peru den Kongress auf, wofür er die Duldung des Militärs und Unterstützung bis hinein in die Mittelschichten erhielt. In den Begründungen war „von der neuen Rolle des Volkes als staatsbürgerliches Subjekt, das nunmehr direkt mit dem Führer kommuniziert, ohne die verzerrende Vermittlung der verbrauchten Politikerklasse“ die Rede.¹³ Zu seiner Scheindemokratie gehörten Bestechung und Erpressung. Ende 2000 nutzte Fujimori einen Auslandsaufenthalt, um sich nach Japan abzusetzen. Als er später

ins Nachbarland Chile zurückkehrte und wieder in die peruanische Innenpolitik eingreifen wollte, wurde er ausgeliefert. In seinem Heimatland wurde er 2007 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Wohl unter dem Eindruck des Selbstputsches von Fujimori versuchte Guatemalas Präsident Jorge Serrano Elias 1993 ebenfalls einen *auto golpe*, der allerdings am Protest sozialer Bewegungen und Interessengruppen scheiterte. Er musste nach Panama ins Exil gehen, alle Auslieferungsanträge scheiterten.

Es hat Fälle in der lateinamerikanischen Geschichte gegeben, wo ein Staatsstreichversuch an kleineren technischen Pannen gescheitert sein soll. So betrat der Ex-Oberstleutnant Chávez 1992 mit einem gescheiterten Putschversuch, bei dem zahlreiche Menschen erschossen wurden, die politische Bühne. Das Abspielen einer vorbereiteten Botschaft an die Bevölkerung im Fernsehen soll am falschen Format des Videos gescheitert sein. Gleichwohl markierte dieser Rebellionsversuch den Beginn seines politischen Aufstieges, denn er durfte eine kurze Erklärung im Fernsehen abgeben, wo er mitteilte, dass die Offiziersgruppe nur „fürs Erste“ gescheitert sei. Dies und die anschließende Gefängnishaft förderten seine Popularität. Der Fall Chávez unterstreicht auch, dass Staatsstrieche nicht nur einen restaurativ-reaktionären Charakter haben können, sondern auch einen nationalistisch-revolutionären, wie es 1992 in Venezuela der Fall war. Auch hier gilt es, jeden Staatsstreich im Einzelnen zu untersuchen.

Seit der Re-Demokratisierung in Süd- und später Mittelamerika in den 1980er Jahren sind Staatsstrieche seltener geworden. Zwei Gründe lassen sich anführen: Zum einen konnten Militärputschisten nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr auf die Unterstützung durch US-Regierungen bauen, wie es vorher häufig der Fall war. Zum anderen hat die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Jahr 2001 eine generelle Ächtung von Staatsstreichen beschlossen. Dies bewährte sich 2002 in Venezuela, als eine Gruppe von Militärs und Zivilisten den gewählten Präsidenten Chávez absetzte. Die neue Regierung erhielt keinerlei Unterstützung aus dem Ausland. Nur kurze Zeit später konnte der Präsident wieder die Amtsgeschäfte übernehmen. In diesem Fall hat der gescheiterte Staatsstreich sogar zur Festigung der Regierung geführt.

Etwas anders verlief der Staatsstreich 2009 gegen den Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya. Er wurde in seiner Dienstvilla vom Militär festgenommen, in ein Flugzeug gesetzt und ins Nachbarland Costa Rica verbracht. Zelaya wurde vorgeworfen, er habe

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Als neue Populisten gelten die populistisch auftretenden Präsidenten, die im 21. Jahrhundert in mehreren südamerikanischen Ländern nach freien Wahlen die Regierung übernommen haben. Venezuelas Präsident Hugo Chávez ist einer der bekanntesten Vertreter des „radikalen“ Populismus.

picture alliance/dpa

rechtliche Vorgaben ignoriert und gegenläufige Entscheidungen anderer Verfassungsorgane nicht akzeptiert.¹⁴ Auch in diesem Fall gab es zunächst keinerlei Anerkennung im Ausland. Nach politisch umstrittenen Verhandlungen unter Beteiligung einzelner mittelamerikanischer Regierungen und der US-Regierung fanden die ohnehin für 2010 geplanten Neuwahlen statt. Zelaya, der unterdessen wohl mit venezolanischer Unterstützung in der brasilianischen Botschaft der Hauptstadt Tegucigalpa aufgetaucht war, wurde ins Exil in die Dominikanische Republik ausgeflogen.

Jüngeren Datums sind die so genannten *golpes populares*, in etwa „Putsche des Volkes“. In Ecuador und anderen Staaten haben soziale Bewegungen im Verbund mit einzelnen Militärs durch mehrtägige Demonstrationen und Revolten die Absetzung von Präsidenten erreicht. Diese Form, die auch als *failed presidencies* (gescheiterte Präsidentschaften) bezeichnet wird, macht deutlich, dass trotz einer nachlassenden Rolle der Streitkräfte in den lateinamerikanischen Ländern einzelne Militärs im Verbund mit sozialen Bewegungen in Krisensituationen durchaus Einfluss nehmen können. Auch im 21. Jahrhundert sind Staatsstriche also nicht völlig von der politischen Bildfläche verschwunden.

Populismus und Populismen

In Lateinamerika trat der Populismus im 20. Jahrhundert eher in einer linken Variante auf, im Unterschied zu Europa, wo Formen des Rechtspopulismus vorherrschen. Die lateinamerikanische Variante weist damit Züge eines demokratischen Populismus auf, die sich auch in der nordamerikanischen Politik finden. Allerdings lässt sich eine genaue Trennung zwischen linkem und rechtem Populismus in Lateinamerika nicht durchhalten, zumal einige der bekanntesten Populisten Militärs waren. Dazu zählen etwa Juan Domingo Perón in Argentinien, den einzelne Autoren in die Nähe des Faschismus zu rücken versuchten,¹⁵ und Hugo Chávez in Venezuela, der seit 2004 einen nicht näher definierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ oder „Bolivarischen Sozialismus“ propagiert.

Die Dauerhaftigkeit lateinamerikanischer Populismen resultiert auch aus der Schwäche sozialistischer und kommunistischer Parteien. Sie konnten bis auf einzelne Ausnahmen (Chile) keine großen Wahlerfolge erringen oder starke Organisationen aufbauen. Charakteristisch für die dortige Linke bleibt vielmehr eine spezifische Mischung aus nationalistischen, antiimperialistischen

und sozialistischen Forderungen. Dies zeigt sich besonders beim argentinischen Peronismus, der ein breites ideologisches Feld umfasst. Während der dritten Amtszeit von Perón (1973–1974) bzw. nach seinem Tod eskalierten die Gegensätze. Links- und Rechtspersonen bekämpften sich teilweise mit Waffengewalt, was u. a. zu der Machtübernahme des Militärs 1976 beitrug. In historischer Perspektive lassen sich drei Epochen des Populismus in Lateinamerika unterscheiden:

■ Unter historischem Populismus versteht man Bewegungen und Regime, die seit den 1930er Jahren in verschiedenen Staaten auftraten. Die bekanntesten Namen waren Juan Domingo Perón, argentinischer Präsident von 1946–1955 und 1973–1974, Getulio Vargas, Regierungschef in Brasilien von 1930–1945 und von 1950–1954 sowie Präsident Lázaro Cárdenas (1934–1940) in Mexiko. Aber auch in anderen Ländern finden sich populistische Politiker und Bewegungen, so dass von populistischen Traditionen und Versuchungen gesprochen werden kann.¹⁶ Populistische Regime besaßen im Gegensatz zu den bis dahin vorherrschenden Parteien eine Massenbasis vor allem bei den vom Land zugewanderten Unterschichten und bei Teilen der Mittelschicht. Im Zusammenhang mit der Importsubstituierenden Entwicklung in den 1940/50er Jahren förderten sie mit Maßnahmen zur Industrialisierung und Schutzzöllen den Ausbau des staatlichen Sektors. Sie vertraten einen gemäßigten, gegen England und gegen die USA gerichteten Antiimperialismus. Die klassischen Populisten griffen zwar auch zu extra-konstitutionellen Mitteln, so war Perón 1943 an einem Militärputsch beteiligt. In der Folgezeit erzielten sie jedoch klare Wahlsiege. Sie setzten soziale Verbesserungen zugunsten der Ärmern durch und organisierten die „Massen“ teilweise „von oben“ in Gewerkschaften. Perón, Cárdenas und Vargas gehören zu den mythenbesetzten Figuren in der lateinamerikanischen Geschichte.

■ In den 1980er Jahren kamen in einzelnen Ländern so genannte Neopopulisten auf. Die Bezeichnung ergab sich aus der zeitlichen Koinzidenz zwischen dem wirtschaftlichen Neoliberalismus und dem Auftauchen von Anti-Politikern, Outsiders und Neopopulisten, die in einigen Staaten das Präsidentenamt übernahmen.¹⁷ Carlos Menem war 1989–1999 Präsident Argentiniens, seine Abkehr vom etatistischen Peronismus wurde auch als Menemismus bezeichnet. Beim Fuji-Populismus von Präsident Fujimori (1990–2000) in Peru handelte es sich dagegen um eine neu geschaffene Bewegung.

■ Als neue Populisten gelten die populistisch auftretenden Präsidenten, die im 21. Jahrhundert in mehreren Ländern nach freien Wahlen die Regierung übernommen haben. Hugo Chávez in Venezuela seit 1999, Evo Morales in Bolivien seit 2006, Rafael Correa in Ecuador seit 2007 und Daniel Ortega in Nicaragua seit 2007 gelten als die bekanntesten Vertreter eines „radikalen“ Populismus. Damit ist vor allem die zunächst von Chávez in Umlauf gebrachte Bezeichnung von einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gemeint. Nicht zuletzt aufgrund seiner großzügigen Hilfeleistungen (auch an Kuba) spielt das ölfreiche Venezuela eine gewisse Vorreiterrolle. Sie bezieht sich einmal auf die von Chávez umgesetzte Form der Verfestigung der Macht über eine Verfassungsgebende Versammlung und eine partizipativ-plebiszitäre Demokratie, zum anderen auf einen verbal-radikalen Antiamerikanismus. Innenpolitisch haben die neuen Populisten einen erheblichen Rückhalt bei den ärmeren Schichten der Bevölkerung, die durch Transferleistungen und Klientelbeziehungen eingebunden werden.¹⁸ Insofern bestehen Verbindungslinien zwischen den historischen und den neuen Populisten, wozu auch beiträgt, dass die hohen Rohstoffpreise zwischen 2003 und 2008 eine aktive Rolle des Staates erleichterten.

In den Sozialwissenschaften besteht kein Konsens, was der Populismus ist. Eine gerade auch für die aktuelle Entwicklung aussagekräftige Definition von Populismus gibt Di Tella: „A political movement that emphasises the interests, cultural traits, and spontaneous feeling of the common people, as opposed to those of a privileged elite.“¹⁹ Gerade die so genannten „radikalen Populisten“ propagieren einen antagonistischen Stil der Politik, wobei sie die „Feinde“ im Ausland, in der Oligarchie oder bei der Presse ausmachen. Andere Autoren hatten den lateinamerikanischen Populismus vor allem als eine Methode der Machtergreifung geschildert, dessen ideologischer Gehalt weniger wichtig sei.²⁰ Ganz offensichtlich handelt es sich um ein traditionelles Muster in der lateinamerikanischen Politik, das auch im Modernisierungsprozess nicht verschwindet, wie noch in den 1950er Jahren vermutet worden war. Immerhin dauert die Herrschaft von Präsident Chávez in Venezuela jetzt schon länger als die von Präsident Perón in Argentinien. Chávez hat mittlerweile die Möglichkeit der unbegrenzten Wiederwahl

durchsetzen können. Nach eigenen Angaben möchte er bis 2024 regieren. Dann jährt sich die Batalla de Ayacucho (d.h. das Ende der Unabhängigkeitsbewegung von Spanien) zum zweihundertsten Mal.

Der Begriff Populismus bleibt nicht nur in seiner wissenschaftlichen Aussagekraft umstritten, die Bezeichnung wird auch von vielen lateinamerikanischen Politikern abgelehnt, vor allem von denen an der Regierung. Dies gilt auch für die These von den zwei Linken in Lateinamerika:²¹ Neben dem bereits erwähnten radikalen Populismus bestünde ein sozialdemokratischer Populismus – wie er etwa in Brasilien zum Ausdruck käme. In Südamerika wird dagegen die Bezeichnung einer neuen Linken nach dem Neoliberalismus bevorzugt.²² Der Linksruck ist übrigens keineswegs durchgängig: In Chile, Panama und Kolumbien wurden 2009/2010 liberal-konservative Präsidenten gewählt.

Konstanten der lateinamerikanischen Politik?

Besteht ein Zusammenhang zwischen den drei behandelten Aspekten? Lassen sich spezifische Traditionen in der südamerikanischen Politik ausmachen? Können Merkmale der politischen Systeme in Lateinamerika in einer zunehmend multipolaren Welt festgehalten werden?

Die so genannte Dritte Welle der Demokratisierung setzte in Südamerika schon vor 1989 ein.²³ In einzelnen Ländern ist die (Wahl-)Demokratie seit fast 30 Jahren the only game in town.²⁴ Damit wäre Lateinamerika Teil eines internationalen Transformationsprozesses,²⁵ der allerdings regionalspezifische Charakteristiken aufweist. Diese Besonderheiten, die Gegenstand der Regionalstudien (area studies) bilden, haben mit der Ausformung und den historischen Erfahrungen mit der Demokratie auf dem Halbkontinent zu tun.

Nach den frühen Unabhängigkeitsbewegungen/-revolutionen Anfang des 19. Jahrhunderts übernahmen die Länder Verfassungen nach westlichem Muster, die der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit nicht entsprachen. Neben modernen sowie konstitutionell-wohlfahrtstaatlich ausgerichteten (Interessen-)Gruppen und den im 20. Jahrhundert aufkommenden Massenparteien bestand zum Beispiel der Einfluss der Agraroligarchie weiter. Auch das Ausland spielte damals eine größere Rolle als heute. Die sozialen Beziehungen blieben lange Zeit von patrimonialen und klientelistischen Strukturen geprägt. Nur ein geringer Teil der staatlichen Einnahmen wurde und wird über

Einkommenssteuern erhoben, weitaus häufiger sind indirekte Steuern und staatliche Renteneinnahmen, die sich als Anteil aus den Rohstoffausfuhren ergeben. Im „magischen Jahrfünft“ (2003–2008), als die Preise für Rohstoffe hoch waren, hat sich dieser Mechanismus erneut gezeigt.

Wie lässt sich ein solches System beschreiben, das auf ein Nebeneinander von traditionellen und modernen Akteuren hinausläuft? Charles W. Anderson bezeichnet das politische System Lateinamerikas in seiner entwicklungssoziologisch angelegten Studie als „lebendiges Museum“.²⁶ Dies klingt auf den ersten Blick schlichter, als seine differenzierte Analyse ausfällt. Neue Akteure aus der Mittelschicht und „Revolutionen“ würden in der Regel in das alte System integriert. Nur in wenigen Fällen (Kuba nach 1959) kam es zur Ausschaltung der alten Eliten. Auch lateinamerikanische Autoren analysierten die besonderen Merkmale des politischen Prozesses. Der peruanische Essayist und Politiker Víctor Raúl Haya de la Torre (1895–1985) konstatierte „unterschiedliche historische Zeiten“, in denen die politischen Akteure leben würden. Der Italo-Argentinier Gino Germani (1911–1979) entwickelte ein lateinamerikanisches Modell der Modernisierung und erkannte im Phänomen des Populismus eine Reaktion auf die nicht eingelösten Versprechen westlicher Demokratie.²⁷ Von einigen argentinischen und brasilianischen Sozialwissenschaftlern sind diese Überlegungen fortgeführt worden. Sie bleiben angesichts der Renaissance der Populismen seit dem Ende des 20. Jahrhunderts aktuell.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Nikolaus Werz studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Freiburg; 1980/81 Mitarbeiter am CENDES/Caracas; 1982–1993 Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg; seit 1994 Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock. Jüngste Veröffentlichung: Nikolaus Werz (Hrsg.) 2010: *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika*. Frankfurt a. M.

Revolutionen sind – entgegen den während des Kalten Krieges nach der Kubanischen Revolution aufgekommenen Erwartungen – nicht zum Motor der Geschichte auf dem Halbkontinent geworden. Angesichts der anhaltenden sozialen Ungleichheit bleibt der Appell an eine revolución nach wie vor ein eher politisches Stilmittel, das gerade die neuen Populisten in ihren Diskursen verwenden, auch wenn sie durchweg nach demokratischen Wahlen an die Regierung gelangten. Tatsächlich handelt es sich eher um Varianten eines Staatskapitalismus, bei dem die Regierenden soziale Transferleistungen zur Anbindung der Wähler- und Anhängerschaft einsetzen. So zielt der revolutionäre Diskurs nicht zuletzt gegen politische Gegner im Aus- und Inland und dient dem persönlichen Machterhalt.

In diesem Zusammenhang bleibt der Staatsstreich trotz aller Fortschritte in der demokratischen Konsolidierung der letzten 20 Jahre und trotz internationaler Ächtung in Einzelfällen ein Mittel der Politik. Dies zeigte sich in Venezuela 2002, wo ein gescheiterter Putsch zur Stabilisierung der Regierung beitrug, während er in Honduras 2009 einen später wieder zumindest in demokratische Formen gelenkten Regierungswechsel einleitete.

Und schließlich der Populismus: Auch er setzt weniger auf die Institutionen, sondern auf eine direkte Beziehung zwischen Präsident bzw. Anführer und Volk. Mit den Gesetzen und dem Rechtsstaat hält er es nicht so genau, auf eine programmatische Begründung möchte er zugunsten einer Personenorientierung verzichten. Formen populistischer Demokratie sind aber nicht zuletzt deshalb in Lateinamerika so langlebig, weil die gewaltenteilige, repräsentative und liberale Demokratie bei der Bevölkerungsmehrheit nicht wirklich populär ist. Deshalb werden auch im 21. Jahrhundert in Lateinamerika immer wieder populistische Demokratien auftauchen.

Da in Teilen Europas ebenfalls eine Tendenz zu populistischen Demokratien feststellbar ist, fällt die lateinamerikanische Entwicklung nicht völlig aus dem Rahmen. Dort bekennt man sich allerdings offen zu einem populistischen Politikstil. Im brasilianischen Wahlkampf 2010 trat der noch amtierende Präsident Lula da Silva, auch als „Vater der Brasilianer“ bekannt, für die Spitzenkandidatin seiner Arbeiterpartei, Dilma Rousseff, in einem Wahlspot mit folgenden Worten ein: „Ich vertraue Dir das brasilianische Volk an, damit Du es wie eine Mutter hüttest.“ Und er setzte hinzu: „Regieren ist ein Wort, das die Intellektuellen ersonnen haben; die richtige Bezeichnung ist, sich um das Volk zu kümmern und wir haben gelernt, für das Volk zu sorgen.“²⁸

Anderson, Charles W. (1967): *Politics and Economic Change in Latin America*. Toronto.

Bernecker, Walther L. (2010): Simón Bolívar. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika*. Frankfurt a. M., S. 80–103.

Bieber, León E. (1996): Bolivien. In: Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas*. Band 3. Stuttgart, S. 821–845.

Birle, Peter (Hrsg.) (2010): *Lateinamerika im Wandel*. Baden-Baden.

Castañeda, Jorge G./Morales, Marco A. (Hrsg.) (2008): *Leftovers. Tales of the Latin American Left*. New York.

De la Torre, Carlos (2010): *Populist seduction in Latin America*. Ohio.

Di Tella, Torcuato S. (1995): *Populism*. In: *The Encyclopedia of Democracy*. Band 2. London, S. 985–989.

Di Tella, Torcuato S. (2001): *Latin American Politics: a Theoretical Approach*. Austin.

Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan (Hrsg.) (2009): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden.

Germani, Gino (1964): *Política y sociedad en una época de transición*. Buenos Aires.

Hector, Cary (1964): *Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika*. Berlin.

Hermet, Guy (2001): *Les populismes dans le monde. Une histoire sociologique XIXe-XXe siècle*. Paris.

Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century*. Oklahoma.

Jost, Stefan (2003): *Bolivien: Politisches System und Reformprozess 1993–1997*. Opladen.

Lipset, Seymour M. (1959): Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11/1959, S. 401–444.

Malloy, James M. (1989): *Bolivia: The Uncompleted Revolution*. Ann Arbor.

Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden.

Natanson, José (2008): *La nueva izquierda. Triunfos y derrotas de los gobiernos de Argentina,*

Brasil, Bolivia, Venezuela, Chile, Uruguay y Ecuador. Buenos Aires.

Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2005): *Elections in the Americas*. Oxford.

Nolte, Detlef (2010): *Verfassungsänderungen und Verfassungskrise in Honduras in vergleichender Perspektive*. In: *Verfassung und Recht in Übersee*, 1/2010, S. 28–45.

Nun, José (1969): *Latin America: The Hegemonic Crisis and the Military Coup*. Berkeley.

Petkoff, Teodoro (2005): *Dos Izquierdas*. Caracas.

Puhle, Hans-Jürgen (1971): *Sehnsucht nach Revolution*. In: *Lindenberg, Klaus (Hrsg.): Politik in Lateinamerika*. Hannover, S. 13–32.

Puhle, Hans-Jürgen (1976): „Revolution“ von oben und Revolution von unten in Lateinamerika. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 2/1976, S. 143–159.

Rinke, Stefan (2010): *Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760–1830*. München.

Schmidt, Manfred G. (2004): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart.

Vargas Llosa, Mario (1995): *Der Fisch im Wasser. Erinnerungen*. Frankfurt a. M.

Vayssièrre, Pierre (2001): *Les révolutions d'Amérique latine*. Hachette.

Wende, Peter (2000): *Einleitung*. In: *Wende, Peter (Hrsg.): Große Revolutionen der Geschichte*. München, S. 9–17.

Wertz, Nikolaus (2003): *Alte und neue Populisten in Lateinamerika*. In: *Wertz, Nikolaus (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa*. Opladen, S. 45–64.

Wertz, Nikolaus (2008): *Lateinamerika. Eine Einführung*. Baden-Baden.

Weyland, Kurt (2001): *Clarifying a Contested Concept: 'Populism' in the Study of Latin American Politics*. In: *Comparative Politics*, 1/2001, S. 1–22.

Weyland, Kurt (2003): *Neopopulism and Neoliberalism in Latin America: how much affinity? In: Third World Quarterly*, 6/2003, S. 1095–1115.

Weyland, Kurt/Madrid, Raúl L./Hunter, Wendy (Hrsg.) (2010): *Leftist Governments in Latin America. Successes and Shortcomings*. New York.

ANMERKUNGEN

- 1 So Guy Hermet in seinem Buch über die Populismen im Kapitel über Lateinamerika; siehe Hermet 2001, S. 207–247.
- 2 Vgl. den Gesamtüberblick bei Rinke 2010.
- 3 So Puhle 1971.
- 4 Bolívar zitiert nach Bernecker 2010, S. 96.
- 5 Vgl. Wende 2000, S. 12ff. Der Band enthält jeweils einen Aufsatz zur mexikanischen und kubanischen Revolution.
- 6 Zur Geschichte vgl. Bieber 1996.
- 7 Zur „Nationalen Revolution“ und ihren Folgen s. Jost 2003, S. 87ff.
- 8 Zur bolivianischen Revolution 1952 insgesamt s. Malloy 1989. Zur Entwicklung unter Präsident Morales siehe Ernst/Schmalz 2009.
- 9 Ein erster Überblick zu den Guerillabewegungen mit Literaturhinweisen findet sich bei Wertz 2008, S. 164–174.
- 10 So Hector 1964, S. 15.
- 11 Schmidt 2004, S. 683.
- 12 Vgl. Nun 1969.
- 13 Vgl. Vargas Llosa 1995, S. 675.
- 14 Dazu Nolte 2010, S. 28ff.
- 15 Vgl. Lipset 1959.
- 16 Vgl. De la Torre 2010.
- 17 Vgl. Weyland 2003.
- 18 Untersuchungen bestätigen, dass die sozialdemokratische Variante der Linken in Lateinamerika bessere Resultate vorzuweisen hat; vgl. Castañeda/Morales 2008 und Weyland u. a. 2010.
- 19 Vgl. Di Tella 1995, S. 985.
- 20 Vgl. Weyland 2001.
- 21 Vgl. Petkoff 2005.
- 22 Vgl. Natanson 2008.
- 23 Vgl. Huntington 1991.
- 24 Vgl. Nohlen 2005.
- 25 Einzelne Autoren gehen von einem weltweiten Trend zur Systemtransformation aus, so Merkel 2010.
- 26 Anderson 1967, S. 104.
- 27 Siehe Germani 1964 und in seiner Tradition Di Tella 2001.
- 28 El País, 26.8.2010.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99–77.

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruith),

Telefon (07 11) 44 06–0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,

Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Historische und aktuelle Tendenzen der Sozialstrukturentwicklung

Dieter Boris

Die soziale Ungleichheit in Südamerika ist höher als in anderen Weltregionen. Diese Ungleichheit ist mithin ein Erbe der kolonialen Vergangenheit des Kontinents. Die bis heute fortbestehende Ungleichheit, die gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungstendenzen sowie nicht zuletzt die Kraft- und Machtverhältnisse können auf dem Wege einer angemessenen Sozialstrukturanalyse erklärt und verständlich gemacht werden. Dieter Boris analysiert im folgenden Beitrag die grundlegenden ökonomischen Spannungs- und Spaltungslinien der südamerikanischen Gesellschaften. Für die Entwicklung der Sozialstrukturen werden vier Phasen der Differenzierung seit der Unabhängigkeit bis heute unterschieden: (1) die Post-Unabhängigkeitsperiode (1825–1860/70); (2) die Phase des „Export-Import-Systems“ (1870/80–1930); (3) die Periode der „Importsubstituierenden Industrialisierung“ (1930–1980); (4) die „neoliberale Phase“ (1982 bis etwa 2000). Entlang dieser vier Phasen wird die Lage gesellschaftlicher Gruppen, sozialer Klassen und bestimmter Bevölkerungsteile sowie deren Verhältnis zu den Grundachsen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtgefüges erörtert.

Einleitung

Mit dem gehäuftten Aufkommen neuer – als „Mitte-Links“ bezeichneter – Regierungen seit der Jahrhundertwende hat sich das Interesse an Lateinamerika auch hierzulande wieder etwas verstärkt. Proklamierten doch neue Politiker eine Abkehr vom bis dahin nahezu überall auf dem Subkontinent vorherrschenden neoliberalen Modell, welches auch in anderen Teilen des Globus kritische Analysen auf sich gezogen hatte. Auffallend ist allerdings, dass die meisten journalistischen und wissenschaftlichen Beiträge über diese Veränderungen sich eher der Analyse von Politik- und Wirtschaftsphänomenen widmeten, dagegen die Ebene der kollektiven sozialen Akteure, d.h. der großen gesellschaftlichen Gruppen, sozialen Klassen und Klassenfraktionen, von besonderen sozialen Milieus oder bestimmter Bevölkerungssegmente kaum in das Blickfeld der Beobachter geriet.

Dies ist insofern erstaunlich, als politische und ökonomische Prozesse bzw. Ereignisse weder von einzelnen Individuen noch von anonymen Mächten und/oder Strukturen determiniert werden, sondern letztlich als Produkte und Resultanten gesellschaftlicher Interaktionen und Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen kollektiven Akteuren anzusehen sind. Aus diesem Grund scheint eine angemessene Sozialstrukturanalyse eine unabdingbare Grundlage für das Verständnis von allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sowie der jeweiligen Kräfte- und Machtverhältnissen zu sein.

Was soll Sozialstrukturanalyse leisten?

Sozialstrukturanalyse muss sich zunächst der zentralen ökonomisch bestimmten Spannungs- und Spaltungslinien der Gesellschaft versichern. Diese sind in kapitalistisch geprägten Systemen durch den Typus von Akkumulation und durch die Formen ihrer institutionell-politischen Regulierung vorgezeichnet. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Verteilung und Verfügungsmacht über Ressourcen, die Struktur und Bedeutung des Binnenmarkts und der außenwirtschaftlichen Reproduktion sowie der Charakter der jeweiligen Wirtschaftspolitik sind wesentliche Dimensionen der makroökonomischen und makropolitischen Ebene, die die Rahmenbedingungen für zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen vorgeben (Becker u. a. 2007, S. 33ff.). Im nächsten Schritt gilt es, die Hauptgruppen und Sektoren der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu diesen Grundachsen des gesellschaftlichen Machtgefüges zu bestimmen, wobei mindestens zwei Anforderungen in der Abgrenzung dieser Hauptgruppierungen erfüllt sein müssen: Erstens, die ausgewählten Gruppen sollten eine relative Homogenität aufweisen und sich von anderen Gruppen abgrenzen lassen; zweitens sollten sie nicht nur Klassen/Gruppen „auf dem Papier“ (Bourdieu) sein, sondern mehr oder minder artikuliert in gesellschaftlichen oder politischen Prozessen sichtbar werden. Diese Postulate ziehen weitere Schritte nach sich: Jede in diesem Sinne als relevant

ausgewählte Gruppe gilt es nach objektiver Lage, Umfang der ökonomischen, kulturellen und politischen Ressourcen, nach Sozialisationspezifika, nach deren Organisationsverhalten, Bewusstseinslage, Lebensstil und politische Praxen zu untersuchen (Krais 2007). Unter Umständen wird dabei eine Binnendifferenzierung der Großgruppen in bestimmte Fraktionen oder soziale Milieus erforderlich, soweit hierdurch spezifische Handlungen und Praxen besser erklärt werden können. Die Interaktionen wesentlicher Gruppen oder diejenigen bestimmter Koalitionen im Zeitverlauf können Aufschluss über relevante Entwicklungstendenzen geben.

Zu der zeitlich differenzierenden Perspektive muss sich die räumliche hinzugesellen, da Sozialstrukturen sich immer in räumlichen Gliederungen niederschlagen. Desgleichen spielen Kriterien der ethnischen, der Geschlechter- und der Alterszugehörigkeit eine sozial sehr prägende Rolle, was wahrscheinlich in peripheren oder semi-peripheren Gesellschaften für die politische Artikulation bestimmter Gruppierungen noch bedeutender als in entwickelten westlichen Gesellschaften sein dürfte.

Die Kunst der Klassen- und Sozialstrukturanalyse besteht darin, dieses vielfältige und scheinbar ungeordnete Mosaik von sozialen Klassen, Gruppen, Milieus, Organisationen und Bewegungen derart zueinander in ein Verhältnis zu setzen, dass daraus die über Tagesereignisse und kurzfristige Konjunkturen hinausweisenden mittel- oder längerfristigen Entwicklungstendenzen deutlich werden.

Letztere lassen sich in Lateinamerika in vier relevante, deutlich voneinander unterscheidbare Perioden aufteilen.

Grundzüge der Sozialstrukturentwicklung in Lateinamerika

Die Tatsache, dass für Lateinamerika die Einbindung in kapitalistische Produktionsverhältnisse und Produktionsdynamiken im Laufe des 19. Jahrhunderts durch den sich entfaltenden Weltmarkt zustande kam, war nicht nur wesentlich für die verschiedenen Phasen der ökonomischen Entwicklung, son-

dern ebenso prägend für die Entfaltung und Differenzierung der Sozialstrukturen (Faletto 1993). Unabhängig von den einzelnen Besonderheiten der jeweiligen Gesellschaften dieses Subkontinents können für die allgemeine Entwicklung der Sozialstrukturen im wesentlichen vier große Phasen der Differenzierung seit der Unabhängigkeit bis heute unterschieden werden:

- die Post-Unabhängigkeitsperiode von ca. 1825–1860/70;
- die Phase des „Export-Import-Systems“ von ca. 1870/80–1930;
- die Periode der „Importsubstituierenden Industrialisierung“ (ISI) von ca. 1930 bis 1980;
- und die „neoliberale Phase“ von ca. 1982 bis heute bzw. bis etwa 2000.

Die Post-Unabhängigkeitsperiode von ca. 1825–1860/70

In der ersten Phase nach der Unabhängigkeit erlitten die meisten Nachfolgestaaten des spanischen Kolonialreichs ökonomische Rückschläge; sie mussten zudem um die territoriale Integration im Inneren und um die Behauptung der Souveränität nach außen kämpfen. Im Inneren waren sie zu Schauplätzen von regionalen und lokalen Rivalitäten zwischen Caudillos um die staatliche Kontrolle bzw. jeweilige Machterweiterung geworden. Damit waren De-Urbanisierungsprozesse und ein wachsendes Gewicht der Großgrundeigentümer verbunden. Diese waren Herren von an die Hacienda gebundenen Campesinos, von Saisonarbeitern und Kleinpächtern; die ländlichen Teile der Sozialstruktur bildeten vermutlich 80 bis 90 Prozent der Gesamtbevölkerung, die auch zu einem ähnlich großen Teil als Analphabeten zu bezeichnen waren. Die indigenen Bevölkerungsteile erlebten in der Phase der so genannten „Anarchie“ und Wirren der Nach-Unabhängigkeitsperiode eine relative Besserstellung in ökonomischer und sozialer Hinsicht, da eine zentralstaatliche politische Herrschaftsinstanz weitgehend fehlte (vgl. Katz 1993, S. 98).¹ Die Spitzen der kolonialspanischen Gesellschaft, hohe Beamte und Vertreter des Klerus sowie Grundbesitzer, die auf Seiten der spanischen Krone gestanden hatten, waren geflüchtet oder entmachteter. Ein städtisches Handels- und Finanzbürgertum war erst im Entstehen begriffen. Verwaltungspersonal und öffentliche Infrastrukturbetreuung war infolge der politischen und militärischen Auseinandersetzungen während des über 15-jährigen Bürgerkrieges nur noch rudimentär vorhanden.² Urbane Lohnabhängigengruppen bildeten sich in den wenigen Manufaktur- und gewerblichen Handwerksbetrieben sowie im Bereich von Dienstleistungen,

auch in den Haushalten des verbliebenen und sich zögernd herausbildenden städtischen Bürgertums. Die Sklaverei war in den jungen Republiken, die dem spanischen Kolonialreich nachfolgten, aufgehoben worden. Die Präsenz von ausländischen Handels- und Kapitalvertretern kündigte sich erst in den späten 30er und zu Beginn der 40er Jahre in Ländern wie Argentinien und Venezuela, teilweise auch in Brasilien an. Brasilien hatte sich zwar von Portugal gelöst, war aber Kaiserreich geworden, in welchem die Sklaverei bis 1888 legal fortexistierte: Mit der Unabhängigkeit waren in Brasilien noch weniger Sozialstrukturveränderungen verbunden als im spanischen Teil der ehemaligen iberischen Kolonialreiche in Amerika.

Insgesamt war die ökonomische Einbindung in den Weltmarkt noch schwach, die prägende Kraft der ländlichen Herrschaftsstrukturen kaum gebrochen und eine nicht eindeutige zentrale und hierarchische Herrschaftsstruktur mit deutlich entgegengesetzten Klassenpolen etabliert. Die Hauptlinien der politischen Auseinandersetzungen – soweit sie nicht ausschließlich machtpolitisch und regionalistisch begründet waren, was sehr häufig der Fall war – lagen zwischen den Konservativen und den Liberalen, wobei erstere in der Regel stärker mit einem föderalistisch dezentralen und pro-kirchlichen Weltbild und einer vorsichtigeren Außenpolitik gegenüber den europäischen Monarchien sympathisierten, während die liberalen Kräfte meistens einem einheitlichen Zentralstaat laizistischer Prägung und einer republikanischen Idealen verpflichteten Außenpolitik zuneigten (Bailey/Nasatir 1975, S. 443ff.). Während die Konservativen überwiegend aus dem ländlichen Milieu und dem Großgrundbesitz stammten, entfalteten sich die liberalen Kräfte im urbanen Bereich und waren vor allem im städtischen Handelsbürgertum präsent.

Die Phase des „Export-Import-Systems“ von ca. 1870/80–1930

In fast allen Ländern Lateinamerikas setzte in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts eine deutliche wirtschaftliche Prosperitätsphase ein, die vor allem durch die gesteigerte Nachfrage nach lateinamerikanischen Rohstoffen in Europa angestoßen und durch die modernen Transportmittel (transatlantische Dampfschiffahrt und Eisenbahnbau) ermöglicht wurde. Die Ausweitung des Banken- und Finanzsektors und der Beginn von Auslandsinvestitionen im Hafenausbau, im Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr sowie in den Bergbaubereichen waren tragende Elemente dieser neuen Entwicklungsphase,

die sich rasch ab 1870 und 1880 in fast allen Ländern Lateinamerikas fortsetzte und intensivierte.

Mit der Vervielfachung des Außenhandelsvolumens in wenigen Jahrzehnten konnte der Zentralstaat über erhebliche Zoll-, Export- und Importabgaben beträchtliche Ressourcen einnehmen, die für den Ausbau des Staatsapparats (Verwaltung, Polizei, Streitkräfte; später Gesundheits- sowie Bildungsbereiche) genutzt werden konnten. Dieser Ressourcenzfluss machte die sich konsolidierende zentrale Staatsgewalt von lokalen und regionalen Großgrundeigentümern und Caudillos unabhängig und konnte ihrerseits dazu eingesetzt werden, notfalls machtpolitisch und mit Gewalt gegen deren eventuelle Unbotmäßigkeit vorzugehen.

Ein weiteres wichtiges Moment in der Art der Weltmarkteinbindung Lateinamerikas jener Periode bestand darin, dass Großbritannien im Laufe des 19. und vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts von den USA als dominanter wirtschaftlicher und politischer Macht verdrängt wurde. Ergänzend muss aber hinzugefügt werden, dass im Verlauf dieser Periode in einigen großen Ländern wie z.B. Brasilien, Argentinien, teilweise Mexiko die – durch die Eigentumsverhältnisse vermittelte – nationale Kontrolle über wesentliche Produktionsbereiche erhalten bleiben konnte, während in anderen Fällen – in der Regel bei kleineren Ländern – die für den Export zentralen Ressourcen von ausländischem Kapital beherrscht wurden. Dies hatte natürlich für das jeweilige Sozialstrukturgefüge und das politische System in den respektiven Ländertypen entscheidende Auswirkungen (Cardoso/Faletto 1976, S. 81ff.).

Bezüglich der Sozialstrukturentwicklung kann generell festgestellt werden, dass die außenorientierten Teile der herrschenden Klasse überall in dieser Periode zur dominanten Fraktion aufstiegen, da von ihrem Wirken und ihren Außenkontakten in letzter Instanz die wirtschaftliche Prosperität abhing. Das heißt keineswegs, dass diese Gruppierungen schlicht „Befehlsempfänger“ oder „Brückenköpfe“ für die metropolitanen Interessen (die ihrerseits auch in Konkurrenz zueinander standen) gewesen sind, sondern durchaus über eigene Handlungsspielräume verfügten. In manchen Gesellschaften allerdings war die nationale Kontrolle über wesentliche Exportressourcen verloren gegangen und die ausländischen Kapitale und Kapitalvertreter waren quasi di-

rekt zu Teilen der einheimischen herrschenden Klasse aufgestiegen und spielten häufig eine entsprechend zentrale Rolle in den politischen Entscheidungen. Natürlich gab es auch Differenzierungen zwischen den einzelnen Abteilungen dieser Gruppe, je nach den Bereichen, in denen sie vornehmlich tätig waren (Landwirtschaft, Transport, Dienstleistungen, Handel, Banken, Versicherungswesen etc.). Die Ausweitung der staatlichen Tätigkeiten und des Staatsapparats sowie die Tendenz zur Institutionalisierung des politischen Systems (Wahlrechtssystem, Professionalisierungstendenzen im Militär etc.) hatten eine ebenso große Bedeutung für die Differenzierung der Sozialstrukturen. Zum einen nahm die Urbanisierung in jener Periode stark zu, in Ländern mit großem potentiellen Binnenmarkt entstanden bereits einzelne, elementare Industriezweige und es entwickelte sich eine selbstständige und eine abhängige Mittelschicht (vor allem im öffentlichen Bereich). Deren Berufs- und Laufbahnverständnis verband sich zunehmend mit dem Wunsch nach Erhöhung der politischen Partizipation und Bildung, so dass gerade von dieser Seite wichtige Impulse in Richtung auf Institutionalisierung und partielle Demokratisierung des politischen Systems ausgingen. Je nach Bedeutung des Staatssektors und der Größe der im Lande selbst verbliebenen Mehrproduktanteile entfaltete sich stärker oder schwächer ein derartiges Mittelschichtsegment.³

Analog zur fortschreitenden Aufgliederung der Oberklassen kam es zur Aufächerung der subalternen Gruppierungen in den meisten Gesellschaften Lateinamerikas. In exportorientierten Plantagen wurden vermehrt Lohn-, Wander- und Saisonarbeiter eingesetzt; vielfach kam es zur Verschlechterung der Pachtbedingungen für kleine Bauern, die auf Pachtland angewiesen waren. Besonders die indigenen und bäuerlichen Bevölkerungsteile erlebten in dieser Periode eine Schlechterstellung insofern, als sie im Zuge der liberalen Bodenreformen von Ländereien vertrieben werden konnten, für die sie keine privatrechtliche Besitzurkunde vorweisen konnten. Vielfach wurden die so „freigesetzten“ indigenen Gruppierungen einem sehr rigiden Arbeitszwang unterworfen. Nicht vergessen werden darf, dass in diese Periode die internen Kriege zum Beispiel der argentinischen oder chilenischen Regierung gegen ihre indigene Bevölkerung um 1880 fielen, die zu deren erheblicher Dezimierung führte (Bailey/Nasatir 1975, S. 147f., S. 569). Auch Kirchenländereien wurden in zunehmendem Maße privatisiert und reduziert. Das Vorrücken von auf den

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Weltmarkt hin orientierten Großgrund-eigentümern oder ausländischer Gesellschaften zu Ungunsten von freien Dorfgemeinden hat den Konfliktstoff erheblich erhöht und führte nicht zuletzt in Mexiko 1910 zum Beginn der agrarrevolutionären Bewegungen als einem maßgeblichen Teil der Mexikanischen Revolution.

Ein wesentliches Element der sich entfaltenden und differenzierenden Sozialstruktur bildeten die Immigrantenströme vor allem in die Cono Sur-Staaten (Argentinien, Uruguay, Chile, Südbrasilien)

seit den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts. Zeitweise stellten sie in den jeweiligen Hauptstädten und den ökonomischen Anlaufzentren der Empfangsländer bis zu einem Drittel der Bevölkerung. Dieser durch relative Arbeitskräfteknappheit bedingte Bevölkerungszuwachs ging wesentlich auf die von den Regierungen geförderten Einwanderungsprozesse zurück. Diese starken Immigrationsströme und ihre Bedeutung für die Sozialstrukturentwicklung im späten 19. und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts unterstreichen

Versammlung von Landpächtern in der Region Ubate (Kolumbien), die ihren Pachtzins in Naturalien entrichten. Obwohl in der Periode der „Importsubstituierenden Industrialisierung“ die Agraroligarchie und die Grundeigentümer an politischem Einfluss verloren, blieb ihre ökonomische Position unangetastet. So gelang es ihnen, die Besserstellung der ländlichen Unterschichten durch die staatliche Politik zu hintertreiben.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

abhängigengruppierungen, die sich zunächst in Selbsthilfegemeinschaften, dann in Gewerkschaften zusammenschlossen. Einen erheblichen Anteil an dieser frühen Entstehung der jeweiligen Arbeiterklasse und -bewegung Lateinamerikas hatten gerade die europäischen Einwanderer, die zumeist nicht – wie häufig in Aussicht gestellt – ein Stück Land erhielten, sondern vom dynamischen Arbeitsmarkt des Export-Import-Systems aufgesogen wurden. Da diese Arbeiter häufig in „strategisch“ wichtigen Sektoren tätig wurden, erlangten sie ein – gegenüber ihrem quantitativen Anteil – weit überproportionales ökonomisches und politisches Gewicht (Bergquist 1986, S. 8).

Trotz zunehmender Polarisierung der Sozialstruktur bezüglich der Macht- und Ressourcenverfügung und trotz ungleicher sozio-ökonomischer Entwicklung (z.B. äußerst partikulare Industrialisierungsprozesse) blieben die gesellschaftlichen Verhältnisse in den lateinamerikanischen Ländern bis zum Ende des Jahrhunderts relativ stabil, da die liberale Hegemonie unter der scheinbar natürlichen Freihandels- und Fortschrittsideologie praktisch ohne gedankliche (und erst recht reale) Alternative klar ob siegte hatte. Der entscheidende Grund, weshalb bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts die Industrie relativ vernachlässigt blieb und keine staatliche und systematische Förderung erfuhr, besteht vor allem darin, dass das vorhandene Export-Import-System bis in die 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine sehr hohe Attraktivität und Effizienz demonstrierte und gegenüber diesem exportorientierten Wachstumsmodell keine Alternative eine ernsthafte Chance hatte. Gerade der große Erfolg dieses Entwicklungs- und Wirtschaftsmodells und die dadurch vermittelte Plausibilität der Freihandelstheorien, die die „natürliche“ Ressourcenverteilung scheinbar legitimierte (Rohstoffe in Lateinamerika, Industriegüter in Europa), führte dazu, dass der ideologische Wirkungsgrad dieser Orientierung alle Gesellschaftsschichten ähnlich stark durchdrang. Das heißt, dass nicht nur die unmittelbar und am meisten von die-

sem Wirtschaftsboom profitierenden Segmente der Exportoligarchie und ihre einheimischen und ausländischen Verbündeten das Export-Import-System priesen und vehement verteidigten, sondern dass auch die wachsenden Mittelschichten und sogar die urbanen Arbeiter (und ihre Organisationen) im Wesentlichen den hegemonialen Diskursen dieses Systems keine grundlegende Alternative entgegensetzen vermochten. Unter anderem aus diesem Grund fehlten in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas die typischen Konflikte zwischen einer Agrarelite und einem Industriebürgertum, wie sie z.B. für die englische, teilweise französische und deutsche Wirtschaftsgeschichte im 18. und 19. Jahrhundert charakteristisch waren.

Erste Risse in dem scheinbar natürlichen und alternativlosen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell entstanden durch Krisen und Erschütterungen kurz vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg, in deren Gefolge sich mit Gewerkschaften und sozialistischen und dann kommunistischen Parteien Gruppierungen konstituierten, die auf der nationalen politischen Bühne allerdings in den meisten Ländern während jener Phase kaum Bedeutung erlangen konnten.

Die Periode der „Importsubstituierenden Industrialisierung“ (ISI) von ca. 1930 bis 1980

Bekanntlich bedeutete die Weltwirtschaftskrise von 1929 für die meisten lateinamerikanischen Länder eine tiefe Zäsur in der wirtschaftlichen, sozialstrukturellen und teilweise politischen Entwicklung. Aufgrund des Zerfalls der weltwirtschaftlichen Verbindungen, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Laufe der 50er Jahre wieder das Niveau der 20er Jahre erreichten, mussten fast alle Regierungen in Lateinamerika eine neue wirtschaftspolitische Orientierung suchen. Diese bildete sich in den meisten Ländern im Laufe der 30er und 40er Jahre heraus; das alsbald sich abzeichnende „nach innen gerichtete Entwicklungsmodell“ bedeutete: Schutzzölle, Binnenmarktentwicklung, Importsubstituierende Industrialisierung (ISI), dauernde und vermehrte Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozess usw. Diese zur Strategie entfaltete neue Linie wurde mit verschiedenen Modifikationen und unter sehr unterschiedlichen politischen Regimes bis Anfang der 80er Jahre, bis zum offenen Einsetzen der Verschuldungskrise 1982 im Prinzip beibehalten.⁴

noch einmal die beiden grundlegenden und relativ dauerhaften Spezifika in der lateinamerikanischen Gesellschaftsentwicklung: (1) Außenbestimmung und (2) hohe Heterogenität.

Die mit der dynamischen Entfaltung des Export-Import-Systems verbundene Erweiterung der Unterschichten bezog sich auf die nun entstehende urbane Arbeiterschaft bzw. auf ein Bergbauproletariat. Eisenbahn- und Hafenarbeiter waren neben Bergarbeitern und Arbeitern in der Nahrungsmittel- und Textilindustrie die ersten neuen Lohn-

Das neue Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Paradigma stieß neue Tendenzen der Sozialstrukturentwicklung an. Mit der ISI nahm die Urbanisierung stark zu und die internationale Migration (die im Prinzip Immigration war) brach zugunsten der internen Land-Stadt-Migration ab. Waren 1930 ca. 20 bis 30 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung Stadtbewohner, so hatte sich diese Relation zu Beginn der 80er Jahre praktisch umgekehrt: Circa 70 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung lebte Ende der 70er Jahre in urbanen Zentren oder Agglomerationen (Oliveira/Roberts 1994, S. 257). Die vom Land und teilweise von den Bergbaugebieten freigesetzten bäuerlichen Existenzen füllten die Reihen der städtischen Arbeiter auf. Das rasche Wachstum der städtischen Arbeiterschaft in handwerklichen Betrieben, in kleinen und mittleren Industrieunternehmen, später in staatlichen Infrastrukturbetrieben, aber auch im Handels- und Transportsektor war ein zentrales neues Moment der Sozialstrukturentwicklung in dieser Periode. Allerdings war die Bandbreite in der städtischen Arbeiterschaft bezüglich des Qualifikationsniveaus, der Einkommenshöhe, der sozialen Sicherung, der Organisationsfähigkeit etc. sehr unterschiedlich. Hinzu kamen die ständigen Versuche der politischen Führungen – zumindest in Gestalt der populistischen Regierungen –, diese neuen urbanen Massen in das bestehende Politik- und Entwicklungsmodell zu integrieren.

Daher wies die urbane Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung während der gesamten Periode eine geringe Homogenität und einen – in der Regel von der Regierungsseite bestimmten – politischen Zusammenhalt auf, was sich als Mangel politischer Autonomie in vielen Fällen auswirkte. Im Rückblick kann man feststellen, dass es sich zwischen 1960 und 1980 um die Periode gehandelt hat, in der die Industriearbeiter absolut und anteilmäßig das größte Gewicht in der neueren Geschichte Lateinamerikas erlangt hatten. Auch bezüglich ihrer gewerkschaftlichen Partizipation und ihrer politischen Präsenz kann – im Vergleich zu vorangegangenen und folgenden Dekaden – von einem Zenit gesprochen werden. Dennoch war auch dieser Zeitraum von einer starken Transformation der Beschäftigungs- und Sozialstrukturen in Richtung einer noch stärker regressiven Einkommensverteilung gekennzeichnet. „Im Allgemeinen gab es in der Periode bis Mitte der 70er Jahre einen Anstieg der Realeinkommen in allen Schichten der städtischen Bevölkerung – ein genereller Trend, der in manchen Fällen durch ökonomische Zyklen und durch politische Konjunkturen

unterbrochen wurde. Trotzdem erhöhte sich zur selben Zeit die Einkommenskonzentration in Lateinamerika. Die obersten 10 Prozent aller Haushalte erhielten 1975 einen größeren Anteil am Einkommen als 1960“ (Oliveira/Roberts 1994, S. 294).

Das Wachsen eines kleinen und mittleren Unternehmertums in der industriellen Produktion, im Handel und Transport, das auf den Binnenmarkt hin ausgerichtet war, bildete ein weiteres zentrales Moment der durch die ISI angestoßenen Sozialstrukturentwicklung. Dies war naturgemäß in jenen „Gesellschaften des Enklaventypus mit ausländischer Produktionskontrolle“ in wesentlich geringerem Umfang der Fall, als in

„Gesellschaften mit nationaler Produktionskontrolle“ (Cardoso/Faletto 1976). Vielfach organisierten sich die neuen kleinen und mittleren Kapitalbesitzer in eigenen Industrieverbänden und anderen Unternehmensorganisationen, da sie mit den alten Verbänden der Agrar- und Handelsoligarchie (auch wenn diese teilweise neuerdings in industriellen Branchen investierten) wenig gemein hatten. Gerade diese Segmente der Gesellschaft waren oft die aktivsten Unterstützer der die neuen populistischen Regimes tragenden ambivalenten Klassenallianzen. Auch die städtischen Mittelschichten – selbstständige wie abhängige – konnten sich zumindest bis weit in die 50er und 60er Jahre positiv

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Eine bettelnde Frau in Quito (Ecuador). Durch den 2002/2003 beginnenden und bis 2008 anhaltenden Wirtschaftsaufschwung konnte die durchschnittliche Armutsquote verringert werden. Dennoch ist die krasse soziale Polarisierung nach wie vor ein gravierendes Problem Südamerikas.

picture alliance/dpa

entwickeln, wobei allerdings ihr Auftreten in der Politik naturgemäß – je nach Periode und Land – extrem unterschiedlich ausfiel.⁵

Die traditionelle Agraroligarchie und die Grundeigentümer (ebenso wie Teile des Handelskapitals) verloren in dieser Periode an politischem Einfluss, konnten aber in der Regel aufgrund ihrer (im Prinzip unangetasteten) ökonomischen Position und der hohen Bedeutung für die Reproduktion der Gesellschaften eine zentrale Rolle in vielen Fragen weiter spielen; zum Beispiel gelang es ihnen eine Besserstellung der ländlichen Unterschichten durch die staatliche Politik (wie z.B. die Zulassung von ländlichen Gewerkschaften) bis weit in die 60er und 70er Jahre zu hintertreiben. Mit der Öffnung der Regimes gegenüber dem Auslandskapital im Laufe der 50er Jahre konnte dieses als externes Segment der herrschenden Klasse seine Rolle festigen. Mit Ausnahme der früher fortgeschrittenen Länder wie Argentinien, Uruguay und Chile, in denen sich Stagnationstendenzen bereits in den 50er und 60er Jahren deutlich artikulierten, war die wirtschaftliche Dynamik in den meisten übrigen Ländern durchaus höher und damit auch eine Grundlage gegeben für eine gewisse Aufwärtsmobilität für Zuwanderer vom Land und innerhalb des urbanen Bereichs. In Mexiko, Brasilien, Kolumbien und Venezuela war bis in die 70er Jahre hinein aufgrund höherer wirtschaftlicher Wachstumsraten ein relativ hohes Absorptionsniveau dieser zunächst randständigen Gruppierungen in dem formellen Arbeitsmarkt durchaus noch gegeben. Anders sah es in den zuerst genannten Ländern aus, wo – keineswegs zufällig – die sozialwissenschaftliche Diskussion um Marginalität bzw. den informellen Sektor als dauerhaftes und sogar wachsendes Phänomen in den 60er Jahren bereits begann.⁶ In den 1950er und 60er Jahren stieg die weibliche Erwerbsquote in Lateinamerika insgesamt nur relativ schwach an (1950: 14 Prozent; 1970: 18,5 Prozent). Dies änderte sich erst seit den 70er Jahren, als innerhalb einer Dekade die weibliche Partizipation im Erwerbsprozess auf über 30 Prozent anstieg, wobei diese sich im nachfolgenden Jahrzehnt noch einmal im selben Ausmaß erhöhte und in den 90er Jahren bei über 40 Prozent angelangt ist. Generelle Anhebung des Bildungsniveaus (auch weiblicher Jugendlicher), andauernde Urbanisierungsprozesse sowie die Häufung von ökonomischen Krisenkonstellationen, die während der 80er und 90er Jahre zur vermehrten Erwerbsarbeit in den Haushalten zwang, waren offenkundig als die Hauptdeterminanten dieses langfristigen Prozesses zu identifizieren.

Auch eine verstärkte politische Partizipation von Frauen lässt sich – trotz Einführung des Frauenwahlrechts in den meisten Ländern während der 40er und 50er Jahre – erst in den 70er und 80er Jahren – zumeist im Zusammenhang mit Protesten gegen diktatorische Regimes – feststellen (Lavrin 1994).

Die indigenen Bevölkerungssegmente wurden in den meisten Gesellschaften Lateinamerikas in dieser Phase als bauerliche und rückschrittliche Sektoren angesehen, die es (kulturell) zu assimilieren gelte, um dann bzw. dadurch eine entsprechende gesellschaftliche und politische Integration dieser Gruppierungen zu realisieren. Nicht selten kontrastierte hierbei der „indigenistische“ und nationalistische Diskurs (der eine gewisse Überhöhung und Heroisierung der Ureinwohner implizierte) stark mit der faktischen Exklusions- und Diskriminierungspolitik gegenüber den indigenen Bevölkerungsteilen. Nicht zuletzt aus der kritischen Verarbeitung derartiger Widersprüche gewannen die neuen indigenen Bewegungen seit den 80er Jahren zunehmend Profil und politische Präsenz in einigen lateinamerikanischen Gesellschaften (Scheuzger 2004).

Die „neoliberale Phase“ von 1982 bis heute bzw. bis etwa 2000

Die nach Eintreten der Verschuldungskrise und der Umsetzung der sogenannten Strukturanpassungsprogramme in den meisten Ländern Lateinamerikas begonnene neoliberale Wende implizierte eine mehr oder minder radikale Abkehr vom bisherigen ISI-Modell: Öffnung der Ökonomie, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Privatisierung öffentlicher Funktionen und Unternehmen, Liberalisierung der Preise, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse usw. Die tiefen Einschnitte in die Ökonomie und die durchaus ambivalenten Wirkungen auf die weitere Wirtschaftsentwicklung seit den 80er Jahren waren von erheblichen Veränderungen der Sozialstruktur tendenzen begleitet. Grob kann festgestellt werden, dass gerade die in der ISI-Periode relativ begünstigten sozialen Gruppen und Segmente jetzt ins Hintertreffen gerieten. Mit der fast vollständigen Öffnung der Wirtschaft und dem weitgehenden Abbau der Zölle waren selbstverständlich die kleinen und mittleren Unternehmen negativ betroffen. Viele konnten dem Konkurrenzdruck nicht standhalten und trugen damit zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei. Die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen ging ebenso mit Entlassungswellen und einer erheblichen Schwächung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Staatsbe-

schäftigten einher. Die Tendenz zum „Outsourcing“, die von großen einheimischen und ausländischen Unternehmen zunehmend praktiziert wurde, trug ebenfalls zur Dekonzentration von Arbeitskräfteagglomerationen in großen Betrieben bei.

Die informell-prekären Arbeitsverhältnisse bzw. die Überlebensarbeiten, die so genannten Mikro-Unternehmen, die Mehrfachbeschäftigungen von ein und derselben Person nahmen nun erheblich zu (Portes/Hoffman 2003). Begleitet war dies alles von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit über mehrere Jahre hinweg, einem Verfall des durchschnittlichen Reallohnlevels und einer zunehmenden sozialen Polarisierung. In fast allen Ländern Lateinamerikas stieg im Laufe der 80er und teilweise sogar noch in den 90er Jahre die Armutsquote deutlich an. Der Verkleinerung der urbanen, formellen Arbeiterschaft entsprach der Anstieg der informell Tätigen, die Grenzen zwischen formeller und informeller Tätigkeit wurden zunehmend fließend, da der formelle Sektor seine Schutzmechanismen durch Veränderung der Arbeitsgesetze teilweise einbüßte. Empirischen Untersuchungen zufolge bewirkte die neoliberale Wende im Geschlechterverhältnis nicht selten, dass die objektive soziale Lage von männlichen und weiblichen Beschäftigten (vor allem von lohnabhängig Beschäftigten, aber auch informell und selbstständig „Tätigen“) sich dadurch tendenziell angeglichen habe, dass die bis vor kurzem noch vorhandenen „männlichen Privilegien“ abgeschmolzen worden seien (Bellone Hite/Viterna 2005).

Die urbanen Mittelschichten polarisierten sich in den meisten Gesellschaften Lateinamerikas während der 80er und 90er Jahre in einen kleineren Teil, der seine Stellung halten konnte oder sogar aufstieg und in einen anderen – häufig größeren – Teil, der deutliche Abstiegs- und Degradierungsprozesse hinnehmen musste. Diejenigen Gruppierungen der urbanen Mittelschichten, die mit dem Export-Import-Sektor, den Finanzdienstleistungen, dem Immobiliengeschäft und dem Versicherungswesen verbunden waren, konnten häufig zu den Aufsteigern zählen. Große Segmente der Mittelschichten, vor allem im öffentlichen Sektor wie z.B. Lehrer, Ärzte mussten deutliche Einbußen in ihrer sozialen Position und ihrem sozialen Status hinnehmen. Analog wurden die mittleren und kleineren Unternehmen in der Produktion und im Handel deutlich geschwächt, während die großen ein-

heimischen ökonomischen Gruppierungen (ohnehin teilweise mit Auslandskapital verbunden) und die ausländischen Unternehmen einen klaren Zuwachs an ökonomischer Verfügungsmacht und politischem Einfluss verzeichnen konnten. Die Gesellschaftsstrukturen insgesamt trugen Züge wachsender Atomisierung, Individualisierung und der Zersplitterung, da große Kollektive und ihre entsprechenden Interessenorganisationen von der neoliberalen Konkurrenzpolitik, der Deregulierung und Liberalisierung der Tendenz nach aufgelöst oder stark verkleinert wurden (Klein/Tokman 2000). Die Kapitalseite vermochte nun ihre noch mehr zum Trumpf gewordene hohe Mobilität für eine weitere Verschiebung der asymmetrischen Machtstrukturen gegenüber den Arbeitnehmern zu ihren Gunsten zu nutzen. Verstärkte Konkurrenz unter den Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten um die knappen Arbeitsstellen, wachsende gesellschaftliche Exklusion und Prekarisierungsprozesse gingen mit einer noch größeren Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums auf dem anderen Pol der Gesellschaft einher. So stiegen auch aus der lateinamerikanischen Region viele Top-Magnaten – wie z.B. der mexikanische Tycoon Carlos Slim – zu den reichsten Menschen des Globus auf. Erst die inneren Widersprüche und zunehmenden Krisenmomente scheinen den neoliberalen Gesellschaftsentwurf seit der Jahrtausendwende wieder vermehrt in Frage gestellt zu haben.

Ausblick auf das 21. Jahrhundert

Nach einer mehrjährigen tiefen Rezessionsperiode um die Jahrhundertwende begann 2002/03 in fast ganz Lateinamerika ein bis 2008 anhaltender, kräftiger Wirtschaftsaufschwung (mit 5–6 Prozent jährlichem BIP-Wachstum), in dessen Gefolge sich wichtige sozialstrukturelle und soziale Veränderungen einstellten. Es scheint, als ob die seither ausgebrochene weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zwar auch Lateinamerika negativ betroffen hat, aber die damit verbundene Verschlechterung wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren (z.B. Arbeitslosigkeit, Armutsquote etc.) nur kurzfristig eingetreten ist.

Neben der hohen Wirtschaftsdynamik, der verringerten Bevölkerungswachstumsrate und der weiter angestiegenen Erwerbsquote trugen die für einige Länder sehr wichtigen Gastarbeiterüberweisungen aus den USA und Europa und vor allem die ausgeweiteten Sozialtransfers einiger Regierungen dazu bei, die noch um die Jahrhundertwende krasse soziale Polarisierung zum Teil

nicht unbedeutend zu verringern (vgl. zuletzt: Lopez-Calva/Lustig 2010).

So zum Beispiel konnte dadurch die durchschnittliche Armutsquote von ca. 44 Prozent im Jahr 2003 auf 33 Prozent im Jahr 2008 verringert werden. Diese in fast allen Ländern zu registrierende Abnahme bedeutet in absoluten Zahlen, dass zwischen 2002 und 2007 in Lateinamerika die Zahl der Armen um 37 Millionen und die der extrem Armen um 29 Millionen zurückgegangen ist (CEPAL 2008, S. 15ff). Dieser Rückgang in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts ist mit zehn bis elf Prozentpunkten wesentlich deutlicher als zwischen 1990 und 2000, als die generelle Armutsquote nur um vier Prozent abnahm. Gegenüber dem zentralen Faktor des Einkommenswachstums war gerade in einigen Ländern (wie Venezuela, Argentinien, Brasilien, Nicaragua) der – politisch vermittelte – Distributionsfaktor ebenso wichtig oder möglicherweise sogar noch relevanter.

In einigen Ländern konnten Elemente der prekären Arbeit zurückgedrängt werden. Dort, wo es zu einem deutlichen Beschäftigungswachstum kam (und entsprechend die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit abnahm), die Mindestlöhne beträchtlich erhöht wurden (wie z.B. in Brasilien) und die Gewerkschaften nicht mehr durch arbeitsrechtliche Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategien (wie in der neoliberalen Phase) eingeschränkt wurden (so z.B. auch in Argentinien und Uruguay), konnte der informelle Sektor wieder etwas reduziert werden (Leubolt/Tittor 2008, S. 133f.).

Etwas weniger direkt als bei der Senkung der Armutsquote wirkten sich die Pro-Kopf-Einkommenssteigerungen der letzten Jahre auf die Ungleichheitsrelationen der Einkommen und Vermögen aus. Dennoch konnten auch auf diesem wesentlich schwierigeren Terrain einige beachtliche Erfolge registriert werden. In dem genannten Zeitraum hat sich in neun lateinamerikanischen Ländern die Ungleichverteilung der Einkommen (gemessen am Abstand des obersten Einkommensdezils gegenüber den vier untersten Einkommensdezilen) mehr oder minder deutlich verringert. Die Tendenz war bei Venezuela, Brasilien, Nicaragua, Bolivien und Argentinien deutlicher als in den restlichen dieser neun Länder, was zweifellos auch mit den gerade in dieser Phase veränderten politischen Machtverhältnissen – so moderat sie in manchen Fällen gewesen sein mögen – zu tun hat. In sechs Ländern stagnierten die krassen Ungleichverhältnisse auch in dieser Phase (Chile, Mexiko, Peru, Uruguay u.a.), und in drei Ländern nahmen die ohnehin schon extremen Ungleichverhältnisse

sogar noch zu (Guatemala, Honduras und Dominikanische Republik) (CEPAL 2008, S. 21f.). Verschiedene Studien verweisen beispielsweise darauf, dass in Brasilien (traditionell ein Land extremer Ungleichheit) der Gini-Koeffizient (der das Ausmaß der Ungleichheit misst) vom Jahr 2003 von 0,628 auf 0,584 (2008) gefallen sei, was fast einer kleinen sozialen Revolution gleichkomme – auch wenn es für Außenstehende nur als geringfügige Verschiebung erscheinen mag.

Einige Autoren vermuten, dass mit diesen Tendenzen eines anhaltenden ökonomischen Aufschwungs und seinen verteilungspolitischen Folgen auch ein Aufstieg von (neuen) Mittelschichten verbunden war. Aus dem Umkreis der jüngeren Generation (zwischen 30 und 40 Jahren und mit Grundqualifikationen ausgestattet) konnte offenbar ein Teil die Chancen auf mehr formale Arbeitsplätze, höheres Einkommen und entsprechende Alters- und Sozialversicherung derart nutzen, dass zumindest einkommens- und kaufkraftmäßig von einem Aufstieg in die Mittelschicht gesprochen werden kann. So wird im Fall Brasiliens geschätzt, dass während der letzten zehn Jahre etwa 25 Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen sich dem Kauf- und Marktverhalten von Mittelschichtsangehörigen genähert haben (Le Monde v. 25. Mai 2010 und Economist, Special Survey v. 14.2.2009). Andere Autoren sehen bereits die Mehrheit der Brasilianer den Mittelschichten anzugehören bzw. sich diesen zu nähern, wobei allerdings ein sehr einseitiger und auch für Schwellenländer problematischer Mittelschichtsbegriff (z.B. ab 400 Euro Monatsverdienst pro Haushalt) zugrunde gelegt wird (Busch 2010, S. 23–28). Was in Brasilien und anderswo als Neubildung von Mittelschichtsegmenten gelten kann, wäre beispielsweise für Argentinien – bei ähnlichen makro-ökonomischen Tendenzen – eher als eine Wiederherstellung der zuvor verlorenen oder stark degradierten sozialen Positionen zu qualifizieren.

Wie im ökonomischen Bereich sind diese jüngsten sozialstrukturellen Veränderungen in Lateinamerika durch eine – je nach Land unterschiedlich proportionierte – Mischung von Kontinuitätslinien zur neoliberalen Periode und neuen Erscheinungen einer „post-neoliberalen“ Phase geprägt. Inwieweit sich die angedeuteten Tendenzen stabilisieren werden, hängt von vielen Faktoren ab. Die weitere politische Entwicklung im Subkontinent und die Notwendigkeit, eine neue nachhaltige, stärker selbst bestimmte und erfolgreiche Wirtschaftspolitik finden zu müssen, zählen dabei zweifellos zu den wichtigsten.

Bailey, Helen/Nasatir, Abraham P. (1975): Lateinamerika. Von iberischen Kolonialreichen zu autonomen Republiken. Essen.

Becker, Joachim u. a. (2007): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Becker, Joachim u. a. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien, S. 7–62.

Bellone Hite, Amy/Viterna, Jocelyn S. (2005): Gendering Class in Latin America: How Women Effect and Experience Change in the Class Structure. In: Latin American Research Review, 2/2005, S. 50–82.

Bergquist, Charles (1986): Labour in Latin America. Comparative Essays on Chile, Argentina, Venezuela and Colombia. Stanford.

Boris, Dieter (2009): Lateinamerikas Politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert? Hamburg.

Boris, Dieter/Gerstenlauer, Therese/Jens, Alke/Schulten, Johannes/Schank, Kristy (Hrsg.) (2008): Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick. Wiesbaden.

Boris, Dieter/Imbusch, Peter (1991): Grundsätzliche Probleme der Klassen- und Sozialstrukturanalyse lateinamerikanischer Gesellschaften. In: Boris, Dieter/Imbusch, Peter (Hrsg.): Sozialstrukturveränderungen und Krise im Lateinamerika der 80er Jahre. Marburg, S. 7–20.

Busch, Alexander (2010): Wirtschaftsmacht Brasilien. Der grüne Riese erwacht. Bonn.

Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt a. M.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2008): Panorama social de América Latina 2008. Santiago de Chile.

Faletto, Enzo (1993): The History of the Social Stratification of Latin America. In: CEPAL Review, 50/1993, S. 163–180.

Franco, Rolando/León, Arturo/Atria, Raúl (Hrsg.) (2007): Estratificación y movilidad en América Latina. Transformaciones estructurales de un cuarto siglo. Santiago de Chile.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Dieter Boris (i. R.) lehrte Soziologie an der Universität Marburg von 1972 bis 2008; Gastprofessur in Mexiko 1999. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Probleme der Unterentwicklung, Weltwirtschaft und Entwicklungstheorien; Ökonomie, Sozialstruktur und soziale Bewegungen Lateinamerikas; Historische Soziologie und Theorien der Sozialstrukturanalyse. Letzte Buchveröffentlichungen: Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick (mit Therese Gerstenlauer u. a.) (2008); sowie: Lateinamerikas Politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert? (2009).

Imbusch, Peter (1991): Klassenstrukturen in Lateinamerika. Eine komparative Studie zu den sozialstrukturellen Folgen der Wirtschaftskrise der 80er Jahre in Argentinien und Mexiko. Münster.

Katz, Friedrich (1993): Zum Werdegang der Nachkommen von Azteken, Inka und Maya seit der spanischen Eroberung. In: Zeitschrift für Lateinamerika, 44–45/1993, S. 91–101.

Kessler, Gabriel (2002): Der Abstieg der argentinischen Mittelschicht. In: Bodemer, Klaus u. a. (Hrsg.): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt a. M., S. 271–295.

Klein, Emilio/Tokmann, Victor (2000): La estratificación social bajo tensión en la era de globalización. In: Revista de la CEPAL, 72/2000, S. 7–30.

Krais, Beate (2007): Der soziale Raum und das Revival des Klassenkonzepts. In: Böhlke, Effi/Rilling, Rainer (Hrsg.): Bourdieu und die Linke. Berlin, S. 130–145.

Krumwiede, Heinrich W. (2002): Soziale Ungleichheit und Klassenstruktur in Lateinamerika. In: Bendel, Petra/ Krennerich, Michael (Hrsg.): Soziale Ungerechtigkeit. Analysen zu Lateinamerika. Frankfurt a. M., S. 57–80.

Lavrin, Asunción (1994): Women in the 20th Century Latin American Society. In: Bethell, Leslie (Hrsg.): The Cambridge History of Latin America. Vol. VI, Part 2. New York u. a., S. 483–544.

León, Arturo/Martín, Javier (2001): La estratificación social chilena hacia fines del siglo XX, Santiago de Chile. CEPAL, Serie: Políticas Sociales, No. 52.

Leubolt, Bernhard/Tittor, Anne (2008): Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika – Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik, 2/2008, S. 116–141.

Lopez-Calva, Luis F./Lustig, Nora (Hrsg.) (2010): Declining Inequality in Latin America: A Decade of Progress? Washington DC.

McDaniel, Tim (1977): Class and Dependency in Latin America. In: Berkeley Journal of Sociology, 21/1977, S. 51–88.

Minujin, Alberto/Anguita, Eduardo (2004): La clase media. Seducida y abandonada. Buenos Aires.

Muñoz, Humberto/Oliveira, Orlandina de/ Stern, Claudio (1982): Mexico City: Industrialization, Migration and the Labour Force 1930–1970. Paris.

Nun, José (1968): A Latin American Phenomenon. The Middle-Class Military Coup. In: Petras, James/Zeitlin, Maurice (Hrsg.): Latin America. Reform or Revolution? Greenwich, Conn., S. 145–185.

Oliveira, Orlandina de/Roberts, Brian (1994): Urban Growth and Urban Social Structure in Latin America 1930–1990. In: Bethell, Leslie (Hrsg.): Latin America since 1930. Economy, society and politics (The Cambridge History of Latin America, Vol. 6). Cambridge u. a., S. 25–324.

Portes, Alejandro (1985): Latin American Class Structures: Their Composition and Change During the last Decades. In: Latin American Research Review, 2/1985, S. 7–39.

Portes, Alejandro/Hoffmann, Kelly (2003): Latin American Class Structures: Their Composition and Change During the Neoliberal Era. In: Latin American Research Review, 1/2003, S. 41–82.

Revista latinoamericana de Sociología, 2/1969 (Schwerpunktthema: Marginalidad en América Latina).

Scheuzger, Stephan (2004): Die Re-Ethnisierung gesellschaftlicher Beziehungen – neuere indigene Bewegungen. In: Kaller-Dietrich, Martina u. a. (Hrsg.): Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Wien, S. 153–173.

Sémblér R., Camilo (2006): Estratificación social y clases sociales. Una revisión analítica de los sectores medios, Santiago de Chile. CEPAL, Serie: Políticas Sociales, No. 125.

Silva, Nelson do Valle (2004): Cambios sociales y estratificación en el Brasil contemporáneo

(1945–1999). Santiago de Chile, CEPAL: Serie: Políticas Sociales, No. 89.

Sunkel, Osvaldo (1972): Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt a. M., S. 258–315.

Svampa, Maristella (2005): La sociedad excluyente. La Argentina bajo el signo del neoliberalismo. Buenos Aires.

ANMERKUNGEN

- 1 „Diese zwei Merkmale jedoch – die Schwächung der alten Zentren und die regionale Autonomie – die von den Kreolen und den Mestizen als eine Katastrophe angesehen wurde, scheinen für viele der indianischen Bauern Lateinamerikas ein goldenes Zeitalter eingeleitet zu haben. Noch waren die neuen zentralistischen Staaten nicht ausgebildet, was es den indianischen Bauern ermöglichte, nicht nur erfolgreich den Forderungen von Großgrundbesitzern zu widerstehen, sondern vielfach ihre Macht dadurch zu stärken, dass regionale Führer versuchten, sie im Kampf gegen andere Rivalen zu mobilisieren. Die so bewaffneten Indianer konnten in manchen Fällen weitgehende Konzessionen erreichen.“ (Katz 1993, S. 98).
- 2 „Die erfahrenen spanischen Beamten hatten ihre Posten verlassen, Steuern wurden nicht eingezogen, die öffentlichen Arbeiten blieben unerledigt, Regierungsverpflichtungen unbezahlt. Selbst die Organisationen der Kirche waren zusammengebrochen, da die meisten Bischöfe und Erzbischöfe die Partei des Mutterlandes ergriffen und damit auf lange Zeit hinaus eine antikerikale Haltung der neuen Regierung provoziert hatten.“ (Miller Bailey/Nasatir 1975, S. 427).
- 3 Daher sind der Umfang und die politische Bedeutung von Mittelschichten in Ländern wie Argentinien/Uruguay einerseits oder in Ländern wie Bolivien, Ecuador oder Honduras andererseits völlig verschieden.
- 4 Mehr Einzelheiten hierzu u. a. bei Boris 2009, S. 27–66.
- 5 Während z.B. Teile der städtischen Mittelschichten die sozialen Proteste gegen die zentral-amerikanischen Militärdiktaturen in den 40er Jahren anführten (so in Guatemala und in El Salvador), waren in Argentinien erhebliche Teile der Mittelschichten antiperonistisch orientiert und sympathisierten nicht selten mit den Militärdiktaturen, was ebenso in Brasilien der Fall war, wo im Vorfeld des Militärputsches von 1964 nicht unbeträchtliche Teile der Mittelschichten diese Entwicklung postulierten.
- 6 Vgl. hierzu die Darstellung der entsprechenden Diskussion und Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Behandlung bei Quijano 1977, S. 7ff. und die Schwerpunkt-Nummer der Revista latinoamericana de Sociología, 2/1969.

Demokratie in Südamerika

Wilhelm Hofmeister

Dominierten in den 1970er Jahren in Südamerika noch Militärregime, können die 1980er Jahre als Jahrzehnt der Demokratisierung bezeichnet werden. In immer mehr südamerikanischen Staaten etablierten sich demokratische Regierungen. Trotz all ihrer Schwächen und Probleme hat sich die Demokratie als vorherrschende Regierungsform durchgesetzt. Obwohl die Südamerikaner diese Staats- und Regierungsform bevorzugen, dokumentieren Meinungsumfragen, dass nur eine Minderheit der südamerikanischen Bevölkerung mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden ist. Dies liegt darin begründet, dass die Akzeptanz demokratischer Systeme in Südamerika daran gemessen wird, welchen Beitrag sie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen leisten. Die Menschen erwarten von den Demokratien sozialen Fortschritt. Wilhelm Hofmeister zeigt in seiner konzisen Darstellung die Grundzüge der Demokratisierung in den einzelnen Staaten Südamerikas auf. Er benennt die Besonderheiten der Demokratieentwicklung, zeigt aber auch die Schwäche demokratischer Regierungen angesichts sozialer und wirtschaftlicher Probleme, die die Wahl populistischer Politiker begünstigen und in Ausnahmefällen – so in Peru und Venezuela – zu autoritären Regressionen führten. **I**

Einleitung

Demokratie ist die bevorzugte Staats- und Regierungsform der Südamerikaner. Das belegen Umfragen immer wieder. Etwa drei Viertel der Bürger des Subkontinents bezeichnen seit Jahren konstant die Demokratie als beste Regierungsform, auch wenn sie Schwächen und Probleme aufweisen könnte.¹ Tatsächlich sind alle zehn Länder² der Region, die wir hier betrachten, nach ihrer Verfassung und Regierungsform repräsentative Demokratien. Überall finden regelmäßig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Nie zuvor gab es hier eine so lange Periode demokratischer Regierungen wie seit der Re-Demokratisierung, die in den 1980er Jahren begann. Die Militärs oder Wirtschaftseliten, die früher ihre Macht zur Boykottierung und Destruktion demokratischer Regierungen einsetzten, unterstützen heute in der Regel die demokratischen Prozesse vorbehaltlos. Selbst

schwierige politische Krisen, die in der Vergangenheit unvermeidlich zu Staatsstreichen geführt hätten, sind auf demokratischem Weg beigelegt worden.

Ist somit der Wunsch der meisten Südamerikaner nach Demokratie politische Wirklichkeit? Das lässt sich keineswegs so eindeutig behaupten. Denn, wie die Umfragen ebenfalls belegen, ist mit Ausnahme Uruguays eine große Mehrheit der Bürger Südamerikas der Meinung, ihr Land sei nicht vollkommen demokratisch. In Argentinien meinten im Jahr 2009 nur 13 Prozent der Befragten, ihr Land sei vollkommen demokratisch, in Paraguay und Bolivien waren es sogar nur vier bzw. fünf Prozent.

Diese kritische Einschätzung ist nicht zuletzt eine Folge des mangelnden Vertrauens in zentrale Institutionen eines demokratischen Staates. Nur ein Drittel oder weniger der Südamerikaner haben Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, die Polizei, die Justiz, die Parlamente und die Parteien. Auch wenn eine Mehrheit der Befragten meint, Demokratie sei ohne Parteien nicht möglich, rangieren diese in der Skala des Vertrauens konstant an letzter Stelle.

Wenn wir nach der Demokratie in Südamerika fragen, dürfen wir somit keineswegs nur auf die Form schauen, die Verfassungen und Regierungssysteme, die regelmäßige Veranstaltung von Wahlen oder die Existenz von Parteien und Parlamenten. Das wird der Komplexität und Verschiedenartigkeit der Demokratien des Subkontinents nicht gerecht. Deshalb wollen wir bei unserer Analyse einige Aspekte berücksichtigen, die die „Qualität“ jener Demokratien berühren – auch wenn es sehr schwierig ist, die „Qualität“ einer Demokratie zu bemessen.³

Ein Punkt aber ist zunächst besonders hervorzuheben: die Verschiedenartigkeit der zehn Länder dieser Region, die nicht zuletzt auch die Wahl- und Regierungssysteme, die Art und Weise, wie Politik gemacht wird (der „politische Stil“), die Parteiensysteme und überhaupt das Verständnis von Demokratie und die demokratischen Verfahren betrifft. Die Grundprinzipien der Demokratie werden in den Ländern Südamerikas auf sehr unterschiedliche Weise verwirklicht. Um jeder Klischeebildung vorzubeugen, muss das betont werden. Gleichwohl sind einige Trends zu beobachten, die zwar nicht in allen, aber mehreren Ländern des Subkontinents auftreten und die wir thematisieren wol-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

len, weil sie die Entwicklung und weitere Konsolidierung von Demokratie unmittelbar berühren.

„Demokratie“ in Südamerika

Was verstehen die Südamerikaner unter „Demokratie“? Kurz gefasst, im Wesentlichen das, was man auch in Europa darunter versteht. In der Regel orientieren sich die Vorstellungen der Bürger, aber auch die Verfassungen der Länder am Leitbild einer freiheitlichen, pluralistischen und repräsentativen Demokratie, die sich im Wesentlichen durch drei zentrale Elemente kennzeichnet: „wirklicher und ausgeprägter Wettbewerb (Hervorhebung im Original) in regelmäßigen Abständen und ohne Gewaltanwendung zwischen Individuen und Gruppen (besonders politischen Parteien) um alle wichtigen Regierungspositionen; ein hohes Niveau politischer Partizipation

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Die 1980er Jahre können als Jahrzehnt der Demokratisierung bezeichnet werden. Bürgerliche und politische Freiheiten sind keine Selbstverständlichkeit. Die Gedenkmauer in Buenos Aires mit den Namen der spurlos Verschwundenen erinnert an die Opfer der Militärdiktatur in Argentinien (1976–1983).
picture alliance/dpa

bei der Auswahl von Führern und Politiken, nicht zuletzt durch regelmäßige und faire Wahlen, so dass keine größere soziale Gruppe von Erwachsenen ausgeschlossen ist; und ein Niveau *bürgerlicher und politischer Freiheiten* – freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Freiheit der Bildung von und des Beitritts zu Organisationen – welche ausreichen müssen, um Beständigkeit politischen Wettbewerbs und politischer Partizipation zu gewährleisten“ (Diamond/Linz/Lipset 1988, S. XVII). Nicht die einzelnen Verfahren wie das Wahlsystem, das Regierungssystem oder die Funktionen und Kompetenzen der Präsidenten oder Parlamente sind daher entscheidend, sondern die Beachtung jener grundsätzlichen Elemente. Wo diese missachtet werden, ist die Demokratie in Gefahr. Bei der Betrachtung und Bewertung der Demokratieentwicklung Südamerikas muss man diese Elemente besonders im Auge haben.

In ganz Lateinamerika aber besitzt für das Verständnis und die Akzeptanz von Demokratie noch ein weiteres Element eine zentrale Bedeutung. Demokratie wird meist verstanden als eine Regierungsform, die neben der Gewährleistung der politischen Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten noch einen weiteren Zweck erfüllen soll, nämlich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen. Demokratie wird in Südamerika durchgängig als soziale Demokratie gedacht und akzeptiert.⁴ Das ist keineswegs nur Theorie. In Bolivien, Ecuador oder Venezuela betonen die dortigen Präsidenten, sie würden diesen sozialen Anspruch der Demokratie einlösen – um den Preis allerdings einer Geringschätzung oder gar offenen Missachtung eines Teils jener anderen Elemente demokratischer Ordnungen. Ihnen deshalb die demokratische Legitimität abzusprechen, ist aber deshalb schwierig, weil sie wiederholt mit gro-

ßen Mehrheiten gewählt wurden. Das bestätigt, wie wichtig es ist, auf die „Qualität“ der Demokratien zu achten.

Die Entwicklung der Demokratien Südamerikas

Nach der letzten Phase der Militärreregierungen ab etwa Mitte der 1960er Jahre dauerte die Re-Demokratisierung Südamerikas mehr als ein Jahrzehnt. Der Übergangsprozess begann 1978/79 in Ecuador und 1979/1980 in Peru. Doch erst im März 1990 übergab Chiles Diktator Augusto Pinochet die Regierungsgeschäfte an den demokratisch gewählten Präsidenten Patricio Aylwin. In Paraguay war nur ein Jahr zuvor, 1989, der Diktator Alfredo Stroessner gestürzt worden, der das Land 35 Jahre beherrscht hatte. In Brasilien fanden 1989 erstmals nach der Militärdiktatur freie Präsidentschafts- und Parlaments-

wahlen statt. Argentinien und Uruguay dagegen hatten bereits 1983 bzw. 1985 Präsidenten gewählt. In Bolivien waren mehrere Demokratisierungsversuche seit 1978 jeweils von neuen Militärputschen unterbrochen worden, ehe sich ab 1982 ein demokratischer Prozess allmählich konsolidieren konnte.

Die Vorgänge in diesem Andenstaat verdeutlichen die zunächst weiter fortbestehende Macht der Militärs und die Notwendigkeit der neuen demokratischen Regierungen, sich mit den Militärs zu arrangieren. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärregierungen aber und die gesellschaftliche Versöhnung, die letztlich für die Festigung einer demokratischen politischen Kultur gewiss wichtig gewesen wären, fand in den meisten Ländern nicht bzw. nur sehr langsam statt. Das hat die Festigung der demokratischen Prozesse zweifellos behindert.

Die Gefahr eines Rückfalls in den Autoritarismus ging aber keineswegs allein von den Militärs aus, wie das Beispiel des peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori verdeutlicht. Er war 1990 demokratisch gewählt worden, nutzte seine Popularität aufgrund einiger Erfolge im Kampf gegen die Terrorgruppe Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) aber 1992 dazu, den Kongress aufzulösen und die verfassungsmäßigen Rechte der Judikative zu suspendieren. Nach einer Verfassungs- und Wahlrechtsänderung regierte er bis zum Jahr 2000 mit einer Art plebiszitärer Legitimation und nicht zuletzt auch mit der teilweisen Unterstützung der Militärs. Fujimori war der erste Vertreter eines erneuerten Typs südamerikanischer Populisten, die zwar über Wahlen an die Macht kamen, danach aber die demokratischen Institutionen und Verfahren missachteten und schwächten.

Fujimori schuf zudem einen Präzedenzfall, der danach von etlichen Präsidenten nachgeahmt wurde. Er schaffte das Prinzip der „no-reelección“ ab, die „Nicht-Wiederwahl“ des Präsidenten. Aufgrund historischer Erfahrungen hatte man damit verhindern wollen, dass sich eine Person zu lange im Präsidentenamt einrichtet und dann als Autokrat die Macht freiwillig nicht mehr aus den Händen gibt. Dem Beispiel Fujimoris folgend verschafften sich danach in den meisten Ländern der Region die Präsidenten, meist mittels fragwürdiger Verfahren der Verfassungsänderung, die Möglichkeit der unmittelbaren Wiederwahl. Nur in Chile und Uruguay muss heute ein Präsident eine Wahlperiode lang pausieren, ehe er wieder als Kandidat antreten kann. Zwar verleiht die Wiederwahl der Präsidenten den Regierungen und politischen Prozessen ein höheres Maß an Kontinuität, was ei-

ne wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Regierungshandeln ist. Doch gleichzeitig bestätigt sich am Beispiel der heutigen Erfahrungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador, dass die Stärkung der Rolle des Präsidenten auch autokratische Neigungen fördert.

Noch mehr aber haben die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die Entwicklung und Konsolidierung der südamerikanischen Demokratien belastet. Die Menschen erwarteten von den Demokratien sozialen Fortschritt. Doch die Staatskassen waren leer und die zivilen Regierungen waren zunächst zu unpopulären Spar- und Anpassungsmaßnahmen gezwungen, um die fast überall grassierende Inflation zu stoppen und die Voraussetzungen für neue Investitionen zu schaffen. Nicht zuletzt unter dem Einfluss des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank optierten die meisten Regierungen für sogenannte neoliberale Reformen, die bei Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen und nicht zuletzt den linken Parteien auf erheblichen Widerstand stießen. Wenn wir nun die politische Entwicklung einzelner Länder skizzieren, werden wir sehen, dass die Wirtschaftsentwicklung und die Wirtschafts- und Sozialpolitik einen großen Einfluss auf die politischen Prozesse ausübten.

Grundzüge der Entwicklung der südamerikanischen Demokratien

Venezuela

In Venezuela war der Oberst Hugo Chavez bekannt geworden, als er 1992 einen Putschversuch aus Protest gegen die damalige liberale Wirtschaftspolitik anführte. Nach seiner Verhaftung,⁵ Verurteilung und Begnadigung gründete er eine politische Bewegung, als deren Führer er 1998 mit der seit Jahrzehnten höchsten Stimmenzahl von 56 Prozent zum Präsidenten gewählt wurde. Unmittelbar nach seiner Wahl erwirkte er ein Referendum für eine Verfassungsgebende Versammlung, in der seine Partei Movimiento V. República (MVR) 90 Prozent der Mandate gewann. Mit der im November 1999 per Referendum bestätigten neuen „Bolivarianischen Verfassung“ änderte Chavez das politische System grundlegend, reduzierte das Parlament auf eine Kammer und stärkte die Macht des Präsidenten. Bei Neuwahlen im Jahr 2000 wurde er mit knapp 60 Prozent im Amt bestätigt. Danach ließ er sich von dem Kongress, in dem seine Partei MVR eine überwältigende Mehrheit gewann, quasi diktatorische Vollmachten übertragen. Einen Putsch im April 2002 überstand er unbeschädigt. Im Dezember 2006 wurde er mit 62 Pro-

zent der Stimmen wiedergewählt. Seither verfolgt er das Ziel, einen „Sozialismus des 20. Jahrhunderts“ in Venezuela zu errichten. Zu diesem Zweck führte er bisher zahlreiche Verstaatlichungsmaßnahmen durch. Vom Parlament erhielt er freie Hand, um weitgehend mit Dekreten regieren zu können.

Aufgrund des Ölreichtums von Venezuela und der hohen Rohstoffpreise verfügt Chavez praktisch über unbegrenzte Mittel, um staatliche Sozialprogramme zu finanzieren. Zudem nutzt er seine Ressourcen, um gleichgesinnte Präsidenten in Süd- und Mittelamerika – vor allem in Bolivien und Nicaragua, aber auch in Ecuador und Argentinien – zu unterstützen sowie „chavistische“ Bewegungen und Parteien in einigen anderen Ländern zu finanzieren.

Weil er kontinuierlich seine persönliche Macht auf Kosten der Befugnisse des Parlaments ausbaute, die Rechte und Freiheiten der Justiz und der Medien beschneidete und gesellschaftliche Organisationen gleichzuschalten versuchte, provozierte Präsident Chavez scharfe interne, aber auch internationale Kritik an seinem Regierungsstil. Trotz der hohen Staatseinnahmen haben sich die sozialen Indikatoren Venezuelas seit seinem Regierungsantritt eher verschlechtert, Ineffizienz und Korruption haben in den Staatsbetrieben ebenso zugenommen wie die Gewalt und Kriminalität auf den Straßen. Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom September 2010 zeigt die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Regime. Chavez hatte eine Zwei-Drittel-Mehrheit angeknüpft, doch gewann er nur eine knappe Mehrheit gegen die vereinte Opposition, die 47,2 Prozent der Stimmen erhielt. Auch wenn die Regierung wegen des Zuschnitts der Wahlkreise im Parlament 96 Mandate hat, gegenüber 64 der Opposition, sind der selbstherrlichen Macht des Präsidenten künftig enge Grenzen gesetzt.

Bolivien

Die Präsidenten von Bolivien und Ecuador sind enge Verbündete von Chavez und pflegen einen ähnlichen Regierungsstil. Evo Morales wurde im Dezember 2005 als erster Indígena in Bolivien zum Präsidenten gewählt, nachdem die von ihm angeführte Bewegung Movimiento al Socialismo (MAS) in den Jahren 2003 und 2005 durch Massenproteste den Sturz zweier Präsidenten erreicht hatte. Ähnlich wie Chavez hat Morales nach seiner Wahl eine Verfassungsgebende Versammlung erwirkt, in der seine Anhänger eine Mehrheit gewannen und – teils unter dem Druck der Straße – grundlegende Reformen des politischen Systems und dabei auch die

Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten einführten. Vorgezogene Präsidentschaftswahlen gewann Morales im Dezember 2009 mit 64 Prozent. Seine Partei MAS gewann in beiden Kammern des Kongresses eine Zweidrittelmehrheit. Morales ist damit eindeutig demokratisch legitimiert. Allerdings gibt es auch im Fall Boliviens Kritik an seiner autoritären Amtsführung.

Ecuador

Ecuador war nach der Re-Demokratisierung besonders stark von politischer Instabilität betroffen. Aufgrund verschiedener Regierungskrisen, ausgelöst u. a. durch Aufstände einer erstarkenden Indigena-Bewegung gegen neoliberale Anpassungsmaßnahmen, aber auch wegen Massenprotesten gegen Korruption und Misswirtschaft, mussten in den zehn Jahren von 1997 bis 2007 nicht weniger als neun Präsidenten vorzeitig ihr Amt aufgeben und zum Teil fluchtartig das Land verlassen. Erst seit der Wahl von Rafael Correa Ende 2006 gibt es zumindest eine personelle Stabilität. Seinen Wahlsieg verdankte er der Kritik an neoliberalen Wirtschaftsentscheidungen seiner Vorgänger und einer Kampagne gegen die Zahlung der ecuadorianischen Auslandsschulden. Auch er erwirkte durch politischen und außerparlamentarischen Druck auf das Parlament und das Oberste Gericht die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung und die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die u. a. die Befugnisse des Präsidenten stärkte und Grundlage sein soll für sein Projekt eines „Sozialismus des 20. Jahrhunderts“. Vorgezogene Neuwahlen gewann er im April 2009 mit knapp 52 Prozent der Stimmen. Wie seine Kollegen in Venezuela und Bolivien versucht Präsident Correa kritische Medienstimmen und die politische Opposition zu beschneiden.

Kolumbien

Kolumbien hatte als einziges Land Südamerikas im 20. Jahrhundert keine Militärdiktatur. Das Land besitzt eine lange Tradition verfassungsmäßiger Regierungen, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts nahezu ununterbrochen von den beiden traditionellen Parteien der Konservativen und Liberalen gestellt wurden. Die Rivalität dieser Parteien um die Macht und die soziale Ungleichheit förderten seit Jahrzehnten gewaltsame Konflikte zwischen Regierungskräften, linksgerichteten Guerillas und rechten paramilitärischen Organisationen. Die Durchführung von Wahlen und demokratische Regierungswechsel wurden davon zwar nicht unterbrochen. Doch

die Kapazität des Staates und der Regierung zur Kontrolle des gesamten nationalen Territoriums und zur Durchsetzung von Regierungsentscheidungen war und ist noch immer eingeschränkt. Erst dem 2002 als Vertreter eines neuen Parteienbündnisses gewählten Präsident Alvaro Uribe gelangen einige wichtige Erfolge bei der Bekämpfung der Guerilla und der mit dieser verbündeten Rauschgiftmafia. Seine daraus bestärkte Popularität nutzte Uribe für eine Verfassungsänderung zugunsten seiner Wiederwahl im Jahr 2006. Trotz bleibender Popularität hat das Oberste Gericht seinen Versuch einer neuen Verfassungsänderung zugunsten einer weiteren Wiederwahl gestoppt. Daraufhin wurde mit seiner Unterstützung der bisherige Vizepräsident Juan Manuel Santos im April 2010 zum Präsidenten gewählt. Uribe war während seiner gesamten Amtszeit ein Antipode zu seinen Kollegen in Venezuela und Ecuador, mit denen er ständige Auseinandersetzungen hatte. Er pflegte enge Beziehungen zu den USA und stabilisierte die kolumbianische Wirtschaft auf der Grundlage neoliberaler Konzepte.

Peru

In Peru scheint es seit der traumatischen Erfahrung mit Präsident Fujimori ein gewisses Misstrauen gegenüber einem starken Präsidenten zu geben. Zwar besteht hier weiterhin prinzipiell die Möglichkeit einer Wiederwahl des Präsidenten, doch der in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreiche Präsident Alejandro Toledo, der als Oppositionsführer gegen Fujimori 2001 mit hoher Zustimmung zum Präsidenten gewählt worden war, hatte zum Ende seiner Amtszeit jede Popularität verloren. Sein Nachfolger wurde Alan Garcia, dessen erste Amtszeit von 1985 bis 1990 von Hyperinflation, Korruption, Misswirtschaft und Kapitalflucht geprägt war. Garcia setzte sich im Juni 2006 in einer Stichwahl knapp gegen Ollanta Humala durch, der mit der expliziten Unterstützung von Präsident Chavez aus Venezuela als Führer einer neu gegründeten nationalistischen Partei vor allem um Stimmen der Indigenas und ärmeren Schichten kämpfte. Garcia dagegen ist langjähriger Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei APRA. Überraschenderweise hält Garcia an der liberalen Wirtschaftspolitik seines Vorgängers und an engen Beziehungen zu den USA fest. Die peruanische Wirtschaft wächst, seine Regierung leistet soziale Transferzahlungen in bislang nicht gekanntem Ausmaß, um die Armut zu lindern. Es gibt keine außergewöhnlichen politischen Skandale – und dennoch sinkt die Popularität des Präsidenten, sodass seine Wiederwahl eher unwahrscheinlich ist.

Chile

Chile und Uruguay sind die beiden Länder Südamerikas, die nach der Re-Demokratisierung am schnellsten zu einer demokratischen Normalität zurückgefunden haben. Beide galten auch vor der Zeit der Militärdiktaturen als die stabilsten Demokratien der Region – ohne dass dies eine Garantie gegen die Militärcoups war. In Chile hat 20 Jahre lang, von 1990 bis Anfang 2010, die Koalition derjenigen Parteien regiert, die die demokratische Opposition gegen das Pinochet-Regime bildeten. Eine liberale Wirtschaftspolitik führte nicht nur zu einem kontinuierlichen Wachstum, sondern erlaubte auch bemerkenswerte Fortschritte bei der Reduzierung der Armut sowie in etlichen anderen sozialen Bereichen, z.B. im Erziehungswesen. Die Wahl des Unternehmers Sebastian Piñera Anfang 2010 als Kandidat der rechten Parteien, die früher Pinochet unterstützt hatten, war nicht zuletzt eine Folge des verpassten Generationswechsels auf Seiten der bisherigen Regierungskoalition, zeigt aber auch, dass sich alte Gegensätze allmählich verwischen. Bemerkenswert ist, dass das traditionelle Parteiensystem bisher weitgehend intakt geblieben ist. Das hat maßgeblich zur Stabilität des politischen Prozesses beigetragen.

Uruguay

Auch in Uruguay ist das traditionelle Parteiensystem weiterhin intakt – mit der wichtigen Neuerung allerdings, dass dort 2005 mit Tabaré Vázquez erstmals ein Kandidat der linken Parteien die Präsidentschaftswahlen gewinnen konnte, nachdem sich bis dahin seit der Re-Demokratisierung 1985 die traditionellen Parteien der Colorados und Blancos in der Regierung abgewechselt hatten. Trotz seiner Herkunft von der politischen Linken hielt Vázquez Distanz zu der neuen Linken um den Venezolaner Chavez und praktizierte eine marktwirtschaftlich orientierte sozialdemokratische Politik nach europäischem Zuschnitt. Im März 2010 übergab er die Präsidentschaft an José Mujica vom gleichen Parteienbündnis.

Argentinien

In Argentinien dominieren die Peronisten den politischen Prozess, seitdem der erste demokratisch gewählte Präsident Raúl Alfonsín von der Radikalen Partei am Boykott der peronistischen Opposi-

tion scheiterte. Allerdings ist die peronistische Partei in mehrere Fraktionen zerstritten, die in Wahlen gegeneinander antreten. Zwar war 1999 mit Fernando de la Rúa ein weiterer Vertreter der Radikalen Partei zum Präsidenten gewählt worden. Doch vor dem Hintergrund von ständigen Auseinandersetzungen in seiner Mitte-Links-Koalition und einer dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, einer wachsenden Arbeitslosigkeit und Verarmung zahlreicher Familien zwangen Proteste der Mittelschichten und gewaltsame Auseinandersetzungen der neuen Arbeitslosenbewegung, den piqueteros, mit der Polizei im Dezember 2001 den Präsidenten zum Rücktritt. In den folgenden 13 Tagen hatte das Land fünf Präsidenten, ehe Eduardo Duhalde ab dem 1. Januar 2002 eine gewisse Stabilität zurückgewinnen konnte. Er regierte bis zum Ende der Legislaturperiode im Mai 2003. Sein Nachfolger wurde Nestor Kirchner, dem es gelang, die Wirtschaft des Landes wieder zu stabilisieren. Angesichts wachsender Popularität ließ er sich vom Parlament umfangreiche gesetzgeberische Kompetenzen verleihen und regierte hauptsächlich mit Hilfe präsidienteller Dekrete. Seine große Popularität nutzte Kirchner, um seine Ehefrau Cristina als seine Nachfolgerin wählen zu lassen. Der plötzliche Tod von Nestor Kirchner im Oktober 2010 wird möglicherweise die politischen Konstellationen in Argentinien deutlich verändern. Es war erwartet worden, dass er 2011 wieder für das Präsidentenamt kandidieren würde. Ob Cristina ohne die Unterstützung ihres Ehemannes die Wiederwahl betreiben wird, ist ungewiss.

Paraguay

In Paraguay verlief die Entwicklung der Demokratie ebenfalls sehr wechselhaft. Nach dem Sturz des langjährigen Diktators Stroessner im Februar 1989, der Verabschiedung einer neuen Verfassung und Wahlen übernahm im Mai 1993 erstmals seit 39 Jahren ein Zivilist die Präsidentschaft des Landes. Allerdings kamen bis 2008 alle Präsidenten aus der ehemaligen Stroessner-Partei, dem Partido Colorado, der weiterhin das Parteiensystem dominierte. Ständige Auseinandersetzungen verschiedener Gruppen innerhalb dieser Partei um Macht und Pfründen trugen zu einem permanenten Klima politischer Instabilität bei, zumal das Militär als Machtfaktor keineswegs isoliert war. Die Regierungsleistungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik blieben schwach. Paraguay verharnte neben Bolivien als das ärmste Land Südamerikas. Die Demokratie brachte den Menschen vorerst keine erkennbaren materiellen Vorteile.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Die Enttäuschung über die Regierung der Colorados und die Verständigung der Opposition auf einen gemeinsamen Kandidaten führten schließlich 2008 zur Wahl eines „Nicht-Politikers“ zum Präsidenten: des ehemaligen katholischen Bischofs Fernando Lugo. Bekannt geworden durch sein Eintreten für die Armen vertritt Lugo rhetorisch zwar eine von der Befreiungstheologie geprägte Reformpolitik, doch in der Praxis sind ihm durch eine fehlende Mehrheit im Kongress und die Abhängigkeit von der Liberalen Partei, seinem Koalitionspartner, die Hände für ambitionierte politische Projekte gebunden. Außerdem sind seine fehlenden politischen Erfahrungen offensichtlich. So war die Wahl Lugos zwar gewiss Ausdruck einer Stärkung der Demokratie in Paraguay. Doch viele Hoffnungen nach politischen und sozialen Veränderungen werden erneut enttäuscht.

Brasilien

In Brasilien dagegen hat die Demokratie seit ihrem etwas holprigen Neubeginn 1989 mittlerweile zur deutlichen Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen beigetragen. Der von vielen Hoffnungen begleitete erste demokratisch gewählte Präsident war 1992 wegen Korruption und Misswirtschaft vom Parlament abgesetzt worden. Doch die wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen und Anstrengungen der Präsidenten Fernando Henrique Cardoso

(1996–2002) und Luis Inacio Lula da Silva (seit 2002) haben zur Stabilisierung des politischen Systems und vor allem zu sozialen Reformen geführt, die deutliche Fortschritte bei der Reduzierung der Armut in diesem größten und bevölkerungsreichsten Land Südamerikas erlaubten. Korruption und Günstlingswirtschaft, der in Südamerika weit verbreitete clientelismo (Klientelismus), kennzeichnen jedoch den politischen Prozess ebenso wie ein fragmentiertes Parteiensystem, das stabile Parlamentsmehrheiten verhindert und damit das Regieren erschwert. Doch trotz aller Kritik an Verfahren und Institutionen ist die brasilianische Demokratie gefestigt, wie die Wahlen im Oktober 2010 erneut bestätigten. Erstmals wurde mit Dilma Rousseff auch in Brasilien eine Frau zur Staatspräsidentin gewählt.

Besonderheiten und Trends der Demokratieentwicklung in Südamerika

Schon dieser knappe Überblick über die politische Entwicklung einzelner Länder seit dem Ende der Militärregierungen lässt Eigenarten aber auch Probleme der südamerikanischen Demokratien erkennen. Wichtige Trends, die wir anschließend noch etwas systematischer betrachten wollen, sind:

■ In Südamerika finden regelmäßig Wahlen statt und in allen Ländern des Subkontinents – zum Teil erstmals in

Trotz aller Kritik an Verfahren und Institutionen ist die brasilianische Demokratie gefestigt, wie die Wahlen im Oktober 2010 erneut bestätigt haben. Erstmals wurde mit Dilma Rouseff in Brasilien eine Frau zur Staatspräsidentin gewählt.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

ihrer Geschichte wie in Brasilien, Argentinien oder Paraguay – konnte mittlerweile ein Kandidat der Opposition im Rahmen eines demokratischen Machtwechsels die Regierung übernehmen. Das ist zweifellos ein wichtiger Hinweis auf die Konsolidierung von Demokratie.

- Die Lösung aller Regierungskrisen der vergangenen Jahre erfolgte im Rahmen der zivilen Ordnungen. Eine Reihe von Ländern erlebte schwere politische Krisen, in deren Verlauf eine relativ hohe Zahl von Präsidenten vor Ablauf ihrer regulären Amtszeit zu einem vorzeitigen Amtsverzicht gezwungen war. Die Absetzung oder Vertreibung der Präsidenten erfolgte zumeist aufgrund von Massenprotesten, weil sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung einzelner Länder durch die amtierende Regierung nicht hinreichend repräsentiert fühlte. Das weist auf ein Repräsentationsproblem hin.
- Die Rolle und Position der Präsidenten ist auf Kosten einer Schwächung der Parlamente gestärkt worden. Das weist auf Probleme bei den Checks and Balances, den demokratischen Kontrollverfahren hin.
- Populismus wird als Regierungsstil wieder praktiziert, woraus sich ebenfalls Belastungen für die Demokratieentwicklung ergeben.
- Parteien sind zwar als zentrale Institutionen der Demokratie akzeptiert, doch in etlichen Ländern kam es zu einer Erosion der traditionellen Parteien und Par-

teiensysteme. Das trug zum Erstarren der Präsidenten bei, wirft aber erneut ein Licht auf das Problem der Repräsentation und einer mangelhaften Verbindung zwischen Gesellschaft und Staat.

- Die Demokratie hat das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen gefördert, die ein beachtliches Maß an Handlungskapazität erreichten und zur Erstarung neuer politischer Kräfte beitrugen.
- Indigene Bewegungen sind vor allem in Bolivien, Peru und Ecuador zu wichtigen politischen Akteuren geworden, nachdem die Indigenas seit Beginn der Kolonialzeit vom politischen Prozess ausgeschlossen waren.
- Die sozialpolitische Leistungsfähigkeit zumindest einiger Staaten hat sich deutlich verbessert (besonders in Chile und Brasilien, aber auch in Uruguay, Kolumbien und Peru). Damit werden die Erwartungen an eine soziale Demokratie eingelöst, was insgesamt zur Konsolidierung der Demokratie in Süden beiträgt.

Probleme der Regierungssysteme und der neue „Hyperpräsidentialismus“

Demokratien brauchen Zeit, um sich zu konsolidieren, um Institutionen zu bilden und zu stärken, um Regeln und Verfahren einzuüben, die für mehr Transparenz und Rechtsstaatlichkeit sorgen, um Parteien und gesellschaftliche Organisationen aufzubauen und um effiziente Arbeitsbeziehungen zwischen der Regierung und dem Parlament zu entwickeln. Vielleicht sind die derzeit in den meisten Ländern des Subkontinents festzustellenden Fortschritte bei der Konsolidierung demokratischer Systeme ganz einfach auf diesen Faktor Zeit zurückzuführen. Der Ost-West-Konflikt und die systemfeindlichen Kräfte, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Demokratieentwicklung belasteten, sind obsolet. Kein halbwegs vernünftiger Offizier würde sich heute auf das Abenteuer einlassen, einen Putsch organisieren zu wollen. Selbst die Absicht einzelner Regierungen, einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ aufzubauen, ruft keine undemokratischen Reaktionen mehr hervor. In Südamerika gibt es zwar keine Krise der Demokratie – wohl aber einige Schwierigkeiten, die mit dem gängigen institutionellen Muster der politischen Systeme zusammenhängen. Die unter-

schiedlichen Kombinationen von präsidentiellen Regierungssystemen, Mehrparteiensystemen und dem Verhältniswahlrecht sind dabei eine Ursache für die erwähnten Regierungs- und Repräsentationskrisen. Gilt manchen Beobachtern das an die USA angelehnte Präsidialsystem schon für sich genommen als eine Quelle der Instabilität, so ist seine Kombination mit einem europäisch inspirierten Verhältniswahlrecht zweifellos eine wesentliche Ursache für Probleme der Regierungsfähigkeit. Die Anwendung des Mehrheitsprinzips bei den Präsidentenwahlen und des Verhältniswahlrechts bei den Parlamentswahlen führt permanent zu einem schwierigen Beziehungsmuster zwischen der Exekutive und der Legislative, weil in den Parlamenten keine klaren Mehrheiten herrschen und die meisten Präsidenten gezwungen sind, Koalitionen mit ungeliebten Partnern einzugehen, die nicht selten nur von kurzer Dauer sind. Ultima Ratio für die Mehrheitsbeschaffung ist nicht selten der Kauf von Stimmen bei wichtigen Abstimmungen. Damit aber wird die Korruption zu einem Strukturelement des Regierungsgeschäfts. Sie bleibt nicht verborgen und das Ansehen der Demokratie leidet darunter.

Angeichts ausbleibender politischer Reformen, die dieses Strukturproblem beheben könnten,⁶ hat sich in den vergangenen Jahren ein anderes Phänomen eingestellt: der „Hyperpräsidentialismus“, der auch als „imperialer Präsidialismus“ bezeichnet wird. Nahezu alle Länder der Region mit Ausnahme Chiles, Uruguays und Perus sind davon in unterschiedlichem Ausmaß berührt. Weil die Präsidenten letztlich die zentralen Machtinstrumente in den Händen halten, darunter nicht zuletzt die Verfügung über die Staatseinnahmen, die im Zuge der günstigen Wirtschaftsentwicklung ebenfalls gestiegen sind, ist es ihnen gelungen, ihre Position im politischen System weiter zu stärken. Wenn sie keine Parlamentsmehrheit haben, regieren sie mit Dekreten. Die Parlamente aber sind zu schwach, um den starken Präsidenten zu trotzen. Die notwendige parlamentarische Kontrolle, die Checks und Balances, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Präsidenten gehen dabei verloren. Die Präsidenten regieren imperial. Unvermeidlich werden durch solche Entwicklungen auch die traditionellen Elemente der lateinamerikanischen Politik am Leben gehalten, die die Demokratieentwicklung seit jeher belasten: der Klientelismus, der Patrimonialismus und die Korruption.

Es ist nicht absehbar, wie lange dieser Trend des „Hyperpräsidentialismus“ anhalten wird. Gewiss hängt das auch an den starken Persönlichkeiten einzelner Präsidenten. In Brasilien war Präsident Lula so klug, keine Verfassungsänderung anzustreben, die ihm eine nochmalige Wiederwahl ermöglicht hätte. Damit hat er nicht nur für sein Land, sondern für den gesamten Subkontinent ein Zeichen gesetzt.

Der Neopopulismus

In enger Verbindung mit dem „Hyperpräsidentialismus“ steht die Wahrnehmung einer Rückkehr des Populismus.⁷ Dieses Konzept gewann wieder an Aktualität, um eine wichtige Dimension südamerikanischer Politik zu kennzeichnen. Populismus bezeichnet in erster Linie einen Regierungsstil, bei dem der gesamte politische Prozess eines Landes sehr stark auf eine zentrale Führerfigur konzentriert ist, die zur Überwindung der sozialen Ungleichheit eine Allianz zwischen den Unter- und Mittelschichten propagiert und dem Staat eine zentrale Rolle sowohl bei der wirtschaftlichen Modernisierung als auch bei der Überwindung sozialer Benachteiligung zuweist. Die Überwindung der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist das zentrale Anliegen des Populismus – und das wird im Prinzip kaum jemand ernsthaft in Frage stellen wollen. Das Problem des Populismus war und ist jedoch, dass populistische „Führer“ die soziale Integration in der Regel über korporatistische und klientelistische Beziehungsmuster anstreben und dass populistische Regimes die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates wie Parteien, Parlamente, unabhängige Gerichte, die Anerkennung der Opposition oder unabhängige Medien behindern oder faktisch kaltstellen. An ihrer Stelle dominiert die Person des Führers, der die intermediären Institutionen zwischen Staat und Gesellschaft ersetzt und die Kontrollmechanismen außer Kraft setzt. Bei „Neopopulisten“ wie den Präsidenten Chavez in Venezuela, Morales in Bolivien oder Correa in Ecuador sind solche Verhaltensmuster durchaus anzutreffen.

Parteien und Parteiensysteme

Trotz der Präsidialsysteme sind die südamerikanischen Demokratien auch Parteiendemokratien. Parteien nehmen wesentliche Funktionen wahr, indem sie Wahlkämpfe organisieren, Regierungen bilden, den Gesetzgebungsprozess strukturieren und politische Ideen und Ziele formulieren. Doch die Art und Weise, wie sie die Funktionen erfüllen, wird in der Regel als mangelhaft und

ungenügend empfunden. Deshalb genießen die Parteien in Südamerika in der Regel ein denkbar schlechtes Ansehen. Enttäuschung und Kritik an der Demokratie richtet sich insbesondere gegen die politischen Parteien. Nach allgemeinem Eindruck sind sie geprägt durch Korruption, partikularistische Machtausübung, Unfähigkeit zur Förderung neuer Führungsschichten, demagogische Praktiken und klientelistische Rhetorik, caudillistischen Führungsstil und das Fehlen demokratischer Verfahren im Innern sowie die Unfähigkeit zur Übernahme neuer Herausforderungen und Aufgaben. Das mag etwas stereotyp klingen, ist aber wohl im Großen und Ganzen zutreffend.

Die unzureichende moralische und ethische Kompetenz der Parteien und ihrer Führer ist hier besonders anzusprechen. Korruption und ethische Skrupellosigkeit gepaart mit mangelndem Sachverstand und Misswirtschaft sind ein Kennzeichen vieler Parteieliten. Demokratie aber ist nicht nur eine Organisationsform, sondern auch eine Lebensform. Gerade von den politischen Führern erwarten die Menschen, dass sie dem ethischen Anspruch der Demokratie in ihrem eigenen Verhalten gerecht werden. Diese Erwartung wird in Südamerika immer wieder enttäuscht und ist ein Grund für das mangelnde Ansehen der Parteien und der Politik insgesamt.

Die Parteiensysteme Südamerika sind bis auf wenige Ausnahmen nicht sehr fest institutionalisiert, und nur wenige Parteien sind in der Lage, über einen längeren Zeitraum hinweg ein relativ hohes Maß an Unterstützung zu erhalten. In den meisten Ländern sind die Parteiensysteme heute fragmentierter als vor 20 Jahren. Verschiedene ehemalige Zweiparteiensysteme haben sich zu Drei- oder Mehrparteiensystemen entwickelt. Die Parteiorganisationen sind in der Regel schwach, und die häufigen Parteiwechsel belegen, dass die Loyalität gegenüber den Parteien gering ist. Trotz der Kritik wird die Existenz der Parteien jedoch nirgendwo grundsätzlich in Frage gestellt. Im Gegenteil: Die Legitimität der Parteien spiegelt sich nicht zuletzt in der Vielzahl von Parteien sowie in der vergleichsweise relativ hohen Mitgliederzahl von Parteien wider.⁸ Die Südamerikaner wollen keine Alternative zu den Parteien, sondern alternative Parteien.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Demokratie in ihren Gesellschaften.⁹ In verschiedenen Ländern ka-

men Parteien an die Regierung, die eine relativ starke Basis in zivilgesellschaftlichen Organisationen haben oder hatten. Das gilt beispielsweise für die Wahlerfolge der Arbeiterpartei (PT) in Brasilien, die Frente Amplio (Breite Front) in Uruguay oder auch die Bewegung für den Sozialismus (MAS) in Bolivien.

Allerdings sind auch bei den gesellschaftlichen Organisationen ähnliche Tendenzen wie bei den Parteien festzustellen: traditionell starke Institutionen wie die Gewerkschaften sind heute geschwächt. Die Vielzahl der Organisationen ist nicht unbedingt ein Beleg für größeren Einfluss, sondern auch ein Hinweis auf ihre Fragmentierung. Viele der Organisationen sind weder transparent noch respektieren sie demokratische Spielregeln in ihren internen Verfahren. Sie sind organisatorisch in der Regel eher schwach und bewirken selten langfristige Bindungen ihrer Mitglieder; die Identifikation mit ihnen ist häufig ephemere. Die Demobilisierung der Parteien wird somit nur teilweise durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgeglichen.

Indigene Bewegungen

Ein Phänomen, das die Stärkung der demokratischen politischen Kultur und der demokratischen Prozesse insgesamt belegt, ist die politische Mobilisierung und formale Integration der indigenen Bevölkerung in die politischen Systeme vor allem solcher Länder, mit einem relativ hohen Anteil Indigener an der Gesamtbevölkerung. In Südamerika betrifft das besonders Bolivien (71 Prozent Indigene), Peru (47 Prozent) und Ecuador (43 Prozent).¹⁰ In Bolivien wurde mit Evo Morales ein Indigener sogar zum Präsidenten gewählt und wiedergewählt. Wie kaum ein anderer verkörpert er das neue Selbstbewusstsein und den Machtanspruch der Indigenen – auch in seinen problematischen Aspekten.

In den meisten Ländern des Kontinents bestanden lange Zeit erhebliche formale Hürden für die Registrierung indigener Organisationen und Parteien. Indigenen, die sich politisch engagieren wollten, blieb keine andere Wahl als die Mitgliedschaft in klientelistischen, korporatistischen oder linken Parteien, wo sie häufig den gleichen paternalistischen und rassistischen Praktiken unterworfen waren, die auch die konservativen Parteien prägten.

Seit den 1970er Jahren entstanden vielerorts indigene Organisationen, die sich zunächst eher auf kulturelle Anliegen konzentrierten, vor allem die Verteidigung der Zweisprachigkeit. Repräsentanten solcher Organisationen gelang es nach dem Ende der Militärregime in die Verfassungsgebenden Versammlun-

gen gewählt zu werden, wo sie sich, wie etwa in Kolumbien, Ecuador oder Venezuela, erfolgreich für die Verbriefung politischer Ansprüche und Rechte für ihre Gruppen einsetzen. Die politische Dezentralisierung mit der Einführung von Kommunalwahlen begünstigte vielerorts die Gründung zunächst lokaler indigener Parteien und die Wahl indigener Gemeinderäte. Sehr bald gewannen indigene Parteien auch Mandate in nationalen Parlamenten, etwa in Ecuador. In Bolivien gründeten Kokapflanzer, andere Bauern und indigene Organisationen vor den Kommunalwahlen 1995 eine eigene Partei, aus der 1999 das von Evo Morales angeführte MAS hervorging. Gerade das Beispiel Bolivien zeigt aber auch die problematische Seite des Erstarkens indigener Bewegungen. Seit der Sicherung seiner Macht Ende 2006 praktiziert Morales einen eher autoritären Herrschaftsstil im Sinne des „Neopopulismus“. Zwar gibt er einer Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung zum ersten Mal das Gefühl, vom Staat ernst genommen zu werden, doch er beschädigt seine eigene demokratische Glaubwürdigkeit – und zugleich diejenige anderer indigener Bewegungen in der Region. Bolivien steht daher eher für ein semi-autoritäres Regime im Stile eines Hugo Chavez denn als Modell für eine multiethnische Demokratie, was viele Politiker, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen und Beobachter in Südamerika und außerhalb des Kontinents erhofft hatten. Zugleich bestätigt sich in Bolivien, dass es für die Demokratie problematisch ist, wenn ethnische Faktoren das politische Leben und die politischen Institutionen bestimmen. Eine solche „Rassenpolitik“ neigt dazu, die Konflikte entlang der ethnischen Scheidegrenze eher noch zu verstärken. Diese Tendenzen kennzeichnen auch das Verhalten einzelner indigener Gruppen in Peru, Ecuador, Kolumbien oder selbst in Chile, das in

den vergangenen Jahren ebenfalls politische Mobilisierungsaktionen der Indigenen erlebte, die hier mit acht Prozent einen vergleichsweise geringen Bevölkerungsanteil stellen.

Trotz dieser Defizite und Probleme haben die indigenen Bewegungen und Parteien in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Qualität von Demokratie in Südamerika geleistet, indem sie die politische Bürgerrolle der Indigenen dauerhaft in ihren Gesellschaften verankert haben. Auch wenn es manchen Teilen der traditionellen Eliten noch schwer fällt, dies anzuerkennen, sind die Indigenen heute ein Teil der politisch aktiven Bevölkerung, die vor allem in jenen Ländern, in denen sie einen bedeutenden Bevölkerungsanteil stellen (Bolivien, Peru, Ecuador), wohl dauerhaft Einfluss auf politische Prozesse nehmen.

Perspektiven

„Auf halbem Weg“ – so lautet der Titel einer umfangreichen Analyse verschiedener Bereiche der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas, herausgegeben von zwei der bedeutendsten Politiker und Wissenschaftler Südamerikas.¹¹ In ihrem Vorwort schreiben sie: „Die Demokratie, die die diktatorischen und autoritären Regimes der Jahre von 1960 bis 1980 ersetzte, war von großen Hoffnungen begleitet, die nur teilweise erfüllt wurden. Heute kann man besorgniserregende Zeichen eines Verschleißes ihrer Grundlagen und die Wiederbelebung populistischer Tendenzen und antidemokratischer Werte beobachten, die Teil der widersprüchlichen Geschichte der Region sind.“ Für die Konsolidierung der Demokratien sei es notwendig, dass sie die wachsenden Erwartungen der Menschen nach Dienstleistungen, Konsum und einer Verbesserung der sozialen Lage erfüllten. Dafür müsse ein Staat existieren, der politisch legitim, fiskalisch verantwortlich und technisch kompetent sei, um mit den sozialen Organisationen und dem Privatsektor zum Wohl der Gesellschaft zusammenarbeiten zu können. Zu diesem Ziel ist bisher nur ein Teil der Strecke zurückgelegt. Wenn man auf dem Weg weitergeht, kann das Ziel erreicht werden.

LITERATUR

Cardoso, Fernando Henrique/Foxley, Alejandro (Hrsg.) (2009): *A medio camino. Nuevos desafíos de la democracia y del desarrollo en América Latina*. 2 Bände. Santiago de Chile.
Diamond, Larry/Plattner, Marc F./Brun, Diego Abente (Hrsg.) (2008): *Latin America's Struggle for Democracy*. Baltimore.

Diamond, Larry/Linz, Juan/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.) (1988): *Democracy in Developing Countries*. Vol. 2: Africa. Boulder/London
Hofmeister, Wilhelm (Hrsg.) (2004): *Reformas políticas en América Latina*. Rio de Janeiro: Ed. Fundação Konrad Adenauer 2004.
Hofmeister, Wilhelm (2006): Die Rückkehr des Populismus nach Lateinamerika und die Rolle Brasiliens. In: KAS-Auslandsinformationen, 8/2006, S. 20–39.
Ismar, Georg/Mittag, Jürgen (Hrsg.) (2009): „El pueblo unido?“ Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster.
Lee Van Cott, Donna (2005): *From Movements to Parties in Latin America: The Evolution of Ethnic Politics*. Cambridge.
Mols, Manfred (1985): *Demokratie in Lateinamerika*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
Mainwaring, Scott/Scully, Tomothy R. (Hrsg.) (2010): *Democratic Governance in Latin America*. Stanford.
Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hrsg.) (2008): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika: Eine Einführung*. Wiesbaden.
Valenzuela, Arturo (2008): *Latin America Presidencies Interrupted*. In: Diamond, Larry/Plattner, Marc F./Brun, Diego Abente (Hrsg.) (2008): *Latin America's Struggle for Democracy*. Baltimore, S. 3–17.
Walker, Ignacio (2009): *Democracia de Instituciones*. In: Cardoso, Fernando Henrique/Foxley, Alejandro (Hrsg.) (2009): *A medio camino. Nuevos desafíos de la democracia y del desarrollo en América Latina*. Santiago de Chile, S. 35–61.
Werz, Nikolaus (2008): *Lateinamerika. Eine Einführung*. Baden-Baden.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. *Latinobarometro* 2009, die wichtigste regelmäßige Erhebung über politische Einstellungen in Lateinamerika: www.latinobarometro.org/informe-anual-2009.
- 2 Wir konzentrieren uns auf die ehemaligen spanischen und portugiesischen Kolonien Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela.
- 3 Die „Qualität“ der Demokratien ist ein wichtiges Thema der neueren Analysen zur Demokratieentwicklung in Lateinamerika insgesamt. Statt vieler Walker 2009 und die verschiedenen Beiträge in Mainwaring/Trully 2010 und Diamond/Plattner/Brun 2008.
- 4 Darauf hat schon Mols 1985, Kap. 1 verwiesen.
- 5 Zu den folgenden Abschnitten vgl. neben den in Fußnoten genannten Titeln auch die verschiedenen Beiträge in Werz 2008 und Stüwe/Rinke 2008.
- 6 Vgl. Hofmeister 2004 und Valenzuela 2008.
- 7 Vgl. Hofmeister 2006.
- 8 Das gilt beispielsweise für Parteien in Peru, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay.
- 9 Vgl. Ismar/Mittag 2009.
- 10 Weitere Staaten mit einem relativ hohen Anteil indigener Bevölkerung sind Guatemala (66 Prozent), Honduras (15 Prozent) und Mexiko (14 Prozent). Zum folgenden Lee Van Cott 2005.
- 11 Vgl. Cardoso/Foxley 2009. Fernando Henrique Cardoso wurde bekannt als Soziologe und war von 1996 bis 2002 Präsident Brasiliens; Alejandro Foxley wurde bekannt als Volkswirt und war ab dem Regimewechsel in Chile u. a. Finanz- und Außenminister. Zum Folgenden ebenda, S. 8.



UNSER AUTOR

Dr. Wilhelm Hofmeister, Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS); von 1988 bis 1993 Tätigkeit in Chile; von 1999 bis 2009 Leiter des Studienzentrums der KAS in Rio de Janeiro, Brasilien.

Emanzipationsbewegungen indigener Völker in Lateinamerika

Juliana Ströbele-Gregor

Indigene Bewegungen in Südamerika sind seit den 1990er Jahren ein nicht zu übergehender politischer Faktor geworden. In Mexiko, Guatemala und den Andenstaaten Ecuador, Bolivien und Kolumbien beschränken sich ihre Organisationen und Projekte nicht nur auf die Interessenvertretung eines sich als Indigene definierenden Teils der Bevölkerung. Ihr Aktionsradius hat sich zunehmend ausgeweitet. Sie treten als Sprachrohr der Unzufriedenen und Benachteiligten auf und sind in der Lage, ein breites soziales Protestpotential über die eigenen Reihen hinaus zu mobilisieren. Dabei bauen sie immer wirkmächtiger ihre Rolle als Bündnispartner jener gesellschaftlichen Kräfte aus, die für grundlegende Reformen oder alternative Gesellschaftsmodelle eintreten. Die indigenen Bewegungen haben in den vergangenen Jahren Verfassungsänderungen und eine Ausweitung ihrer Schutzrechte erreicht. Sie haben inzwischen internationale Präsenz und hohe politische Positionen erlangt und setzen dabei auf Differenz sowie auf eine multiethnische Zusammensetzung der Gesellschaft. **I**

Indigene Bewegungen als wichtige politische Akteure

Spätestens seit mit Evo Morales 2005 zum ersten Mal ein Angehöriger eines indigenen Volkes zum Staatpräsidenten in Bolivien gewählt wurde, hat das Thema indigene Völker auch das öffentliche Interesse in Europa und Nordamerika geweckt.

Allerdings hatte bereits der Aufstand der Zapatisten (Ejército Zapatista de Liberación Nacional/EZLN) im Januar 1994 im mexikanischen Chiapas kurzfristig die Aufmerksamkeit einer breiten internationalen Öffentlichkeit auf die indigene Bevölkerung nicht nur Mexikos, sondern auch in anderen Teilen des lateinamerikanischen Subkontinents gelenkt. Seit den 1990er Jahren kommt es auch in anderen Ländern immer häufiger zu massiven sozialen Protesten der indigenen Bevölkerung¹ und Aufständen, an denen die Indígenas maßgeblich beteiligt sind. Beispiele dafür sind u. a. Chile, Ecuador und Bolivien. Ursache all dieser Proteste gegen die neoliberale Wirtschafts- und Res-

sourcenpolitik ist nicht allein eine zunehmende Verarmung von Teilen der Bevölkerung. Zündstoff birgt ebenfalls eine Re-Demokratisierung der Regierungssysteme, die nicht zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger geführt hat. Die Zapatisten in Chiapas machten deutlich, dass die indigenen Völker nicht mehr bereit sind, ihre schlechten Lebensbedingungen und gesellschaftli-

che Benachteiligung in allen Bereichen hinzunehmen. Sie fordern nicht nur mehr die Anerkennung ihrer Kulturen, sondern eine tief greifende Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft und darüber hinaus der herrschenden Weltordnung.

„Es ist falsch, wenn wir vom ‚Problem der indigenen Völker in unseren Staaten‘ sprechen, denn nicht die indigenen Völker sind das Problem, sondern das Prob-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

lem sind die Mängel einer unvollständigen Demokratie“. Diese Aussage eines Führungsmitgliedes der CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) in Ecuador kennzeichnet treffend, dass die verschiedenen staatlichen Politikansätze weder während noch nach der Kolonialherrschaft es vermochten, die indigene Bevölkerung vollständig zu integrieren oder gar zu assimilieren. Das Integrationsprojekt des 20. Jahrhunderts der Criollo bzw. Criollo-Mestizo – der herrschenden europäischstämmigen Mittel- und Oberschicht –, in das die indigenen Völker assimiliert und/oder integriert werden sollten, war das Modell des mestizischen Nationalstaats nach westlichen Modernisierungsvorstellungen, in dem jedoch die in der Kolonialzeit konstruierte soziale Hierarchie erhalten blieb.

Ihre gesellschaftliche Unterprivilegierung und ein Alltagsleben, das gekennzeichnet ist von Marginalisierung und Benachteiligung auf allen Ebenen, hat bewirkt, dass sich die indigenen Völker diesem Integrationsmodell „von oben“ teilweise entzogen. Sie bewahren bis heute nicht nur viele Elemente ihre eigenständigen Kulturen und Weltsichten. Im Prozess ethnischer Organisation und Konstruktion ethnischer Identität entwickelten sie darüber hinaus eigenständige Vorstellungen von Staat und gesellschaftlichem Zusammenleben.

Einige demographische Daten

In Lateinamerika leben zwischen 40 und 50 Millionen Indígena.² Es existieren über 400 ethnische Gruppen und Völ-

ker. Außer vielleicht in Uruguay gibt es in sämtlichen lateinamerikanischen Ländern indigene Völker. In Bolivien und Guatemala stellen sie die Mehrheit der Bevölkerung: In Bolivien bezeichneten sich im Zensus von 2002 62 Prozent als Angehörige eines indigenen Volkes (allerdings fehlte im Zensus die Kategorie „mestizo“, was die Aussagekraft des Zensus mindert). In Guatemala liegen die Schätzungen bei annähernd 50 Prozent. Die indigene Bevölkerung mit der größten kulturelle Vielfalt in einem Nationalstaat lebt in Mexiko, wenngleich sie mit 10,9 Millionen prozentual an der Gesamtbevölkerung nur 12,6 Prozent ausmacht (letzte offizielle Schätzung 1992). In Brasilien, dem größten lateinamerikanischen Land, leben zwar 210 indigene Völker – die Mehrheit in Amazonien – jedoch machen sie nur eineinhalb Prozent der brasilianischen Bevölkerung aus.³

Die Anzahl der Sprachen ist groß. Den Experten für Interkulturelle zweisprachige Schulbildung Luis López und Inge Sichra⁴ zufolge, werden aktuell 700 verschiedene indigene Sprachen in der Region gesprochen; bei einigen handelt es sich um nur noch kleine Gruppen, andere, wie die Quechua und Aymara, umfassen mehrere Millionen Sprecher.

Indio – ein kolonialer Begriff

Mit dem Begriff „indio“ benannten die spanischen Eroberer verallgemeinernd die autochthonen Völker des von ihnen in Besitz genommenen Kontinents, den sie Amerika nannten. Er ist ein Ausdruck der kolonialen Herrschaftsideologie und keineswegs eine präzise Kennzeichnung. Die Verallgemeinerung „Indio“ (und ihre deutsche Variante „Indianer“) ist ein politisches und soziales Konstrukt, mit dem die Kolonialherren die unterworfenen Völker rechtlich und ideologisch zu einer homogenen Gruppe zusammenfassten. Im Kolonialrecht war die Beziehung der unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Kolonie streng hierarchisch nach „rassischen“ Kategorien und sozialer Herkunft geregelt und fand seinen Ausdruck in der förmlichen Trennung zwischen der „Republik der Spanier“ (república de españoles) und der „Republik der Indios“ (república de indios). Zur ersten gehörten auch ihre in Amerika geborenen Nachkommen (criollos) und andere Europäer sowie die Kinder von Konquistadoren und adeligen autochthonen Frauen. In der kolonialen Hierarchiepyramide hatten Spani-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Spätestens seit mit Evo Morales 2005 zum ersten Mal ein Angehöriger eines indigenen Volkes zum Staatspräsident in Bolivien gewählt wurde, hat das Thema indigene Völker auch das öffentliche Interesse in Europa geweckt.
picture alliance/dpa

er und Criollos den höchsten Status inne; sie übten Herrschaftsrechte aus und genossen zahlreiche Privilegien. Die „Republik der Indios“ umfasste die autochthone Bevölkerung und war wiederum hierarchisch gegliedert. Angehörige der ehemaligen Herrschaftsgruppen – etwa der Inca – hatten einen höheren Status als die gemeine Bevölkerung. Die afrikanischen Sklaven nahmen einen niederen Status außerhalb der beiden „Republiken“ ein. Für die Nachkommen zwischen den unterschiedlichen ethnischen und sozialen Gruppen wurden eigene neue Bezeichnungen konstruiert und verbunden mit spezifischen eingeschränkten Rechten.

In den ersten Jahrzehnten der Republiken des 19. Jahrhunderts nach der Unabhängigkeit blieb diese soziale Pyramide in soweit erhalten, als sich wenig am realen Status der Indios änderte. Die europäischstämmigen Oligarchien, die Criollos oder Criollos-Mestizos sahen sich als die rechtmäßigen Besitzer des amerikanischen Kontinents und legitihierten damit ihren alleinigen Herrschaftsanspruch in den neuen Staatswesen. Als Besitzer der Latifundien und Bergwerke, auf denen die Indios zu Hungerlöhnen bzw. in feudalistischer Abhängigkeit ausgebeutet wurden, übten sie zugleich die wirtschaftliche Macht aus. Landraub und extreme Ausbeutung der Indios verschärften sich im folgenden Jahrhundert weiter und sind zum Teil noch heute nicht vollständig überwunden.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts erlangten die Indios zwar formale Bürgerrechte – doch in den postkolonialen Gesellschaften blieben die kolonialen Strukturen und Mentalitäten noch weiterhin präsent.

In der Gegenwart werden die Begriffe „indio“ und „indígena“ von Land zu Land und teilweise auch innerhalb eines Landes unterschiedlich verwendet. Sie beinhalten eine paternalistische Einstellung der Criollos im Umgang mit der so bezeichneten Bevölkerung, die nicht frei ist von rassistischen Zügen. Im Bewusstsein der Indigenen sind der pejorative Gehalt dieser Bezeichnungen und die damit verbundene Geschichte der Unterdrückung und Entwürdigung stets gegenwärtig. Gleichwohl existieren in den politischen Diskursen der indigenen Emanzipationsbewegungen ganz verschiedene Umgangsweisen mit den Termini, was auf ideologischen Differenzen basiert. Während indianistische Ideologen wie der Bolivianer Ramiro Reynaga „indio“ zum Kampfbegriff ummünzen und sich Parteien mit dem Zusatz „Partido Indio“ gründen, lehnen andere diese Bezeichnung strikt ab. Wenn sie sagen: „ya no somos indios“ („Wir sind keine Indios mehr.“), verwei-

sen sie damit auf die Geschichte ihrer grausamen Unterdrückung. Wenn sich heute in der internationale Gemeinschaft der Begriff „indigen“ durchgesetzt hat, dann ist dies der Versuch, eine „neutrale“ Bezeichnung für die einheimischen Völker Amerikas und auch der anderen Kontinente zu finden (siehe die ILO-Konvention sowie die Definition von Martínez Cobo für die UN⁵ oder der UN-Erklärung der indigenen Menschenrechte von 2007).

Armut und Benachteiligung

Armut und extreme Armut kennzeichnen die Lebensumstände der Mehrheit der indigenen Völker Lateinamerikas. Das gilt für die städtische, aber mehr noch für die ländliche Bevölkerung. Insbesondere ländliche indigene Gemeinden sind sehr von Armut betroffen. Trotz Armutsbekämpfungsprogrammen ist die Prognose bis 2015 weiterhin negativ.⁶ In Guatemala leben zwei Drittel der Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze, davon sind über 90 Prozent Indigene.⁷ Zu den Armen gehören insbesondere auch die Landlosen, die in Abhängigkeitsverhältnissen auf großen Landgütern leben, oder Saisonarbeiter, die von einer Arbeitsstelle zur anderen ziehen müssen, um ihr Überleben zu fristen.

Armut ist nicht nur am Einkommen zu messen, wie dies die Definition der Weltbank nahe legt (1 US-Dollar pro Tag). Armut bedeutet auch mangelhafter Zugang zu Bildung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Basis-Infrastruktur und weitgehender Ausschluss von sozio-politischer Partizipation.

Trotz Verfassungsreformen und Schaffung von Institutionen haben die lateinamerikanischen Regierungen in ihrer Praxis bisher wenig getan, um diese realen Lebensumstände der indigenen Bevölkerung grundlegend zu verbessern. Rassistische Einstellungen sind weit verbreitet – insbesondere bei den sich als „Weiße“ begreifenden Criollo-Mittel- und Oberschichten. Zwar wurden in den 1980er und 1990er Jahren auf Druck indigener Organisationen Rechtsreformen zu deren Gunsten verabschiedet, und im Prozess von Staatsmodernisierung und Dezentralisierung wurden in mehreren Ländern die Selbstverwaltungsstrukturen gestärkt und indigene Selbstverwaltungsformen anerkannt (u. a. Bolivien, Kolumbien, Ecuador). Als exemplarisch galt das kolumbianische Gesetz der „Resguardos Indígenas“ sowie das Gesetz zur Volksbeteiligung – Ley de Participación Popular – von 1994 in Bolivien. Jedoch in vielfältigen Protestaktionen sowie im Aufstand in Bolivien im Oktober 2003, bei dem soziale und indigene Bewegungen in La Paz und an-

deren Landesteilen gegen die neoliberale Wirtschafts- und Ressourcenpolitik der Regierung protestierten, manifestierte die indigene Bevölkerung, dass sie sich immer noch von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlte.

Organisierungsprozesse in der politischen Arena

Indigenenbewegungen gehören seit den 1980er Jahren zu den wichtigsten sozialen Bewegungen in Lateinamerika. Ihre Dachverbände und Organisationen sind international vernetzt und agieren sowohl auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Jüngster Erfolg auf internationaler Ebene war die Verabschiedung der „Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“ der UN Generalversammlung vom September 2007. Der Verabschiedung dieser Deklaration waren 23 Jahre Verhandlungen vorausgegangen.

Traditionen und Widerstandsgeschichte als Anknüpfungspunkte

Bei ihren politischen Organisationsprozessen können die Indígena an ihre lange Tradition der Selbstverwaltung in indigenen Kommunen sowie an Rebellionen und zahlreiche Formen des Widerstands während und nach der Kolonialzeit anknüpfen. Seit den 1960er Jahren verstärkten sich auf dieser Grundlage die Organisationsprozesse, in deren Zentrum zunächst der Kampf um Land und Bildung stand. Die starke Partizipation ganzer Gemeinden, an denen auch die Frauen teilnehmen, ist einer der Eckpfeiler dieser Organisationsprozesse. Die Politik dieser Bewegungen in den letzten Jahrzehnten ist beeinflusst von mehreren Faktoren. Der Legitimationsverlust linker Parteien nach dem Ende der Sowjetunion sowie die an westlichen Vorstellungen orientierten Gesellschaftsmodelle spielten dabei durchaus eine Rolle. Der Bezug auf Ethnizität erhielt bei sozial, kulturell, wirtschaftlich und politisch benachteiligten Gesellschaftsgruppen weltweit ein zunehmendes Gewicht. Die Tendenz, Konflikte immer stärker in ethnischen, nationalistischen und religiösen Legitimierungsdiskursen zu begründen, verstärkte sich. Die Forderungen indigener Organisationen in Lateinamerika zielten bisher allerdings nicht auf einen gewaltsamen revolutionären Umsturz. Sie richteten sich aber auf die Transformation herrschender Verhältnisse in den jeweiligen Ländern.

Im Bewusstsein der Indígena ist die Widerstandsgeschichte sehr präsent und die Erinnerung daran spielt eine Rolle in den aktuellen Emanzipationsbewegun-

gen. Auch wenn ihre politischen Strategien und Staatsvorstellungen durchaus unterschiedlich sind, teilen die meisten indigenen Bewegungen Lateinamerikas die Vision einer multiethnischen und von kultureller Vielfalt geprägten Gesellschaft innerhalb einer sozial gerechten und partizipativen Demokratie. Wichtige Unterstützung erfahren diese Visionen und Forderungen von der internationalen Ebene.

Politische Aktivitätsfelder und Forderungen

Die Bedeutung indigener Organisationen beschränkt sich nicht nur auf den politischen Kampf, dieser ist jedoch ein zentrales Feld ihrer Aktivitäten. Sie reichen von der Mobilisierung lokaler, regionaler und nationaler Verbände für Protestmärsche und Blockaden von strategischen Straßen gegen spezifische Regierungsmaßnahmen (z.B. Staudamm-Großprojekte) sowie die Besetzung von Erdöl- bzw. Gasbohrstellen bis hin zu gesamtgesellschaftlichen politischen Forderungen. Dabei sind nationale oder internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oftmals Bündnispartner. Etwa wenn es darum geht, Umweltzerstörungen, Landvertreibung, die sozialen Folgen von Großprojekten, illegalen Holzschlag oder Biopiraterie sowie die Komplizenschaft staatlicher Institutionen bei solchen Unternehmungen aufzudecken und anzuprangern. Zu ihren Forderungen gehören menschenwürdige Lebensbedingungen, Land- und Ernährungssicherheit, Agrarreformen, Anerkennung ihrer Kultur sowie Bildung und medizinische Versorgung, die autochthones kulturelles Wissen einschließen. Im Zentrum steht die territoriale Selbstverwaltung, die auf der sozialen Ordnung der lokalen Kultur basiert, Eigentumsrechte an den natürlichen Ressourcen in diesen Territorien und das Recht auf eine selbstbestimmte Wirtschaftsentwicklung. Darüber hinaus wird gesellschaftliche und politische Beteiligung eingefordert. Weitere Forderungen sind Rechtsautonomie auf der Basis des indigenen Rechts einschließlich des indigenen Kollektivrechts sowie überlieferter Strukturen der Entscheidungsfindung als Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung. Zur Legitimierung ihrer Forderungen beziehen sich die Indígena sowohl auf ihre historischen Ansprüche wie auf die ILO-Konvention 169. All diese Forderungen konnten in der neuen bolivianischen Verfassung verankert werden. Die Forderungen der Zapatisten nach einer tief greifenden Demokratisierung des jeweiligen Staates und darüber hinaus der herrschenden Weltordnung einschließlich der Abkehr vom neoliberalen Wirtschafts-

und Staatsmodell gehören mittlerweile ebenfalls zu den Eckpfeilern der indigenen Emanzipationsbewegungen.

Organisierungsprozesse, Bündnisstrategien und Aktionsfelder

Ende der 1980er Jahre verstärkten sich die politischen Mobilisierungs- und Organisationsprozesse. Zu dem breiten Spektrum gehören indigene Lokalverbände, Bauerngewerkschaften, Produzenten- und Kulturvereine, Vereinigungen indigener Frauen u. a., die auf verschiedenen Wirkungsfeldern aktiv sind. Regionale Organisationsstrukturen und nationale Dachverbände fungieren als Interessenvertretung gegenüber dem Staat und nationalen Machtgruppen. Länderübergreifende Organisationen wie der Dachverband der Völker Amerikas COICA vertreten die Interessen indigener Völker auf internationaler Ebene.

In den 1990er Jahre erweitern sich die Aktionsfelder und es kommt zu neuen Bündnisstrategien: Vor allem in Mexiko und den Andenstaaten Bolivien, Ecuador und Kolumbien treten indigene Organisationen nun als Sprachrohr der sozial Benachteiligten auf und schaffen es, soziales Protestpotential über die eigenen Reihen hinaus zu mobilisieren. Indigene Organisationen beteiligen sich an Protesten und Opposition gegen soziale, ökonomische oder politische Maßnahmen der Regierungen, die nicht nur Indigene betreffen. Zu ihren politischen Instrumenten gehören basisdemokratische Kampfmittel – Protestmärsche, Aufstände, Besetzungen von Land oder Institutionen. Die gewaltsame Auseinandersetzung wird nicht gesucht, jedoch bleibt die Konfrontation mit staatlichen Sicherheitsorganen oft nicht aus. Eine weitere Strategie ist der Ausbau der Rolle als Bündnispartner von gesellschaftlichen Kräften, die für fundamentale gesellschaftliche Reformen und weitgreifende Demokratisierung bzw. alternative Gesellschaftsformen eintreten. Partner sind andere soziale Bewegungen, Gewerkschaften, linke Parteien sowie mancherorts auch die katholische Kirche. Indigenen gelingt es zunehmend, ihre Forderungen auch medienadäquat zu artikulieren.

Dabei stellen Indigene klar, dass die von Regierungen und internationalen Gebern oder NGOs entworfenen Entwicklungsstrategien sich nicht mit ihren Vorstellungen eines würdigen Lebens in der Gemeinschaft decken. Die Konzepte der selbstbestimmten Entwicklung, des „guten Lebens“ (auf Aymara: *Suma Qamaña*) zielen gerade nicht darauf, westliche Lebensstile zu kopieren. Aber hier ist noch viel Vision und es fehlt an Programmatik. Gleichwohl eröffnet der

Umstand, dass diese Begrifflichkeit in die neuen Verfassungen von Ecuador und Bolivien eingegangen ist, neue Gestaltungswege; das bedeutet zugleich aber eine konzeptionelle Herausforderung.

Nutzung des parlamentarischen Weges

Eine weitere Strategie der indigenen Bewegungen besteht in der Nutzung des parlamentarischen Weges sowie in der Übernahme von verantwortlichen Funktionen in der lokalen und regionalen Verwaltung. Die Anzahl der indigenen Parlamentarier, Minister, Bürgermeister, Kreisverwaltungen, Senatoren nimmt seit den 1990er Jahren beständig zu. 1994 wurde in Bolivien erstmals mit Victor Hugo Cárdenas ein Indígena Vizepräsident. Ende der 1990er Jahre wurde der Indígena Floro Tunubalá zum Gouverneur des Departements Cauca in Kolumbien gewählt. 2005 folgte die Wahl von Evo Morales zum Präsidenten von Bolivien. 2009 wurde er mit noch größerer Zustimmung der Wählerinnen und Wähler für eine zweite Amtszeit gewählt. Als Repräsentant seiner Partei MAS – Movimiento Al Socialismo – steht „Evo“ für die Anerkennung der kulturellen Diversität auf allen politischen und rechtlichen Ebenen, für die Konstruktion eines „neuen Bolivien“ auf der Basis eines „Sozialismus des 21. Jahrhundert“, in dem soziale Gerechtigkeit die politische Leitlinie sein soll. Wieweit seine politische Vision in der zutiefst polarisierten bolivianischen Gesellschaft zu verwirklichen ist⁸, wird die Zukunft zeigen.

In Ecuador erfolgte 1996 die Gründung des Wahlbündnis Movimiento Plurinacional Pachakutik – Nuevo País auf Initiative des indigenen Dachverband CONAIE zur Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen. CONAIE hatte bis dahin stets zum Wahlboykott aufgerufen. Angesichts des unerwarteten Zuspruchs der Bevölkerung bei einer massiven Protestkampagne 1995 gegen die Privatisierungspläne des staatlichen Sektors, an der sich Gewerkschaften, linke Parteien und die CONAIE beteiligt hatten, entstand der Plan einer eigenen Partei. Dass diese Strategie richtig war, zeigte der große Erfolg von Pachakutik bei den nationalen Wahlen 1996. Erstmals wurde eine indigene Frau, die Rechtsanwältin Nina Pacari, Vizepräsidentin des Parlaments. In den folgenden Jahren konnte Pachakutik seinen politischen Einfluss

Zu den politischen Forderungen indigener Organisationen, so wie anlässlich des Verfassungsreferendums 2008 in Bolivien proklamiert, gehören menschenwürdige Lebensbedingungen, Land- und Ernährungssicherheit, Agrarreformen, Anerkennung ihrer Kultur sowie Bildung und medizinische Versorgung, die autochthones kulturelles Wissen einschließen.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

ausbauen und schaffte es 2002 bis zur Regierungsbeteiligung. Das stellte sich jedoch schnell als eine politische Fehlentscheidung heraus. Pachakutik fehlte es an einer – der schwierigen Wirtschaftslage angemessenen – Programmatik und an politischer Durchsetzungskraft in der Koalition. Nach knapp einem Jahr sahen sich die Pachakutik-Minister zum Rücktritt gezwungen.

Auch wenn der Einzug von indigenen Repräsentanten in nationale Parlamente als ein wichtiger und notwendiger Schritt der Emanzipationsbewegungen auf dem Weg zur politischen Beteiligung gewürdigt wird, sind ihre Erfahrungen in dieser politischen Arena durchaus ambivalent. Zwar sind Indígena nun an den politischen Debatten beteiligt, müssen jedoch erleben, wie die herrschende politische Kultur und das Durchsetzungsvermögen von Criollo-Machtgruppen sie an der Einflussnahme bei

wesentlichen politischen Entscheidungen hindert. Ecuador ist ein Lehrstück. Hier zeigte sich, an welchen Klippen indigene Bewegungen bei Regierungsbeteiligungen scheitern können.

Hindernisse zum Erfolg in der politischen Arena ergeben sich auch aus bewegungsinternen Differenzen. Trotz der gemeinsamen Forderung nach Anerkennung der Rechte der indigenen Völker und der Berufung auf die Konvention 169 der ILO sind die ideologischen Unterschiede im breiten Spektrum der indigenen Organisationen und persönliche Profilierungsinteressen von Führungspersonen nicht zu übersehen. Gemeinsames geschlossenes politisches Handeln kann damit verhindert werden und spielt Gegnern oder Rivalen in die Hände. In Peru beispielsweise konkurrieren zwei Dachverbände der Tieflandvölker – AIDSEP (Asociación Interétnica para el Desarrollo de la Selva Peruana) und CONAP

(Confederación de Nacionalidades Amazónicas del Perú) – miteinander um internationale Gelder und Anerkennung als Verhandlungspartner der Regierung. Rivalitäten von Führungspersonen standen auch hinter der Spaltung von COICA, dem internationalen Dachverband der Amazonasvölker.

Autonome Projekte

Wie bereits erwähnt, beschränken sich die Aktionsfelder nicht auf die politische Arena. Im letzten Jahrzehnt hat sich das Spektrum ihrer, an den praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten Aktivitäten immer weiter ausgedehnt – nicht selten mit Unterstützung externer Partner: mit Kirchen, NGOs oder entwicklungspolitischen Agenturen. Die Projekte verfolgen zwei Ziele: (1) Verbesserung der Lebensver-

hältnisse und (2) Erhalt und Weitergabe des eigenen kulturellen Wissens. Leitgedanken bei beiden Zielen sind die Vergewisserung der eigenen Wurzeln sowie die Stärkung des Selbstbewusstseins und der eigenen indigenen Identität im Bewusstsein, Teil der lokalen Gemeinschaft zu sein. Auf diese Weise sollen die Individuen auch befähigt werden, Gemeinschaftsinteressen innerhalb der nationalen Gesellschaft zu vertreten.

Die Umsetzung des ersten Zieles ist eine Herausforderung an die indigenen Organisationen und variiert stark von Land zu Land und von Region zu Region. In der Regel konzentrieren sich die lokalen Initiativen auf die Bereiche Bildung und Ökonomie. Darüber hinaus gibt es erfolgreiche Initiativen auf Munizipal- bzw. Provinzebene, oftmals angeleitet von indigenen Bürgermeistern. Von besonderer Bedeutung sind eigene Schulprogramme.

Indigene Bildung – ein autonomes Projekt mit langer Geschichte

Die autonomen indigenen Schulprojekte der Gegenwart sind dem Kulturerhalt, der Stärkung des Selbstwertgefühls und der Gemeinschaftsidentität verpflichtet. Hinzu kommt – wenn auch nicht in allen Projekten – der Erwerb der spanischen bzw. portugiesischen Sprache. Die Beherrschung der Amtssprachen – so die Erfahrung – ist ein unerlässliches Instrument zur Selbstbehauptung im Umgang mit der staatlichen Administration und externen Akteuren. Gleichwohl soll verhindert werden, dass mit dem Spracherwerb zugleich eine Assimilierung an die herrschenden Normen, Werte und Weltanschauung betrieben wird, wie dies in den staatlichen oder kirchlichen Schulen der Fall ist.

Die sehr unterschiedlichen Bildungsansätze der indigenen Organisationen auf lokaler Ebene, etwa in Amazonien, Kolumbien, der Guaraní-Völker im Chaco, der Maya-Völker in Guatemala, der Aymara in Bolivien und Peru oder der Mapuche in Chile lassen sich unter dem Begriff indigene oder endogene Erziehung zusammenfassen. Dabei können die heutigen indigenen Bewegungen zum Teil auf eine lange Tradition zurückblicken, die in einigen Regionen auch eng mit dem Widerstand gegen die postkoloniale Politik im 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts verbunden war. In vielen Regionen war den Indios Schulbildung verboten. Die katholische Kirche legitimierte diese Politik der Criollos und untermauerte sie mit Angst einflößenden Predigten. Aus indigenen Gemeinden auf dem Andenhochland in Bolivien wird berichtet, dass Priester der ersten

Hälfte des 20. Jahrhunderts den Indios schweren Gottesstrafen androhten, weil sie gegen Gottes Willen verstoßen würden, wenn sie das Lesen und Schreiben erlernten. In Irpa Chico nahe La Paz beispielsweise drohten Latifundienbesitzer den Indios, die bereits seit 1922 insgeheim in Privaträumen Unterricht von adventistischen Lehrern erhielten, die Zunge oder die Finger abzuschneiden. Die autonome indigene Schulbewegung im Andenraum zeigt auch, dass es damals zum Teil eine enge Zusammenarbeit mit evangelikalen, zumeist adventistischen oder baptistischen Missionaren gab. Diese unterstützten im Zuge ihrer Missionierung die Gemeinden gegenüber den Herrschaftsgruppen, insbesondere die Grundherren und katholische Kirche, die den Indios den Zugang zu Bildung verboten. In jener Zeit war in der Schulbewegung nicht die Vermittlung der eigenen Kultur vorrangig, sondern die Schüler sollten spanische Sprachkenntnisse, allgemeine Grundkenntnisse und Kenntnisse der Herrschaftskultur erwerben, um sich sowohl in der mestizischen Welt zu behaupten wie auch um ihre Bürgerrechte einzufordern.⁹

Die autonomen Schulprojekte der Gegenwart begreifen sich als Gegengewicht zum nationalen Schulwesen und seinen von oben vorgegebenen Integrationsvorstellungen. Indigene Führungspersonen, religiöse und kulturelle Spezialisten der Gemeinschaft und Älteste spielen in diesen Bildungsansätzen des Kulturerhalts eine zentrale Rolle. Das gilt sowohl für die Ausgestaltung des Unterrichtsprogramms wie auch bei der Übermittlung von kulturellem Wissen sowie der Überlieferung von Normen und Werten. Lehrkräfte sind meist pädagogisch befähigte Gemeindeglieder, die über spezifische Kenntnisse und fachliche Fähigkeiten verfügen. Zur Recht hebt der Bildungsberater Matthias Abram hervor¹⁰, dass Spiritualität und Tradition zentrale Themen sind und große Anstrengungen unternommen werden, um traditionelles Wissen zu erforschen und curricular zu vermitteln. Die Erfolge der indigenen Bildungsprogramme sind jedoch sehr unterschiedlich.

In den letzten Jahren sind in verschiedenen Ländern Initiativen für eigene Universitäten hinzugekommen. Bekanntestes Beispiel ist die Universität Uraccan in den Autonomen Regionen in Nicaragua. Mit internationaler Unterstützung und in Kooperation mit dem Fondo Indígena wurde 2007 das Programm Universidad Indígena Intercultural eingerichtet.¹¹ Dabei handelt es sich um internationale Universitätslehrgänge und Fachausbildungen in unterschiedlichen Disziplinen. Schwerpunkte sind indigenes Recht, indigenes Wissen, Medizin und Sprachen. Diese Programme wer-

den im Rahmen der deutschen und spanischen Entwicklungszusammenarbeit gefördert.

Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene

In Ecuador und Bolivien hatten die indigenen Bewegungen erstmals in den 1990er Jahren Verfassungsreformen erreicht, in denen die ethnische bzw. kulturelle Diversität in Form eines multiethnischen Staates verankert wurde. 2009 war ihre politische Kraft so weit gewachsen, dass sie im Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen in ihren Ländern die Durchführung von demokratisch legitimierten Verfassungskonventionen durchsetzen konnten.

Darüber hinaus konnten Indígena in ihrem politischen Kampf auch auf dem internationalen Parkett Erfolge erzielen. Bei der Reformbereitschaft von Regierungen unter neoliberalen Vorzeichen spielte und spielt die internationale Konjunktur und die Wechselwirkung zwischen nationalen und internationalen Akteuren durchaus eine Rolle. Mit der kritischen Bestandsaufnahme von Geschichte und Gegenwart anlässlich des Gedenkens der Eroberung vor 500 Jahren, mit dem Jahr der Indigenen Völker 1993 der Vereinten Nationen sowie den zwei UN-Dekaden der Indigenen Völker ab 1995 wurden die Themen interner Kolonialismus, postkoloniale Strukturen der Gegenwart, Rassismus, Unterdrückung, Ausbeutung, religiöse und kulturelle Intoleranz in das öffentliche Bewusstsein gehoben – sowohl in den Ländern des Nordens wie auch in Lateinamerika. Die indigenen Völker traten aus der Unsichtbarkeit, in die sie die Criollos seit Jahrhunderten gedrängt hatten. Sie erhoben ihre Stimmen und wurden unüberhörbar.

Die jahrelange beharrliche Arbeit der Organisationen indigener Völker weltweit, unterstützt von Menschenrechtsgruppen, erreichte u. a. die Ratifizierung der ILO Konvention 169, die seit Ende der 1980er Jahre zur Grundlage und Argumentationshilfe für Forderungen gegenüber den Regierungen ist. Höhepunkt der erfolgreichen Lobbyarbeit ist die eingangs erwähnte Verabschiedung der UN-Erklärung der indigenen Menschenrechte. Auch wenn die Kluft zwischen den darin verbrieften Rechten und der Realität in den meisten Ländern noch enorm ist, liefern beide Dokumente der indigenen Emanzipationsbewegungen doch die Legitimation

ihrer Forderungen und stellen damit ein wichtiges Instrument im politischen Kampf dar.

Konfliktfelder Land – natürliche Ressourcen – indigenes Recht

Ressourcennutzung

Mit ihrer Forderung nach Anerkennung indigener Territorien verbinden die Indígena die Verfügungsgewalt über erneuerbare und nicht erneuerbare Ressourcen auf diesem Land. Aktuelle Konflikte – sowohl in den Anden wie in der Amazonasregion – zwischen indigenen Gemeinschaften und Staat sowie Wirtschaftsunternehmen eskalieren um die Ausbeutung von Erdöl, Erdgas und anderen Bodenschätzen auf indigenen Territorien oder in der unmittelbaren Nachbarschaft zu indigenen Gemeinschaften. In der Amazonasregion verschlimmert sich darüber hinaus die Verdrängung indigener Anbautechniken durch extensive Viehwirtschaft und den Anbau von Biotreibstoffen. Zur Lösung der Konflikte wird von indigenen Organisationen und in internationalen Dokumenten die Einführung der „freien, informierten und frühzeitigen Zustimmung“ indigener Völker zu Projekten, die ihr Land betreffen, gefordert. Die augenblickliche Praxis ist jedoch noch weit von der Anwendung dieses Konzeptes entfernt.

In der Auseinandersetzung um die Nutzung der biologischen Vielfalt – einem weiteren Konfliktfeld – steht die Forderung nach Anerkennung des traditionellen kollektiven Wissens und das Prinzip der ausgewogenen und gerechten Beteiligung (access and benefit sharing) im Vordergrund, wie dies in der internationalen Konvention über die biologische Vielfalt (Rio de Janeiro, 1992) vereinbart wurde.¹²

Die Unterzeichnung internationaler Abkommen und Konventionen und sogar eigenes Verfassungsrecht verhindern jedoch nicht, dass Regierungen abweichende Strategien einschlagen, wenn es ihnen wirtschaftlich oder politisch opportun erscheint. Zu den jüngsten zahlreichen Negativbeispielen gehört der Gewaltkonflikt in der nordwestlichen Amazonasregion Perus im Juni 2009.¹³ Mit Protestmärschen, Straßen- und Flussblockaden sowie Besetzungen von Erdöl- und Erdgasinstallationen protestierten Indigene seit Anfang April gegen ein Gesetzespaket der Regierung zur wirtschaftlichen Erschließung Amazoniens, das besonders auch ihre Region betrifft. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, als mit Speeren und Macheten bewaffnete Indígenas mit der Polizei, die mit schwerem Geschütz angerückt war,

aufeinander trafen. Offiziellen Angaben zufolge kamen 30 Indigene und 24 Polizisten ums Leben.

Mit neuen Dekreten beabsichtigte die Regierung zum einen die Ressourcennutzung für den internationalen Bergbau und Erdölfirmen wie auch den Abbau der Bodenschätze zu erleichtern. Zum andern ging es um die Erschließung Amazoniens für die Holzwirtschaft und den Anbau von Agrotreibstoffen. Die Dekrete sind Bausteine für die Umsetzung des Freihandelsabkommens mit den USA. Ihre Umsetzung wird katastrophale Folgen für den Lebensraum der ansässigen Bevölkerung und die Ökologie der Region haben. Das legen aktuelle wissenschaftliche Studien¹⁴ nahe, ebenso wie die jahrzehntelangen Erfahrungen lokaler Gemeinschaften in Peru und Ecuador mit der Ausbeutung von Erdöl-Erdgasvorkommen und Bergbau.

Das Massaker und die Verletzung von Menschenrechten und internationalen Abkommen riefen nationale und internationale Proteste auf den Plan. Die Regierung ihrerseits qualifizierte die Indígena als Terroristen ab, sie und die Solidaritätsbewegung als von internationalen „Extremisten“ angeleitet. Allerdings: Wohl aufgrund der Proteste suspendierte das Parlament die Abstimmung über das Gesetzespaket zur weiteren Beratung. Eine Woche später zog Präsident Garcia zwei der suspendierten Dekrete zurück und – man höre! – bat um Entschuldigung wegen der Gewaltanwendung.

Jedoch weitere Dekrete und die damit verbundenen Gefahren aus- und inländischer Firmenaktivitäten auf dem von den indigenen Völkern seit Urzeiten bewohnten Land sind damit nicht vom Tisch. Die Gefahr des Ausverkaufs der Naturressourcen und der Vertreibung der indigenen Bevölkerung der peruanischen Amazonasregion ist längst nicht gebannt. Gleiches gilt für die anderen Anrainerstaaten – allen voran Brasilien, aber auch Bolivien, Ecuador und Venezuela.

Recht¹⁵

Wenn indigene Gemeinschaften von überliefertem oder kommunalem Recht sprechen und dessen Anerkennung einfordern, beziehen sie sich auf Normen, Werte und Verfahrensweisen, die eingebettet sind in die „Traditionen“ und das Brauchtum der lokalen Gemeinde („uso y costumbre“) und die überlieferten Formen der Rechtssprechung, Konfliktschlichtung und Sanktionen. Nicht zuletzt aufgrund der Abwesenheit funktionierender staatlicher Rechtsorgane bzw. der geringen Reichweite des nationalen Rechts auf dem Land sowie der

Verwurzelung eigener indigener Werte haben sich indigene Ordnungsvorstellungen und Mechanismen der Bearbeitung von Konflikten und Schlichtung erhalten.

In Ländern mit einem großen indigenen Bevölkerungsanteil – insbesondere in Guatemala, Mexico, Bolivien und Ecuador – wurden Studien zu indigenen Rechtssystemen durchgeführt. Regierungen anerkannten in bestimmtem Maße den faktisch bestehenden Rechtspluralismus. Die Forderung der Indígena nach Rechtsautonomie und die Aushandlung mit dem Staat darüber, welche Rechtsbereiche dem jeweiligen Rechtssystem unterstellt werden sollen, haben zu einer verstärkten Ausdifferenzierung kulturalistischer Diskurse der Indígena geführt. Damit einher geht die Re-Konstruktion und teilweise Konstruktion („Erfindung“) von „traditionellem“ indigenen Recht. Dass es sich dabei real vielfach um Amalgame von lokalem Brauchtum mit Einflüssen kolonialer Rechtspraktiken sowie der jeweiligen nationalen Rechtssysteme handelt (das betrifft weniger Völker in entlegenen Regionen wie z.B. in Amazonien), beeinträchtigt die kulturalistische Argumentation nicht. Die Re-Konstruktion indigenen Rechts ist ein wichtiges Element bei der Konstruktion von Ethnizität.

Die Neukonstituierung als pluralistischer und multiethnischer Staat, zu dem sich beispielsweise Bolivien und Ecuador bereits in ihren Verfassungsreformen der 1990er Jahre bekannten, schließt eine institutionelle Verwirklichung von Rechtspluralismus ein. Das bedeutet nach René Kuppe das „Nebeneinanderbestehen von zwei oder mehreren rechtlichen Systemen im selben Staatsgebiet, von denen jedes Ausdruck eines spezifischen kulturell-ethnischen Hintergrundes ist und jedem gleichermaßen Geltung zukommt“.¹⁶ Rechtliche Autonomie kann als kollektives Recht verstanden werden. In Artikel 34 der UN-Erklärung der indigenen Menschenrechte von 2007 heißt es: „Indigene Völker haben das Recht, ihre institutionellen Strukturen und ihre unterschiedlichen Sitten, Spiritualität, Traditionen, Verfahrensweisen und Praktiken und dort, wo sie existieren, ihre Rechtssysteme oder Sitten in Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechten zu fördern, entwickeln und an ihnen festzuhalten“ (Übersetzung der Autorin).

In den Verfassungen von Kolumbien, Bolivien und Ecuador kommt den indigenen Autoritäten, die nun rechtlich anerkannt werden, die Kompetenz der Rechtsausübung auf der Grundlage des eigenen indigenen Rechts zu. In seinen Rechtsvergleichen kommt der Rechtsanthropologe Kuppe u. a. zu der Schluss-

ANMERKUNGEN

folgerung, dass „die Verfassungen alle-
samt keine schrankenlose indigene
Rechtsautonomie vorsehen, sondern
diese einer formelhaften Umgrenzung
unterwerfen“.17 Gemeint sind damit die
internationalen Menschenrechte und
Konventionen, denen das Land beige-
treten ist.

In keinem der Staaten ist normiert, dass
sich die indigene Jurisdiktion nur auf
Fälle geringerer Bedeutung beschrän-
ken darf. Eine dringende Notwendig-
keit besteht, diese Rechtssprechung mit
dem staatlichen Justizsystem in Ein-
klang zu bringen. Damit wird laut Kup-
pe zum Ausdruck gebracht, „dass die
indigenen Autoritäten einen Stellen-
wert besitzen, der eine echte Koordinie-
rung oder jedenfalls Bezugnahme in
Hinblick auf die ordentliche Gerichts-
barkeit nötig macht. Die indigene Juri-
diktion ist also nicht so etwas wie ein
auf einer niedrigeren Ebene funktionie-
rendes, wenn auch toleriertes paralle-
les Rechtssprechungssystem, sondern in
der Tat gleichwertiger Teil des öffentli-
chen Rechtssystems geworden“.18

Ein Streitpunkt dabei ist immer wieder
die Universalität der Menschenrechte.
Es gibt indigene Positionen, die die uni-
verselle Geltung der Menschenrechte
ablehnen, weil sie den eigenen kulturel-
len Normen nicht entsprechen und ein
Diktum der westlichen Welt seien.

Aus den Divergenzen zwischen der UN-
Konvention der Allgemeinen Men-
schenrechte und indigenem Recht resul-
tieren zum Teil unterschiedliche Auffas-
sungen von Delikt und Strafe sowie Wie-
dergutmachung. Auf der Grundlage
der Prinzipien von Harmonie, Ehre und
Reziprozität werden in indigenen Ge-
meinden bestimmte Handlungen als
Delikte aufgefasst und hart bestraft, die
nach dem modernen Strafrecht keine
Delikte sind oder deren Form der Be-
strafung nicht dem modernen Grund-
satz der Verhältnismäßigkeit entspricht.
Eng damit verbunden ist das Thema

Menschenrechte von Frauen. In vielen
indigenen Kulturen gilt der Gleichheits-
grundsatz der Geschlechter nicht. Aus
westlicher Sicht existiert hierbei teilwei-
se eine Benachteiligung von Frauen auf
zahlreichen Gebieten. Auch häusliche
Gewalt wird vielerorts nicht als Delikt
aufgefasst.

In Bolivien ist die indigene Rechtsauto-
nomie jetzt Verfassungsrecht. Im Parla-
ment werden derzeit Gesetzesvorschlä-
ge zu Verfahrensfragen und Fragen
der Koordinierung mit dem nationalen
positiven Recht erarbeitet.

Gegner der indigenen Rechtssysteme
verweisen auf Fälle von Lynchjustiz in in-
digenen Gemeinden, von denen biswei-
len zu hören ist. Indigene Rechtsexper-
ten und Regierungsvertreter beispiels-
weise in Bolivien verurteilen solche Ta-
ten als Verbrechen und stellen klar, dass
Lynchjustiz keinesfalls indigenem Recht
entspricht. Die Ursachen dieser Gewalt-
akte sind häufig die fehlende Präsenz
bzw. das Nicht-Funktionieren staatli-
cher Gerichtsbarkeit insbesondere auf
dem Land. Allerdings ist im Kontext der
Anerkennung indigenen Rechts ein dif-
fuser Raum entstanden, in dem biswei-
len Indigene mit dem Argument der ei-
genen Gerichtsbarkeit Gewaltübergrif-
fe rechtfertigen. Ob Schutzbehauptung
oder Konfusion von Rechtsnormen – hier
besteht dringender rechtlicher Klä-
rungsbedarf seitens indigener Organi-
sationen und der Regierung.

Fazit

Seit Ende des 20. Jahrhunderts sind in-
digenere Emanzipationsbewegungen in
Lateinamerika ein wichtiger Akteur in
der politischen Arena. In Ecuador, Boli-
vien, Mexiko, Guatemala und Kolumbi-
en verbinden ihre sozio-politischen Or-
ganisationen genuine Interessenvertre-
tung mit der Rolle des Bündnispartners
anderer sozialer Bewegungen oder des
Sprachrohrs der benachteiligten und
unzufriedenen subalternen Schichten.
Sie artikulieren breiten sozialen Protest
gegen Neoliberalismus und gesell-
schaftliche Ungleichheit und vertreten
alternative Forderungen. Dabei sind sie
in der Lage, Massen zu mobilisieren. Ihr
Aktionsradius hat sich zunehmend aus-
geweitet und umfasst eigenständige
Projekte und Programme. Sie sind
Ausdruck einer erstarkten indigenen
Identität, die sich der Unterordnung un-
ter westliche Integrationsvorstellungen
verweigert, vielmehr eigene Gesell-
schaftsvisionen vertritt, die auf lokalen
Kulturen und darin verankerten Welt-
bildern basieren.



UNSERE AUTORIN

Dr. Juliana Ströbele-Gregor, Altame-
rikanistin und Ethnologin, lehrt und
forscht am Lateinamerika-Institut der
Freien Universität Berlin. Sie ist zudem
Freie Gutachterin in der Entwick-
lungszusammenarbeit.

1 Die hier verwendeten Termini „indigen“ und
„Indígena“ basieren auf der Definition, die Mar-
tínez Cobo (Ibers.: Estudio del problema de la
discriminación contra las poblaciones indígenas.
Vol. 1–5. New York 1987, S. 379–381) im Auftrag
der UN formulierte und die weltweit anerkannt
sind. Sie liegen auch der Konvention 169 der In-
ternationalen Arbeitsorganisation ILO über
„Rechte indigener und in Stämmen lebender Völ-
ker“ zugrunde, die bisher 20 Ländern ratifizierten:
Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica,
Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador,
Fidschi, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexi-
co, Nepal, Niederlande, Norwegen, Paraguay,
Peru, Spanien und Venezuela (Stand: 14.07.2009).

2 Latin American Special Report: Indigenous
peoples and power in Latin America, Sept., SR
03–04.

3 Zu den sehr unterschiedlichen Zahlenangab-
en vgl. Barí, Cletus G. (2003): Pueblos Indíge-
nas y derechos constitucionales en América Lati-
na: un panorama. México/La Paz.

4 López, Luis Enrique/Sichra, Inge (o.J.): Inter-
cultural bilingual education among indigenous
people in Latin America. URL: http://fundacion.proiebandes.org/bvirtual/docs/Indigenous_bilingual_education.pdf [9.03.2009].

5 Siehe Anmerkung 1.

6 Banco Mundial (2005): Pueblos indígenas,
pobreza y desarrollo humano 1994–2004. Wa-
shington.

7 Del Alamo, Oscar (2003): El lado indígena de
la desigualdad. Ponencia presentada en la con-
ferencia internacional: “Democracia, Gobernan-
za y Bienestar en las Sociedades Globales”.
27–29. November 2003. Barcelona, S. 11.

8 Carter, William/Mamani, Mauricio (1982):
Irpa Chico – Individuo y comunidad en la cultura
aymara, La Paz, S. 371.

9 Ströbele-Gregor, Juliana (2004): Evangelika-
ler Fundamentalismus, Missionierung und Politik
in Lateinamerika. In: Hausberger, Bernd (Hrsg.):
Geschichte der Missionierung. Wien, S. 179–215.

10 Abram, Matthias (2004): Indigene Völker, Bil-
dung und Kultur: Interkulturelle Zweisprachige
Erziehung. In: GTZ (Hrsg.): Indigene Völker in La-
teinamerika und Entwicklungszusammenarbeit.
Eschborn, S. 118–133; hier S. 128.

11 FONDO Indígena. URL: www.fondoidigena.org/ [20. 5.2009].

12 Ausführlich dazu Feldt, Heidi/Ströbele-Gre-
gor, Juliana (2009): Indigene Völker und Konflikt.
GTZ-Programm zur Stärkung indigener Organi-
sationen PROINDIGENA. Eschborn.

13 Ausführlich dazu Ströbele-Gregor, Juliana
(im Druck): The Darker Side of Multiculturalisms:
National Politics and Violence against Indige-
nous People in the Amazon Region of Peru. In:
Raab, Josef u. a. (Hrsg.): Multiculturalism and
Beyond: Identity Politics, Cultural Difference, and
Hybridity in the Americas.

14 Finer, Matt/Jenkins, Clinton N./Pimm, Stuart
L./Keane, Carl Ross (2008): Oil and Gas Projects
in the Western Amazon: Threats to Wilderness,
Biodiversity, and Indigenous Peoples. URL:
<http://www.plosone.org/doi/10.1371/journal.pone.000293> [14.06.2009].

15 Die folgenden Ausführungen basieren auf
der Studie von Feldt/Ströbele-Gregor 2009; sie-
he Anmerkung 12.

16 Kuppe, René (2001): Die Anerkennung indige-
ner Rechtsautonomie im interkulturellen Span-
nungsfeld. In: Borsdorf, Axel/Klömer, Gertrud/
Pranreiter, Christof (Hrsg.): Lateinamerika im Um-
bruch: Geistige Strömungen im Globalisierungs-
stress. Innsbruck, S. 61–76; hier S. 62.

17 Ebenda, S. 65.

18 Ebenda, S. 67.

Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit in Südamerika

Sabine Kurtenbach

Blickt man auf Südamerika, so ist es nicht die zwischenstaatliche Unsicherheit, die für Schlagzeilen sorgt. Im Fokus der medialen Wahrnehmung stehen vielmehr Drogenhandel und organisiertes Verbrechen sowie die Kriminalität in den Großstädten, die Gewalt und Unsicherheit zur Alltagserfahrung werden lassen. Die Ausdrucksformen, die Gewalt annehmen kann, haben sich in den letzten zwei Dekaden in den Staaten Südamerikas verändert. Die Gewalt hat sich weitgehend entpolitisiert. An die Stelle klassischer Guerillakriege, staatlicher und parastaatlicher Unterdrückung oppositioneller Bewegungen ist nunmehr die Alltagsgewalt getreten. Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit sind in Südamerika im Hinblick auf die Ursachen, Entwicklungen und die innerregionalen Unterschiede höchst unterschiedlich präsent. Anhand von Daten und konkreten Beispielen erörtert Sabine Kurtenbach, welche Formen Gewalt und Unsicherheit annehmen können. Nach einem Überblick über die beteiligten Akteure werden Dynamiken und Ursachen der Gewalt systematisiert. Abschließend werden Ansatzpunkte und Möglichkeiten der Einhegung von Gewalt und Herstellung von Sicherheit dargelegt.

Gewalt und Unsicherheit als Alltagserfahrung

Analysen von Gewalt und (Un-)Sicherheit in Südamerika unterscheiden sich je nachdem, welcher Zeitraum und welche Definition von Gewalt und Sicherheit zugrunde gelegt werden. Im Bereich klassischer, zwischenstaatlicher Sicherheit gibt es hier selten Schlagzeilen. Trotz des vielfältigen Konfliktpotentials in der Region eskalieren grenzüberschreitende Konflikte nur selten gewaltsam, vielfach hängen sie mit innerstaatlichen Problemlagen zusammen, wie dies der aktuelle Konflikt zwischen Kolumbien und seinen Nachbarstaaten zeigt.¹

Der Großteil der Gewalt in Südamerika findet innerhalb der Staaten statt. Allerdings haben sich die Ausdrucksformen der Gewalt in den vergangenen 20 Jahren gewandelt. Standen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwiegend die klassischen Guerillakriege und

die staatliche und parastaatliche Repression oppositioneller Bewegungen im Mittelpunkt, so hat sich die Gewalt entpolitisiert. Heute macht vor allem die Alltagsgewalt in Form von Kriminalität etwa in den Elendsvierteln von Rio de Janeiro Schlagzeilen, zuletzt im August 2010 als zehn schwer bewaffnete Männer in einem Luxushotel in Rio de Janeiro 35 Geiseln nahmen, die allerdings von der Polizei befreit werden konnten.

Gewalt und öffentliche Unsicherheit sind in Südamerika in höchst unterschiedlichem Maße präsent. Es lässt sich zum einen eine Art Nord-Süd-Gefälle beobachten: Brennpunkte sind Kolumbien, Venezuela und Brasilien – auch wenn die Gewalt in Chile, Argentinien und Uruguay in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Und selbst in den Ländern mit hohem Gewaltniveau ist Gewalt nicht omnipräsent, sondern konzentriert sich vor allem auf die Städte und einzelne Landesteile.

Zur Erklärung dieser Entwicklungen sowie der innerregionalen Unterschiede und damit auch der Ursachen und Einhegungsmöglichkeiten von Gewalt werden zunächst einige Definitionsprobleme und Daten zu Gewalt und Unsicherheit vorgestellt. In der Folge wird anhand von einigen konkreten Beispielen illustriert, welche Formen Gewalt und Unsicherheit annehmen. Nach einem Überblick zu den beteiligten Akteuren werden Ursachen und Dynamiken der Gewalt systematisiert. Abschließend werden einige Ansatzpunkte und Möglichkeiten zur Einhegung von Gewalt und zur Herstellung von Sicherheit dargelegt.

Gewalt und Unsicherheit – Definitionen und Daten

Konzeptionen und Definitionen von Gewalt und Sicherheit haben sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert. Bei der Definition von Gewalt lassen sich zunächst enge und weite Konzeptionen unterscheiden. Enge Gewaltdefinitionen beziehen sich auf die Anwendung interpersonaler, direkter physischer Gewalt. Die hierfür zugrunde gelegten Daten sind die so genannten Homizidraten (d.h. die Zahl der Morde pro 100.000 Einwohner) wie sie in Statistiken von Polizei und Justiz erhoben werden. Die Vergleichbarkeit

dieser Daten ist begrenzt, da Erhebungsmethoden, Reichweite und Genauigkeit variieren und diese Daten vielfach auch politisch manipuliert werden. Trotz dieser Einschränkungen sind die Homizidraten zumindest ein Anhaltspunkt für das Gewaltniveau einer Gesellschaft.

Die enge Definition von Gewalt schließt andere Formen – wie die ungleiche Verteilung von Reichtum und den Zugang zu Ressourcen – oder die Diskriminierung ethnischer und anderer Gruppen zunächst aus. Johan Galtung (1971) hat hierfür die Begriffe der strukturellen und der kulturellen Gewalt geprägt. Gemeint ist damit die Gewalt, die Menschen zugefügt wird, wenn bestehende Strukturen, Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse sie daran hindern, ihre Entwicklungschancen wahrzunehmen. Dieser weite Gewaltbegriff hat sich in Südamerika vor allem in den Debatten über soziale Ungleichheit und die Marginalisierung der indigenen Völker niedergeschlagen (vgl. Albó 1994). Ist die Datenlage schon bei der direkten physischen Gewalt schwierig, so gilt dies umso mehr für strukturelle und kulturelle Gewalt. Daten wie der Gini-Index², der die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen misst, differenzieren selten zwischen Landesteilen und sozialen oder ethnischen Gruppen.

Auch bei der Diskussion über Sicherheit lassen sich enge und breitere Konzeptionen unterscheiden. Lange Zeit bezog sich Sicherheit vor allem auf die Frage der „nationalen Sicherheit“ und damit die Gewalt von und gegen Staaten. Der Bericht zur menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) – der Human Development Report – aus dem Jahr 1994 führte den Begriff der „menschlichen Sicherheit“ ein, in dem entwicklungs- und friedenspolitische Ansätze verschmelzen. Menschliche Sicherheit wird – letztlich im Galtungschen Sinn – verstanden als physische Sicherheit plus Grundbedürfnisbefriedigung, womit das Konzept auf der Erfüllung grundlegender Menschenrechte und damit einem Minimum an Gerechtigkeit basiert.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen das breite Spektrum in den unterschiedlichen Dimensionen von Gewalt und Ungleichheit in Südamerika. Ein direkter Zusammenhang zwischen Ungleichheit

und Gewalt lässt sich auf dieser makroquantitativen Basis allenfalls für Kolumbien und Brasilien zeigen, wo hohe Homizidraten mit großer Ungleichheit einhergehen. Bolivien dagegen hat zwar eine hohe Ungleichheit, aber nur ein geringes Gewaltniveau. Der folgende Abschnitt illustriert schlaglichtartig die Vielfalt der unterschiedlichen Formen der Gewalt, ohne umfassend auf alle Länder Südamerikas eingehen zu können.

Formen von Gewalt und Unsicherheit in Südamerika

Gewaltphänomene und die damit verbundene Unsicherheit lassen sich entlang unterschiedlicher Kriterien analy-

sieren, die mit dem Ausmaß der Gewalt, der Organisationsform der beteiligten Akteure und deren Zielsetzung zusammenhängen. So handelt es sich bei Krieg und bewaffneten Konflikten um Formen der Gewalt mit einem Mindestmaß an Opfern und zentraler Organisation.³ Ist von Kriegen die Rede, so wird meist auch eine politische Zielsetzung unterstellt, wo diese fehlt – oder nicht sichtbar ist – wird dann schnell von Kriminalität oder Verbrechen gesprochen. Die Grenzen sind allerdings vielfach fließend. Zum einen können sich Zielsetzungen verändern, zum anderen hängen unterschiedliche Ziele teilweise eng zusammen, etwa weil alle bewaffneten Gruppen finanzielle Ressourcen zur Finanzierung ihres Kampfes benötigen (vgl. Kurtenbach 2005).

Tabelle 1: Homizidraten in Südamerika

	Homizidraten		
	1990 *	2004 (niedrig/hoch) **	2007/08 **
über 20			
Kolumbien	65	45.5/61.1	38,8
Venezuela	16.0	32.5/37.0	52
Brasilien	23.0	26.2/30.8	22
10–20			
Ecuador	15.3	16.8/18.5	18,1
Paraguay	12.6	15.3/17.8	12,2
< 10			
Uruguay	4.4	4.7/6.0	5,8
Peru		3.0/5.7	3,2
Chile	3.0	2.9/5.5	8,1
Argentinien	4.7	5.3/5.5	5.2
Bolivien		3.7/5.3	10.6.1

Quellen: *WHO 2002, **UNODC 2009 (2007/2008 Justizdaten, die in der Regel niedriger sind als andere Angaben)

Tabelle 2: Ungleichheit in Südamerika

	Ungleichheit (Gini-Index)			
	~ 1997	~ 2001	~ 2003	~ 2007
Kolumbien	57.1	57.1	–	58.5
Bolivien	44.7	44.7	60.1	58.2
Ecuador	43.7	43.7	53.6	54.4
Brasilien	60.7	59.3	57.0	55.0
Paraguay	57.7	57.8	58.4	53.2
Peru	46.2	49.8	52.0	49.6
Chile	56.6	57.1	54.9	52.0
Argentinien	–	52.2	51.3	50.0
Uruguay	42.3	42.3	44.9	46.2
Venezuela	49.5	48.2	49.1	43.4

Quellen: UNDP 2002, 2007/2008, 2009

Kolumbien – der älteste Krieg Lateinamerikas

Seit über 40 Jahren bekämpfen sich in Kolumbien verschiedene Guerillagruppen, paramilitärische Verbände und die staatlichen Sicherheitskräfte.⁴ Der Krieg zeichnet sich durch Phasen wechselnder Intensität und regionaler Verbreitung aus. Bisher war keine Seite in der Lage, ihn militärisch zu entscheiden. Spätestens seit dem Scheitern des Friedensprozesses zwischen den FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und der Regierung Pastrana (1998–2002) sieht sich die Regierung nur noch mit Kriminellen und Terroristen konfrontiert, denen sie einen politischen Anspruch abspricht. Dies erkennt allerdings, dass schon zuvor ein Großteil der Gewaltopfer nicht bei Konfrontationen zwischen Guerilla und Militär ums Leben kam. Von den jährlich über 20.000 Toten starben hierbei in den vergangenen Jahrzehnten 10 bis 25 Prozent (vgl. Helfrich/Kurtenbach 2006a, S. 40). Allerdings hängt das hohe Maß an Gewalt eng mit dem Krieg, seinen Ursachen und seiner Dynamik zusammen. Beispielsweise wurden selbst nach konservativen Schätzungen über drei Millionen Menschen innerhalb des Landes gewaltsam vertrieben; eine Zahl von Binnenflüchtlingen, die nur vom Sudan übertroffen wird.

Gewalt hat in Kolumbien eine lange Tradition. Der kolumbianische Staat hatte zu keiner Zeit das Gewaltmonopol inne. Er war (und ist) deshalb nicht in der Lage, Gewaltanwendung zu sanktionieren oder zu unterdrücken. Die verbreitete Straflosigkeit für die Mehrheit auch der Kapitalverbrechen – nur in sieben von 100 Mordfällen werden Schuldige festgestellt und bestraft – zeigt dies ebenfalls. Bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung 1991 waren begrenzte Möglichkeiten der politischen Partizipation eine Ursache für den bewaffneten Kampf verschiedener Guerillagruppen. Sozial und wirtschaftlich tragen vor allem die Lage im Agrarsektor und der extrem ungleiche Zugang zur Nutzung der zahlreichen natürlichen Ressourcen zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfs bei.

Die Ausbreitung von Drogenanbau und -handel hat den Krieg in den letzten Jahrzehnten dynamisiert. Zum einen haben alle Akteure direkt und indirekt (z.B. auch der kolumbianische Staat über die US-Unterstützung) Zugang zu Finanzen erhalten. Zum anderen kam es zu einer Vervielfältigung der Gewaltakteure, weil im Umfeld der Drogenhändler pa-

paramilitärische Gruppen entstanden. In den 1990er Jahren brachten die Paramilitärs einige Regionen des Landes gewaltsam unter ihre Kontrolle, was zu einem explosiven Anstieg der Gewalt führte. Der Kontext des Drogenhandels und die Zunahme anderer illegaler Aktivitäten (z.B. Entführungen und Schutzgelderpressungen) haben dazu geführt, dass verschiedentlich von einer „Degeneration“ des Kriegs gesprochen wird. Dies greift zu kurz, weil die Situation in den ländlichen Gebieten Kolumbiens nach wie vor eine maßgebliche Rolle bei der Rekrutierung neuer Kämpfer für alle bewaffneten Gruppen spielt und den Nährboden für Kokaanbau und -handel darstellt. Insofern haben beide Probleme dieselben Ursachen. Das Scheitern des Friedensprozesses unter Andrés Pastrana und die im Folgenden ausufernde Gewalt war ein wesentlicher Grund für den Wahlsieg Álvaro Uribe, der gegenüber den FARC eine Politik der „harten“ Hand verfolgte, mit den Paramilitärs dagegen über eine Demobilisierung verhandelte. Der – intern wie international umstrittene – Demobilisierungsprozess mit den paramilitärischen Gruppen ist aber nach wie vor fragil. Grundlegende Probleme wie die strafrechtliche Verfolgung von gravierenden Menschenrechtsverletzungen und die Rückgabe gewaltsam angeeigneter Reichtümer bleiben ungeklärt. Außerdem haben sich zahlreiche Kämpfer nicht oder wieder bewaffnet. Die Anzahl der Kämpfer der so genannten grupos emergentes oder bandas criminales wird auf 4.000 bis 10.000 geschätzt.

Peru – Nachkrieg oder Vorkrieg?

Peru zeigt alle typischen Problemlagen einer Nachkriegsgesellschaft, auch wenn der interne Krieg zwischen der maoistischen Guerillagruppe Sendero Luminoso und der Regierung seit über zehn Jahren durch einen militärischen Sieg der Regierung beendet ist.⁵ Die peruanische Kommission für Wahrheit und Versöhnung (Comisión de la Verdad y Reconciliación/CVR 2004) bezeichnet die beiden Dekaden zwischen 1980 und 2000 als die gewalttätigsten der peruanischen Geschichte seit der Unabhängigkeit. Über 69.000 Menschen starben oder „verschwanden“ – wobei die Region Ayacucho der geographische Schwerpunkt war und die indigene arme Landbevölkerung den überwiegenden Teil der Opfer stellte. Für Sendero Luminoso war die Gewalt – auch und vor allem gegen die Zivilbevölkerung – ein zentrales Mittel nicht nur des Kampfes gegen die Regierung selbst, sondern auch zur Einschüchterung der Bevölkerung. Was die Lage in Peru von anderen lateinamerikanischen

Ländern in den 1980er Jahren unterscheidet, ist die Tatsache, dass der Krieg in Peru (bis zum Selbstputsch von Präsident Alberto Fujimori 1992) gegen demokratisch gewählte Regierungen und nicht gegen Militärdiktaturen oder autoritäre Regime geführt wurde. Dies delegitimierte einerseits die Aufstandsbekämpfung, zum anderen stellte dies die Regierungen aber auch vor beträchtliche Probleme, weil sie sich – zumindest theoretisch – in der Wahl ihrer Mittel auf die Einhaltung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Standards beschränken mussten.

Gewalt und Krieg waren zweifelsohne wichtig für die anfänglich hohe Akzeptanz und Popularität von Präsident Fujimori, der 1990 als krasser Außenseiter ins Amt gewählt wurde. Mit dem Selbstputsch 1992 setzte Fujimori dann allerdings die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und beschnitt die Unabhängigkeit der Judikative. Internationale Proteste erzwangen eine partielle Aufrechterhaltung der formaldemokratischen Verfahren, letztlich war aber das gesamte politische System von der Person Fujimori, seinem Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos und der Zustimmung der Militärführung dominiert. Erst die Aufdeckung der überbordenden Korruption führte Ende 1999 zum Zusammenbruch des autoritären Systems. Seither ist die peruanische Gesellschaft politisch, wirtschaftlich und sozial gespalten. Ein Teil der Probleme des Neuanfangs in Peru lässt sich aus der Tatsache erklären, dass es auf Seiten der Fujimori-Gegner letztlich keinen Plan gab, was nach dessen Abgang geschehen sollte. Beispielsweise erhielt die Wahrheitskommission ein umfangreiches Mandat und legte einen detaillierten Bericht vor, ihre Empfehlungen wurden allerdings nur zum geringsten Teil umgesetzt. Obwohl zahlreiche Problemlagen, die zur Gewalt beigetragen haben, fortbestehen, ist das allgemeine Gewaltniveau in Peru im südamerikanischen Vergleich erstaunlich niedrig. Einzelne Gewaltakte zeigen aber immer wieder das hohe Maß an Konfliktrichtigkeit und die Fragilität ziviler Methoden der Konfliktbearbeitung (Degregori 2004).

Venezuela – Gewalt im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Venezuela war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund seines geringen Gewaltniveaus, der politischen Stabilität und der staatlichen Verteilungspolitik eine Ausnahme. Zwar versuchte auch hier eine kleine Guerillagruppe in den 1960er Jahren dem kubanischen Modell zu folgen, dem Aufstandsversuch fehlte jedoch die soziale ebenso wie die politische Basis. Militä-

risch besiegt, gründeten die gescheiterten Kämpfer eine politische Partei und integrierten sich ins politische System (vgl. Ellner 1993).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich diese Situation grundlegend gewandelt: In mehreren Etappen stieg die Gewalt in Venezuela stark an. Heute weist das Land die höchsten Homizidraten auf. Obwohl die Regierung von Hugo Chávez die Veröffentlichung von Homizidraten seit 2004 zu verhindern sucht, kursieren immer wieder inoffizielle Daten von Nichtregierungsorganisationen. Im März 2010 hat das Observatorio Venezolano de Violencia eine Studie vorgestellt, wonach zwischen 1998 und 2009 123.091 Morde begangen wurden. Damit ist die Homizidrate Venezuelas mit 75 die höchste Südamerikas.⁶ Erklärungen dieser Entwicklung stellen vor allem zwei Faktoren in den Vordergrund: Den Zusammenbruch des sozialen und politischen Pakts sowie die Ambivalenz der Regierung im Umgang mit der Gewalt (Briceño-León 2006). Der Bruch des politischen Konsenses, Gewalt sei kein Mittel der Politik, wurde bei den sozialen Unruhen 1989 und den Putschversuchen von 1992 und 2002 gegen Chávez deutlich. Seit ihrer Regierungsübernahme hat die Regierung Chávez – der Präsident selbst auch – immer wieder einerseits Verständnis für Armutskriminalität geäußert, gleichzeitig aber die Gewaltbekämpfung militarisiert. Darüber hinaus haben die starke Polarisierung zwischen Regierung und Opposition, das hohe Maß an Straflosigkeit und die grassierende Korruption den Anstieg der Gewalt begünstigt.

Bolivien – soziale und politische Proteste

Die Problemlagen in Bolivien zeichnen sich durch ein hohes Maß an politischer und sozialer Mobilisierung zumindest bisher mit relativ geringer Gewaltanwendung aus. Beispiele sind die Proteste in Cochabamba im so genannten „Wasserkrieg“ gegen die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen im April 2000. Im Februar 2003 forderte der Protest gegen die Steuerreform dann allerdings mindestens 30 Menschenleben, im September 2003 starben 80 Menschen im Umfeld von Streiks und Blockaden gegen Gaslieferungen an Chile. Massenproteste stürzten 2003 und 2005 die jeweiligen Präsidenten. 2005 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, 2006 mit Evo Morales der erste Vertreter der indigenen Bevölkerungsmehrheit zum Präsidenten vereidigt. Während die damit verbundene verbesserte Partizipation der indigenen Bevölkerung zur Stabilisierung beitrug, eskalierten gleichzeitig die Konflikte mit der – überwiegend von Mestizen dominierten – Opposition. Ne-

ben der „ethnischen“ Komponente hat dieser Konflikt auch eine territoriale Seite, weil die neu entdeckten reichen Erdgasvorkommen im von Mestizen besiedelten Tiefland liegen. Die Frage, wem die Gewinne zugute kommen, hat dort secessionistische Tendenzen befördert, die die Zentralregierung – verständlicherweise – strikt ablehnt. 2008 wurden im Vorfeld der Abstimmungen zu einer Verfassungsreform und Autonomieregelungen in Pando mindestens 20 Menschen getötet. Seither hat sich die Lage zumindest etwas beruhigt.

Gewalt und Kriminalität im südlichen Südamerika

Von den Ländern des südlichen Südamerikas weist nur Brasilien ein hohes Gewaltniveau auf, obwohl Kriminalität in allen Ländern verstärkt als Problem diskutiert wird. In Brasilien macht die Gewalt im Umfeld der Elendsviertel in Rio de Janeiro und São Paulo immer wieder Schlagzeilen. Zwischen 1980 und 2002 haben sich Gewalt und Kriminalität nach Angaben der Weltbank (World Bank 2006) mehr als verdoppelt. Vor allem wenig gebildete junge Männer aus sozialen Brennpunkten sind Täter, aber auch Opfer der Gewalt. Dagegen haben die staatlichen Sicherheitskräfte zu den Elendsvierteln nur sehr begrenzt Zugang. Dort, wo sie eingreifen, werden sie von Menschenrechtsorganisationen wegen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung kritisiert.⁷

Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre und die soziale Integrationspolitik auf nationaler wie auf lokaler Ebene haben jüngst einen deutlichen Rückgang der Gewalt bewirkt (vgl. Economist 10.6.2010). Allerdings wird sich zeigen müssen, wie nachhaltig dies ist.⁸ Aber wer sind die Akteure von Gewalt und Unsicherheit? Auch hierbei hat es in den vergangenen Jahren Veränderungen gegeben, die allerdings nicht so grundlegend sind, wie es die öffentliche Diskussion suggeriert.

Akteure von Gewalt und Unsicherheit

Die Akteure, die zur allgemeinen Unsicherheit und Gewalt beitragen, lassen sich zunächst in zwei Gruppen unterteilen: Erstens die staatlichen Sicherheitskräfte, die zwar nicht mehr in dem Maße an der Gewalt beteiligt sind wie früher, aber dennoch eher ein Faktor der Unsicherheit sind. Zweitens die nicht-staatlichen Gewaltakteure, die sowohl die boomenden privaten Sicherheitsdienste als auch transnationale kriminelle Netzwerke umfassen. In diesem Bereich gelten männliche Jugendliche in vielen Ländern als die be-

deutsamste Tätergruppe und als maßgeblicher Faktor der Unsicherheit.

Die lateinamerikanische Polizei hat in den meisten Ländern eine wechselvolle Geschichte. In vielen Ländern war, in einigen Ländern ist sie Teil des Militärs und paramilitärisch organisiert.⁹ Historisch war der Einfluss der Streitkräfte in allen Ländern groß. Im Zuge der Demokratisierung hat es hier zahlreiche Reformversuche gegeben. Ein Problem in der gesamten Region stellt die chronische Unterfinanzierung dar, was sowohl für die Gehälter der Polizisten als auch für die Institution als ganze zutrifft. Dies begünstigt die Zunahme von Korruption und führt dazu, dass Polizisten in ihrer Freizeit Zusatzjobs bei privaten Sicherheitsfirmen übernehmen, um ihr Gehalt aufzubessern. Insgesamt steht die Polizei in dem Ruf, korrupt zu sein, brutal und willkürlich zu agieren. In vielen Ländern wird der Polizei vorgeworfen, an Verbrechen – zum Beispiel beim Drogenhandel, Schmuggel aber auch an Todeschwadronen – beteiligt zu sein. Deshalb gilt sie vielerorts als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung im Bereich der öffentlichen (Un-)Sicherheit. Dies wird in Umfragen deutlich, aber auch von der Politik zunehmend anerkannt. So hat der neue Präsident Kolumbiens, Manuel Santos, nach seinem Amtsantritt angekündigt, dass er die Polizeibehörde DAS auflösen werde.

Neben mangelndem Reformwillen einerseits und dem Einfluss von Blockadekräften andererseits werden der Polizei in vielen Ländern der Region nach wie vor Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Hierzu gehört einerseits der unverhältnismäßige Einsatz von Schusswaffen. Andererseits sind Polizei und Militär häufig an der selektiven Gewalt gegen Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Gewerkschafter und andere Vertreter einer kritischen und demokratischen Öffentlichkeit beteiligt.

Die bestehenden Defizite der Bereitstellung eines Mindestmaßes an Sicherheit durch den Staat haben zu einer Privatisierung von Sicherheit und zur „Selbsthilfe“ verschiedener Bevölkerungsgruppen geführt: Private Sicherheitsdienste sind ein florierender Geschäftszweig, und in vielen Ländern überschreitet die Zahl der dort Beschäftigten diejenigen der jeweiligen Polizei (Lock 1998). FLAC-SO (2007, S.93) gibt die Anzahl der in privaten Sicherheitsfirmen Beschäftigten in Lateinamerika und der Karibik mit 1,63 Millionen Personen an. Selbst wenn sich die Firmen in vielen Ländern registrieren lassen müssen, gibt es eine große Grauzone und letztlich kaum eine Kontrolle seitens des Staats. Eine andere Form der Privatisierung ist die Bewaffnung der Zivilbevölkerung, die nicht zwangsläufig zur Erhöhung von

Gewalt und Unsicherheit beiträgt, wohl aber im Kontext großer Polarisierung und fehlender ziviler Konfliktregulierung zu sehen ist.

Darüber hinaus entwickeln parastaatliche bewaffnete Gruppen vielfach eine Eigendynamik und Autonomie, die sie der staatlichen Kontrolle (intendiert oder nicht-intendiert) entzieht. Ein Beispiel hierfür sind die kolumbianischen Paramilitärs, die bis Mitte der 1990er Jahre legal als Selbstverteidigungsgruppen agierten, sich in der Folgezeit dann aber verselbstständigt und politisiert haben.

Ein anderer nicht-staatlicher Akteur, der mittlerweile nicht mehr nur in einzelnen Ländern, sondern in der gesamten Region agiert, sind transnationale Netzwerke der organisierten Kriminalität. Dreh- und Angelpunkt ihrer Aktivitäten ist nach wie vor der Drogenanbau und Drogenhandel aus den Andenländern zu den Verbrauchern in den USA und Europa. Mit den Aktivitäten dieser Organisationen ist immer dort ein hohes Maß an Gewalt verbunden, wo sie mit und gegen andere Gruppen ihren Einfluss durchsetzen wollen. Haben sie die Kontrolle über ein bestimmtes Territorium erlangt, so stellen sie durchaus eine Ordnungsmacht dar – allerdings keine demokratisch kontrollierte. Außerdem ist das transnationale Verbrechen im Umfeld des Drogenhandels längst kein Phänomen mehr, das sich auf Produzenten und Verbraucherländer beschränkt, sondern auch die Transitländer wie Brasilien und Venezuela massiv gefährdet.

Die mit den Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure zusammenhängenden Problemlagen werden bisher überwiegend aus der Perspektive von Kriminalität und Justiz betrachtet, während ihre politische Seite im politischen Geschehen vielfach ausgeblendet bleibt und allenfalls von Menschenrechtsorganisationen oder in wissenschaftlichen Publikationen aufgezeigt wird.¹⁰ Im Rahmen der Debatten über Kriminalität werden seit den 1990er Jahren Jugendliche, vor allem „Jugendbanden“, als zentrale Akteure bei der Produktion von Unsicherheit betrachtet. Pandillas, bandas und andere Gruppen mehr oder minder organisierter Jugendlicher sind ein überwiegend urbanes Phänomen. Sie bestehen vor allem, aber nicht ausschließlich, aus männlichen Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren. Ihr Aktionsradius beschränkt sich meist auf das eigene Stadtviertel. Ihre Zielsetzung richtet sich in erster Linie auf das eigene Überleben und ist im Rahmen der Gruppe auf die soziale, ökonomische und politische Kontrolle des eige-

nen Stadtviertels gerichtet, was durch die Androhung oder den direkten Einsatz von Gewalt geschieht (Erpressung von Schutzgeldern, etc.). Gleichzeitig erfüllen diese Gruppen vor dem Hintergrund rapiden sozialen Wandels, massenhafter – vor allem illegaler – Migration in die USA und der damit verbundenen Auflösung traditioneller Familien- und Sozialstrukturen vielfach Ersatzfunktionen für Familie, Nähe, Unterstützung und Rückhalt.

Der strukturelle Hintergrund für die Desintegration von Jugendlichen in Südamerika wird anhand aktueller Statistiken deutlich. Kinder und Jugendliche haben heute eine längere Lebenserwartung, besseren Zugang zum Gesundheitswesen und auch eine längere Schulausbildung als ihre Eltern. Dennoch fehlen ihnen trotz einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums Perspektiven auf einen Arbeitsplatz im formalen Sektor der Wirtschaft (vgl. CEPAL 2004). Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen nahm in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zu. Er ist in den Städten, die – wie Medellín und Rio de Janeiro – auch die Brennpunkte der Gewaltkriminalität sind, deutlich höher als anderswo. Angesichts der fehlenden Integration von Jugendlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden sie zum Sündenbock.

Ursachen und Dynamiken der Gewalt

Dieser kurze Überblick zu den verschiedenen Formen und Akteure der Gewalt macht es zumindest auf den ersten Blick schwer, gemeinsame Ursachen oder

Tabelle 3: Verstädterung

	Städtische Bevölkerung (%)		Informelle Ökonomie: Anteil am BIP (in Prozent) 2002/2003
	1990	2010	
Argentinien	87,0	92,4	28,9
Bolivien	55,6	66,5	68,3
Brasilien	74,8	86,5	42,3
Chile	83,3	89,0	20,9
Ecuador	55,1	66,9	36,7
Kolumbien	68,3	75,1	43,4
Paraguay	48,7	61,5	31,4
Peru	68,9	71,6	60,9
Uruguay	89,0	92,5	51,9
Venezuela	84,3	94,0	36,7

Quellen: Zur Verstädterung UNDP 2009; zur informellen Ökonomie Schneider 2005 (zum Vergleich Deutschland 16,3)

Dynamiken der Gewalt zu identifizieren. Allerdings lassen sich vier Prozesse identifizieren, die zur Erklärung sowohl unterschiedlich hoher Gewaltniveaus als auch der verschiedenen Formen von Gewalt beitragen.

Armut, Ausgrenzung und Urbanisierung.

Unabhängig davon, ob das Gewaltniveau im regionalen Vergleich hoch oder niedrig ist, findet in allen Ländern quantitativ der überwiegende Teil der Gewalt in den großen Städten statt. Seit den 1950er und 1960er Jahren fand in Südamerika ein Prozess der Urbanisierung statt, der mit wachsender Armut und Ausgrenzung einherging. In der Fol-

ge wuchsen vor allem die Slums der Städte, während sich die reiche Bevölkerung in abgetrennte und stark bewachte Wohngebiete zurückzog. Neben der territorialen Fragmentierung der Städte führte dies auch zu einer sozialen Spaltung der Bevölkerung, in deren Rahmen der alltägliche Kontakt und die – zumindest auf dem Land verbreiteten – traditionellen Formen der (asymmetrischen) Integration nicht mehr existierten.¹¹

Mangelnde staatliche Kapazitäten zur sozialen Integration

Der oben skizzierte Prozess rapiden sozialen Wandels und die Urbanisierung

Tabelle 4: Staatliche Dienstleistungen

	Steuerquote der Zentralregierung inkl. Beiträge zur Sozialversicherung		Ausgaben für Gesundheit (in Prozent des BIP)	Öffentliche Ausgaben für Bildung (in Prozent vom Gesamthaushalt)
	1990	2008	2007	um 2006–2008
Argentinien	16,0	30,6	10,0	15,0
Bolivien	9,3	21,7	5,0	k. A.
Brasilien	26,5	35,5	8,4	16,2
Chile	15,5	20,9	6,2	18,2
Ecuador	10,1	16,5	5,8	k. A.
Kolumbien	9,5	18,4	6,1	14,9
Paraguay	9,9	13,7	5,7	k. A.
Peru	11,7	17,4	4,3	16,4
Uruguay	21,2	23,3	8,0	14,4
Venezuela	18,7	14,2	5,8	28,1

Quellen: CEPAL 2009, S. 229; Weltbank, Development Indicators Data Base (<http://data.worldbank.org/indicator>)

Tabelle 5: Reformen des Sicherheitssektors

	Sicherheitssektorreform	Rolle des Militärs in der öffentlichen Sicherheit
Argentinien	umfassend	nur in Ausnahmesituationen
Bolivien	Verfassung und Mandat	ja
Brasilien	umfassend	ja
Chile	umfassend (nicht Militärgerichtsbarkeit)	nur in Ausnahmesituationen
Ecuador	Ausbildung	ja
Kolumbien	Organisation des Ministeriums, Ausbildung, Militärgerichtsbarkeit	ja
Paraguay	umfassend	ja
Peru	Organisation des Ministeriums	ja
Uruguay	Organisation des Ministeriums, Ausbildung	ja
Venezuela	k.A.	k.A.

Quelle: FLACSO 2007, S. 19 und 38; Reformen beinhalten eine Veränderung von Verfassung, Mandat und Organisation sowie der Ausbildung und Militärgerichtsbarkeit.

fanden parallel zur Schwächung staatlicher Kapazitäten statt. Die ohnehin prekäre staatliche Präsenz und fehlende staatliche Dienstleistungen (z.B. im Bereich von Gesundheit und Bildung) erreichen die Slums und Randgebiete der Städte kaum. Die in den 1980er Jahren in der gesamten Region durchgeführten Programme der Strukturanpassung verkleinerten nicht nur ineffiziente Bürokratien, sondern förderten auch die Privatisierung zentraler staatlicher Dienstleistungen im Sozialbereich und reduzierten traditionelle Integrationsmechanismen wie die Vergabe von Jobs im Staatsapparat. Dies trägt maßgeblich zur sozialen Ausgrenzung der städtischen Armen bei, die in der informellen – und teilweise auch der kriminellen – Ökonomie um ihr tägliches Überleben kämpfen.

Transformation staatlicher Sanktionsmöglichkeiten von Gewalt und Erosion traditioneller Formen der Gewaltkontrolle

Die Demokratisierung der politischen Regime Südamerikas trug zweifelsohne zur Reform der meist repressiven staatlichen Sicherheitskräfte bei, die in den 1960er und 1970er Jahren ein zentraler Gewaltakteur waren. Die zivile Kontrolle über die staatlichen Sicherheitskräfte war ein zentrales Anliegen der demokratischen Öffnung Lateinamerikas. Allerdings war dieser Prozess von Anfang an mit großen Problemen belastet und wurde stark vom Anstieg der Gewalt beeinflusst. Der Rückzug der Streitkräfte in die Kasernen fand überwiegend auf paktiertem Weg statt, in dessen Rah-

men die Militärs mehr oder minder freiwillig aus den Regierungspalästen in die Kasernen zurückkehrten. Dies erlaubte ihnen gleichzeitig als Institution, bestehende Vorrechte zu erhalten und diese teilweise in den neuen Verfassungen zu verankern. Eine Ausnahme ist hier Argentinien, wo das Militär nach dem verlorenen Falkland-Malvinas Krieg stark geschwächt war. Der – nicht intendierte – Nebeneffekt dieser Reformen war ein Machtvakuum durch die Verringerung staatlicher Repressions- und Sanktionsmöglichkeiten von Gewalt. Das Ergebnis dieser Reformprozesse ist letztlich ein Spiegel der Machtverhältnisse zwischen zivilen und militärischen Eliten. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen, sondern verändert sich permanent.

Ausbreitung von Drogenproduktion und -handel

Die Drogenökonomie wird von denselben Faktoren befördert wie andere Formen der Gewalt, dynamisiert die Gewaltausübung aber gleichzeitig. Die Rollen sind verteilt. Kolumbien ist – gefolgt von Peru und Bolivien – nach wie vor das Land mit der größten Anbaufläche von Kokablättern und Hauptproduzent von Kokain. Venezuela und Brasilien gehören zu den wichtigsten Transitländern auf dem Weg nach Nordamerika und Europa. Argentinien und Brasilien sind die größten südamerikanischen Märkte für den Konsum von Kokain (vgl. UNODC 2010). Eine klare Kausalität zwischen unterschiedlichen Formen der Einbindung in die globale Drogenökonomie und Gewaltsamkeit in

Südamerika lässt sich dennoch nicht konstruieren.

Betrachtet man aber das von Land zu Land unterschiedliche Aufeinandertreffen und das Zusammenwirken der hier nur kurz skizzierten Prozesse, so entstehen sehr wohl Muster unterschiedlicher Problemlagen bei Gewalt und Unsicherheit. Kees Koonings und Dirk Kruijt formulieren diesen Zusammenhang folgendermaßen: „Armut alleine führt normalerweise nicht zu systematischer oder organisierter Gewalt. Aber dauerhafte soziale Ausgrenzung, verbunden mit alternativen nicht-legalen Quellen des Einkommens und der Macht, kombiniert mit einem abwesenden oder zerfallenden Staat in besonderen territorialen/sozialen Gebieten, stellt Möglichkeiten und Motive für Gewaltaktionen zur Verfügung, die wiederum zur Desintegration des sozialen und moralischen Zusammenhalts beitragen“ (2007a, S. 13).

Wege aus der Gewalt

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage müssen Strategien zur Reduzierung und Kontrolle der Gewalt in eine breitere Konzeption von Entwicklung sowie politischer und sozialer Integration eingebettet sein. Dafür sind Anstrengungen auf mehreren Ebenen notwendig, die sich wechselseitig ergänzen und verstärken können:

- Zuvor geht es darum, einzelne Bevölkerungsgruppen (Arme, Jugendliche, ethnische Minderheiten) nicht auszugrenzen, sondern anzuerkennen, dass sie alle Bürgerinnen und Bürger sind. Daraus leitet sich ein Anspruch auf Partizipation über Wahlen hinaus ab. Die historisch gewachsenen und verankerten sozialen Probleme Südamerikas lassen sich nicht per Ausgrenzung oder Kriminalisierung lösen.
- Reformen staatlicher Institutionen dürfen nicht an Kriterien der Effizienz, sondern müssen an einer Förderung des Gemeinwohls ausgerichtet sein. Dazu gehört zwingend, dass Staat und Verwaltung auf allen Ebenen (national, regional, lokal) der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig sind, demokratischer Kontrolle unterliegen und transparent agieren müssen.
- Eine grundlegende Stärkung des Rechtsstaats ist eine unabdingbare Voraussetzung von Gewaltreduzierung. Nur so kann Vertrauen und Glaubwürdigkeit in Regeln und zivile Formen der Konfliktbearbeitung entstehen und wachsen.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Während einer Polizeiaktion in Kolumbien beschlagnahmtes Kokain. Blickt man auf Südamerika, so ist es nicht die zwischenstaatliche Unsicherheit, die für Schlagzeilen sorgt. Im Fokus der Wahrnehmung stehen vielmehr Drogenhandel und organisiertes Verbrechen sowie die Kriminalität in den Großstädten, die Gewalt und Unsicherheit zur Alltagserfahrung werden lassen. picture alliance/dpa

Letztlich geht es darum, transparente und rechenschaftspflichtige Strukturen in Politik und Gesellschaft zu stärken. Dies schließt die Wirtschaft ein. Eine Stärkung der formalen Wirtschaft regelt nicht nur Arbeitsbeziehungen, sondern ist Grundlage der Besteuerung von Löhnen, Gehältern und Gewinnen und damit der finanziellen Basis staatlichen Handelns. Dies hat auch grundlegende politische Folgen. Einigermassen stabile Arbeitsplätze sind eine zentrale Voraussetzung für die Organisationsfähigkeit und Konfliktfähigkeit sozialer Interessen, die auch der politischen Demokratisierung ein solides Fundament verschaffen. Nur so entsteht die Möglichkeit, Gewalt nicht nur aus der Politik, sondern auch aus dem sozialen Alltag Südamerikas zu verdrängen.

LITERATUR

- Albó, Xavier (1994): Cultural Violence. In: Mac Gregor, Felipe E. (Hrsg.): Violence in the Andean Region. Assen, S. 1–32.
- Amnesty International (2007): Brazil: 'From Burning Buses to caveirões': the Search for Human Security. London AI Index: AMR 19/010/2007.
- Arriagada, Irma/Godoy, Lorena (2000): Prevention or Repression? The False Dilemma of Citizen Security. In: CEPAL Review, Nr. 70, April 2000, S. 111–136.
- Belay, Raynald/Bracamonte, Jorge/Degregori, Carlos Iván/Joinville Vacher, Jean (Hrsg.) (2004): Memorias en Conflicto. Aspectos de la Violencia Política Contemporánea. Lima.
- Bobea, Lilian (Hrsg.) (2003): Entre el crimen y el castigo. Seguridad ciudadana y control democrático en América Latina y el Caribe. Caracas.
- Bouvier, Virginia M. (Hrsg.) (2009): Colombia: Building Peace in a Time of War. Washington D.C.
- Briceño-León, Roberto (2006): Violence in Venezuela: Oil Rent and Political Crisis. In: Ciencia & Saúde Colectiva, 2/2006, S. 315–325.



UNSERE AUTORIN

Dr. Sabine Kurtenbach, Politikwissenschaftlerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am German Institute of Global and Area Studies (GIGA) Hamburg. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Gewalt, Nachkriegsgesellschaften, Zivilgesellschaft, Jugendliche, regionaler Fokus Zentralamerika, Andenländer, Südostasien.

Briceño-León, Roberto (Hrsg.) (2002): *Violencia, Sociedad y Justicia*. Buenos Aires.

Burt, Jo-Marie (2007): *Political Violence and the Authoritarian State in Peru. Silencing Civil Society*. New York/Houndmills.

Cameron, Maxwell A./Mauceri, Philip (Hrsg.) (1997): *The Peruvian Labyrinth: Polity, Society, Economy*. University Park, PA.

Cano, Ignacio (1998): *The Use of Lethal Force by Police in Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro.

CEPAL (Comisión Económica para América Latina) (2009): *Statistical Yearbook for Latin America and the Caribbean 2009*. Santiago de Chile.

Comisión de la Verdad y Reconciliación (CVR) (2004): *Hatun Willakuy. Versión Abreviada del Informe Final de la Comisión de la Verdad y Reconciliación*. Lima.

Degregori, Carlos Iván (Hrsg.) (1996): *Las rondas campesinas y la derrota de Sendero Luminoso*. Lima.

Degregori, Carlos Iván (1999): *Reaping the Whirlwind: the Rondas Campesinas and the Defeat of Sendero Luminoso in Ayacucho*. In: Koonings, Kees/Kruijt, Dirk (Hrsg.): *Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America*, London/New York, S. 63–87.

Degregori, Carlos Iván (2004): *Ilave: espejo del Perú. Propuesta Ciudadana No. 1*. Lima.

Dowdney, Luke (2005): *Neither War nor Peace. International Comparisons of Children and Youth in Organized Armed Violence*. Rio de Janeiro.

Ellner, Steve (1993): *The Venezuelan left: From Years of Prosperity to Economic Crisis*. Boulder Co.

Fay, Marianne (Hrsg.) (2005): *The Urban Poor in Latin America*. Washington D.C.

FLACSO (Coordinadora de la Investigación Social) (2007): *Reporte del Sector Seguridad en América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile.

Galtung, Johan (1971): *Gewalt, Frieden und Friedensforschung*. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. Frankfurt a. M., S. 55–104.

Gorriti, Gustavo (1999): *Shining Path: A History of the Millenarian War in Peru*. Chapel Hill.

Grabendorff, Wolf (Hrsg.) (2003): *La Seguridad Regional en las Américas, enfoques críticos y conceptos alternativos*. Bogotá.

Helfrich, Linda/Kurtenbach, Sabine (Hrsg.) (2006): *Colombia – Caminos para salir de la violencia*. Madrid.

Helfrich, Linda/Kurtenbach, Sabine (2006a): *Kolumbien – Wege aus der Gewalt. Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte*. Forschung DSF, Nr. 5, Osnabrück.

Holsti, Kalevi J. (1996): *The State, War, and the State of War*. Cambridge.

Human Rights Watch (2009): *Lethal Force. Police Violence and Public Security in Rio de Janeiro and São Paulo*. Washington D.C.

International Crisis Group (2008): *Latin American Drugs I: Losing the Fight*. Latin America Report Nr. 25 (14.3.2008). Bogotá/Brüssel.

International Crisis Group (2008a): *Latin American Drugs II: Improving Policy and Reducing Harm*. Latin America Report Nr. 26 (14.3.2008), Bogotá/Brüssel.

Koonings, Kees/Dirk Kruijt (Hrsg.) (2007): *Fractured Cities. Social Exclusion, Urban Violence and Contested Spaces in Latin America*. London/New York.

Koonings, Kees/Dirk Kruijt (2007a): *Fractured Cities, Second-class Citizenship and Urban Violence*. In: dies. (Hrsg.) (2007): *Fractured Cities. Social Exclusion, Urban Violence and Contested Spaces in Latin America*. London/New York, S. 7–22.

Kruijt, Dirk (1999): *Exercises in State Terrorism: the Counter-insurgency Campaigns in Guatemala and Peru*. In: Koonings, Kees/Kruijt, Dirk (Hrsg.): *Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America*. London/New York, S. 33–62.

Kurtenbach, Sabine (2000): *Sicherheitspolitische Kooperation und zwischenstaatliche Konflikte in den Amerikas*. In: Kurtenbach, Sabine/Bodemer, Klaus/Nolte, Detlef (Hrsg.) (2000): *Sicherheitspolitik in Lateinamerika*. Vom Konflikt zur Kooperation? Opladen, S. 69–90.

Kurtenbach, Sabine (2004): *Kolumbien – Krise von Politik, Staat und Gesellschaft*. In: Kurtenbach, Sabine/Minkner-Bünjer, Mechthild/Steinhilf, Andreas (Hrsg.): *Die Andenländer. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika*. Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Nr. 58. Frankfurt a. M., S. 209–224.

Kurtenbach, Sabine (2005): *Konfliktanalyse Kolumbien/Análisis del Conflicto en Colombia*. Friedrich Ebert Stiftung in Colombia, Bogotá.

Kurtenbach, Sabine (2010): *Sicherheit zuerst: eine Bilanz nachholender Staatsbildung in Kolumbien*. GIGA Fokus Lateinamerika, Nr. 6. (Juni 2010), Hamburg.

Lock, Peter (1998): *Privatisierung von Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung. Das Beispiel Lateinamerika*. In: *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation*, Nr. 38, Hamburg, S. 13–28.

Romero, Mauricio (2003): *Paramilitares y autodefensas 1982–2003*. Bogotá.

Schmid, Carola (2007): *Korruption, Gewalt und die Welt der Polizisten. Deutschland, Chile, Bolivien und Venezuela im Vergleich*. Frankfurt a. M.

Schneider, Friedrich (2005): *Shadow Economies of 145 Countries all over the World: Estimation Results over the Period 1999 to 2003*. URL: <http://www.dur.ac.uk/john.ashworth/EPCS/Papers/Schneider.pdf>.

UNDP (United Nations Development Programme) (1994): *Human Development Report 1994. Human Security*. New York/Genf.

UNDP (United Nations Development Programme) (2008): *Human Development Report 2007/2008*. New York/Genf.

UNDP (United Nations Development Programme) (2009): *Human Development Report 2010. Overcoming Barriers: Human Mobility and Development*. New York/Genf.

UNODC (United Nations Office on Crime and Development) (2009): *International Homicide Statistics*. URL: <http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/IHS-rates-05012009.pdf> [Zugriff 10.07.2010].

UNODC (United Nations Office on Crime and Development) (2010): *World Drug Report 2010*. Wien.

Waldmann, Peter (Hrsg.) (1996): *Justicia en la calle. Ensayos sobre la policía en América Latina*. Medellín.

Waldmann, Peter (2002): *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*. Opladen.

Waldmann, Peter/Schmid, Carola (1996): *Schutz oder Erpressung. Annäherung an das Realprofil der lateinamerikanischen Polizei*. In: Bodemer, Klaus u. a. (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 1996*. Frankfurt a. M., S. 39–61.

Waldmann, Peter (1994): *Gewalt, Demokratisierung und die Rolle der Polizei*. In: *Jahrbuch Lateinamerika 1994*, Hamburg, S.45–56.

WHO (World Health Organization) (2002): *World Report on Violence and Health 2002*. Genf.

World Bank (2006): *Crime, Violence and Economic Development in Brazil: Elements for Effective Public Policy Report No. 36525 Poverty Reduction and Economic Management Sector Unit Latin America and the Caribbean Region*. Washington D.C.

Youngers, Coletta A./Rosin, Eileen (Hrsg.) (2004): *Drugs and Democracy in Latin America. The Impact of U.S. Policy*. Boulder, Col.

Youngers, Coletta A. (2004): *The Collateral Damage of the U.S. War on Drugs: Conclusions and Recommendations*. In: dies./Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America. The Impact of U.S. Policy*. Boulder, Col. S.339–366.

ANMERKUNGEN

- 1 Im Mittelpunkt stand hier der Vorwurf Kolumbiens, Ecuador und Venezuela unterstützen und duldeten die kolumbianische Guerilla. Zu den zwischenstaatlichen Konflikten in Lateinamerika vgl. Kurtenbach 2000, Holsti 1996 sowie zu den sicherheitspolitischen Problemlagen aus Sicht der Region den Sammelband von Grabendorff 2003.
- 2 Der Gini-Index ist eine Maßzahl für die Gleich- oder Ungleichverteilung eines Gutes (z.B. für die Verteilung des Einkommens auf die Privathaushalte). Der Index hat ein Minimum von 0,0 und ein Maximum von 1,0. Ein Wert, der nahe 0,0 liegt, indiziert geringe Ungleichverteilung bzw. annähernd Gleichverteilung, wohingegen eine Maßzahl von 1,0 eine krasse Ungleichverteilung anzeigt.
- 3 Das Datenbankprojekt der Universität Uppsala legt bei Kriegen eine Mindestzahl von jährlich 1.000 Toten in direktem Zusammenhang mit der bewaffneten Auseinandersetzung zugrunde, während qualitative Definitionen wie die der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) Kriterien wie zentrale Organisation und ein Mindestmaß an Kontinuität in den Vordergrund stellen (s. www.ucdp.se; www.akuf.de).
- 4 Siehe hierzu vor allem die Sammelbände von Helfrich/Kurtenbach 2006, Bouvier 2009 sowie im Überblick Helfrich/Kurtenbach 2006a, Kurtenbach 2004, 2005, 2010.
- 5 Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg führte den Kampf von Sendero Luminoso gegen den peruanischen Staat von 1980 bis 1997 als Krieg, bis 1999 und seit 2007 wieder als bewaffneten Konflikt; der Kampf des MRTA (Movimiento Revolucionario Túpac Amaru) galt von 1987 bis 1994 als Krieg. Zum Krieg und seinen Ursachen siehe Palmer 1992, Belay u. a. 2004, Burt 2007, Cameron/Mauceri 1997, Degregori 1996, 1999, Gorriti 1999, Kruijt 1999.
- 6 <http://informe21.com/actualidad/impunidad-corupcion-16047-homicidios-nuestro-pais-2009-segun-informe>
- 7 Siehe hierzu Cano 1998, Human Rights Watch 2009 sowie zum Thema Kinder und Jugendliche in Banden Dowdney 2005.
- 8 Ein ähnlicher Zusammenhang zwischen sozialer Integration, rechtsstaatlicher Sanktionierung von Gewalt und Reduzierung der Homizidraten lässt sich auch für Bogotá feststellen (siehe Sanín 2009).
- 9 Zur Polizei in Lateinamerika siehe Waldmann 1994 und 1996, Waldmann/Schmid 1996, Schmid 2007, Lateinamerika Analysen Nr. 15/ 2005 und FLACSO 2007.
- 10 Kolumbien ist mit seiner regional wechselnden Gewaltintensität hier ein paradigmatisches Beispiel. Dort, wo die Paramilitärs (und/oder die Guerilla) die territoriale Kontrolle ausüben, gehen die Gewaltzahlen zurück, wo die Kontrolle umkämpft ist, steigt sie an. Zu Drogen und organisiertem Verbrechen vgl. u. a. Thoui 2003, Youngers/Rosin 2005, Bailey/Godson 2000, ICG 2008, Kurtenbach 2010.
- 11 Hierzu gehören beispielsweise rituelle Patenschaften des Großgrundbesitzers für Kinder seiner Landarbeiter und Pächter, die zwar asymmetrisch waren, dennoch einen zentralen Mechanismus sozialer Kohäsion darstellten. Chefs von Drogenbanden wie der Kolumbianer Pablo Escobar benutzen genau diese traditionellen Mechanismen des Klientelismus zur Mobilisierung von Unterstützung in ihrem Einflussbereich. Zu Armut, Urbanisierung und Gewalt siehe Koonings/Kruijt 2007, zur Lage der städtischen Armen Fay 2005.

Alltags- und Populärkultur: Lateinamerika steht für Vielfalt

Eva Karnofsky

Lateinamerikas Alltagskultur wird von verschiedensten Faktoren geprägt. Über Staatsgrenzen hinweg gestaltet sich das Leben in der kalten, dünnen Luft der Hochanden anders als in heißen Küstenregionen, als im tropischen Regenwald des Amazonastieflandes oder in den grünen Weiten der Pampa. Regionale Gegebenheiten verbinden erst recht über Landesgrenzen hinweg, wenn letztere das Gebiet einer indigenen Ethnie trennen. Die indigenen Völker, die bereits vor der spanischen und portugiesischen Kolonisation auf dem Kontinent siedelten, waren ebenso verschieden in ihren Sitten und Gebräuchen wie es Spanier und Portugiesen waren. Und auch die Struktur der Einwanderung in den Jahrhunderten nach der Kolonisierung war nicht homogen: Die Vorfahren von Brasiliens schwarzer Bevölkerung brachten andere Essgewohnheiten und andere Rhythmen mit als die russischen, japanischen oder niederländischen Einwanderer, als chinesische Immigranten in Peru, deutsche in Chile oder italienische Siedler in Argentinien oder Uruguay. Und nicht zuletzt drückt auch die politische und wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder der Populärkultur ihren Stempel auf. Eine Diktatur bringt zwangsläufig andere Lieder hervor als ein demokratisch regiertes Land, und Armut zwingt zu anderen Lebensgewohnheiten als Reichtum. So steht Lateinamerika für Vielfalt, denn in jedem Land hat sich eine eigene Alltagskultur herausgebildet, die zudem regional verschieden und schichtenspezifisch ist. Überall allerdings sprüht man vor Ideen, ist spontan und lebt im Jetzt. Auch eine positive Grundstimmung, die sich beispielsweise in der Liebe zu Musik und Tanz ausdrückt, eint den Subkontinent, obwohl die meisten Menschen dort um ihr Überleben mehr kämpfen müssen als in Europa.

Die Familie als Sozialversicherung

Über Grenzen hinweg wissen Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen widrigen Lebensumständen zu trotzen, denn sie sind Meister der Improvisation. „Es gibt immer einen Weg“, sagen die Brasilianer, wenn eine Situation aussichtslos erscheint. Dieser Weg ist dann

längst nicht immer gerade. Man zückt einen Geldschein oder lässt Beziehungen spielen, um zum Ziel zu kommen. Vor allem familiäre Bande werden dafür genutzt.

Ein ausgeprägter Familiensinn ist überall in Lateinamerika anzutreffen. Bis heute sind dort die Familien größer als in Deutschland, auch wenn durch zunehmende Bildung, Verstädterung und, damit einhergehend, leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln die Geburtenraten abnehmen. Jede Frau bekommt im Schnitt aber noch 2,3 Kinder. Wenn Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen von ihrer Familie sprechen, meinen sie damit nicht nur Großeltern, Eltern und Kinder. Zur Kusine hat ein Kubaner oder Guatemalteke meist eine fast ebenso enge Bindung wie zu seinen Geschwistern. Großonkel oder Vettern zweiten Grades werden noch als nahe Verwandte begriffen, und wenn sie vom Land in die Hauptstadt zu Besuch kommen, versteht es sich von selbst, ihnen Unterschlupf zu gewähren. Bei einer Hochzeitsfeier im Familienkreis kommen schnell hundert Personen zusammen, und um den Weihnachtsbaum sitzt man zu Dutzenden.

Die engen Beziehungen zur (Groß-)Familie haben längst nicht nur einen emotionalen Hintergrund. Vielmehr sind sie den politischen und sozialen Bedingungen geschuldet, denn nicht in allen Ländern existieren Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe. So stehen während der landauf, landab wiederkehrenden Wirtschaftskrisen immer viele Häuser und Wohnungen zum Verkauf, weil die Bewohner aus Kostengründen zumindest vorübergehend zu Verwandten ziehen. Auch im Krankheitsfall fehlt vielen Menschen die Lohnfortzahlung, etwa, weil sie im informellen Sektor tätig, also schwarz beschäftigt sind oder auf eigene Rechnung auf der Straße Tortillas verkaufen. Es ist dann die Familie, die die Menschen auffängt. Und diese bemüht sich, über ihr Netzwerk arbeitslose Verwandte wieder in Lohn und Brot zu bringen. Der weit verbreitete Nepotismus hat somit auch soziale Wurzeln.

In einer Betrachtung der argentinischen Gesellschaft spricht Peter Waldmann in diesem Zusammenhang von Gruppenegoismus, einer abgewandelten Form des in den meisten Ländern anzutref-

fenden exzessiven Individualismus: „Im Mittelpunkt steht in diesem Fall nicht der Einzelne, sondern die jeweilige Gruppe, sei es ein Familienverband, eine Interessengemeinschaft oder ein Hobbyverein“ (Waldmann 2002, S. 81). Es werde strikt zwischen Binnenmoral und Verhaltensmaßstäben gegenüber Dritten unterschieden. In den Genuss der Vorteile gegenseitiger Solidarität und Hilfsbereitschaft kommen nur jene, die der Gruppe angehören oder ihr irgendwie nahe stehen. Waldmann spricht von „handfesten Sanktionen“ für die, die sich nicht an die gruppeninterne Moral halten.

Allzu häufig wird dabei über die Stränge geschlagen, wenn beispielsweise die Präsidentin der venezolanischen Nationalversammlung mehr als vierzig Familienangehörige auf verschiedenen Posten des Parlaments untergebracht hat. Ihr Präsident Hugo Chávez geht mit gutem Beispiel voran, denn seine weit verzweigte Familie kontrolliert fast den gesamten Bundesstaat Barinas.

Es hat nicht nur finanzielle Hintergründe, dass selbst Präsidenten und Präsidentinnen ihre Familien ungeniert mit Posten versehen: Familienangehörigen schenkt man mehr Vertrauen als Fremden. Viele Kubaner beispielsweise wagen es bis heute nur im Familienkreis, sich kritisch über das Regime zu äußern. Lediglich dort sind sie sich sicher, nicht denunziert zu werden, denn Familienbande wiegen schwerer als politische und ideologische Bindungen. Alle Länder Lateinamerikas haben in der Vergangenheit unter repressiven Regimen gelitten. Das wirkt bis heute nach.

Zwar steigt in Lateinamerika vor allem in den Großstädten die Zahl der allein lebenden Singles, denn auch dort nehmen die Scheidungen zu. Doch viele junge Leute bleiben immer noch bis zu ihrer Eheschließung – und darüber hinaus – im Hause der Eltern wohnen, weil sie sich allein keine eigene Wohnung leisten können. Ältere Menschen leben oft bei ihren Kindern und werden, wenn sie gebrechlich sind, von ihren Verwandten gepflegt. Altersheime sind seltener als hier, denn man traut einem Fremden nicht zu, die Eltern wirklich gut zu versorgen. Zudem kann sie sich kaum jemand leisten. Ein städtischer Haushalt in Venezuela hatte denn auch 1999 im Schnitt 4,7 Mitglieder, in Argentinien

3,3. In armen Familien lag der Schnitt bei 5,4 bzw. 4,7 Familienmitgliedern. Für Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen ist es selbstverständlich, die Eltern im Alter finanziell zu unterstützen, weil diese sonst Not leiden müssten. In Uruguay oder Chile existiert zwar eine kleine staatliche Rente für alle, in Honduras hingegen kommt nur jede(r) Vierte im Rentenalter in den Genuss einer Altersversorgung. Selbst im Krankenhaus ist man auf Unterstützung angewiesen: Die Familie übernimmt aufgrund der knappen Finanzdecke öffentlicher Krankenhäuser und des damit einhergehenden Personalmangels einen Teil der Pflege und oft auch die Verpflegung.

Geschlechtergleichstellung versus Machismo

„Jeder Hurensohn kann dein Vater sein, Mutter hast du nur eine“, lautet ein kolumbianisches Sprichwort. Die Historikerin und Genderforscherin Barbara Potthast spricht vom „Mythos der Heiligkeit und Friedfertigkeit“, der lateinamerikanischen Müttern anhängt. Ihre „angenommene moralische Überlegenheit und Spiritualität“ führt bis heute dazu, dass sie im Haus uneingeschränkt das Kommando und gewöhnlich auch bei der Kindererziehung das letzte Wort haben (vgl. Potthast 2010). In vielen Fällen neigt die Mutter dazu, die Söhne den Töchtern vorzuziehen, zu verwöhnen und besonders eng an sich zu binden, womit sie dazu beiträgt, den Machismo zu reproduzieren. Während Mädchen, zumindest in den unteren Schichten, im Haushalt helfen müssen, sind die männlichen Nachkommen von diesen Pflichten befreit. „Spülen macht weibisch“, hört man bis heute von Lateinamerikanerinnen. Die Söhne, für die Koseworte wie „mein König“ oder „mein kleiner Chef“ nicht selten sind, bringen ihren Müttern im Gegenzug besondere Verehrung entgegen.

Hausarbeit ist also in der Regel Frauensache. In der Ober- und oberen Mittelschicht wird sie gewöhnlich von (fast ausschließlich weiblichen) Hausangestellten erledigt, die nicht selten im Hause der Familie wohnen. In der Mittelschicht setzt sich in den letzten Jahren vorsichtig eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau durch. Die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen, oftmals der abnehmenden Kaufkraft der Löhne und Gehälter geschuldet, sowie die bewusstseinsverändernde Arbeit von Feministinnen sind die Hauptgründe dafür. So sind in Kolumbien und Argentinien laut Barbara Potthast nur noch 15 Prozent der Männer und elf Prozent der Frauen der Meinung, der Platz der Frau sei im Haus.

In Chile dagegen hat eine vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 2009 durchgeführte Untersuchung ergeben, dass 62 Prozent der Bürger und Bürgerinnen noch immer gegen volle Geschlechtergleichheit sind. 18 Prozent davon sind eingefleischte Machistas. Sie glauben, Frauen sollten gehorchen und sich auf ihre Rollen als Mütter und Ehefrauen beschränken. Etwa 80 Prozent dieser Machistas sind Männer aus den unteren Einkommenschichten. Weitere 18 Prozent der Chilenen und Chileninnen glauben, dass sich Männer und Frauen bei der Erfüllung ihrer traditionellen Rollen ergänzen und unterstützen sollten. Diese Gruppe setzt sich vor allem aus über Fünfzigjährigen beiderlei Geschlechts – vorwiegend aus der unteren Mittelschicht – zusammen. Die übrigen Gegner für volle Geschlechtergleichheit, die 26 Prozent der Gleichheitsgegner ausmachen, glauben, dass Geschlechterrollen, wenn nötig, verändert werden können, aber dass es wichtig ist, die Unterschiede zwischen Mann und Frau sowie die traditionelle Moral aufrechtzuerhalten. Dies sind vor allem Chilenen mittleren Alters und mittleren Einkommens. Nur 38 Prozent aller Befragten treten für Geschlechtergleichheit ein. Zu dieser Gruppe gehören vor allem relativ junge Leute, oftmals aus höheren Einkommenschichten.

Die UNDP-Studie ergab auch, dass Frauen weiterhin fast alle oder alle täglich anfallenden Hausarbeiten erledigen. 78 Prozent der Frauen berichteten, dass sie allein oder vorwiegend für die Hausarbeit verantwortlich sind, während 52 Prozent der Männer antworteten, dass sie normalerweise nichts im Haushalt tun. Im Übrigen sind lateinamerikanische Haushalte weniger technisiert als deutsche. Die Familien, die sich eine Spülmaschine oder einen Wäschetrockner leisten könnten, überlassen den Abwasch und die Wäsche der Haushaltshilfe.

Vor allem in den unteren Schichten ist die Zahl der weiblichen Haushaltsvorstände groß – oftmals als Folge der prekären Wohnsituation und/oder der materiellen Unsicherheit. Frauen haben es leichter als Männer, im Falle von Arbeitslosigkeit auf den informellen Sektor auszuweichen, etwa putzen zu gehen oder am Straßenrand selbst gemachte Backwaren zu verkaufen; sie werden somit zu Haupternährerinnen. Dies erschüttert das Selbstbewusstsein der Männer und treibt diese nicht selten aus dem Haus. In ihrer Männlichkeit verletzt, suchen sie sich eine neue Frau. In den unteren Schichten zieht man oft ohne Trauschein zusammen und bekommt Kinder, was Trennungen erleichtert.

In der Mittel- und Oberschicht ist die formelle Eheschließung allerdings nach wie vor wichtig. Kaum ein junges Mädchen, das nicht vom *Príncipe azul*, dem Märchenprinzen, und von einer Hochzeit in Weiß träumte. Die Heirat ist auch, sieht man von Intellektuellenzirkeln ab, für den sozialen Status vor allem der Frau noch von Bedeutung, und sie hat auch als Versorgungsinstitution keineswegs gänzlich ausgedient. Immer wieder geben auch junge Akademikerinnen, kaum sind sie verheiratet, ihre Arbeit auf und erwarten vom Ehemann, dass er sie ernährt. Die Ausnahme bildet Kuba. Im nach der Revolution von 1959 eingeführten sozialistischen System ist es selbstverständlich, dass beide Ehepartner bis zur Pensionierung durchgehend arbeiten.

Außereheliche Beziehungen der Männer wurden seit der Kolonialzeit – auch von den Ehefrauen – meist stillschweigend toleriert, solange es diesen an nichts fehlt und der äußere Schein der glücklichen Familie gewahrt bleibt. In Mexiko wurde für die Geliebte des Mannes der Begriff *la casa chica*, zu Deutsch: das kleine Haus, geprägt. Inzwischen nehmen es auch immer mehr Frauen mit der ehelichen Treue weniger genau. Wie sich dieser Wandel der mexikanischen Gesellschaft manifestiert, hat die Schriftstellerin und Feministin Angeles Mastretta in ihrem Erzählungsband „Ehemänner!“ literarisch aufgearbeitet.

Das Aufeinanderzugehen der Geschlechter ist noch stärker als hier Ritualen unterworfen, die widerspiegeln, dass die Frau den Ernährer und Macho sucht: Der Mann lädt ein, nur wenige Lateinamerikanerinnen kommen auf die Idee, wenn sie mit einem Vertreter des anderen Geschlechts ausgehen, die Zeche zu teilen. Frauen erwarten meist, dass man ihnen den Hof macht. Bevor sich eine Frau nach einer Weile des „Hofierens“ mit einem Mann „einlässt“, wird sie ihn gewöhnlich erst einmal ihrer Familie vorstellen. Eine Frau, die in Brasilien die Einladung eines Mannes zum Abendessen annimmt, signalisiert damit, dass sie auch an „mehr“ interessiert ist. Eine Einladung zum Kaffee oder zum Mittagessen ist dagegen unverfänglich.

Der Umgang mit den Mitmenschen

Freunde kennt man gewöhnlich seit frühester Jugend – und hatte somit Zeit, Vertrauen aufzubauen. Einmal erwach-

sen, dauert es lange, bis man engere Freundschaft schließt und einen Fremden zu sich nach Hause einlädt. Enge, langjährige Freunde gehören dann allerdings fast zur Familie. Auf Besucher geht man jedoch freundlich zu und zeigt sich hilfsbereit. Besonders herzlich sind die Menschen im Karibikraum: Die fröhliche Offenheit der Kubaner ist fast schon sprichwörtlich. In den Anden, die von indigenen Kulturen geprägt sind, trifft man dagegen auf mehr Zurückhaltung und größere Verslossenheit gegenüber Fremden.

Freundschaften über Klassengrenzen hinweg sind höchst selten. Man trifft auch nur selten aufeinander: Die Wohnviertel der Reichen sind für die Mittelschicht zu teuer, und in deren Vierteln kann sich kein Arbeiter ein Heim leisten. Während Reiche und die obere Mittelschicht teure Privatschulen besuchen, sind ärmere Schichten auf (meist weniger guten) staatlichen Schulen angewiesen. Es ist selbstverständlich, dass das Personal nicht mit den Herrschaften am Tisch, sondern in der Küche isst. Niemand käme auf die Idee, der Haushaltshilfe oder dem Gärtner das „Du“ anzubieten, selbst dann nicht, wenn sie seit Jahrzehnten im Hause arbeiten – und man selbst sie duzt. Ein neuer Kollege wird dagegen von vornherein geduzt, es sei denn, er ist erheblich älter. Das „Du“ hat sich in den letzten Jahren als vorherrschende Umgangsform durchgesetzt. Älteren Herrschaften zollt man allerdings Respekt, indem man sie siezt. In Kolumbien siezen sich jedoch häufig auch Freunde und sogar Ehepartner; dies wird als Ausdruck der Hochachtung verstanden.

Singles und verheiratete Paare leben in getrennten Welten. Singles bleiben unter sich und Paare laden gewöhnlich nur Paare ein, denn niemand holt sich freiwillig „Konkurrenz“ ins Haus. Es schickt sich im Übrigen nicht, als verheiratete Frau mit einem befreundeten, ebenfalls verheirateten Mann ohne die beiden anderen Partner ins Kino oder Essen zu gehen.

Man legt auch sonst Wert auf Etikette. Am Arbeitsplatz ist formelle Kleidung üblich, selbst bei Hitze zwingt man sich in Südamerika meist in Anzug oder Kostüm. In Mittelamerika ist für Männer auch die Guayabera, das Biesenhemd, erlaubt. Bei Veranstaltungen sind lange, förmliche Reden üblich, bei denen anwesende Würdenträger überschwänglich begrüßt werden.

Die Vorliebe für ein strenges Protokoll kontrastiert mit der in verschiedenen Ländern weit verbreiteten Angewohnheit, gegen Normen zu verstoßen, etwa Verkehrsregeln zu missachten: „Eine Studie aus Buenos Aires zufolge missachtet fast jeder Privatwagen eine rote

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Nicht zuletzt im Tango, bei uns ein Markenzeichen Argentinien und ein Symbol für Melancholie aber auch Lebenslust, offenbaren sich der südamerikanische Machismo und der ausgeprägte weibliche Schönheitskult der Mittel- und Oberschicht.

picture alliance/dpa

Ampel pro Tag. Jeder Bus fährt sogar pro Stunde zweimal über rote Ampeln“, schreibt die argentinische Politologin Carlota Jakisch. Sie benutzt für dieses Sozialverhalten den vom französischen Soziologen Emile Durkheim im 19. Jahrhundert geprägten Begriff der Anomie: „Es ist nicht das Fehlen der Normen, das den ‚anomischen‘ Charakter Argentinien erklärt, sondern ihre Geringschätzung durch beachtliche Teile der Gesellschaft“, so Jakisch. Wenn die Grenzen verwischen, würden Leidenschaften und Wünsche maßlos. Als eine Ursache der Anomie sieht Jakisch die Schwäche des Justizsystems an (vgl. Jakisch 2010). Jakischs Beschreibung der argentinischen Verhältnisse lässt sich auch auf die meisten anderen Länder Lateinamerikas übertragen. So kommt man fast überall gern zu spät, doch fast nur Europäer stören sich daran. „Lateinamerikanische Uhren gehen anders“, schrieb Joaquín Ibarz, seit drei Jahrzehnten Lateinamerika-Korrespondent der spanischen Tageszeitung La Vanguardia. Pünktlich zu einem Termin zu erscheinen, so musste er immer wieder feststellen, ist gesellschaftlich keineswegs gut angesehen, und jemanden warten zu lassen, ist eine Form, Hierarchie auszuüben. Je höher jemand aufgestiegen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er andere warten lässt. Zwischen Rio Grande und Feuerland fängt kaum eine öffentliche Veranstaltung pünktlich an, und auch bei geschäftlichen oder privaten Verabredungen liegen Wartezeiten von bis zu drei Stunden im Rahmen des Möglichen. Business Schools haben inzwischen Kurse über Pünktlichkeit auf den Lehrplan gesetzt, und der ehemalige Präsident Ecuadors, Lucio Gutiérrez, hat 2003 einen Kreuzzug gegen die Unpünktlichkeit begonnen, da sich die durch Verspätungen entstehenden wirtschaftlichen Verluste in seinem Land jährlich auf rund 1,7 Millionen Euro beliefen.

Die individuelle Konfliktfähigkeit ist nicht sehr ausgeprägt. Wenn etwa der Bus auf offener Strecke zusammenbricht, nimmt man dies schicksalsergeben und schweigend hin. Selten fragt jemand den Fahrer, wann und wie es weitergeht. Man steht klaglos vor Bank-schaltern Schlange, lässt das zähe

Steak im Restaurant nicht zurückgehen und neigt weniger als hier dazu, sich offiziell zu beschweren. Mit deutscher Direktheit löst man meist Erstaunen aus. Auch im persönlichen Bereich sagt man sich die Dinge selten ins Gesicht. „In Lateinamerika lügt jeder, und niemand ist darüber überrascht“, erklärte Ecuadors Präsident Rafael Correa in einem Interview. Wer in Mexiko oder Peru nach dem Weg fragt, wird immer eine ausführliche Antwort erhalten, das erfordert die Höflichkeit. Allerdings muss der beschriebene Weg nicht unbedingt zum Ziel führen. Die Unterdrückung unter den Kolonialherren ist daran schuld, dass so viel gelogen wird, lautet eine Erklärung. Aus Angst vor Strafe gewöhnte man sich an, immer das zu sagen, wovon man glaubte, dass der Herr es hören wollte.

Schlank und auf Stiletto

Den Männern gefallen, um sich den Märchenprinzen zu angeln und versorgt zu sein, das ist zumindest für viele Lateinamerikanerinnen wichtiger als für Europäerinnen. Und so legen sie besonderen Wert auf ihr Äußeres und verwenden viel Mühe auf die Pflege des Körpers. Lange, lackierte Nägel gehören zum gepflegten Erscheinungsbild einer Frau, und unrasierte weibliche Achseln und Beine gelten als ungepflegt.

Miss-Wahlen erfreuen sich großer Beliebtheit. Sie sind in vielen Ländern nationale Ereignisse, die vom Fernsehen live übertragen werden. Selbst angesehene Intellektuelle mit emanzipatorischem Anspruch sind bereit, dabei als Juroren zu fungieren. Auch viele Frauen sehen die Präsentation ihrer leicht bekleideten Geschlechtsgenossinnen nicht als Widerspruch zur Forderung nach Geschlechtergleichheit an, sondern als Beweis dafür, welche Schönheiten das eigene Land hervorbringt. Ein Miss-Titel ist für die Karriere gebildeter Frauen förderlich: So ist die ehemalige „Miss Kolumbien“, Patricia Janiot, als politische Journalistin und Moderatorin von CNN in ganz Lateinamerika bekannt, und die ehemalige „Miss Universum“, die Politologin Irene Sáez, war Bürgermeisterin eines Bezirks der venezolanischen Hauptstadt Caracas, Präsidentschaftskandidatin und schließlich bis 1999 Gouverneurin eines venezolanischen Bundesstaates.

Der ausgeprägte Körperkult geht in fast allen Ländern, vor allem in der Mittel- und Oberschicht, mit Schlankheitswahn

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

einher. Der hat zur Folge, dass sich die Psychologen vermehrt mit Essstörungen vor allem junger Menschen befassen müssen. Lediglich in Kuba, wo der Staat den Zugang der Bürger zu ausländischen Medien und deren Werbung noch weitgehend verhindert, hat sich dieses fragwürdige Schönheitsideal noch nicht durchgesetzt. Fitnessstudios haben überall regen Zulauf, es wird gejoggt und Schönheitsoperationen stehen hoch im Kurs, wobei sich inzwischen auch Männer für ein Facelifting entscheiden und die Dienste einer Maniküre in Anspruch nehmen, um sich die Nägel polieren oder gar klar lackieren zu lassen.

Zwar betont man den Körper gern durch enge Kleidung, doch in der Sauna gibt man sich prude: Man betritt sie niemals nackt, sondern lediglich im Badeanzug. Auch Nacktbadestrände sind kaum zu finden, denn Nacktheit wird immer mit Sexualität assoziiert.

Internationale Markennamen haben große Bedeutung, sie gelten vor allem bei Jugendlichen als Zeichen von Wohlstand. Wer sie sich nicht leisten kann, kauft Fälschungen oder näht sich das Krokodil von Lacoste auf ein billiges T-Shirt. Immer dann, wenn Importe aufgrund des Währungsgefälles teuer sind, gewinnen nationale Designer an Bedeutung, die jedoch oft von der Bildfläche verschwinden, wenn Importe wieder billiger werden. Wer es sich leisten kann, fliegt zum Einkauf nach Miami. Politisch werden die USA zwar meist abgelehnt, doch gleichzeitig hegt man Bewunderung für alles, was von dort kommt. Indigenes Design dagegen, wie etwa das der Kuna in Panama oder der indigenen Völker Guatemalas steht fast nur bei Touristen hoch im Kurs. Die peruanischen Alpakapull-over mit traditionellen Lama-Mustern werden zwar von der indigenen Bevölkerung getragen und auf Souvenirmärkten verkauft, die weiße und mestizische Bevölkerung orientiert sich jedoch an der europäischen und nordamerikanischen Mode. Im stark indigen geprägten Bolivien hat sich allerdings eine Modemanufaktur herausgebildet, die sich auf die Trachten der Quechua und Aymara spezialisiert hat.

Zum gepflegten Outfit der Mittel- und Oberschicht gehört unbedingt ein sauberer Schuh. Für Letzteres sorgen die Schuhputzer, die in den Städten an jeder Straßenecke ihre Dienste anbieten. Jugendliche legen besonderen Wert auf den Markenturnschuh, Männer setzen auf dunkle Halbschuhe und lateinamerikanische Frauen halten selbst auf den höchsten und dünnsten Stiletto die Balance. Europäische oder nordamerikanische Touristen erkennt man schnell: an ihren Gesundheitssandalen.

Musik, Musik, Musik...

Unsere Ohren empfinden Lateinamerika oft als laut, nicht zuletzt, weil Musik zum Alltag gehört: Beim argentinischen Metzger kauft man zu Tango-Rhythmen ein, der mexikanische Taxifahrer lauscht traditionellen Rancheras und in Kuba dringt aus jedem zweiten offenen Fenster ein Son oder ein Salsa-Stück. Selbst der Tango, bei uns ein Markenzeichen Argentiniens und Symbol für Melancholie und Depression, ist Ausdruck von Lebenslust: Er wurde von armen Einwanderern Ende des 19. Jahrhunderts geschaffen, um sich nach Feierabend von dem harten Leben fern der Heimat abzulenken. Salsa und

Merengue stehen für karibische Lebensfreude.

Auch wenn „Made in USA“ sich normalerweise großer Beliebtheit erfreut, hat spanisch- bzw. portugiesischsprachige Musik in Lateinamerika einen höheren Stellenwert als englischsprachiger Rock oder Pop, nicht zuletzt, weil weniger Menschen eine Fremdsprache beherrschen als hier. Nationale, traditionelle Folklore erfreut sich großer Beliebtheit, aber auch Mischformen aus Folklore, Rock und Pop feiern Erfolge. Der in ganz Lateinamerika bekannte Argentinier Fito Páez webt Tango-Elemente in seine Popsongs ein, der auch hier beliebte Kolumbianer Juánes arbeitet mit traditionellen Cumbia-Rhythmen.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Sänger und Geschichtenerzähler zogen in einigen Ländern noch bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts von Dorf zu Dorf. In abgelegenen Gegenden ohne Medien und Postzustellung waren sie diejenigen, die Neuigkeiten über die Ernte, die Trockenheit, den Hunger, aber auch Klatsch und Tratsch weiter trugen. So entstanden im ländlichen Norden Kolumbiens Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Vallenatos. Carlos Vives hat alte Vallenatos neu arrangiert, den traditionellen Instrumenten Akkordeon, Trommel, Gaita-Flöte und Guacharaca (ein Metallzylinder, über den mit einem Metallbesen gefegt wird), ein Schlagzeug und eine elektrische Gitarre hinzugefügt und fei-

ert damit bereits seit 20 Jahren weltweit Erfolge. Traditionelle Vallenato-Anhänger sehen ihm bis heute nicht nach, dass er Frauen in seine Band aufgenommen hat. Für sie ist Vallenato Männersache. Die Salsa – in den 1970er Jahren in New York entstanden aus dem Aufeinandertreffen von kubanischem Son und nordamerikanischem Jazz – kam in den Süden zurück und wurde hauptsächlich in Kuba, Venezuela und Kolumbien weiterentwickelt. Gelegentlich geht es in den Texten um Liebe, häufig um Sex, aber noch öfter werden Alltagsthemen besungen: Armut und Gewalt in den Großstädten, die schädlichen Auswirkungen der Werbung, die Wohnungsnot in Havanna. Salsa kann durchaus

auch zu Texten von Heimatliedern gespielt werden, die wir als Schnulzen bezeichnen würden.

Musik ist aber auch Medium politischer Botschaften und des Protests. Nach der kubanischen Revolution 1959 entstand um 1970 die sogenannte nueva trova cubana (dt.: neues kubanisches Lied), deren bekannteste Vertreter bis heute Pablo Milanés und Silvio Rodríguez sind. Ihr wichtigstes Instrument ist die Gitarre. Die nueva trova transportierte in ihren Texten die Ideale der Revolution, den sozialen Umbau der Gesellschaft und den sozialistischen Internationalismus, brachte aber auch romantische Liebeslieder hervor. Von der nueva trova cubana beeinflusst, wurde auch die sandinistische Revolution in Nicaragua 1979 von Liedermachern begleitet, und in den Jahren vor der Machtübernahme der Volksfrontregierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile (1970–1973) entstand ebenfalls eine neue, stark von der Folklore beeinflusste musikalische Bewegung, la nueva canción chilena (dt.: das neue chilenische Lied). Ihre Hauptvertreter waren Violeta, Isabel und Angel Parra, Víctor Jara und die Gruppen Inti Illimani und Quilapayún. Sie sangen über die Notwendigkeit gesellschaftlicher Umbrüche. Víctor Jara ist eine Symbolfigur jener Epoche, da er nach dem Staatsstreich von General Augusto Pinochet 1973 verhaftet und wie Tausende anderer Regimegegner in ein Fußballstadion verschleppt worden war. Weil er die Inhaftierten mit seinen Liedern aufmunterte, schnitten ihm die Militärs die Zunge heraus und ermordeten ihn schließlich. Das Stadion in Chiles Hauptstadt Santiago trägt heute seinen Namen, auf seinem Grab auf dem Zentralfriedhof fehlt es nie an Blumen. Einige Vertreter der nueva canción chilena sind bis heute aktiv, so die Gruppe Illapu, die nach wie vor kontroverse politische und soziale Themen besingt. So hat sie vor einigen Jahren musikalisch zu Safer Sex aufgerufen.

Kaum ein Land, in dem sich die politische und soziale Situation nicht in der Musik

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Die 2009 verstorbene Argentinierin Mercedes Sosa, von ihrem Publikum liebevoll „La Negra“ (Die Schwarze) genannt, war eine weltberühmte Interpretin südamerikanischer Folklore und politischer Protestlieder. So wandte sie sich nach dem Ende der Diktatur in Argentinien mit einem Lied gegen das Vergessenen der Verschwundenen.

picture alliance/dpa

widerspiegelte. Der Argentinier León Gieco sang während der argentinischen Militärdiktatur (1976–1983) über das Gespenst von Canterville und jeder wusste, dass damit die Militärs gemeint waren. Seine weltberühmte Landsmännin Mercedes Sosa wandte sich nach dem Ende der Diktatur mit einem Lied gegen das Vergessen der Verschwundenen. Bolivianische Folklore-Musiker sangen gegen die neoliberalen Wirtschaftsreformen und über das Elend der Minenarbeiter, brasilianische Barden protestierten zu Samba-Rhythmen gegen die Abholzung der Regenwälder, und der Kolumbianer Juanes thematisiert immer wieder die Gewalt in seinem Land, vor allem in seiner Heimatstadt Medellín.

Der Musikgeschmack hängt auch von der sozialen Schicht ab. Der Tango entstand Ende des 19. Jahrhunderts in den armen Einwanderervierteln von Buenos Aires und Montevideo und wurde erst von den Wohlhabenden akzeptiert, nachdem er in den Pariser Salons reüssiert hatte. Argentinien's Mittel- und Oberschicht musste im Jahr 2000 feststellen, dass sich in den Vierteln der einfachen Leute erneut eine eigene Musikrichtung entwickelt hatte, als der Sänger Rodrigo bei einem Autounfall starb: Tausende von meist jungen Hausangestellten und Fabrikarbeiterinnen eilten zum Unfallort des jungen Musikers. Rodrigo hatte in den Bailantas, den Tanzdielen an den Stadträndern, in denen am Wochenende tausende junger Leute einfacher Herkunft feiern, zu schlichtem Folk-Rock über ihre Probleme gesungen, über den Verrat durch den Freund oder die Freundin, über Arbeitslosigkeit oder Alkoholismus. Seine Musikkassetten gingen von Hand zu Hand, im Radio wurde er dagegen kaum gespielt. Sein Unfallort ist heute eine Pilgerstätte, zu der einfache Menschen aus dem ganzen Land kommen, zu seinem zehnten Todestag erschienen in den Tageszeitungen Sonderbeilagen. Man schreibt dem Sänger, der zu Lebzeiten zu viel trank, Drogen nahm und seine Alimente nicht bezahlte, inzwischen sogar Wunder zu. „Heilige“ wie dieser, die sich das Volk selbst schafft, haben Tradition in vielen Ländern Lateinamerikas.

Musik gehört zu allen Volksfesten, die Samba zum brasilianischen Karneval, metallisch scheppernde Folklore zum Umzug bei der Fiesta del Jesús del Gran Poder (Fest für Jesus den Allmächtigen), dem wichtigsten Volksfest in La Paz, dem bolivianischen Regierungssitz. Volksfeste lassen die Klassengrenzen für ein Weilchen vergessen. Dabei fließt der Alkohol gewöhnlich in Strömen. Vor allem in ländlichen Gemeinden wird der Jahrestag des Schutzpatrons oder der Schutzpatronin groß gefeiert. Während

der Karwoche wird mancherorts, so in Guatemala oder im kolumbianischen Medellín, der Leidensweg Christi auf der Straße nachgespielt. Weihnachten dagegen ist ein Familienfest, bei dem in vielen Ländern auch getanzt wird. In einigen Ländern wird nicht nur das neue Jahr, sondern auch der erste Weihnachtstag mit Feuerwerk begrüßt. Nach Mitternacht besuchen die jungen Leute ihre Freunde, um auch denen ein frohes Fest zu wünschen und mit ihnen zu feiern. Auch die Politik feiert: Alle Länder begehen den Tag der Unabhängigkeit von Spanien bzw. Portugal. Es ist schulfrei, Präsidenten halten Reden und es finden gelegentlich Militärparaden statt. In Chile begeht man im September sogar eine ganze Woche lang die Fiestas Patrias, mit Straßenfesten und kulturellen Veranstaltungen – natürlich mit Musik. Lateinamerikanische Mädchen haben ihr eigenes Fest. Wenn sie fünfzehn Jahre alt werden, richtet die Familie für sie die fiesta de los quince años aus. Selbst im sozialistischen Kuba wird diese „Einführung der Mädchen in die Gesellschaft“ gefeiert, die ihren Ursprung in europäischen Adelskreisen hat und signalisiert, dass nun ein Bräutigam gesucht werden muss. Vom kubanischen Staat wird der große Tag der Fünfzehnjährigen mit Lebensmittel- und Getränke-Sonderrationen gefördert. Von den



UNSERE AUTORIN

Eva Karnofsky ist promovierte Politologin und arbeitet seit 25 Jahren als Journalistin ausschließlich zu Lateinamerika. Sie war u. a. im Hörfunk der Deutschen Welle für die spanisch- und portugiesischsprachigen Programme verantwortlich. Von 1993 bis 2003 lebte sie in Buenos Aires und bereiste als Lateinamerika-Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung den gesamten Kontinent. Seit 2003 arbeitet sie als Journalistin und Kritikerin lateinamerikanischer Literatur u.a. für Deutschlandfunk und WDR. Sie schrieb u. a. „Die Straße der Tugenden“ (Bad Honnef 2008), ein Roman zur Geschichte der kubanischen Revolution, und den Krimi „Bogotá Blues“ (Trier 2010) zur Gewalt in Kolumbien. Zuletzt erschien der von ihr herausgegebene Band „Reise nach Argentinien. Kulturkompass fürs Handgepäck“ (Zürich 2010).

Eltern wird eigens ein Choreograph bestellt, der mit dem Geburtstagskind und ihren Klassenkameraden Tänze einstudiert. Der Auswahl des langen Abendkleides messen die Mädchen die gleiche Bedeutung bei wie der des Hochzeitskleides.

Die Küche – ein Spiegel der Geschichte

In der Küche spiegelt sich die Geschichte der Länder wider: Regionale indigene Traditionen haben sich mit spanischen oder portugiesischen Gepflogenheiten vermischt, aber auch die schwarzen Sklaven sowie andere Einwanderergruppen haben der Küche ihre Stempel aufgedrückt. Gemäß der Schöpfungsgeschichte der Azteken und der Maya, niedergelegt in der Maya-Bibel Popol Vuh, ist der Mensch aus Mais gemacht, und Mais ist seit je die wichtigste Ernährungsgrundlage in Mexiko und Zentralamerika. Die berühmte mexikanische Tortilla wird aus Maismehl hergestellt, wie auch die Tamales, die gefüllten Maismehltaaschen, und der Atol, ein süßes Erfrischungsgetränk. Mais spielt jedoch auch in den südamerikanischen Küchen eine große Rolle, vor allem in den Andenländern und in Venezuela. Auf den Märkten findet man neben dem grobkörnigen, weißen und dem kleineren gelben Mais sogar schwarzen und lilafarbenen. Es gibt über 50.000 Maissorten. Die Kartoffel stammt aus den Andenländern, dort werden über 300 verschiedene Sorten gezüchtet. Kartoffeln, frisch oder gefriergetrocknet (chuños), gekocht oder gebraten, fehlen in Kolumbien, Peru und Bolivien bei kaum einer Mahlzeit. Allerdings wird, wie in fast allen Ländern Lateinamerikas, auch zu jeder Mahlzeit Reis serviert. Kartoffeln gelten als Gemüse. Auch schwarze und rote Bohnen gehören zu den wichtigen Nahrungsmitteln des Subkontinents. In Mexiko werden sie püriert zu vielen Speisen gereicht, in Kuba und Brasilien gehören sie, als Eintopf zubereitet, wie der Reis zu jedem Hauptgericht. Schwarze Bohnen sind auch die Grundlage der Feijoada, des brasilianischen Nationalgerichts, zu dem die Familien traditionell am Samstag zusammenkommen. In Argentinien und Uruguay – Länder, in denen die Zahl der Kühe die Zahl der Einwohner erheblich übersteigt – ist das Leben ohne den Asado undenkbar. Der Asado (das Wort bedeutet eigentlich Braten, am Río de la Plata ist damit jedoch das Grillen gemeint) hat rituellen Charakter: Familie und Freunde kommen zusammen, um am Wochenende bei einem Glas Wein Unmengen von Würsten, Innereien und Rindfleisch vom Holzkohlegrill zu verpeisen. Wie der Asado gehört auch das

Mate-Trinken in Argentinien, Uruguay und Paraguay über Klassengrenzen hinweg zur nationalen Identität.

Argentinische und uruguayische Küche sind aufgrund der großen Zahl italienischer Einwanderer stark von deren Küche geprägt. Die Nudel hat darüber hinaus – nicht selten durch Lebensmittel-„Hilfen“ aus den Industriestaaten – ihren Siegeszug in ganz Lateinamerika angetreten und in einigen Ländern oftmals höherwertige traditionelle Nahrungsmittel wie die Quinoa – eine uralte Kulturpflanze des Andenraums und wichtiges Grundnahrungsmittel – in Peru und Bolivien zurückgedrängt. Längst haben auch Fast-Food-Ketten Einzug gehalten. Sie sind jedoch vergleichsweise teuer und werden vor allem von jungen Leuten der Mittel- und Oberschicht frequentiert, da sie als chic gelten, weil sie aus den USA kommen.

Fußball: Soziale Gerechtigkeit ist möglich

Siege im Sport sind Symbole nationaler Identität und Emanzipation sowie internationaler Anerkennung. In Kuba bewegt die gesamte Nation, wie man gegen das US-Baseballteam abschneidet. Der Fußballer Diego Maradona oder der Boxer José Gatica zählen zu den Mythen der argentinischen Nation, die nicht nur für die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs stehen, sondern auch für Größe in der Welt. Das Gleiche gilt für das ebenso fußballvernarnte Brasilien, wo der legendäre Pelé nach dem Ende seiner sportlichen Karriere zum Sportminister avancierte. Zwischen den mittelamerikanischen Ländern Honduras und El Salvador entbrannte gar 1969 nach einem Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel ein Fußballkrieg.

„Land des Fußballs“, so der nordamerikanische Brasilienspezialist Joseph A. Page, definiert Brasilien ebenso korrekt wie „Land des Karnevals“. Das Spiel, so Page weiter, „fesselt die Bürger aus sämtlichen Ecken des Landes mit gleicher Intensität“, und das gilt für die Mehrzahl der Länder des Subkontinents. Der Fußball spielt laut Page in Brasilien eine wichtige Rolle bei der Ein-

nigung der Nation und bei der Bildung von Gemeinschaftsgefühl: Jeder ist Anhänger irgendeiner Mannschaft und verfolgt mit Stolz deren Siege. Neuankömmlinge aus dem Ausland oder aus einem anderen Teil Brasiliens können sich in das Sozialleben einer Stadt oder eines Dorfes integrieren, wenn sie Anhänger der örtlichen Mannschaft werden oder selbst Fußball spielen (vgl. Page 1996).

Der brasilianische Sozialanthropologe Roberto da Matta erklärt die Popularität des Spiels in Brasilien mit der Existenz universeller Regeln im Fußball. „In einer Gesellschaft, in der die Gesetze, die nicht die Reichen und Mächtigen favorisieren, ignoriert oder gebeugt werden, ist der Fußball etwas besonderes, denn es gelten allen bekannte Regeln, die garantieren, dass das Talent siegt, und nicht das Geld oder der persönliche Einfluss. So zeigt der Sport den Armen, dass die in ihrem Alltag inexistente soziale Gerechtigkeit möglich ist“, fasst Page da Mattas Theorie zusammen. Auch dies lässt sich auf die übrigen Gesellschaften Lateinamerikas übertragen.

Der argentinische Schriftsteller Eduardo Sacheri, der Erzählungen und einen Roman über Fußball veröffentlicht hat, äußerte in einem Interview mit der Autorin, dass viele seiner Landsleute den Fußball als Vehikel benutzen, um Gefühlen wie Liebe, Glück, Loyalität und Hoffnung, aber auch Angst Ausdruck zu verleihen.

Außer in der Karibik und Teilen Zentralamerikas, wo Baseball seine Stelle einnimmt, ist Fußball Volkssport. Nicht nur die Mittelschicht kann ihn sich leisten, denn Kinder können ihn auf der Straße oder freien Plätzen spielen. Ausreichend lokale Sportstätten, Anlaufpunkte für Jugendliche vor allem unterer Einkommensgruppen, fehlen vielerorts, weil den Staaten das Geld dazu fehlt. „Das Fußballstadion kann als ein männlicher Sozialisationsraum par excellence gelten“, schreibt Barbara Pott-hast. Dies gilt für Zuschauer und Spieler gleichermaßen. Vor allem aber erlaubt das Fußballspielen den Traum vom Aufstieg, wie ihn Maradona und Pelé geschafft haben.

LITERATUR

- Arteaga, José (1990): La Salsa. Bogotá.
- CEPAL (2009): Panorama social de América Latina 2009. Capítulo III. URL: www.eclac.org/publicaciones/xml/9/37839/PSE2009-Cap-III-crisis.pdf
- Hoss de le Comte, Mónica Gloria (2010): Willkommen beim Mate. In: Karnofsky, Eva (Hrsg.): Reise nach Argentinien. Kulturkompass fürs Handgepäck. Zürich, S. 7–15.
- Hübener, Karl-Ludolf (2004): Die Macht der Schönheit in Venezuela. In: Der Überblick, 4/2004, S. 36–38.
- Ibarz, Joaquín (2010): „Ahorita no más“. In: La Vanguardia, 25.3.2010, S. 12.
- Jakisch, Carlota (2010): Anomie, eine argentinische Krankheit. In: Karnofsky, Eva (Hrsg.): Reise nach Argentinien. Kulturkompass fürs Handgepäck. Zürich, S. 93–96.
- Karnofsky, Eva (2005): Zur Situation der Haushaltsarbeiterinnen in Lateinamerika. In: Lateinamerika Analysen, Februar 2005, S. 180–202.
- Kogan, Lioba (1998): Die besseren Kreise und das Geschlechterverhältnis. In: Gabbert, Karin u. a. (Hrsg.): Die Macht und die Herrlichkeit. Lateinamerika Analysen und Berichte 22. Bad Honnef, S. 76–92.
- Koschützke, Albrecht (1995): Sport in Lateinamerika. In: Dirmoser, Dietmar u. a. (Hrsg.): Sport und Spiele. Lateinamerika Analysen und Berichte 19. Bad Honnef, S. 7–18.
- Mastretta, Angeles (2009): Ehemänner! Aus dem Spanischen von Petra Striehn. Frankfurt a. M.
- Page, Joseph A. (1996): Brasil. El gigante vecino. Aus dem Englischen von Marta Gil-Montero. Buenos Aires.
- Popol Vuh. Das Buch des Rates (1984). Aus dem Quiché übertragen und erläutert von Wolfgang Cordan. Köln.
- Pott-hast, Barbara (2010): Von Müttern und Machos. Eine Geschichte der Frauen Lateinamerikas. 2. überarbeitete Auflage, Wuppertal.
- Schreiner, Claus (1982): Musica Latina. Musikfolklore zwischen Kuba und Feuerland. Frankfurt a. M.
- Sagel, Gabriel (2010): Fleischeslust auf Argentinisch: Der Asado. In: Karnofsky, Eva (Hrsg.): Reise nach Argentinien. Kulturkompass fürs Handgepäck. Zürich, S. 16–25.
- Schmid, Thomas (2010): Am gedeckten Tisch. Der Austausch der Kulturpflanzen zwischen Alter und Neuer Welt. In: Gabbert, Karin u. a. (Hrsg.): Über Lebensmittel. Lateinamerika Analysen und Berichte 33. Münster, S. 101–108.
- UNDP (2010): Desarrollo Humano en Chile. Género: Los desafíos de la igualdad. URL: <http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/latin-america-the-caribbean/chile/NHDR-Chile-2010-Sinopsis.pdf>
- Waldmann, Peter (2002): Argentinien: Regelmäßig regelwidrig. In: Der Überblick, 1/2002, S. 81. URL: http://www.eed.de/_SITE1akNnoVfxGXud/_one_ueberblick.article/ueberblick.html?entry=page.200201.081

Wirtschaftlicher Strukturwandel und ungleiche Entwicklung in Südamerika

Hartmut Sangmeister

Seit gut einem Jahrzehnt erlebt Südamerika einen beachtenswerten wirtschaftlichen Aufschwung, der Wohlstandszuwächse zeitigt. Gleichwohl ist Südamerika in ökonomischer Hinsicht ein heterogenes Gebilde aus großen und kleinen Volkswirtschaften, die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Modellen und Ordnungsvorstellungen folgen. Aufgrund dieser Vielfalt trifft das Klischee eines Entwicklungslandes mit „typischen“ Strukturmerkmalen nur noch für einige wenige Länder zu. Hartmut Sangmeister erörtert den wirtschaftlichen Strukturwandel, die Heterogenität und die markanten Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit südamerikanischer Länder. Trotz regionaler Kooperationen, die zum Teil in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, ist Südamerika von regionalem Freihandel und wirtschaftlicher Integration noch weit entfernt. Die Liberalisierung der Außenwirtschaft und die differenzierte Struktur der Exportpalette haben neue Märkte erschlossen. Die Ausfuhr von Energieträgern sowie von mineralischen und nicht-mineralischen Rohstoffen führten zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den aufstrebenden Wirtschaftsmächten China und Indien. Die ökonomische Inwertsetzung des vorhandenen Naturkapitals erfordert jedoch eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Reichtümer und ein effizientes Management der Umwelt. Letztlich wird die zukunftsfähige Entwicklung Südamerikas jedoch – so das Fazit – von der bisher noch unzureichenden Förderung des Humankapitals abhängig sein. |

Wirtschaftlicher Aufschwung und Wohlstandszuwächse

Südamerika erlebt seit etwa zehn Jahren einen beachtenswerten wirtschaftlichen Aufschwung, der durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 nur mäßig gedämpft wurde (Sangmeister 2010). Nach einer langen Stagnationsphase mit Hyperinflation und wiederholten Schulden-, Finanz- und Währungskrisen hat die wirtschaftliche Erholung des Subkontinents für einen großen Teil der 390 Millionen Einwohner Wohlstandszuwächse ge-

bracht.¹ Davon hat nicht nur die wachsende Mittelschicht profitiert, sondern auch die Zahl der in Armut lebenden Menschen ist in vielen Ländern der Region gesunken. In der wirtschaftlichen Boomphase der Jahre 2003–2008, die im Wesentlichen vom Export getragen war, konnte das chronische „Zwillingsdefizit“ südamerikanischer Volkswirtschaften – ein Defizit in der Leistungsbilanz und in den öffentlichen Haushalten – abgebaut werden. Gleichzeitig wurden Programme der Armutsbekämpfung ausgeweitet und staatliche Sozialausgaben erhöht.

Trotz dieser insgesamt positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende ist in Teilen der südamerikanischen Gesellschaften die Befürchtung verbreitet, zu den Globalisierungsverlierern zu gehören, da das eigene ökonomische Leistungsprofil den Funktionsbedingungen der globalisierten Wirtschaft nicht zu entsprechen scheint. Enttäuschte Erwartungen und die Furcht, dem Globalisierungsdruck nicht gewachsen zu sein, spiegeln sich in den Anti-Globalisierungsdiskursen neopopulistischer Wahlkämpfer wider, die in mehreren südamerikanischen Ländern die Mehrheit der Wählerstimmen für sich gewinnen konnten und die (wirtschafts-)politische Landkarte Südamerikas nachhaltig verändert haben. Zwar schienen nach den Verschuldungskrisen der 1980er Jahre, nach dem „verlorenen Jahrzehnt“, das marktwirtschaftliche Modell und die Orientierung am Weltmarkt als wirtschaftspolitische Paradigmen in Südamerika mehrheitlich akzeptiert zu sein; zwischenzeitlich sind jedoch staatsinterventionistische Politikmuster vergangener Dekaden als Blaupausen für die Wirtschaftspolitik wiederbelebt und in Wahlsiege umgemünzt worden.

Die Folge ist eine ordnungspolitische Trennlinie, die Südamerika teilt. Auf der einen Seite stehen Länder wie Brasilien, Chile, Kolumbien und Peru, die marktwirtschaftlich orientiert sind und die Integration in den Weltmarkt fördern; auf der anderen Seite haben Länder wie Bolivien, Ecuador und Venezuela für ihre Wirtschaftspolitik das vage Konzept eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als Leitbild übernommen. In der Praxis bedeutet dies den Versuch, durch

Verstaatlichung von Schlüsselsektoren der Wirtschaft und staatliche Lenkung die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu vermindern.

Strukturwandel und wirtschaftliche Heterogenität

Mit sehr unterschiedlichen Strategien wird in Südamerika versucht, die Herausforderungen zu bewältigen, die mit dem tiefgreifenden Strukturwandel einhergehen, der die meisten südamerikanischen Volkswirtschaften während der zurückliegenden Dekaden nachhaltig verändert hat. Jedoch sind die Produktionsstrukturen von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während beispielsweise in Paraguay die Landwirtschaft noch 20 Prozent zu der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt, sind es in Chile weniger als vier Prozent; in Ecuador erwirtschaftet der Industriesektor 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in Kolumbien hingegen nur 22 Prozent (vgl. Tabelle 1). Im Zuge der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategien, die in vielen Ländern Südamerikas über mehrere Dekaden hinweg verfolgt wurden, hatte sich der Beitrag der industriellen Wertschöpfung zum BIP deutlich erhöht. Jedoch erzwang die Verschuldungskrise der 1980er Jahre Strukturanpassungsprozesse und damit einhergehend das Ende der protektionistisch abgesicherten Ausrichtung der nationalen Industrien auf den Binnenmarkt. Die Folge war eine Deindustrialisierung, da sich vor allem die verarbeitende Industrie nach der Liberalisierung der Außenwirtschaft in den meisten Ländern der Region nur bedingt als international wettbewerbsfähig erwies. Hatte in Brasilien der Industriesektor 1980 noch über 40 Prozent des BIP erwirtschaftet, sind es inzwischen weniger als 30 Prozent.

In fast allen südamerikanischen Volkswirtschaften bilden heute Dienstleistungen den mit Abstand wichtigsten Wirtschaftsbereich, mit Beiträgen zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von bis zu 65 Prozent, wie in Brasilien, das auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft am weitesten fortgeschritten ist. In den sich im Zeitablauf verändernden Beiträgen der einzelnen

Sektoren zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung spiegelt sich der Entwicklungsprozess wider, den Südamerika wie andere Weltwirtschaftsregionen durchlaufen hat. Dabei kommt dem Dienstleistungssektor im Zuge des Strukturwandels eine besondere Bedeutung zu. Denn er nimmt sowohl diejenigen Arbeitskräfte auf, die aus der traditionellen Landwirtschaft und dem Kleingewerbe heraus „modernisiert“ werden, als auch die bei wachsender Bevölkerung Jahr für Jahr zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Erwerbspersonen, die aufzufangen die Wachstumsdynamik der Agrar- und Industriesektoren nicht ausreicht. Bei dieser „Pufferfunktion“ des Dienstleistungssektors der südamerikanischen Wirtschaft ist ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitskräfte in diesem Bereich – vor allem im öffentlichen Dienst – verdeckt unterbeschäftigt.

Die statistischen Angaben zu den Produktionsstrukturen lassen allerdings nicht die informellen Aktivitäten erkennen, die einen festen Bestandteil der südamerikanischen Wirtschaft ausmachen und im täglichen Leben tief verankert sind. Die ökonomische Bedeutung der informellen Erwerbstätigkeit lässt sich nicht genau beziffern. Schätzungen, wonach beispielsweise in Brasilien ca. 50 Prozent der Erwerbstätigen informellen Beschäftigungen nachgehen und dabei ca. 30 bis 50 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erwirtschaften, können nur einen unge-

fähren Hinweis darauf geben, um welche Größenordnungen es sich handelt.

Markante Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Eine homogene Wirtschaftsregion Südamerika mit Ländern identischer oder zumindest ähnlicher ökonomischer Strukturen und Probleme gibt es schon lange nicht mehr – wenn es sie überhaupt je gegeben hat. Bereits 1494 hatte der Vertrag von Tordesillas die „Neue Welt“ zwischen Spanien und Portugal aufgeteilt und damit für Jahrhunderte zwei unterschiedliche Systeme der kolonialen Inwertsetzung der eroberten Gebiete etabliert, die auch nach dem Ende der Kolonialzeit ihre Spuren hinterlassen haben. Heute ist Südamerika in wirtschaftlicher Hinsicht ein sehr heterogenes Gemisch aus einigen großen und vielen kleinen Volkswirtschaften, aus rohstoffreichen und -armen Ländern, die sozioökonomisch unterschiedlich strukturiert sind und sich ungleich entwickelt haben. Südamerika – dazu gehört ein Land wie Brasilien mit über 190 Millionen Konsumenten, ebenso wie Surinam mit nur 515 Tausend Einwohnern. Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind immens: Brasilien gehörte 2009 mit einem BIP von 1,6 Billionen US-Dollar zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt, während die gesamtwirtschaftliche Wertschöp-

fung in Guyana, der kleinsten Volkswirtschaft des Subkontinents, lediglich zwei Milliarden US-Dollar betrug (vgl. Abbildung 1).

Ähnlich ausgeprägt wie die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind die Einkommensunterschiede in der Region: Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen erreicht in Chile über 9.000 US-Dollar, aber weniger als 1.500 US-Dollar in Bolivien und Guyana (vgl. Tabelle 2). Ausgestattet mit sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Potentialen, haben sich die Volkswirtschaften in Südamerika in den vergangenen Dekaden stark auseinander entwickelt. Das „klassische“ Klischee eines Entwicklungslandes mit „typischen“ Strukturmerkmalen trifft in Südamerika nur noch für einige wenige Länder zu. Südamerika – das sind dynamische Schwellenländer wie Brasilien und Chile, denen es gelungen ist, wirtschaftliche Vorteile der Globalisierung zu nutzen, aber auch Globalisierungsverlierer, wie die kleinen Volkswirtschaften Surinam und Guyana, oder auch Argentinien und Venezuela. Die ausgeprägte wirtschaftliche Heterogenität des geographischen Raums Südamerika ist zum einen Ergebnis unterschiedlicher historischer Entwicklungspfade der regionalen Ökonomi-

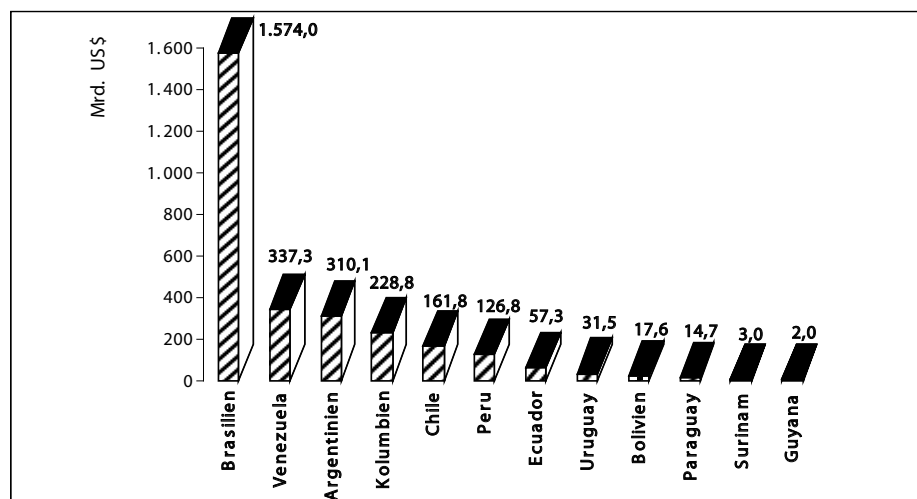
Tabelle 1: Produktionsstrukturen der südamerikanischen Länder 1980 und 2008 (in %)

Land	Anteil der Landwirtschaft am BIP (in %)		Anteil der Industrie am BIP (in %)		davon: Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am BIP (in %)		Anteil des Dienstleistungssektors am BIP (in %)	
	1980	2008	1980	2008	1980	2008	1980	2008
Argentinien	6,4	9,8	41,2	32,3	29,5	21,2	52,4	57,9
Bolivien	19,0	13,5	32,4	38,4	14,4	14,4	48,6	48,2
Brasilien	11,0	6,7	43,8	28,0	33,5	16,0	45,2	65,3
Chile	7,3	3,9	37,4	43,8	21,5	13,5	55,3	52,3
Ecuador	..	6,7	..	40,6	..	9,7	..	52,7
Guyana	23,4	28,1	35,8	21,7	12,1	3,4	40,9	50,2
Kolumbien	19,9	8,6	32,5	36,5	23,9	16,0	47,6	54,9
Paraguay	28,6	20,2	27,4	18,3	16,0	12,7	43,9	61,5
Peru	11,2 ^b	7,2	27,4 ^b	36,2	23,7 ^b	15,9	61,3 ^b	56,6
Surinam	9,1	4,7	38,9	40,2	18,6	20,7	52,0	55,1
Uruguay	13,4 ^a	10,8	33,1 ^a	26,6	25,4 ^a	17,6	53,4 ^a	62,6
Venezuela	4,8	4,0 ^c	46,4	57,8 ^c	16,0	16,4 ^c	48,8	38,2 ^c

^a1983 ^b1986 ^c2005 .. Nicht verfügbar.

Quelle: World Bank: World Development Indicators Online.

Abbildung 1: Das Bruttoinlandsprodukt der südamerikanischen Staaten 2009
(in Mrd. US-Dollar)



Quelle: International Monetary Fund: World Economic Outlook Database. April 2010.

en, mit verschiedenartigen Formen und Intensitäten der Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Die Ausdifferenzierung der wirtschaftlichen Strukturen und der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist aber auch Resultat der tiefgreifenden Wandlungsprozesse, die Südamerika in den zurückliegenden Dekaden geprägt haben. Zu Beginn der 1970er Jahre hatte das Pro-Kopf-Einkommen in Argentinien, dem seinerzeit reichsten Land der Region, mehr als das Fünffache des Durchschnittseinkommens in Bolivien

betragen, eines der damals schon ärmsten Länder Südamerikas. Inzwischen liegen die Einwohner Chiles mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 9.000 US-Dollar an der Spitze der Wohlstandsskala. Das Durchschnittseinkommen in Chile ist mehr als sechsmal so hoch wie das Pro-Kopf-Einkommen in Guyana, dem Schlusslicht in der einkommensorientierten Rangliste der südamerikanischen Volkswirtschaften.

Während heute das Durchschnittseinkommen in Brasilien mehr als das Sieb-

zehnfache des Betrags von 1970 ausmacht, hat sich das argentinische Pro-Kopf-Einkommen in diesem Zeitraum nur vergleichsweise moderat um knapp das Sechsfache erhöht. Brasilien, das fünftgrößte Land der Erde, hat bei anhaltendem Wirtschaftswachstum gute Aussichten, in wenigen Jahren die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt zu werden. Bereits jetzt kommt Brasilien unangefochten die Rolle der regional führenden Wirtschaftsmacht zu, auf die mehr als ein Drittel der Wertschöpfung in Südamerika entfällt (Sangmeister 2007a). Die brasilianische Wirtschaftsleistung übersteigt die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung der übrigen elf Staaten des südamerikanischen Subkontinents um fast 30 Prozent. Die brasilianischen Produktionskapazitäten in dem Dreieck São Paulo – Rio de Janeiro – Belo Horizonte bilden den größten und leistungsfähigsten Industriepark Lateinamerikas. Die brasilianischen Warenexporte, die zu über 50 Prozent aus Industrieprodukten bestehen, machen mehr als ein Fünftel der gesamten Ausfuhrerlöse südamerikanischer Volkswirtschaften aus.

Regionale Kooperation und Integration in Südamerika

Mit dem Ziel, die intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren und zu vertiefen, haben sich alle Län-

Tabelle 2: Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der südamerikanischen Länder

Land	Jährliche Veränderung des BIP ^a (%) Ø 1996–2005	Pro-Kopf-BNE ^b (US-Dollar) 2008	Öffentlicher Gesamthaushalt Überschuss (+) Defizit (–) (in % des BIP) 2009	Saldo der Leistungsbilanz (in % des BIP) 2009
Argentinien	2,5	7.190	–3,9	+2,8
Bolivien	3,3	1.460	+0,1	+3,5
Brasilien	2,4	7.300	–3,3	–1,5
Chile	4,3	9.370	–4,4	+2,2
Ecuador	3,3	3.690	–3,6	–1,1
Guyana	1,6	1.450	–3,3	–8,5
Kolumbien	2,4	4.620	–2,8	–1,8
Paraguay	1,2	2.110	+0,7	–0,2
Peru	3,4	3.990	–2,0	+0,2
Surinam	3,4	4.760	–1,8	–2,0
Uruguay	1,3	8.260	–1,6	+0,8
Venezuela	2,0	9.230	–6,1	+2,5

^a Bruttoinlandsprodukt in konstanten US-Dollar des Jahres 2000. ^b Bruttonationaleinkommen.

Quellen: International Monetary Fund: Regional Economic Outlook Western Hemisphere. May 2010, Washington DC; World Bank: World Development Indicators Online.

der Südamerikas einem oder mehreren (sub-)regionalen Integrationsbündnissen angeschlossen, und zudem gibt es eine Vielzahl neuer, wohlklingender Integrationsprojekte und -pläne. Das politisch und wirtschaftlich potenteste regionale Integrationsprojekt wurde 1991 mit der Gründung des „Gemeinsamen Marktes des Südens“ (Mercado Común del Sur/MERCOSUR) durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay in Gang gesetzt. Damit war nicht nur ein entscheidender Schritt zur Überwindung der traditionellen Rivalität zwischen den Nachbarn Argentinien und Brasilien getan, sondern zugleich wurde damit der Grundstein für ein subregionales Bündnis gelegt, das mit mehr als 240 Millionen Einwohnern und einem zusammengefassten BIP von über zwei Billionen US-Dollar einen der größten Wirtschaftsblöcke der Welt darstellt. Inzwischen sind dem MERCOSUR auch die Andenstaaten Chile, Bolivien, Peru und Ecuador sowie Kolumbien und Venezuela assoziiert. Allerdings ist der MERCOSUR auch 20 Jahre nach seiner Gründung nicht viel mehr als ein konfliktreiches, unvollständiges Freihandelsbündnis. Nach spektakulären Anfangserfolgen haben sich die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern des MERCOSUR als krisenanfällig erwiesen und die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Bündnisstaaten und mit den anderen lateinamerikanischen Staaten sind nach wie vor relativ gering. Brasiliens Interesse an einer Ausweitung und Intensivierung der wirtschaftlichen Integration im Cono Sur ist inzwischen nur noch begrenzt. Darüber kann auch nicht die trügerische Harmonie hinwegtäuschen, die auf MERCOSUR-Gipfeltreffen offiziell verbreitet wird, wie zuletzt Anfang August 2010 im argentinischen San Juan. Ohnehin ist die Integrationspolitik im südlichen Südamerika nach dem Beitritts-gesuch Venezuelas zum MERCOSUR (2006) und angesichts des mit Brasilien rivalisierenden politischen Führungsanspruchs des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez komplizierter und konfrontativer geworden.

Konkurrierende Projekte regionaler Integration

Die veränderte Integrationsperspektive Brasiliens zeigt sich deutlich in der auf brasilianische Initiative hin gegründeten „Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen“ (Comunidad Suramericana de las Naciones/CSN) im Jahr 2004, der alle zwölf Staaten Südamerikas angehören. In dem Bündnis soll bis 2025 eine der Europäischen Union (EU) vergleichbare Integration erreicht werden, mit einem gemeinsamen Parlament und gemeinsamer Währung. Bislang sind die Integrationsresultate jedoch eher spärlich, abgesehen von der Änderung des Namens in „Union der Südamerikanischen Nationen“ (Unión de Naciones Suramericanas/UNASUR), die 2007 auf Bitten des venezolanischen Präsidenten Chávez erfolgte. Teil des UNASUR-Projektes ist die Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur in Südamerika (Iniciativa para a Integración de la Infraestructura Regional Suramericana/IIRSA). Mit diesem bereits im Jahr 2000 von den zwölf südamerikanischen Staaten vereinbarten Vorhaben soll die Infrastruktur des Subkontinentes in den Bereichen Transport, Energie und Telekommunikation über Ländergrenzen hinweg ausgebaut werden. Die geplanten IIRSA-Korridore für Integration und Entwicklung verbinden alle Regionen Südamerikas, um durch die Modernisierung der Infrastruktur auch die wirtschaftliche Dynamik in bislang vernachlässigten Subregionen zu fördern. Hauptbegünstigte dieses grenzüberschreitenden Ausbaus der Infrastruktur sind allerdings die großen nationalen und internationalen Unternehmen, für die sich neue Absatzmöglichkeiten und sinkende (Transport-)Kosten ergeben. Das gegenwärtig ehrgeizigste, aber gleichzeitig auch das am kontroversen beurteilte Integrationsprojekt ist die „Bolivarianische Alternative für die Völker unseres Amerikas“ (Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América/ALBA), die 2004 von Kuba und Venezuela gestartet wurde. ALBA war ursprünglich ein Gegenvorschlag

WIRTSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL UND UNGLEICHE ENTWICKLUNG IN SÜDAMERIKA

zu dem von den USA gewünschten Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (Área de Libre Comercio de las Américas/ALCA). Inzwischen erhebt ALBA den Anspruch eines umfassenden alternativen Integrationsprojektes für Lateinamerika und die Karibik. ALBA verspricht den beteiligten Ländern „kooperative Vorteile“ und will den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedern durch Ausgleichsfonds helfen, Disparitäten abzubauen. Unter der politischen und finanziellen Führung Venezuelas haben sich dem 2009 in Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América umbenannten Bündnis bislang sieben weitere Staaten Lateinamerikas und der Karibik angeschlossen.² Für das ALBA-Projekt ist eine nationalistisch-populistische Integrationsrhetorik kennzeichnend, die am profiliertesten von Venezuelas Präsident Chávez gepflegt wird, der zudem einen nur diffus formulierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ beschwört. Verbündete für die Umsetzung seiner Vision eines nicht-kapitalistischen Entwicklungsmodells sind u. a. die Staatspräsidenten Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador und Daniel Ortega in Nicaragua. Als neue Architektur der regionalen Integration in Südamerika erscheint das ALBA-Projekt von Hugo Chávez und Co. bislang allerdings kaum tragfähig. Zudem lähmte der Führungsanspruch von Chávez Fortschritte in der UNASUR und im MERCOSUR, dessen vier Gründungsstaaten ihm die beantragte Vollmitgliedschaft bislang nicht bestätigt haben. Unter diesen Bedingungen kann ein integrationspolitischer Rückzug beispielsweise für Brasilien strategisch durchaus sinnvoll sein, was neue Formen regionaler Kooperation erforderlich macht, die dem tatsächlichen Stand der Integrationsbereitschaft in Südamerika besser entsprechen. Zweifellos haben die Integrationsbemühungen der Vergangenheit die Zollschranken in Südamerika deutlich gesenkt, aber dennoch sind die intraregionalen Handelsverflechtungen nach wie vor relativ bescheiden. So waren beispielsweise 2008 nur rund 15 Prozent der gesamten Exporte des MERCOSUR Ausfuhren in die Mitgliedstaaten, und von den Gesamtausfuhren der Anden-Gemeinschaft³ CAN (Comunidad Andina) gingen lediglich sieben Prozent in die Länder des subregionalen Bündnisses. Dass diese Zahlen auf ein niedriges Niveau der wirtschaftli-

Tabelle 3: Der MERCOSUR

	Einwohnerzahl 2008 (in Mio.)	Länderanteile am BIP 2009 (in %)
Brasilien	193,73	81,5%
Argentinien	40,28	16,1
Paraguay	6,35	0,8
Uruguay	3,34	1,6

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Kaffee-Ernte in Brasilien: Obwohl Südamerika mehr als nur Bananen und Kaffee exportiert, machen agrarische Erzeugnisse immer noch gut ein Viertel der südamerikanischen Warenausfuhr aus.

picture alliance/dpa

chen Integration hinweisen, wird deutlich, wenn zum Vergleich die Intra-Block-Exporte der EU desselben Jahres herangezogen werden, die 68 Prozent der EU-Gesamtausfuhren erreichten. Südamerika ist von regionalem Freihandel und wirtschaftlicher Integration noch weit entfernt – trotz einer Vielzahl von Abkommen mit vielversprechenden Namen wie „Gemeinsamer Markt des Südens“ oder „Anden-Gemeinschaft“. In der Praxis handelt es sich dabei jedoch lediglich um unvollständige, selektive Freihandelsabkommen; denn im günstigsten Fall gibt es zwar einen gemeinsamen Zolltarif, der aber zahlreiche Ausnahmen enthält, und außerdem gibt es Mitgliedsländer mit unterschiedlichen Integrationspflichten. Dass die regionale Integration trotz

wiederholter feierlicher Beschwörungen auf südamerikanischen Gipfeltreffen nicht vorankommt, hat mehrere Gründe. Zwar ist Freihandel in der Wirtschaftstheorie für alle Beteiligten von Vorteil, aber in der Praxis gibt es Gewinner und Verlierer. Daher versuchen potentielle Verlierer, die über entsprechenden politischen Einfluss verfügen, protektionistische Mechanismen und vielfältige Ausnahmeklauseln in den Integrationsverträgen durchzusetzen, solange ihnen keine Entschädigungen für ihre Verluste garantiert werden. Zudem sind die Regierungen Südamerikas nur begrenzt integrationswillig. Es dominiert das Prinzip des Nationalstaates, der nicht bereit ist, auf Souveränitätsrechte zu Gunsten institutionalisierter Gemeinschaftsaktio-

nen zu verzichten. Die Integrationsprojekte haben daher vor allem mit dem Problem zu kämpfen, dass die Vertragspartner vereinbarte Regeln immer wieder nicht einhalten – mit der Begründung, „nationale Interessen“ zu schützen. Auch schon länger bestehende und anfänglich durchaus erfolgreiche südamerikanische Integrationsbündnisse wie CAN und der MERCOSUR befinden sich seit geraumer Zeit in einer Situation der Stagnation und des Niedergangs. Die Regierungen der Mitgliedsländer scheinen davon auszugehen, dass sich die Probleme auf absehbare Zeit nicht lösen lassen. Die Bündnisse verlieren zunehmend ihren Charakter als Projekte wirtschaftlicher Integration und verändern sich zu bloßen Foren politischer Diskurse.

Ein realistisches Projekt regionaler Integration steht in Südamerika noch aus. Denn die Erweiterung und Vertiefung des Integrationsprozesses in Südamerika setzt voraus, dass (1.) die Erwartungen der Mitgliedstaaten an Ziele und Ergebnisse der Integration übereinstimmen; (2.) von allen Beteiligten eine gemeinsame politische Agenda für den weiteren Integrationsprozess akzeptiert wird und (3.) eine stärkere Institutionalisierung der Integrationspolitik erreicht wird. Eine Intensivierung der regionalen Integration erfordert Harmonisierung von Makropolitiken und die Akzeptanz supranationaler Institutionen. Ohne makroökonomische Konvergenz in Richtung auf monetäre Stabilität und kompatible Wechselkurse sind Fortschritte in dem südamerikanischen Prozess wirtschaftlicher Integration kaum zu erwarten.

Südamerikas Partner in der Weltwirtschaft

Die Außenwirtschaftspolitik der meisten lateinamerikanischen Staaten hat von der jahrzehntelangen Praxis Abschied genommen, den nationalen Binnenmarkt durch hohe Schutzzölle von der internationalen Konkurrenz abzusichern. Über Dekaden hinweg waren Beschränkungen von Importen und die staatliche Lenkung der Ausfuhren die wichtigsten außenwirtschaftlichen Instrumente. Erst die „Schuldenfalle“, in die viele Volkswirtschaften Lateinamerikas zu Beginn der 1980er Jahre geraten waren, bedeutete den Endpunkt der staatlich gelenkten und überwiegend extern finanzierten Industrialisierungsstrategie. Sie erzwang auch einen tiefgreifenden strukturellen Anpassungsprozess hin zu einer stärkeren Einbindung in den Weltmarktzusammenhang.

Mit der Liberalisierung der Außenwirtschaft haben sich die überkommenen Liefer- und Absatzbeziehungen der Kolonialzeit, die noch bis in die 1980er Jahre die außenwirtschaftlichen Beziehungen Südamerikas geprägt hatten, geographisch deutlich diversifiziert. Zunehmend ist es südamerikanischen Unternehmen gelungen, ihre traditionelle Abhängigkeit von Abnehmern in Europa und Nordamerika abzubauen und neue Märkte zu erschließen, vor allem in Asien, aber auch in anderen lateinamerikanischen Ländern. Inzwischen entfallen über 20 Prozent der südamerikanischen Ausfuhren auf Abnehmer in Asien, und damit gehen mehr Exporte nach Asien als nach Europa (vgl. Tabelle 4). Für viele südamerikanischen Länder sind aber die USA und die Europäische Union (EU) nach wie vor die wichtigsten Au-

ßenhandelspartner, wenn auch mit abnehmender Tendenz.

Tabelle 4: Geographische Verteilung der südamerikanischen Exporte 2008 (in %)

Nordamerika	28,3%
Süd- und Mittelamerika	27,2%
Asien	21,9%
Europa	16,6%
Afrika	3,2%
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten/GUS	1,7%
Naher Osten	1,2%

Quelle: WTO: International Trade Statistics 2009.

Es sind aufstrebende Wirtschaftsriesen wie China und Indien, die in dem Rohstoffreichtum Südamerikas und in den dortigen Märkten starke Anreize für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit sehen. Aber auch Russland hat in strategischen Bereichen wie Energie und Rüstung sein wirtschaftliches Engagement in mehreren südamerikanischen Staaten ausgebaut, insbesondere in Venezuela. Von den neuen außenwirtschaftlichen Partnern Südamerikas ist es vor allem die Volksrepublik China, mit der sich die Handelsbeziehungen während der zurückliegenden Jahre vervielfacht haben. Die boomende chinesische Wirtschaft ist in erster Linie an den in Südamerika reichlich vorhandenen Rohstoffen und Agrarprodukten interessiert. Es ist erklärte Absicht Chinas, seine außenwirtschaftlichen Beziehungen zu mehreren Ländern Südamerikas zu strategischen Partnerschaften auszubauen, die durch langfristige Lieferverträge und Direktinvestitionen eine diversifizierte Versorgung mit Rohstoffen und Energie sicherstellen sollen. Zudem haben chinesische Unternehmen Südamerika als Absatzmarkt der eigenen Produkte entdeckt sowie als Zielregion von Direktinvestitionen.

Vor allem Brasilien kommt auf Grund seines Rohstoffreichtums und seines enormen agrarischen Potentials für China eine besondere Bedeutung zu. Mehr als 70 Prozent der brasilianischen Lieferungen nach China entfallen auf Primärprodukte wie Eisenerz und Nichteisen-Metalle, Soja und andere ölhaltige Früchte, Holz und zellulosehaltiges Material sowie Erdöl und Ölderivate. Brasilien ist aber auch eines der wenigen südamerikanischen Länder, die in nennenswerter Größenordnung industriell-

le Fertigprodukte wie Motoren und Autoteile nach China ausführen. Die aufsteigende asiatische WirtschaftsgröÙmacht hat bereits 1993 mit Brasilien als erstem Land weltweit eine „strategische Partnerschaft“ etabliert. Vorzeigeprojekte dieser Kooperation sind der sino-brasilianische Erderkundungssatellit zur Exploration natürlicher Ressourcen (China-Brazil Earth Resources Satellites-Project/CBERS) oder das Gemeinschaftsunternehmen des brasilianischen Flugzeugbauers Embraer mit der chinesischen Harbin Aviation Industry zum Bau des international erfolgreichen Mittelstreckenflugzeugs ERJ 145. Im Mai 2004 wurde zudem die Zusammenarbeit im Bereich Nukleartechnologie vereinbart, welche die Lieferung von brasilianischem Uran nach China vorsieht sowie die Beteiligung Chinas an der Finanzierung des brasilianischen Nuklearprogramms (vgl. Sangmeister/Zhang 2008, S. 18).

Südamerika exportiert mehr als nur Bananen und Kaffee

Südamerika hat seine Außenhandelsbeziehungen nicht nur geographisch diversifiziert, sondern auch die Ausfuhrpalette weist inzwischen eine wesentlich differenziertere Struktur auf als noch vor drei Jahrzehnten. Schon längst sind es nicht mehr die klassischen „Kolonialwaren“, wie Kaffee, Kakao oder Edelhölzer, welche für die Warenexporte aus südamerikanischen Ländern bestimmend sind. Allerdings machen Primärprodukte wie unverarbeitete agrarische Erzeugnisse, Energieträger wie Erdöl und Erdgas, mineralische und nicht-mineralische Rohstoffe immer noch zwei Drittel der südamerikanischen Warenexporte aus; lediglich knapp 30 Prozent entfallen auf Industrieprodukte (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Struktur der südamerikanischen Warenausfuhr 2008 (in %)

Rohstoffe und Energieträger	42,7%
Industrieprodukte	28,8%
Agrarprodukte	26,2%
Sonstiges	2,4%

Quelle: WTO: International Trade Statistics 2009.

Allerdings bestehen erhebliche landesspezifische Unterschiede in den Wertschöpfungsstrukturen der Ausfuhren. Während beispielsweise Brasilien fast 60 Prozent seiner Exporterlöse mit dem Verkauf industriell be- und verarbeiteter Erzeugnisse erzielt, sind es in Argentinien lediglich 30 Prozent. Vergleichsweise schwach im Weltmarkt vertreten sind High-Tech-Produkte aus Südamerika; auch in Brasilien machen solche Erzeugnisse lediglich zwölf Prozent der Ausfuhren industriell erzeugter Produkte aus, während beispielsweise in den Philippinen über 60 Prozent der exportierten Industrieerzeugnisse Hochtechnologieprodukte sind, und in China fast 30 Prozent. Die Rolle einer weltwirtschaftlichen Großmacht wie China kommt Brasilien, dem wirtschaftlichen Schwergewicht Südamerikas, noch längst nicht zu. Trotz seiner bemerkenswerten Exporterfolge während der zurückliegenden Jahre ist die größte Volkswirtschaft Südamerikas mit weniger als zwei Prozent am Welthandel beteiligt.

In der internationalen Arbeitsteilung wird Südamerika auf absehbare Zeit hauptsächlich Primärgüterlieferant der Weltwirtschaft bleiben. Vor allem in dem globalen Poker um die nicht erneuerbaren Energierohstoffe Erdöl und Erdgas sind die südamerikanischen Länder Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador und Venezuela in einer günstigen Position, da hier ein erheblicher Teil der weltweiten Reserven liegt, die zu heutigen Preisen und mit heutiger Technik wirtschaftlich ausbeutbar sind (Sangmeister 2007b). Die USA beziehen einen beträchtlichen Teil ihrer Erdölimporte aus Ecuador und Venezuela, dessen Beziehungen zu den USA jedoch seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Chávez gespannt sind (Buchholz 2010). So mussten die US-Konzerne Conoco Phillips, ChevronTexaco und Exxon Mobil – ebenso wie andere ausländische Unternehmen – 60 Prozent ihrer Anteile an Erdölförderprojekten im Orinoco-Gürtel an den staatlichen Konzern Petróleos de Venezuela S.A. (PdVSA) abgeben.

Aber nicht nur für die USA ist das bedeutende energiewirtschaftliche Potential Südamerikas von Interesse, sondern auch für andere weltwirtschaftliche Akteure, in deren Ländern die intern verfügbaren Energierohstoffe den wachsenden Energiebedarf nicht decken. Dies gilt in besonderem Maße für China, dessen staatliche Energiefirmen durch Akquisitionen und Beteiligungen rund um den Globus eine diversifizierte Energieversorgung des Landes zu sichern bestrebt sind. So wurden 2004 im Rahmen der Staatsbesuche des chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Argentinien und Brasilien Vorverträge für

milliardenschwere Kooperationsprojekte in den Bereichen Erdöl und Erdgas unterzeichnet. Chinesische Erdöleinfuhren aus Südamerika sind in den zurückliegenden Jahren erheblich gesteigert worden, da China im Interesse seiner Versorgungssicherheit bemüht ist, seine Ölbezugsquellen zu diversifizieren. Allein aus Venezuela sind die chinesischen Erdölimporte zwischen 2004 und 2005 von 12.300 Barrel pro Tag auf 70.000 Barrel pro Tag gestiegen, und es wird erwartet, dass die Ölimporte aus Venezuela bis zum Jahr 2012 auf 15 bis 20 Prozent der gesamten Öleinfuhr Chinas ansteigen (Jubany/Poon 2006, S. 24).

Mittelfristig werden auch die südamerikanischen Erdgasvorkommen für die Energieversorgung Chinas an Bedeutung gewinnen, allerdings erst, wenn entsprechende Transportkapazitäten vorhanden sind. Denn Erdgas aus Südamerika kann nach China nur in für Transportzwecke verflüssigter Form (Liquefied Natural Gas/LNG) exportiert werden, wozu Flüssiggasterminals und LNG-Tanker benötigt werden. Entsprechende Investitionen sind geplant bzw. bereits in der Durchführung, wie beispielsweise der Bau einer LNG-Ladepattform in Pisco an der peruanischen Pazifikküste, wohin eine 540 Kilometer lange Gaspipeline aus dem Gasfeld Las Malvinas östlich der Hauptstadt Lima führt. Verladeterminale und Pipeline sind Teil des Camisea-Projekts zur Erschließung von Erdgasvorkommen im peruanischen Amazonaswald, mit de-

nen die Energieversorgung des Landes verbessert und zusätzliche Deviseneinnahmen durch Gasexporte erwirtschaftet werden sollen. Das milliardenschwere Investitionsvorhaben ist zwar einerseits ökologisch höchst umstritten⁴, gilt andererseits aber als Private-Public-Partnership von peruanischen, argentinischen, spanischen und US-amerikanischen Unternehmen als modellhaft für die Mobilisierung bislang ungenutzter südamerikanischer Energieressourcen, was nur mit sehr hohen Investitionen möglich ist.

Primärgüterbasierte Wachstumsstrategien garantieren keine nachhaltige Entwicklung

Über mehrere Dekaden hinweg hatten die meisten südamerikanischen Volkswirtschaften eine Strategie binnenorientierter Industrialisierung favorisiert, die mit wachsender Auslandsverschuldung finanziert werden musste. Allerdings hat diese Strategie, mit der die dependencia – die Abhängigkeit von den Industrieländern – überwunden werden sollte, nur in Brasilien zum Aufbau eines wettbewerbsfähigen Industriesektors geführt. Ein Manko dieser Strategie war die Mixtur aus Staatsinterventionismus und unvollkommener Marktsteuerung, die den Staat als wirtschaftlichen Akteur überforderte und die privaten Unternehmen unterforderte, und im Ergebnis zur Herausbildung wettbewerbsbehindernder Monopol- und Oligopolstrukturen führte. Erst mit den Strukturanpassungsprozessen in den „Modernisierungsdekaden“, den 1980er und 1990er Jahren, wurde die einseitige Ausrichtung auf den Binnenmarkt beendet, so dass andere entwicklungsstrategische Paradigmen für die Wirtschaftspolitik in Südamerika handlungsleitend werden konnten. Für die erfolgreiche Positionierung in der globalisierten Wirtschaft von heute werden in Südamerika unter Berücksichtigung der länderspezifischen Ausgangsbedingungen unterschiedliche Strategien verfolgt; diese unterscheiden sich hauptsächlich durch die Art der Weltmarktintegration und die sektoralen Spezialisierungsmuster der nationalen Produktionsprozesse.

Mehrheitlich haben sich die südamerikanischen Länder für Strategien passiver Weltmarktintegration durch Spezialisierung auf Primärgüterexporte entschieden. Diese Option erscheint vor allem für diejenigen Länder attraktiv, die mit Naturkapital reichlich ausgestattet sind. Tatsächlich zeigt der Subkontinent im internationalen Vergleich ein Vorteilsprofil, das die Ausbeutung von Rohstoffen und die wirtschaftliche



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Hartmut Sangmeister, Studium der Volkswirtschaftslehre; Professor für Entwicklungsökonomik an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Leiter der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik des Alfred-Weber-Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Lateinamerika. Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre: Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas.

Nutzung agrarischer Potentiale im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung nahe legt. Denn hier finden sich die weltweit größten (bekannten) Vorkommen an Rohstoffen wie Eisenerz, Mangan, Kupfer, Nickel, Bauxit; die nachgewiesenen Reserven an Erdöl und Erdgas sind die weltweit zweitgrößten nach dem Mittleren Osten; auch das weltweit immer knapper werdende Gut Wasser ist reichlich vorhanden. Im Südwesten Boliviens, unterhalb der Salzkruste des Salar de Uyuni, lagern schätzungsweise 5,4 Millionen Tonnen Lithium, das als Rohstoff der Zukunft gilt, da es für Laptops und Handys sowie für die Herstellung von Lithium-Akkus verwendet wird.

Der natürliche Reichtum Südamerikas ermöglicht ressourcenbasierte Wachstumsstrategien, die das vorhandene Naturkapital ökonomisch in Wert setzen, um die steigende Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten aus den dynamischen Zentren der Weltwirtschaft zu nutzen. Wie sich als Primärgüterlieferant der Weltwirtschaft beachtliche Exporterfolge erzielen lassen, die das Wirtschaftswachstum beschleunigen, haben Brasilien und Chile in den zurückliegenden Jahren gezeigt. Jedoch sind die primärgüterbasierten Exporterfolge während der letzten Jahre keine Garantie dafür, dass sich mit einer solchen „Reprimarisierungsstrategie“ anhaltendes Wirtschaftswachstum generieren lässt. Eine ressourcenbasierte Wachstumsstrategie ohne nachhaltige Nutzung des Naturkapitals und ohne ein effizientes Management der Umwelt zerstört ihre eigene Grundlage.⁵ Zwar sind Natur- und Umweltschutz in mehreren Ländern Südamerikas verfassungsrechtlich verankert und es bestehen staatliche Institutionen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung – aber zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit kluft häufig eine tiefe Kluft. So ist beispielsweise in Artikel 225 der brasilianischen Verfassung von 1988 das Grundrecht auf eine Umwelt im ökologischen Gleichgewicht festgeschrieben und Verfassungsrang hat auch der Schutz des tropischen Regenwaldes im Amazonasgebiet, dessen Nutzung als „nationales Erbe“ gesetzlich so zu regeln ist, dass die Umwelt erhalten bleibt. Dennoch wird dem tro-

pischen Regenwald im brasilianischen Amazonasgebiet weiterhin an mehreren Fronten gleichzeitig der Garaus gemacht. Irreversible Schädigungen der Umwelt nehmen überall in Brasilien und in anderen südamerikanischen Ländern teilweise dramatisch zu (vgl. Sangmeister 2006).

Wachstumsstrategien, die im Wesentlichen auf der Ausfuhr von Primärgütern basieren, können langfristig nicht nachhaltig sein, wenn sie die Herausbildung von Wertschöpfungsketten im eigenen Land vernachlässigen. Die höchsten Wertschöpfungszuwächse werden in den kommenden Dekaden weltweit in wissensbasierten Produktionsprozessen generiert. Um in diesen Bereichen im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind die südamerikanischen Gesellschaften auf die Fähigkeiten für technologische Entwicklungen und für die Assimilation neuer Technologien angewiesen. Über die hierfür notwendigen leistungsfähigen Institutionen in Kernbereichen wie Bildung, Wissenschaft und Technologie verfügen jedoch bislang nur wenige südamerikanische Länder. Zukunftsfähige Entwicklung kann nicht allein auf der Nutzung des Naturkapitals basieren. Erforderlich sind hierfür auch in Südamerika hinreichendes Humankapital, d.h. eine durch (Aus-)Bildung qualifizierte Bevölkerung, Innovationskapital, d.h. personen- und organisationsgebundenes Wissen für Innovationsprozesse, sowie Sozialkapital, d.h. mithin Vertrauen, Verantwortungsbewusstsein der Gesellschaftsmitglieder und soziale Gerechtigkeit. Zukunftsfähige Entwicklung in Südamerika muss es auch Millionen bislang marginalisierter Menschen ermöglichen, ihre materielle Existenz in einer dauerhaft lebenswerten Umwelt selbstbestimmt gestalten zu können.

LITERATUR

Buchholz, Oliver (2010): Venezuela: Dreh- und Angelpunkt der hemisphärischen Energiebeziehungen. In: Maihold, Günther/Husar, Jörg (Hrsg.): Energie und Integration in Nord- und Südamerika. Opladen, S. 241–261.
Jubany, Florencia/Poon, Daniel (2006): Recent Chinese Engagement in Latin America and the Caribbean: A Canadian Perspective. Ottawa.
Sangmeister, Hartmut (2006): Zwischen Ökonomie und Ökologie: Wirtschaftliche Chancen und

WIRTSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL UND UNGLEICHE ENTWICKLUNG IN SÜDAMERIKA

Umweltrisiken lateinamerikanischer Entwicklungsstrategien. In: Ratter, Beate M. W. (Hrsg.): *Hombre y naturaleza. Mensch/Natur-Beziehungen in Lateinamerika*. Mainz, S. 47–57.
Sangmeister, Hartmut (2007a): Brasiliens neue Rolle in der Weltwirtschaft. In: Rill, Bernd (Hrsg.): *Brasilien. Großmacht in Lateinamerika*. München, S. 49–60.
Sangmeister, Hartmut (2007b): Zwischen Hoffen und Bangen – Lateinamerika im globalen Energiepoker. In: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): *Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung*. München, S. 223–239.
Sangmeister, Hartmut/Zhang, Yingyi (2008): *Die China-Connection. Chinesische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika*. Berlin.
WTO (World Trade Organization) (2009): *International Trade Statistics 2009*. Genf.
Zilla, Claudia (2007): Brasilien und der Mercosur unter der Regierung Lula. In: Rill, Bernd (Hrsg.): *Brasilien. Großmacht in Lateinamerika*. München, S. 61–72.

ANMERKUNGEN

- 1 Soweit keine anderen Quellen angegeben, sind die statistischen Daten in diesem Beitrag den World Development Indicators der Weltbank entnommen; URL: <http://databank.worldbank.org/ddp/home.do> [8.8.2010].
- 2 Mitgliedstaaten der ALBA sind derzeit Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Kuba, Nicaragua, St. Vincent und die Grenadinen, Venezuela; Honduras ist nach dem Staatsstreich 2009 wieder ausgetreten, Grenada und Paraguay haben Beobachterstatus.
- 3 Der 1996 gegründeten CAN gehören Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru an; Venezuela trat 2004 aus der Anden-Gemeinschaft aus, um sich dem MERCOSUR anzuschließen; Chile, das 1976 aus der Grupo Andino – der Vorgänger-Institution der CAN – ausgetreten war, ist seit 2006 „assoziiertes Mitglied“ der CAN. Alle Mitgliedstaaten der CAN sowie Chile sind dem MERCOSUR assoziiert.
- 4 Die Pipeline, die seit August 2004 in Betrieb ist, führt von dem sensiblen Ökosystem des Regenwaldes im südöstlichen Amazonastiefland Perus über die Anden und endet an der pazifischen Küste in Perus einzigem Küstennaturreservat; zudem findet die Erdgasförderung des Camisea-Projektes in einem Reservat indigener Gemeinschaften statt.
- 5 Zu einem Verzicht der ökonomischen Nutzung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen in fragilen Ökosystemen sind Regierungen in Südamerika gegen Ausgleichszahlungen der internationalen Staatengemeinschaft durchaus bereit. So sieht beispielsweise eine Vereinbarung Ecuadors mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) vor, dass die Erdölförderung im Yasuni-Nationalpark im Amazonasgebiet unterbleibt, sofern die internationale Gemeinschaft in den kommenden 13 Jahren rund 2,7 Milliarden Euro als Entschädigung aufbringt.

Lautloser Aderlass oder „Bau einer gemeinsamen Zukunft“?

Bettina Hoyer

Die Initiative zur regionalen Infrastrukturintegration IIRSA ist ein gigantisches Unterfangen. Mehr als 500 einzelne Projekte in den Bereichen Energie, Transport und Kommunikation sollen die Einbindung Südamerikas in die Weltwirtschaft forcieren und die regionale Integration der südamerikanischen Staaten fördern. Die Einzelprojekte entstehen entlang von zehn miteinander verbundenen Entwicklungs- und Infrastrukturachsen, die Südamerika von Nord nach Süd, von Ost nach West durchschneiden. Bettina Hoyer zeigt auf, dass dieses – von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene – Projekt auf natürliche Ressourcen sowie auf soziale Folgekosten für die indigene Bevölkerung wenig Rücksicht nimmt. Für Umweltverträglichkeitsstudien und Untersuchungen darüber, welche Auswirkungen die Projekte auf die indigenen Völker haben, sind trotz immenser Investitionskosten keine Mittel vorgesehen. |

„IIRSA war von Beginn an ein ‚lautloses‘ Projekt, das sehr wenig bekannt gemacht wurde – ein Aspekt, der zu seinem rasanten Fortschreiten beigetragen hat. Paradoxe Weise wurde auch seine Entwicklung durch den spärlichen Widerstand sowie das unzureichende Handeln der Umweltbehörden begünstigt.“¹

Glücklicher ohne Strom?

Sie möchten gern im Dschungel leben? Abgeschieden von der Hektik des modernen Lebens, entspannt und eins mit der Natur, nicht diese elendige Verschwendung, dieser Konsumzwang. Leben in einer intakten, übersichtlichen Gemeinschaft. Mehrere Generationen kümmern sich umeinander, leben vielleicht sogar unter einem Dach. Keine Straße, kein Strom? Nur über eine Sandpiste, die bei starkem Regen zu einer unpassierbaren Schlammrinne mutiert, gelangt man zum Haus. Es gibt keine Waschmaschine.

Die Realität des „naturverbundenen Lebens“ ist weniger rosarot: Wasser muss meist aus einem mehrere Gehminuten entfernten Fluss mit Kanistern geholt werden. Der Generator der Gemeinde, der die Pumpe für die Zisterne antreibt,

läuft nur wenige Stunden am Tag, wenn überhaupt. Der Gemeindevorsteher sagt, es gebe kein Benzin. Die Familien im Dorf leben mehr schlecht als recht von dem, was der Eigenanbau hergibt und was Söhne, die auf der Suche nach Arbeit in die Hauptstadt gegangen sind, an Geld nach Hause schicken. Und wenn Sie schnell einen Arzt brauchen, ist das fast wie ein Todesurteil: Bis zur nächsten Gesundheitsstation sind es mehrere Stunden auf holprigen Straßen im Pick-up, dann im Bus – wenn es mit der Verbindung klappt.

Mit der südamerikanischen Infrastrukturinitiative IIRSA könnte das alles ganz anders werden: IIRSA verspricht Strom, Straßen und Kommunikation. Sie wohnen im Dschungel, aber die Waschmaschine läuft, das Handy klingelt und auf einer asphaltierten Straße können Sie binnen kurzer Zeit zur nächsten Stadt fahren und Ihre Mutter ins Krankenhaus bringen. Sie arbeiten eine halbe Autostunde von zu Hause entfernt in einem Dienstleistungsunternehmen, denn die neue Straße hat Handel und Tourismus in Schwung gebracht. So ist das Entwicklungsprojekt doch angelegt. Oder etwa nicht?

Zehn Entwicklungsachsen für 75 Milliarden US-Dollar

IIRSA, die Initiative zur regionalen Infrastrukturintegration in Südamerika, ist ein gigantisches Unterfangen: Mehr als 500 Einzelprojekte in den Bereichen Energie, Transport und Kommunikation sollen bis zum Jahr 2020 die Einbindung Südamerikas in die Weltwirtschaft vorantreiben und die „regionale Integration“ fördern. Bis Ende 2010 sollen in einer ersten Phase „prioritäre Projekte“ verwirklicht werden. Mindestens 52 dieser Projekte sind bereits beendet (vgl. www.iirsa.org; Stand vom August 2009).

Die Einzelprojekte entstehen entlang von zehn miteinander verbundenen „Achsen“, so genannten Entwicklungs- oder Infrastrukturachsen, die den Kontinent von Nord nach Süd, von Ost nach West durchschneiden. Die geschätzten Investitionskosten betragen insgesamt knapp 75 Milliarden US-Dollar. Für detaillierte Umweltverträglichkeitsstudien und Untersuchungen darüber, welche Auswirkungen die Projekte auf die indi-

genen Völker haben, sind bei IIRSA keine Mittel vorgesehen.

Der „Zugang zu Zonen mit hohem produktivem Potential, die derzeit isoliert sind bzw. deren Potential aufgrund fehlender Infrastrukturangebote in den Bereichen Transport, Energie oder Telekommunikation nicht genutzt werden kann, soll durch diese harmonische Neuordnung und Entwicklung erleichtert werden“, heißt es auf der Homepage von IIRSA.² Mit dieser Maßnahme wolle man erreichen, dass sich Firmen entlang der Achsen ansiedeln und sowohl für den südamerikanischen Markt, als auch für den Export in globale Märkte produzieren, so die Vision des Mammutprojekts. Anders ausgedrückt: Es werden Korridore geschaffen, die es ermöglichen sollen, dass südamerikanische Rohstoffe dem (Welt-)Markt zugänglich sind. Dafür werden Straßen neu gebaut oder befestigt, Flüsse zu Wasserstraßen ausgebaut oder umgeleitet, Kanäle geschaffen. Häfen und Flughäfen werden erweitert oder entstehen neu, zahlreiche Wasserkraftwerke sollen Energie bereitstellen, Pipelines für den Transport von Erdgas- und Erdöl werden gelegt.

Das Überwinden „geographischer Barrieren“

Wenn auf der aufwändig gestalteten Homepage des Großprojekts vom Überwinden „geographischer Barrieren in der Region“ die Rede ist, sind damit die noch wenig erschlossenen Landschaften im Amazonasgebiet oder in den Anden gemeint: Flüsse, die unbegradigt ihrem natürlichen Verlauf folgen, Hochebenen mit sensiblen Ökosystemen, nahezu unberührte Urwälder der „grünen Lunge“ des Planeten, des Amazonasgebiets. Es sind zudem Gebiete von hoher Artenvielfalt und nicht zuletzt sind in diesen „Barrieren“ häufig auch Territorien indigener Völker anzutreffen.

IIRSA wurde im August 2000 in Brasilia aus der Taufe gehoben. Schirmherr der Gründungsversammlung war der damalige Präsident Brasiliens, Fernando Henrique Cardoso von der Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB). Alle zwölf Staaten Südamerikas sind mit von der Partie: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecua-

dor, Guayana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Surinam, Uruguay, Venezuela – die einzige Ausnahme bildet Französisch-Guayana.

Angeschoben wurde IIRSA durch die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Andine Entwicklungskooperation (CAF) und den Finanzfonds für die Entwicklung des Beckens des Río de la Plata (FONPLATA), die gemeinsam die Leitung des Projekts übernommen haben.

Die Gewichtung der Infrastrukturprojekte nach Sektoren fällt dabei sehr ungleich aus: 87 Prozent der Projekte fallen in den Bereich des Transportwesens, nur rund elf Prozent betreffen den Energiesektor und knapp zwei Prozent der Projekte sollen im Bereich der Telekommunikation umgesetzt werden.

Ein kostengünstigerer Rohstofftransport sowie die Schaffung von Zugängen zum Weltmarkt für Güter aus Südamerika werden sowohl von IIRSA selbst, als auch von den Kritikern der Initiative als zentrales Ziel des Infrastrukturpakets ausgemacht. Während die Fürsprecher von IIRSA darin jedoch eine Chance für eine gewichtigere Rolle Südamerikas auf dem Weltmarkt und auf der politischen Bühne sehen, gehen Kritiker mit dem Projekt wegen seiner einseitig-extraktiven und externen Ausrichtung hart ins Gericht: Die sozialen Kosten und die Umweltkosten, die IIRSA verursacht, sollen lokal beglichen werden und seien nicht mit einberechnet, warnen sie.

So erklärt beispielsweise Christian Russau, Vorstandsmitglied des bundesweiten Netzwerks der Brasilien-Solidaritätsgruppen „KoBra – Kooperation Brasilien“ im Interview: „So sehr der Ausbau in den genannten Bereichen grundsätzlich begrüßenswert ist, so unerlässlich ist aber auch die Frage: Was genau wird wie von wem gemacht? Um welche Projekte handelt es sich? Wurden die Auswirkungen auf Natur, Mensch und Umwelt in allen Stufen des Genehmigungs- und Bauprozesses eingehalten? Werden die auf dem Papier festgelegten Ansprüche eingehalten, beispielsweise was die von der UNO geforderte Einhaltung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung der vom jeweiligen Projekt Betroffenen anbelangt?“ (Interview am 15.11.2010)

Undemokratische Top-Down-Implementierung

Genau dies, beklagen Experten und Betroffene, geschehe aber nicht. Stattdessen wird ein gewaltiges Demokratiedefizit festgestellt (vgl. Fuser 2008; Ribera 2008; Dourojeanni 2009). „Grundsätzlich“, so der brasilianische Journalist und Politikwissenschaftler Igor Fuser,

„werden die Projekte als bereits beschlossen bekannt gegeben. Die demokratische Debatte beschränkt sich dann auf die Wege und Mittel zur Anpassung an diese Unumkehrbarkeiten. In vielen Fällen wird die lokale Bevölkerung nicht über die direkten Konsequenzen der geplanten Bauten informiert“ (Fuser 2008). Partizipative Strukturen der Entscheidungsfindung, die gemäß nationalen wie internationalen Verträgen verpflichtend sind, bleiben einfach außen vor. Hierzu zählt beispielsweise die laut Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO vorgeschriebene Konsultation indigener Völker, wenn ihre Territorien von Maßnahmen oder Gesetzen betroffen sind (vgl. Fuser 2008; Ribera 2008; Dourojeanni 2009), sowie ihr Recht, Maßnahmen abzulehnen oder Änderungen zu verlangen.

Konsultation der Bevölkerung – Fehlanzeige

So erklärt der Vorsitzende Miguel Palacinin des Dachverbands CAOI der indigenen Organisationen des Andenraums unumwunden: „Zu diesen Projekten gibt es keine Anhörungen, es gibt ja noch nicht einmal Informationen darüber. Es werden einfach Verwaltungsdekretive in Kraft gesetzt, die überhaupt keine Partizipation der Zivilgesellschaft möglich machen“ (2009, CAOI-Video).³ Und Cristian Domínguez, Referent für natürliche Ressourcen bei der Vereinigten Bauerngewerkschaft Boliviens, erklärt: „Sie sagen zwar, dass sie eine Anhörung machen, aber das stimmt nicht. Sie kommen und geben einen Informationsworkshop, aber das ist keine Konsultation“ (2009, CAOI-Video).⁴ Zudem, so unterstreicht Christian Russau, „gibt es unzählige belegte Fälle, in denen vermeintliche Anwohner gegen Geld oder Sachleistungen zu Anhörungen angekart wurden, um ohne Vor-Ort-Kennntnis ihre Zustimmung zu signalisieren; unzählige Fälle, in denen Anhörungen deshalb zur Farce wurden, weil Betroffene zwar kritische Fragen stellen durften, die Antworten aber in einer nur Spezialisten verständigen Fachsprache und mit dem Verweis auf die Beurteilung durch einen ‚Experten vom Fach‘ gegeben wurden.“ (Interview am 15.11.2010)

Wem nützt dieses „pharaonische“ Projekt?

Fuser mahnt, ebenso wie Russau und Dourojeanni, nicht beim Hadern zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz stehen zu bleiben, sondern die Frage nach den eigentlichen Interessen hinter den „pharaonisch anmu-

LAUTLOSER ADERLASS ODER „BAU EINER GEMEINSAMEN ZUKUNFT“?

tenden Infrastrukturprojekten“ zu stellen: Wem dient die Energie der Wasserkraftwerke? Wer gewinnt am Warentransport? Wer sind die Nutznießer der schiffbaren Flüsse?

„IIRSA ist ein aus lauter einzelnen Megaprojekten zusammengeschnürtes Paket, das sich liberale Regierungen ausgedacht haben, denen sehr viel am Prozess der Integration gelegen ist, allerdings nicht im Sinne einer Integration der Völker. Man wird Straßen, Wasserwege, Wasserkraftwerke und Stromleitungen errichten, die den transnationalen Unternehmen künftig einen leichteren Zugang zu den natürlichen Ressourcen ermöglichen werden. Darin besteht das hauptsächliche Ziel“, erklärt Miguel Palacin von der CAOI (Palacin 2009, Video CAOI).⁵ Der in Brasilien lebende peruanische Agrarökonom und Forstwirtschaftler Dourojeanni hat 2009 ein Buch veröffentlicht,⁶ in dem er aufzuzeigen versucht, welche Folgen die derzeitigen Infrastrukturpläne für das peruanische Amazonasgebiet haben. Der Autor, der u. a. in Brasilien als Berater für die IDB arbeitet, unterstreicht, das Projekt „zeigt die Merkmale einer Philosophie der Eroberung, der Kolonisierung und der Ausbeutung. Anders gesagt: Es handelt sich nicht um die Besetzung eines Territoriums, um darin zu leben, sich darin zu entwickeln und mit ihm zu wachsen. Nein, es geht darum, hineinzugehen, soviel wie möglich herauszuholen und wieder zu verschwinden. Das ist eine unbestreitbare Tatsache“ (Dourojeanni 2010, Video).⁷

Sein Buch bezeichnet Dourojeanni eher als einen Bericht. Geschrieben habe er ihn als „Antwort auf die Tatsache, dass die Gesellschaft, die peruanische Öffentlichkeit sehr wenig oder nichts darüber weiß, was man mit Amazonien vorhat. Besonders augenfällig sind dabei die Probleme der Indigenen, die im Baguazo⁸ kulminierten, oder das Auftauchen von Inambari⁹ als beschlossene, schon zwischen den Regierungen abgekartete Sache – während die Bevölkerung praktisch überhaupt keine Kenntnis davon hatte“ (Dourojeanni 2010, Video).¹⁰

Spot 1: Das Öffnen der Adern – Straßen

Projekte im Transportsektor befinden sich bei IIRSA, wie bereits erwähnt, mit einem Anteil von 87 Prozent bzw. 444 der insgesamt 510 Projekte eindeutig in der Überzahl. Bei 207 Projekten geht es

um den Aus- oder Neubau von Straßen. „Die stärksten Auswirkungen haben Straßen. (...) Denn sie öffnen den Weg für alle Arten der Bodennutzung: Für den Bergbau, den Holzeinschlag, die Viehzucht, den Ackerbau – der den Wald dann schließlich ganz vernichtet“ (Dourojeanni 2010, Video).¹¹ 2004 gab es laut Angaben des brasilianischen Verkehrsministeriums im Amazonasgebiet (Bundesstaaten Rondonia, Acre, Amazonas, Roraima, Pará, Amapá und Tocantins) insgesamt 110.000 Straßenkilometer. Nur 15.000 Kilometer davon waren allerdings asphaltiert. Selbst so genannte „Highways“ im Amazonasgebiet sind vielfach Schlammrinnen, die nur mit geländegängigen Fahrzeugen befahrbar sind und nach Regenfällen teilweise völlig unpassierbar werden. Doch lokale Akteure, hauptsächlich Holzfäller, Farmer, Viehzüchter und

Bergbauunternehmen haben tausende Kilometer illegale und inoffizielle Straßen geschaffen, die häufig im Nachhinein, ohne Prüfung, von Gemeindeverwaltungen legalisiert werden. So legen Satellitenaufnahmen offen, dass die Länge der offiziellen Straßen im Amazonasgebiet 2003 bei nur 25.074 Kilometern lag, die der illegalen jedoch bei 172.405 Kilometern (WWF 2007, S. 14). „Mehr als 80 Prozent der Regenwaldvernichtung finden im Umkreis von fünf km entlang von legalen und illegalen Straßen statt. Führt die brasilianische Regierung die Straßenbaumaßnahmen wie geplant durch, ohne Maßnahmen für den Schutz des Amazonasregenwaldes zu ergreifen, hätte dies die Zerstörung von 170 Millionen Hektar Tropenwald zur Folge“, schreibt der World Wide Fund for Nature (WWF) in einer Studie zu den Auswirkungen des Stra-

ßenbaus im brasilianischen Amazonasgebiet von 2007 (WWF 2007, S. 6). Für den globalen Klimaschutz ist die Erhaltung des Amazonasregenwaldes unbestritten von großer Bedeutung. In den Bäumen sind ca. 120 Milliarden Tonnen CO₂ gespeichert – das entspricht etwa dem 15-fachen der jährlichen Treibhausgasemissionen. Die Zerstörung der Wälder verursacht mit rund 20 Prozent mehr CO₂-Ausstoß als der gesamte Transportsektor: „Um das Holz mit Traktoren und LKWs abtransportieren zu können, werden jedoch Straßen und Rückgassen in den Regenwald geschlagen, auf denen Siedler nachziehen können – landlose Kleinbauern ebenso wie Grileiros – Großgrundbesitzer, die sich in einem Klima der Gesetzlosigkeit und fehlender Rechtsstaatlichkeit ganze Landstriche widerrechtlich aneignen“ (WWF 2007, S. 9).

**Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.**

Spot 2: Soja

Die zentrale interozeanische Achse, die zwischen Brasilien, Bolivien und Peru verläuft, soll die Transportkosten der brasilianischen Agroindustrie an den Pazifik verringern. „Dies ist das erklärte Ziel von zwei der umstrittensten Bauvorhaben: Rio Madeira, wo neben den Staudämmen eine Wasserstraße geplant ist, und die interozeanische Straße, die bei 2.586 Kilometern Länge durch Peru die Anden überqueren soll“ (Fuser 2008).

Nach Einschätzung des brasilianischen Konsortiums der Unternehmen Furnas und Odebrecht würden die Infrastrukturprojekte die Erzeugung von 25 Millionen Tonnen Soja pro Jahr in Brasilien möglich machen. Hierzu müsste das für eine voll mechanisierte Landwirtschaft nutzbare Land allerdings um etwa

80.000 Quadratkilometer ausgedehnt werden. Diese Ausweitung der Agroindustrie könnte nur durch gesetzeswidrige Abholzungen, durch Vertreibung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und traditioneller Bewohner erreicht werden, denn sollte diese Entwicklung auf legalem Wege erfolgen und gleichzeitig die gesetzlich festgelegten Reserven berücksichtigen wollen, müssten die privaten Landbesitze insgesamt mehr als 400.000 Quadratkilometer abgeben, um die notwendige Fläche zu erreichen, denn soviel privater Landbesitz ist in der Region überhaupt nicht vorhanden (Brasilicum 2009, S. 5).

Spot 3: Das Amazonasgebiet

Das brasilianische Amazonien durchlaufen vier der so genannten Entwicklungsachsen. Als einer der besonders umstrittenen Korridore sei hier die Amazonasachse herausgegriffen. Sie verläuft quer über den Kontinent durch Kolumbien, Ecuador, Peru und Brasilien. Durch den Ausbau von Transportwegen werde, so die Nichtregierungsorganisation Bank Information Center (BIC), eine neue Handelsroute zwischen Asien und Brasilien geschaffen, die durchaus eine Alternative zum Panama-Kanal darstellt: Man rechnet beim Warentransport mit einer Zeitersparnis von bis zu 28 Tagen. 57 Projekte mit geschätzten Investitionskosten von 5,2 Milliarden US-Dollar sind geplant. Dazu werden die Pazifikhäfen Paita in Peru, Esmeraldas in Ecuador und Tumaco in Kolumbien mit der Amazonasmündung bei Belém (Brasilien) verbunden. Mineralien aus dem Andenraum sollen durch diesen Korridor nach Europa gelangen und in der Gegenrichtung sollen Produkte Amazoniens, wie Fleisch, Holz, Fisch, Mineralien, Soja und andere Produkte der Agrarindustrie nach Asien und Nordamerika geliefert werden. Vorgesehen ist unter anderem der Bau von zwölf neuen Straßen, 21 Häfen für die Binnenschifffahrt und fünf Flughäfen.

Anhörung vor dem Interamerikanischen Gerichtshof (CIDH)

Während der 138. Sitzungsperiode des Interamerikanischen Gerichtshofs im März dieses Jahres haben Vertreter des Juristennetzwerkes zur Verteidigung Amazoniens (RAMA) einen Bericht über die Umsetzung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung indigener Völker in Bezug auf Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien und Brasilien vorgelegt. Das Ergebnis ist besorgniser-

LAUTLOSER ADERLASS ODER „BAU EINER GEMEINSAMEN ZUKUNFT“?

regend, man könnte auch sagen: IIRSA ist „durchgefallen“. Die RAMA fordert die CIDH zum Beispiel dazu auf, dafür zu sorgen, dass – egal, ob dies nun im Rahmen von IIRSA vorgesehen ist oder nicht – Umweltfolgenstudien gemacht werden, ebenso wie Untersuchungen darüber, welche Auswirkungen die Projekte auf die indigenen Völker haben werden. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte solle sich zudem vor Ort ein Bild von der Lage verschaffen und die nationalen Regierungen an ihre Verpflichtungen zur Einhaltung von Menschenrechten gegenüber den indigenen Völkern erinnern.

Der Bericht der RAMA listet Achse für Achse auf, welche Projekte geplant sind, welche indigenen Völker mit ihren Territorien von den jeweiligen Korridoren betroffen sind und welche Naturschutzgebiete dort liegen. Bereits das schlichte Lesen einer derart langen Liste von Territorien und Schutzgebieten verdeutlicht, wie viele Völker dort leben, denen Rechte zugesprochen wurden, die es jetzt einzuhalten gilt. Die mit IIRSA verbundenen Projekte werden allein in Brasilien Auswirkungen auf eine Fläche von etwa 2,5 Millionen Quadratkilometer haben. „Innerhalb dieses Areals liegen 47 vollständig geschützte Naturreservate, 90 Zonen nachhaltiger Bewirtschaftung, 107 bereits vermessene Gebiete indigener Völker, 484 Flächen, die von der Regierung bereits zum Schutz der Biodiversität vorgesehen wurden“ (Brasilicum 2009, S. 5). Die geplanten Projekte werden in den Territorien verschiedener indigener Völker durchgeführt und werden die Kolonisierung weiterer Völker bewirken.

Fehlende Rechtssicherheit für lokale Bevölkerungen

Es ist nicht das erste Mal, dass Indigene wegen Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von IIRSA vor den CIDH gezogen sind. Bereits am 2. November 2009 hatte es auf Betreiben des Dachverbands der Indigenen-Organisationen des Andenraums (CAOI) und des Indian Law Resource Center eine Anhörung mit Vertretern aus Bolivien, Peru und Brasilien zu IIRSA gegeben. Narciso Roca, Repräsentant der indigenen Gemeinden von Turabo (Department Santa Cruz, Bolivien) vom Volk der Chiquitano, schilderte der Kommission beispielsweise, dass die Vergabe der Landtitel nicht rechtzeitig vor dem Bau der Straße Bioceánica Santa Cruz nach

Zur Zeit der Eroberung Brasiliens durch die Portugiesen Mitte des 15. Jahrhunderts bedeckte der Regenwald die brasilianische Küste von Rio Grande do Norte bis Rio Grande do Sul. Von den einstmals 1,3 Millionen Quadratkilometern sind heute im Südosten Brasiliens nur noch etwa acht Prozent vorhanden. Die verbleibenden Reserven des Regenwaldes wurden von der UNESCO 1992 zum Biosphärenreservat und 1999 zum Welterbe erklärt.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Puerto Suárez durchgeführt worden war. Deshalb erhielten die Einwohner dann auch keine Entschädigungszahlungen, wenn die Straße auf ihrem Land gebaut wurde. Wilde Bodenspekulationen und Auseinandersetzungen um Land hätten daraufhin begonnen, Widerer waren plötzlich eine Konkurrenz zur gemeinschaftlich gepflegten Jagd, Agroindustrielle mit großen Viehherden beanspruchten Land. Letzten Endes, so Roca, drohe das Zusammenspiel von Rechtsunsicherheit, sich daraus ergebenden Verwerfungen und den über die Bevölkerung hereinbrechenden Verlockungen des Konsums, die eigene Kultur auszulöschen.

„... aber das haben sie nicht eingehalten!“

Aus den Top-Down-Effekten mit mangelnden Instrumentarien zur Partizipation und großen Hindernissen für die betroffenen Bevölkerungsteile, ihre Rechte gegenüber Behörden und Unternehmen durchzusetzen, eröffnen sich umgekehrt Räume für die Willkür von ausführenden Firmen und Behörden. „Die Baufirma kippt einfach den Abraum auf unsere Felder“, erklärt beispielsweise Feliciano Amado Ch. von der Landesgeschäftsstelle der Vereinigung der vom Bergbau Betroffenen in Peru. „Die großen Maschinen und Transporter der Bergbaufirmen, der Holzfirmer dringen einfach in unsere Territorien ein, ohne uns vorher zu fragen“ (Juan Ulmer Villar, Führungspersönlichkeit, Esse Ejja); „Es gab eine Übereinkunft, dass sie eine Zufahrt von der Straße bis zur Gemeinde bauen sollen. Aber das haben sie nicht gemacht“ (Carmelo Céspedes, Führungspersönlichkeit, Volk der Chiquitano, Bolivien); „Sie hätten uns die Schule in perfektem Zustand übergeben sollen, mit Licht, Strom- und Wasseranschluss. Stattdessen haben sie uns hier fast einen Rohbau hinterlassen“ (Ivanio Soleto, Führungspersönlichkeit, Volk der Chiquitano, Bolivien); „Es gab Arbeit, allerdings höchstens für einen oder zwei Monate, zum Mindestlohn“ (Luis Chura, Leiter der Vereinigung der Kleinproduzenten, Esquilaya) (CAOI 2009).

Spot 4: Die Finanzierung

Erklärtes Ziel von IIRSA ist es, Kooperationen zwischen Privatfirmen und öffentlichen Gebern zur Finanzierung der Projekte zu schaffen. Die Nichtregierungsorganisation BIC weist auf zwei kritische Punkte hin: Zum einen werden 80 Prozent der Projekte aus öffentlichen Geldern finanziert, zum anderen hat sich die Brasilianische Entwicklungs-

bank BNDES zunehmend zum wichtigsten Finanzier der Projekte entwickelt: Ärmere Staaten verschulden sich de facto im Zuge der IIRSA-Projektdurchführung bei Brasilien.

Besser weiter im Dunkeln sitzen?

Die WWF-Studie für das brasilianische Amazonasgebiet aus dem Jahr 2007 enthält eine außerordentlich positive Nachricht: Straßenbau ist nicht unbedingt mit einer noch schnelleren Zerstörung des Regenwaldes verknüpft, wenn geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Wenn sich allerdings die übliche Praxis nicht ändert, illegal gerodetes Land im Nachhinein den (Großgrund-)Besetzern zuzusprechen, sieht die WWF-Studie keine Verbesserungsmöglichkeiten. Vor allem wird die Durchsetzung der bestehenden Umweltschutzgesetze seitens der brasilianischen Regierung gefordert, gekoppelt mit dem Druck internationaler Märkte und Finanzinvestoren auf die Agrarwirtschaft. Anders gesagt: Es wäre schon viel erreicht, wenn bereits bestehende Gesetze eingehalten würden. Dies würde einem ökologischen und sozial verantwortungsvollen Wirtschaften zuträglich sein. Das als „Governance“ bezeichnete Szenario dieser Studie geht zudem davon aus, dass das Netz an Gebieten, die unter einer Form von Schutz stehen, wie geplant von 32 Prozent auf 41 Prozent des brasilianischen Amazonasgebietes erweitert wird, in den geschützten Gebieten der Wald vollständig erhalten bleibt und auf privatem Land nur 50 Prozent des Waldes gerodet werden (gemäß brasilianischem Gesetz dürften eigentlich sogar nur 20 Prozent gerodet werden).

So fordert der WWF etwa die Entwicklung und Umsetzung ökologischer und sozialer Richtlinien in der nationalen und transnationalen Infrastrukturplanung unter aktiver Einbeziehung der Zivilgesellschaft; die Entwicklung, Umsetzung und Kontrolle ökologischer und sozialer Standards für die Finanzierung durch multilaterale Entwicklungsbanken und andere Finanzinstitutionen; auf Infrastrukturmaßnahmen in großen intakten Regenwaldblöcken (No-Go-Zonen) sollte verzichtet werden; die Herstellung des Rechtsstaats im Amazonas und Durchsetzung der Gesetze; die Durchführung einer Umweltverträglichkeits- und Nachhaltigkeitsprüfung vor Baubeginn, wodurch langfristige ökologische, soziale und ökonomische Kosten und Nutzen auf lokaler und überregionaler Ebene analysiert werden; die Entwicklung geeigneter Strategien zur Abmilderung negativer Auswirkungen und zur Förderung positiver Auswirkungen

auf eine nachhaltige Entwicklung; aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei Planung, Durchführung und Erfolgskontrolle dieser Maßnahmen.

Auch die vor dem CIDH klagenden indigenen Vertreter plädieren entschieden für Infrastrukturprojekte. Sie fordern allerdings, dass diese Entwicklungsprojekte anders gestaltet und die lokalen Bevölkerungen als Akteure einbezogen werden.

Der südamerikanische Hunger nach Energie, nach mehr Unabhängigkeit von und mehr Gewicht an den Weltmärkten muss befriedigt werden. „Peru braucht ein Inambari, das steht außer Zweifel, die Frage ist nur: Wie viele müssen es sein und wie müssen sie aussehen?“, fragt der Forstwirtschaftler Dourojeanni (Dourojeanni 2009, Video). „Wenn wir IIRSA kritisieren, bestreiten wir nicht die Notwendigkeit, Straßen, Eisenbahnstrecken, Wasserwege, Häfen und Flughäfen zu bauen oder in den Energie- und Telekommunikationssektor zu investieren“, unterstreicht der brasilianische Soziologe Luiz Fernando Nova von der Nichtregierungsorganisation Rede Brasil. Binnenentwicklung und soziale Entwicklung müssten jedoch zuerst berücksichtigt werden: „Die Produktion und Verteilung von Energie im Kontinent muss im Hinblick auf die Förderung regionaler Wirtschaftsdynamik erfolgen – und nicht als reiner Nachschub für die transnationalen Produktionsketten“, so Nova. Produktion mit einem Minimum an Umweltschäden sei durchaus möglich. Dafür sei aber eine öffentliche Planung im Bereich Infrastruktur unabdingbar. „Das [ist das] genaue Gegenteil von dem, was wir heute in Brasilien erleben“, so seine Warnung (Nova zitiert in Fuser 2008).



UNSERE AUTORIN

Bettina Hoyer (Ethnologin M.A.) arbeitet als freie Journalistin und Übersetzerin mit dem Schwerpunkt Lateinamerika. Sie ist Mitbegründerin des Übersetzer-Netzwerks LinguaTransFair.

Fazit

Dieser Beitrag kann und soll nicht mehr sein als der Hinweis auf einen Prozess, der im Stillen einen rasanten Fortgang nimmt. Wenn es weiterhin so still bleibt, wird es schwierig werden, Nachbesserungen einzufordern. Das Zukunftsszenario dürfte dann aus eher eilig durchgeführten Reparaturversuchen bestehen und in offenen, ausgebluteten Adern Südamerikas. Es fehlen mit hin Kampagnen von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen zum Thema, die das Mammutprojekt thematisieren und in den Blick nehmen und eine Diskussion in Gang bringen. Das gilt sowohl für Südamerika selbst als auch für die internationale Gemeinschaft.

LITERATUR

Brasicum (2009): Staudämme und Infrastrukturprojekte. Sonderheft 186–187/Okttober 2009.
Dourojeanni, Marc u. a. (2009): AMAZONÍA PERUANA EN 2021. Explotación de recursos naturales e infraestructuras: ¿Qué está pasando? ¿Qué es la que significa para el futuro? ProNaturaleza – Fundación Peruana para la Conservación de la Naturaleza, G y G Impresores SAC, Lima.
Fuser, Igor (2008): Amazonien: Infrastruktur im Dienste des Großkapitals. Wie mit internationalen Programmen Amazonien in die Weltwirtschaft integriert werden soll. In: Lateinamerikanachrichten 414; URL: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/2886.html> [16.11.2010]
Gruenberger, Jenny (2008): Presentación. In: Marco Octavio Ribera Arismendi: La amenaza del IIRSA en Bolivia. Estudio de caso, Liga de Defensa del Medio Ambiente, S. 6, La Paz, Bolivia.
Killeen, Timothy J. (2007): A Perfect Storm in the Amazon Wilderness: Development and Conservation in the Context of the Initiative for the Integration of the Regional Infrastructure of South America (IIRSA). In: Advances in Applied Biodiversity Science, Number 7; URL: http://www.conservation.org/publications/Documents/AABS.7_Perfect_storm_English_low.res.pdf [16.11.2010]
McElhinny, Vince. (2009): IIRSA –Tendencias y Escenarios para el futuro Foro Social, (BIC); URL:

<http://www.bicusa.org/de/Document.100724.aspx>
World Wide Fund for Nature/WWF (2007): Straßen der Zerstörung. Eine Analyse der Straßenbauprojekte im brasilianischen Amazonasgebiet. Frankfurt a. M.

INTERNETQUELLEN

http://www.iirsa.org/BancoConocimiento/p/principios_orientadores/principios_orientadores.asp?CodIdioma=ESP [16.11.2010]

VIDEOQUELLEN

Ain-Noticias 2009; URL: <http://www.aininoticias.org/?p=285> [16.11.2010]
CAOI 2009; URL: <http://www.youtube.com/watch?v=zoH322hmi24&feature=related> [16.11.2010]
Sociedad Peruana de Derecho Ambiental (2010); URL: http://www.youtube.com/watch?v=T_LN8AiObFo [16.11.2010]

ANMERKUNGEN

- 1 Originalzitat: „El IIRSA desde su inicio, fue un proceso “silencioso” y muy poco difundido, aspecto que contribuyó a su raudal avance, paradójicamente, también su desarrollo fue favorecido por el escaso nivel de resistencia y el escaso protagonismo de las oficinas ambientales (Gruenberger 2008, S. 61).
- 2 Originalzitat: „Este ordenamiento y desarrollo armónico del espacio suramericano facilitará el acceso a zonas de alto potencial productivo que se encuentran actualmente aisladas o subutilizadas debido a la deficiente provisión de servicios básicos de transporte, energía o telecomunicaciones.“ URL: http://www.iirsa.org/BancoConocimiento/p/principios_orientadores/principios_orientadores.asp?CodIdioma=ESP [11.11.2010]
- 3 Originalzitat: „Estos proyectos no están consultados, ni siquiera informados, porque se están haciendo por directorios que no tienen ninguna participación de la sociedad civil“ (2009, CAOIVideo).
- 4 Originalzitat: „Dicen que hacen consulta, pero lo que hacen es: van y dan un taller informativo y no consultan“ (2009, CAOIVideo).
- 5 Originalzitat: „IIRSA es un conjunto de megaproyectos construido por gobiernos liberales que están muy relacionados con el proceso de la in-

LAUTLOSER ADERLASS ODER „BAU EINER GEMEINSAMEN ZUKUNFT“?

tegración y no con el afán de integrar a los pueblos. Se va a construir carreteras, hidrovías, hidroeléctricas, líneas de interconexión eléctrica que va a permitir facilitar a las empresas multinacionales tener mejor acceso a los recursos naturales. Ese es el principal objetivo Miguel Palacín“ (2009, CAOIVideo).

6 Vgl. im Literaturverzeichnis Dourojeanni et. al. (2009).

7 Originalzitat: „... demuestra la aplicación de este tipo de filosofía: de conquista, colonización, explotación. O sea, no es la ocupación de un territorio con el propósito de vivir en él, de desarrollarse en él y de crecer con él. No, es un propósito de entrar, tirar lo mas posible e irse. Eso es un hecho“ (Dourojeanni 2010, Video).

8 Baguazo: Bezeichnung für die Eskalation der Gewalt am 5. Juni 2009 in Bagua, bei der mindestens 33 Menschen starben, darunter 30 Indigene. Indigene hatten aus Protest gegen eine Reihe von Gesetzen, durch die sie ihre Rechte angegriffen sahen, mehrere Wochen eine Straße besetzt gehalten. Polizei und Armee versuchten am 5. Juni die Straße gewaltsam zu räumen (vgl. www.npla.de/poonal/2331).

9 Der Fluss Inambari soll aufgestaut und ein Kraftwerk gebaut werden, wodurch ca. 10.000 bis 15.000 Menschen vertrieben werden. Die Lizenz für den Bau sowie 80 Prozent des erzeugten Stroms wurden jedoch nach Brasilien verkauft, was heftige Debatten in Peru hervorrief (vgl. <http://www.noticiasaliadas.org/articles.asp?art=6232> und <https://www.gtai.de/DE/Content/Online-news/2009/20/medien/lm2-peru-erweitert-wasserkraftkapazitaeten,https=1.html>).

10 Originalzitat: „... que fue hecho respondiendo a la evidencia de que el público, la sociedad nacional sabe muy poco o nada de lo que se está planeando en la Amazonía. Quizas su origen más, digamos, resaltante fueron los problemas de las indígenas que culminaron en el baguazo y también la aparición de Inambari como puesta, decidida ya, entre los gobiernos y de lo que la sociedad sabía prácticamente nada“ (Dourojeanni 2010, Video).

11 Originalzitat: „El impacto principal es el de las carreteras. (...) Porque abren el camino para toda clase de uso de la tierra: para los mineros, forestales y ganadería, agricultura, que termina eliminando completamente el bosque (Dourojeanni 2010, Video).

Südamerikas internationale Position und regionale Kooperation

Wolf Grabendorff

Lateinamerika wurde als Akteur im internationalen System bisher eher gering eingeschätzt. Dominierten zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch europäische Mächte in Südamerika, etablierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die USA als Hegemonialmacht. Südamerika bewegte sich lange Zeit eher im „Windschatten“ der Weltpolitik. Mit Beginn und während des Kalten Krieges – zumal unter dem Eindruck der kubanischen Revolution (1959) und der Kuba-Krise (1962) – änderte sich dies gravierend. Zeitweilig gewann man den Eindruck, dass südamerikanische Staaten unter dem Einfluss der USA in die Rolle von Klientelstaaten gerieten. Erst in diesem Jahrhundert beginnt Südamerika – und dort vor allem Brasilien – als wichtiger Akteur in der internationalen Politik aufzutreten. Seit der Jahrtausendwende mehren sich die Anzeichen für eine Neuverortung und größeren Einfluss Südamerikas in der internationalen Politik. Wolf Grabendorff erörtert in seinem Beitrag die einzelnen Phasen sowie Epochen der südamerikanischen Außenpolitik. Die konzise Darstellung berücksichtigt die Außenbeziehungen zu den USA, zur Europäischen Union (EU) und zu Deutschland sowie die interregionalen Integrationsversuche und Organisationen der Kooperation in Südamerika selbst. Die Diversifizierung der Außenbeziehungen hat zu einem neuen Selbstbewusstsein Südamerikas beigetragen. Dabei ist freilich ein einheitliches Profil der südamerikanischen Staaten angesichts der Themenvielfalt auf der internationalen Agenda nicht erkennbar. Südamerika spricht außenpolitisch mit vielen Stimmen. Immer noch bestimmen innenpolitische Faktoren Inhalt und Form der außenpolitischen Aktivitäten und damit auch das Allianzverhalten. |

ständigkeit der ehemaligen iberischen Kolonien zu Beginn des 19. Jahrhunderts mag ebenso wie die enge Anbindung an die USA während des 20. Jahrhunderts zu dieser Position im „Windschatten“ der Weltpolitik beigetragen haben. So ist die Region von großen Kriegen und weltpolitischen Krisen verschont geblieben. Die einzige Ausnahme bildete während des Kalten Krieges die Kuba-Krise (1962), bei der eine nukleare Auseinandersetzung zwischen den damaligen Supermächten Sowjetunion und USA gerade noch vermieden werden konnte. Heute bildet die Region die erste atomwaffenfreie Zone der Welt, und die lateinamerikanischen Staaten haben darüber hinaus

auch auf den Besitz aller anderen Massenvernichtungswaffen verzichtet. Die politischen und militärischen Auseinandersetzungen in Lateinamerika lassen sich ohne Zweifel weniger als zwischenstaatlich, dafür aber umso mehr als innerstaatlich charakterisieren. Revolutionen und Staatsstriche, zivile und Militärdiktaturen haben, in zahlreichen Fällen auch mit ausländischer Unterstützung, die Außenansicht der Region im 20. Jahrhundert bestimmt. Dennoch ist Lateinamerika im Laufe seiner Geschichte weitgehend durch seine Außenziehungen, in der Region selbst viele Jahre als „Abhängigkeit“ deklariert, definiert worden. Die viel beklagte Unfähigkeit, auf nationaler

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Südamerika in der internationalen Politik

Lateinamerika gehört nicht zu den weltpolitisch besonders bewegten Regionen und ist deshalb bisher als Akteur im internationalen System eher gering eingeschätzt worden. Erst im 21. Jahrhundert beginnt Südamerika – und dort vor allem Brasilien – als wichtiger Akteur in der internationalen Politik aufzutreten. Die relativ frühe Selbst-

oder auf regionaler Ebene durch immer wieder neue Integrationsanstrengungen und eigene Interessen gegenüber ausländischen Mächten durchzusetzen, prägt die außenpolitische Tradition der Region bis heute. Gleichzeitig macht dieser tief empfundene Mangel an „Selbstbestimmung“ auch die besondere Betonung des Konzepts der nationalen Souveränität verständlich, die eine dauerhafte regionale Kooperation oder gar Integration bisher verhindert hat. Dieser Mangel an effizienter regionaler Kooperation ist auch das Ergebnis einer traditionellen „Politik der nationalen Interessen“, die häufig in dem Nachbarland eher den Feind als den Partner sieht und auch vor kalkulierten Konfrontationen aus innenpolitischem Kalkül nicht zurückschreckt.

Lateinamerika als Schauplatz der internationalen Politik

Erst in diesem Jahrhundert – nach weitgehend abgeschlossener Demokrati-

sierung und fortgeschrittener Globalisierung der Region – hat das internationale Profil Lateinamerikas deutlich zugenommen. Während in vergangenen Jahrzehnten nur Brasilien und Kuba als Nationen mit einer globalen Außenpolitik galten, sind heute Argentinien, Chile, Mexiko und Venezuela – zum Teil wieder – außenpolitisch sehr aktiv und auch das regionale Engagement in internationalen Organisationen (UN, G-20, APEC) hat erheblich zugenommen. Allen voran hat sich Brasilien mit seinen diplomatischen Aktivitäten und als BRIC-Staat (Brasilien, Russland, Indien, China) sowie IPSA-Mitglied nicht nur als regionale Führungsmacht, sondern auch als Global Player etabliert und darüber hinaus dazu beigetragen, dass regionale Organisationen wie der Gemeinsame Markt des Südens (Mercado Comun del Sur/MERCOSUR) und vor allem die Union der Südamerikanischen Nationen (Unión de las Naciones Suramericanas/UNASUR) nicht nur die zunehmende Sonderstellung des geopolitischen Konzepts „Südamerika“ innerhalb der Region dokumentie-

ren, sondern auch zu zentralen Akteuren in der Süd-Süd-Kooperation geworden sind. Fast die ganze Region schaut zunehmend auf Asien und selbst auf Afrika, wie nicht nur die rasant gestiegenen wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch die Häufigkeit gegenseitiger Präsidentenbesuche zeigen. Diese Diversifizierung der Außenbeziehungen hat zu einem neuen Selbstbewusstsein Südamerikas beigetragen und den Halbkontinent damit auch zu einem stärker beachteten internationalen Akteur werden lassen. Dabei ist freilich ein einheitliches Profil der südamerikanischen Staaten angesichts der Themenvielfalt auf der internationalen Agenda nicht erkennbar, denn weiterhin bestimmen vor allem innenpolitische Faktoren und das jeweilige Entwicklungsmodell Inhalt und Form der zunehmenden außenpolitischen Aktivitäten und damit auch das entsprechende Allianzverhalten.

Die Monroe-Doktrin als Zwangsjacke regionaler Außenbeziehungen

Die nach der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts von US-Präsident James Monroe 1823 verkündete Doktrin galt zunächst der Abwehr ausländischer Einmischung gegenüber selbstständigen amerikanischen Staaten durch europäische Mächte. Die Monroe-Doktrin wurde nach dem Ende des Spanisch-Amerikanischen Krieges und dem Aufstieg der USA zur Weltmacht von Präsident Theodor Roosevelt 1904 um „internationale Polizeifunktionen“ erweitert und so zusammen mit dem „Panamerikanismus“, dem Deckmantel der wirtschaftspolitischen Expansion der USA seit Ende des 19. Jahrhunderts, zum Leitmotiv der US-amerikanischen Beziehungen zu Lateinamerika und in der Region selbst zum Symbol für die Einmischung der USA. Die zahlreichen US-Interventionen in den „Bananenrepubliken“ in der Karibik und Zentralamerika konzentrierten sich auf die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, haben aber auch noch während des Kalten Krieges in direkter oder indirekter Form (Guatemala 1954; Kuba 1961; Dominikanische Republik 1965; Grenada 1983 und Panama 1989) die interamerikanischen Beziehungen schwer belastet. Die dadurch nicht nur in der Westlichen Hemisphäre, sondern in der internationalen Politik generell weit verbreitete

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Gipfel der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) im April 2010 in Brasilia. Brasilien hat sich als BRIC-Staat nicht nur als regionale Führungsmacht, sondern auch als Global Player etabliert und dazu beigetragen, dass regionale Organisationen wie der MERCOSUR oder UNASUR die zunehmende Sonderstellung des geopolitischen Konzepts „Südamerika“ innerhalb der Region dokumentieren.

picture alliance/dpa

Vorstellung von Lateinamerika als dem „Hinterhof“ der USA hat alle außenpolitischen Verbindungen eingeschränkt und damit für über ein Jahrhundert die politische und wirtschaftliche Hegemonie der USA in der Region weitgehend stabilisiert. Die dadurch erzwungene Rücksicht der meisten Staaten auf die Interessen der USA hatte hinsichtlich des Verlaufs und der Intensität der intra-regionalen Konflikte durchaus einen Konflikt reduzierenden Einfluss. Waren die fünf kriegerischen Auseinandersetzungen während des 19. Jahrhunderts vornehmlich bilaterale Grenzkonflikte postkolonialen Charakters, ging es bei den vier Kriegen im 20. Jahrhundert nicht nur um Grenzen, sondern durchaus auch um wirtschaftliche und/oder ausländische Interessen. Im Chaco-Krieg (1932–35) zwischen Bolivien und Paraguay ging es um vermutete Erdölreserven; ebenso wie im Cenepa-Krieg (1941–42), in dem Ecuador den Großteil seines Amazonasgebietes an Peru verlor und der zu andauernden Grenzstreitigkeiten bzw. 1981 und 1995 zu neuerlichen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten führte. Der Leticia-Krieg (1932–33) zwischen Peru und Kolumbien hatte nur teilweise wirtschaftliche Gründe; ebenso wie der Malvinas- bzw. Falkland-Krieg (1982) zwischen Argentinien und Großbritannien, bei dem es vornehmlich um die Souveränität der Inselgruppe im Südatlantik, aber natürlich auch um die besonders ergiebigen Fischfanggründe und die dort vermuteten Erdölvorkommen ging. In allen militärischen Auseinandersetzungen haben die USA, teilweise zusammen mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), eine zentrale Rolle bei der Beendigung der Kriegshandlungen bzw. der jeweiligen Friedensregelung gespielt.

Der Kalte Krieg und seine innen- und außenpolitischen Folgen

Die starke Einbindung Lateinamerikas in das geopolitische US-Konzept der „Westlichen Hemisphäre“ hat in Zeiten des Kalten Krieges zu einer Fülle von Auseinandersetzungen geführt, die nicht nur die internationale Einbindung, sondern vor allem auch die innenpolitische Entwicklung der Region – auch noch über das Ende des Kalten Krieges 1990 hinaus – geprägt haben. Schon lange vor der kubanischen Revolution 1959, die zum Symbol des Kalten Krieges in der Westlichen Hemisphäre wurde, hatten die USA mit dem Beistandspakt von Rio de Janeiro 1947 und der Gründung der OAS 1948 sicherstellen wollen, dass Lateinamerika von den weltweiten kommunistischen Entwick-

lungen verschont bleiben sollte. Dies bedeutete nicht nur eine klare Beschränkung der außenpolitischen Möglichkeiten lateinamerikanischer Staaten, sondern vor allem auch eine Warnung gegenüber „kommunistischen Tendenzen“ nach innen. Dazu zählten aus Sicht der USA unliebsame Gewerkschaftsaktivitäten ebenso wie eine nationalistische Wirtschaftspolitik. Alle Reformkräfte innerhalb der Region standen unter US-Beobachtung und die Zusammenarbeit mit Diktatoren und Militärs wurde überall gefördert. Der vom US-Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) initiierte Putsch gegen eine reformistische Regierung in Guatemala (1954) und die vielfachen Versuche, die kubanische Revolutionsregierung zu stürzen (1960–65) – von denen vor allem die gescheiterte „Schweinebuchtinvasion“ (1961) auch international wahrgenommen wurde –, waren zusammen mit der Unterstützung des Militärputsches in Brasilien (1964), der Invasion in der Dominikanischen Republik (1965) und der Unterstützung des Putsches gegen Salvador Allende in Chile (1973) die offensichtlichsten Auswirkungen des Kalten Krieges in der Region. Das Beispiel der kubanischen Revolution führte in verschiedenen Ländern zur Bildung von Guerillagruppierungen, die zwar nur zum Teil von den jeweiligen kommunistischen Parteien oder aus dem Ausland unterstützt wurden, gleichzeitig aber als Beweis für die Notwendigkeit einer antikommunistischen Strategie von Seiten der USA und der Etablierung einer „Nationalen Sicherheitsdoktrin“ und der durch sie gerechtfertigten zahllosen Menschenrechtsverletzungen in den jeweiligen Staaten dienten. Lateinamerika hatte so zahllose Opfer des Kalten Krieges zu beklagen und oft Jahrzehnte lang Militärregierungen zu ertragen, weil die außenpolitische Allianz mit den USA und die sich häufig mit den Interessen der USA identifizierenden Oberschichten dies erforderten.

Die sandinistische Revolution 1979 in Nicaragua und die verschiedenen Konflikte in Zentralamerika im folgenden Jahrzehnt standen zwar auch noch ganz im Zeichen des Kalten Krieges und wurden in den USA als geopolitisch motivierte kommunistische Strategie interpretiert. Hingegen wurde die Revolution in Nicaragua aber in Europa und Teilen der Region anders interpretiert. Schon vor dem Ende des Kalten Krieges wurde erkennbar, dass Lateinamerika nicht länger willens war, seine außenpolitischen Optionen nur im Ost-West-Kontext wahrzunehmen. Mit der kubanischen Revolution hatte der Ost-West-Konflikt den Nord-Süd-Konflikt in der Region zwar überlagert, aber gleichzeitig dazu beigetragen, diesen zu ak-

zentuieren. Gerade der Erfolg der kubanischen Politik im Kontext der Süd-Süd-Beziehungen trug deshalb dazu bei, dass die in Asien entstandene Blockfreienbewegung auch in einigen Staaten der Region politisch akzeptabel wurde. Neben Kuba, das schon seit der Gründung der Blockfreienbewegung 1961 Mitglied der blockfreien Staaten war, identifizierten sich immer mehr Staaten mit den Prinzipien der Blockfreiheit. Das galt natürlich besonders für jene Länder, die ohnehin Auseinandersetzungen mit den USA hatten, zumindest zeitweilig über reformistische Regierungen verfügten und deshalb den Versuch unternahmen, ihre „Abhängigkeit“ von den USA durch intensive Kontakte mit anderen Staaten der Dritten Welt zu reduzieren.

Konflikte und Kooperationen mit den USA

In Lateinamerika hat es zu verschiedenen Zeiten immer wieder antiamerikanische Tendenzen gegeben. Dabei ist das Verhältnis zu der oft kritisierten „Hegemonialmacht“ eher von einer Hass-Liebe geprägt, denn für viele Lateinamerikaner ist nichts erstrebenswerter als die Möglichkeit, in den USA Arbeit zu finden und auch sich selbst oder ihre Kinder dort ausbilden zu lassen. Der amerikanische Lebensstil wird nicht nur akzeptiert, sondern – so weit möglich – auch kopiert, während gleichzeitig der Einfluss der USA auf die eigene politische und wirtschaftliche Entwicklung oft und heftig kritisiert wird. Der Grenze zwischen Erster und Dritter Welt war seit Mitte des 20. Jahrhunderts nirgends so deutlich erkennbar wie in der Westlichen Hemisphäre, wo sie entlang der US-Grenzen mit Mexiko und der Karibik letztlich die krassen Entwicklungsunterschiede zwischen Nord und Süd demonstrierte. Erst das Ende des Kalten Krieges und der Friedensprozess in Zentralamerika gaben den lateinamerikanischen Staaten die Möglichkeit, eine aktivere Rolle bei der Ausgestaltung der interamerikanischen Beziehungen zu spielen.

Die drei wichtigsten Themen in den oftmals angespannten lateinamerikanischen Beziehungen mit den USA sind seither (1) die Handelsliberalisierung, (2) der „Krieg gegen die Drogen“ – der als Markenzeichen der US-Politik den Kampf gegen den Kommunismus in der Region während des Kalten Krieges ersetzt hat – und (3) die Stärkung der Demokratie. In allen drei Bereichen bestehen erhebliche Auffassungsunterschiede zwischen Nord und Süd, vor allem hinsichtlich der Form des US-Einflusses und des jeweiligen Nutzens der Koopera-

ration mit den USA für einzelne Staaten bzw. gesellschaftliche Gruppen. Dabei sind die Erwartungshaltungen häufig auf beiden Seiten überzogen, weil zahlreiche gemeinsame Interessen vorausgesetzt und auch postuliert werden, die in Wirklichkeit nicht bestehen.

Die von den USA ursprünglich geplante gesamtamerikanische Freihandelszone FTAA (Free Trade Area of the Americas) – als Ausdehnung der zwischen Kanada, Mexiko und den USA 1994 geschaffenen Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Agreement) auf den ganzen Doppelkontinent – kam aufgrund des Widerstandes Brasiliens und der übrigen MERCOSUR-Staaten nicht zustande. Deshalb haben die USA inzwischen mehrere bilaterale Freihandelsabkommen mit Chile, Peru und Kolumbien sowie das regionale Abkommen CAFTA-DR (Central American Free Trade Agreement) mit Zentralamerika und der Dominikanischen Republik abgeschlossen. Die Auswahl auf lateinamerikanischer Seite verwundert nicht, denn fast alle dieser Staaten entsprechen – ebenso wie Mexiko – sowohl hinsichtlich ihres Entwicklungsmodells wie ihrer Außenpolitik weitgehend den Vorstellungen der USA.

Im „Krieg gegen Drogen“ – 90 Prozent des in den USA konsumierten Kokains kommt über Zentralamerika und Mexiko oder die Karibik aus den Andenstaaten – arbeiten vor allem Kolumbien und Mexiko sowie zunehmend auch Zentralamerika eng mit den USA zusammen. Die Milliarden schweren US-Programme Plan Colombia (1999) und die Merida-Initiative (2007) sind Ausdruck einer militärischen Zusammenarbeit in der Drogenbekämpfung, die von anderen Staaten der Region häufig kritisiert wird, vor allem wenn es sich – wie in Kolumbien – um die direkte Nutzung militärischer Basen durch US-Streitkräfte handelt. Auch das massive Besprühen der Kokaanbaugelände hat aufgrund der Umweltauswirkungen zu internationaler Kritik an den bisher ohnehin wenig erfolgreichen Methoden der US-amerikanischen Antidrogenpolitik geführt. Angesichts extremer Gewaltausübung, der ausufernden Korruption und dem Zerfall sicherheitsrelevanter nationaler Institutionen aufgrund der schier unbegrenzten Möglichkeiten der organisierten Kriminalität – vornehmlich in Kolumbien und Mexiko – nimmt die Diskussion in Südamerika um eine generelle Änderung der Drogenpolitik zu. Die organisierte Kriminalität wird in Lateinamerika überwiegend mit der Produktion, dem Transport und dem auch in der Region selbst rasch wachsenden Konsum von Drogen identifiziert. Die USA haben bisher allerdings allen Initiativen zur partiellen Legalisierung von Drogenanbau

oder Drogenkonsum eine scharfe Absage erteilt und erheben die Zusammenarbeit in Drogenfragen weiterhin zu einer zentralen Maßnahme für die bilateralen Beziehungen.

Die Förderung und Festigung der Demokratie in Lateinamerika gehört zu den bevorzugten Themen aller US-Regierungsvertreter, die in und über Lateinamerika reden. Allerdings stimmt das Demokratieverständnis im südlichen Teil der Westlichen Hemisphäre aufgrund der sehr unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den einzelnen Staaten oft nicht mit demjenigen der USA überein; und nach dem Staatsstreich in Honduras (2009) waren es vor allem südamerikanische Staaten und gerade nicht die USA, die auf der Einhaltung demokratischer Spielregeln beharrten. Angesichts der demokratischen Konsolidierung in den meisten Staaten der Region sind die Lateinamerikaner zunehmend empfindlich gegenüber der US-Maßnahme „demokratische Reife“. Sie sehen in den Beziehungen zu den USA weniger die ordnungs- und sicherheitspolitischen Themen im Vordergrund, sondern vor allem die Probleme in der Handels- sowie Migrationspolitik. Die Diskussion um den Zugang zum US-amerikanischen Markt und die prekäre Situation der etwa zwölf Millionen illegaler „Hispanics“ in den USA dürfte deshalb auch die Zukunft der Beziehungen prägen. Etwa 50 Millionen Amerikaner lateinamerikanischer Herkunft bilden die größte Minderheit in den USA und machen sie damit nach Brasilien und Mexiko zum drittgrößten „lateinamerikanischen“ Land. Davon kann der Charakter der Beziehungen zu dem „Koloss im Norden“ ebenso wenig unberührt bleiben wie von den neuen außer-hemisphärischen Bündnissen der Staaten Südamerikas.

Beziehungen mit der EU – eine enttäuschte Hoffnung?

Die historischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika sind durch die Kolonialzeit, die nicht nur spanische und portugiesische, sondern auch britische, französische, holländische und dänische Kolonien in der Region hervorgerufen hatte, geprägt. Der kulturelle und wirtschaftliche Einfluss Europas hat bis zu Beginn des 20. Jahrhundert angehalten, wurde dann aber durch die beiden Weltkriege und die Rolle der neuen Hegemonialmacht USA in der Region sehr reduziert. Dennoch hat sich bei den Eliten Lateinamerikas und vor allem Südamerikas eine gewisse Vorliebe für Europa gehalten, so dass seine Rolle auch in den letzten Jahrzehnten oft eher überbewertet und vor allem das

vereinigte Europa sogar als mögliches Gegengewicht gegenüber der als allzu dominant empfundenen Vorherrschaft der USA betrachtet wurde. Intensive bilaterale Beziehungen pflegen die meisten südamerikanischen Staaten mit Frankreich und Italien, mit Deutschland und Großbritannien – und seit den 1990er Jahren vor allem mit Spanien. Die engen politischen Verbindungen wurden vor allem durch die Emigration nach Europa während den Jahren südamerikanischer Militärdiktaturen und später auch während des Demokratisierungsprozesses gefestigt. Der Integrationsprozess in Europa wurde schon seit den 1960er Jahren zum Vorbild für die eigenen, sehr unterschiedlichen subregionalen Integrationsprozesse. Seit Mitte der 1970er Jahre hat die Europäische Kommission nicht nur umfangreiche Kooperationsprogramme für Lateinamerika aufgelegt, sondern auch begonnen, eine vielschichtige biregionale Dialogstruktur aufzubauen, wie sie gegenüber anderen Regionen der Welt nicht besteht.

Dabei ist es bisher jedoch nicht gelungen, biregionale Assoziierungsabkommen – mit Ausnahme von Zentralamerika (2010) – abzuschließen, während dies auf bilateraler Ebene mit Mexiko (1997), Chile (2002), Kolumbien und Peru (2010) erfolgreicher war und es sicherlich kein Zufall ist, dass genau diese Staaten auch mit den USA Freihandelsabkommen geschlossen haben. Die EU-Assoziierungsabkommen sind nicht nur aufgrund ihrer Freihandelskomponente für einzelne Länder recht attraktiv, sondern auch wegen des kontinuierlichen politischen Dialogs und der Kooperationsstruktur. Aber gerade beim MERCOSUR, dem 1991 gegründeten Integrationsprojekt zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, ist es trotz intensiver Verhandlungen seit 1999 nicht gelungen, ein Abkommen abzuschließen, weil sich bisher weder die EU auf eine rasche Reduzierung der Agrarsubventionen noch die MERCOSUR-Staaten auf eine gemeinsame Linie für ihre Marktöffnung für Industrieprodukte und Dienstleistungen einigen konnten. Aber erst eine Assoziierung zwischen der EU und dem MERCOSUR, als einem der größten Wirtschaftsblöcke der Welt, würde aus den EU-Südamerika-Beziehungen wirklich eine biregionale Allianz machen. Dies würde nicht nur mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen für beide Regionen, sondern auch mit einer deutlichen Stärkung ihres Gewichts in der internationalen Politik einhergehen.

Trotz einer immer wieder deklarierten Bereitschaft der EU, mit Lateinamerika stärker zusammenarbeiten zu wollen, einem eingespielten Mechanismus biregionaler Aktivitäten – bei denen die Gipfeltreffen zwischen beiden Regionen seit 1999 im zweijährigen Rhythmus den Anlass zum obligaten Familienfoto bieten – und der respektablen Position des größten Entwicklungshilfegebers sowie des zweitgrößten Investors hat die Bedeutung der EU für die Entscheidungsträger in Südamerika deutlich abgenommen. Die Süd-Süd-Beziehungen haben aufgrund des wirtschaftlichen Aufstiegs von Asien die traditionellen Süd-Nord-Beziehungen der Region verringert und die politische Aufmerksamkeit eher auf die Entwicklungen im pazifischen Raum verschoben. Die von der EU mit Brasilien (2007) und Mexiko (2009) vereinbarte „Strategische Partnerschaft“ soll zwar eine Kooperation bei der Lösung dringender globaler Probleme erleichtern, hat aber bisher wenig zur Koordination in den verschiedenen multilateralen Politikfeldern beitragen können. Lateinamerika sieht die EU vornehmlich mit eigenen Problemen beschäftigt, in weiterhin enger transatlantischer Partnerschaft mit den USA verbunden und daher weniger als Allianzpartner für die Durchsetzung eigener Interessen in der sich rasch verändernden internationalen Ordnung geeignet. Das viel zitierte „Atlantische Dreieck“ (EU, USA und Lateinamerika) westlicher Werte und Interessen scheint – zumindest aus lateinamerikanischer Sicht – zunehmend von einem „Pazifischen Dreieck“ (China, USA und Lateinamerika) abgelöst zu werden.

Bilaterale Beziehungen mit Deutschland – ein partieller Partner?

Deutschland hat generell einen guten Ruf in Lateinamerika, das gilt für seine Menschen und seine Produkte. In Brasilien und Mexiko ist der VW genauso bekannt und auf den Straßen präsent wie in Deutschland. Deutsche Firmen produzieren mit ihren Tochterunternehmen zum Teil schon seit über hundert Jahren in der Region und haben damit in verschiedenen Ländern – vor allem in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen wichtigen Beitrag zur Industrialisierung geleistet. So tragen diese Unternehmen in Brasilien und Mexiko heute noch mit rund fünf Prozent zum nationalen Bruttoinlandsprodukt bei, und Sao Paulo bezeichnet sich nicht umsonst als der größte „deutsche“ Industriestandort. Die Grundlage für die „traditionell guten“ Beziehungen Deutschlands zu La-

teinamerika haben jedoch die deutschen Einwanderer gelegt. Verschiedene Einwanderungswellen haben schon seit der Unabhängigkeit der verschiedenen Republiken immer wieder Deutsche in großer Zahl nach Lateinamerika gebracht, so dass heute von etwa fünf Millionen Südamerikanern deutscher Herkunft gesprochen werden kann, die weit über ihr zahlenmäßiges Gewicht hinaus in manchen Gastländern (Argentinien, Brasilien und Chile) einen bedeutenden wirtschaftlichen und/oder kulturellen Einfluss erlangt haben. Die bis heute vor Ort oft als „Deutsche Kolonien“ bezeichneten Siedlungsgebiete sind größtenteils noch an deutschen Namen zu erkennen, während sich ihre Bewohner längst in die Gesellschaft integriert und sich vielfach in Wirtschaft, Politik und Kultur einen Namen gemacht haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind es aber weniger die „alten“, sondern die „neuen“ Deutschen gewesen, die die Zusammenarbeit mit Lateinamerika geprägt haben. Firmenvertreter, Wissenschaftler, Entwicklungshelfer, Vertreter der Kirchen und der politischen Stiftungen haben mit ihrem unterschiedlichen Engagement zu einem inzwischen differenzierten und vielfältigen bilateralen Beziehungsgeflecht beigetragen und damit auch das traditionelle Deutschlandbild Lateinamerikas, das durch Erinnerungen an die Nazi-Diktatur und den Gegensatz des Auftretens von DDR- und BRD-Repräsentanten in der Region mitgeprägt war, verändert.

Heute dominiert ein partnerschaftlicher Dialog auf vielen Ebenen, wobei sicherlich die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in zahlreichen Ländern im Vordergrund steht. Dies reflektiert freilich auch die Wirtschaftsinteressen einer Exportnation wie Deutschland und ihren Blick auf die derzeitige „Boomregion Lateinamerika“. Gerade aufgrund der auch in Lateinamerika kontrovers geführten Umweltdebatte wird Deutschland als wichtiger Modernisierungspartner gesehen, während die klassischen Handelsbeziehungen eher zurückgegangen sind, denn die Region hat nur noch einen Anteil von 2,5 Prozent am gesamten deutschen Außenhandel. Angesichts der vielfachen Veränderungen in der Region und ihrer Rolle in der Welt ist eine gegenseitige Neueinschätzung angesagt. Die Bundesregierung hat 2010 ein neues und ambitioniertes Lateinamerikakonzept mit inhaltlichen und regionalen Schwerpunktsetzungen vorgelegt, in der die gemeinsamen Interessen ebenso wie die Kooperationsmöglichkeiten bei der Ausübung globaler Verantwortung betont werden. Ob und wie Lateinamerika darauf

einzugehen bereit sein wird, ist eher ungewiss, denn während Brasilien jetzt nicht nur in Lateinamerika als Global Player angesehen wird, schätzt man Deutschland je nach Land und Thema eher als partiellen Partner ein.

Lateinamerika als Akteur in der internationalen Politik.

Schon seit den 1970er Jahren lassen sich zwei unterschiedliche Wege der Region hin zu einer aktiveren Außenpolitik erkennen. Der eine Weg führte über die Süd-Süd-Zusammenarbeit innerhalb der Blockfreienbewegung und der zweite über eine Intensivierung der lateinamerikanischen Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen. Obwohl bei der Gründung der Vereinten Nationen 20 der 51 Gründungsmitglieder lateinamerikanische Staaten waren, hatte das politische Profil der Region in der Weltorganisation während der Dekolonisierungsphase eher abgenommen. Nicht zuletzt weil alle intraregionalen Probleme zunächst im Rahmen der OAS ausgetragen wurden, und nur wenn dort keine Konfliktbeilegung erreicht werden konnte – wie etwa in der Zentralamerika- und der Malvinas-Krise –, wurden die Vereinten Nationen eingeschaltet. Die Dritte Welt-Orientierung der 1970er Jahre führte vor allem durch die geschickte multilaterale Diplomatie Mexikos dann 1974 zur Verabschiedung der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ durch die UN-Vollversammlung. Damit war die erste lateinamerikanische Initiative zur Stärkung der Interessen des „Südens“ – abgesehen von der Gründung der OPEC (Organization of Petroleum Exporting Countries) 1960 durch Venezuela – auf den Weg gebracht und eine neue Phase koordinierter lateinamerikanischer Außenpolitik eingeleitet worden.

Außenpolitische Ambitionen und regionale Kooperation

Dies spiegelt sich auch in neuen Formen der intraregionalen Zusammenarbeit wider. 1975 wurde das SELA (Sistema Económico Latinoamericano) gemeinsam von Mexiko und Venezuela als erste, alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten umfassende Regionalorganisation gegründet. Es war vor allem als Koordinationsinstrument innerhalb des Nord-Süd-Dialogs gedacht und sollte gemeinsame Positionen der Region nach außen erarbeiten und vertreten. Da SELA aber nur in wenigen Fällen auf die volle politische Unterstützung seiner Mitglieder zählen

konnte, blieb es bis heute eher ein Thinktank als ein außenpolitisches Instrument der Region. Erst durch die Konflikterfahrungen in Zentralamerika entstand schließlich ein effektiveres Koordinationsinstrument auf Außenministerbene. So begann die Übernahme außenpolitischer Verantwortung für die Probleme in der eigenen Region mit der Gründung der Contadora-Gruppe 1983 durch Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela, ohne deren diplomatische Aktivitäten der Friedensplan für Zentralamerika nicht hätte durchgesetzt werden können, aber auch das erste friedenspolitische Engagement der Europäischen Gemeinschaft in der Region keinen Partner gehabt hätte. Schon 1986 wurde aus der Contadora-Gruppe die um demokratische Staaten Südamerikas erweiterte Rio-Gruppe, die bis heute die wichtigste diplomatische Koordinationsstelle der Außenministerien darstellt und die seit 1990 auch jährliche Außenministertreffen mit der EU und gelegentlich auch mit anderen Regionen durchgeführt hat. Nicht die Integration nach innen, sondern die regionale Position nach außen – vor allem auch gegenüber Afrika und Asien sowie in den multilateralen Verhandlungen – steht im Mittelpunkt der Arbeit der Rio-Gruppe, zu der seit 2008 auch Kuba gehört. Die Rio-Gruppe soll 2011 in der neuen Organisation der Staatengemeinschaft Lateinamerikas und der Karibik CEALC (Comunidad de Estados de América Latina y el Caribe) aufgehen.

Statt wirtschaftlicher Integration politische Koordination?

Keine Region außerhalb Europas hat so zahlreiche und strukturell umfassende Versuche zur Integration unternommen wie Lateinamerika. Ähnlich den Vorstellungen in den USA sollte dabei vornehmlich die wirtschaftliche Integration gefördert werden, um dadurch größere Märkte zu schaffen und die regionalen Handelsbeziehungen zu verbessern. Daneben wurden auch regionale Parlamente und Gerichte gegründet, die aber auf keinerlei supranationale Kompetenzen zählen konnten und dadurch innerhalb der Integrationsprozesse zu einem Schattendasein verdammt waren. Die Vielzahl von regionalen Institutionen gaben den subregionalen Integrationsprozessen in Südamerika, der bereits 1969 als Andengruppe geschaffenen Gemeinschaft CAN (Comunidad Andina de Naciones) und dem 1991 gegründeten MERCOSUR, eine gewisse Ähnlichkeit zur EU, ohne dass die jeweiligen Mitgliedstaaten jemals beabsichtigt hätten, vergleichbare Souveränitätsübertragungen einzugehen.

Die CAN hatte sich in ihrer Gründungsphase zunächst als ein auf die Industrialisierung ihrer Mitgliedsstaaten (Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Venezuela) orientiertes Entwicklungsmodell verstanden und verschiebte sich erst bei ihrer Reform 1996 dem Ziel einer Zollunion mit einem funktionierenden Gemeinsamen Markt, der aber bisher nicht erreicht worden ist. Die Bereitschaft Kolumbiens und Perus, ein Freihandelsabkommen mit den USA abzuschließen, führte 2006 zum Austritt Venezuelas aus der CAN und zur – formell noch nicht abgeschlossenen – Aufnahme in den MERCOSUR. Seither hat der Versuch der CAN, mit der EU ein Assoziierungsabkommen auszuhandeln, zu einer weiteren institutionellen Spaltung der CAN geführt, da Bolivien und Ecuador keine gemeinsame Verhandlungsposition mit Kolumbien und Peru finden konnten und die letzteren deshalb bilaterale Assoziierungsabkommen mit der EU eingegangen sind. Mit der Funktionsunfähigkeit nach außen ist jetzt auch die Kooperation nach innen in der CAN sehr reduziert – zumal das Ziel eines Gemeinsamen Marktes aufgrund der nur von zwei Mitgliedern abgeschlossenen externen Abkommen hinfällig geworden ist.

Der MERCOSUR galt bei seiner Gründung durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay als das aussichtsreichste und modernste Integrationsmodell in der Region und war als südamerikanische Antwort auf die Herausforderungen einer Weltmarktintegration unter Globalisierungsbedingungen gedacht. Rasche Handelsfortschritte – vor allem zwischen Argentinien und Brasilien – schienen den Weg zur Zollunion zu ebnen, die aber durch eine Fülle bilateraler Ausnahmeregelungen dann doch nicht zustande kam, ebenso wenig wie Assoziierungsverhandlungen mit der EU. Während der MERCOSUR in der politischen Zusammenarbeit erhebliche Fortschritte gemacht hat – nach Chile und Bolivien sind auch Ecuador, Kolumbien und Peru assoziierte Mitglieder geworden –, stagniert der wirtschaftliche Integrationsprozess in den letzten Jahren. Auch hat die noch ausstehende Aufnahme Venezuelas das subregionale Integrationsmodell vor gravierende Herausforderungen gestellt. Nicht zuletzt weil Venezuela zusammen mit Kuba schon seit 2004 ein gänzlich anderes Integrationsmodell unter dem Namen „Bolivarische Allianz unserer Amerikas“ (Alianza Bolivariana para los pueblos de nuestra America/ALBA) als Gegenstück zu dem nicht realisierten US-Vorhaben der FTAA gegründet hatten, dem heute auch Bolivien, Ecuador und Nicaragua sowie einige kleine karibische Inseln

angehören. ALBA hat sich durch seine deutliche Ablehnung aller US-Initiativen in der Region inzwischen politisch etabliert und will seine Mitgliedsländer durch praktische Solidarität und vornehmlich staatliche Zusammenarbeit stärken. Diese wird vor allem durch die von Präsident Hugo Chávez aufgelegten Subventionsprogramme Petrocaribe und Petrosur – die venezolanisches Erdöl zu Vorzugspreisen an die Mitgliedstaaten liefern – gefördert.

Ebenfalls seit 2004 verfügt Südamerika über ein politisches Koordinationsinstrument, dem alle zwölf Staaten des Halbkontinents angehören. UNASUR, das nicht nur zum Aufbau gemeinsamer außenpolitischer Positionen, sondern vor allem zur Herausbildung einer neuen regionalen Identität beigetragen soll, erhebt sogar den Anspruch, als Integrationsfaktor nach innen und Akteur nach außen globale Präsenz zu zeigen und im interregionalen Kontext die Region zu repräsentieren. Hinter diesem neuen politischen Koordinationsinstrument, das neben anderen Unterorganisationen auch im Sicherheitsbereich durch den Südamerikanischen Verteidigungsrat CDS (Consejo de Defensa Sudamericana) aktiv geworden ist, steht das Bemühen der regionalen Führungsmacht Brasilien, eine südamerikanische Regionalorganisation aufzubauen, in der weder die USA noch die regionale Konkurrenzmacht Mexiko vertreten sind. Dahinter steht die strategische Konzeption einiger – aber bei weitem nicht aller – südamerikanischen Länder, dass Mexiko, Zentralamerika und die Karibik wirtschafts- und sicherheitspolitisch so sehr auf die USA ausgerichtet sind, dass ein gemeinsames außenpolitisches Auftreten oder gar ein regionales Integrationsprojekt mit dem nördlichen Teil Lateinamerikas kaum zu erreichen sei. Inwieweit UNASUR aber ausreichende Konsensfähigkeit unter seinen Mitgliedern herzustellen vermag, ist angesichts der sehr unterschiedlichen politischen Profile und Interessen schwer einzuschätzen. Seine bisherigen intraregionalen Erfolge, wie die Beilegung des Autonomiekonflikts in Bolivien und der Schlichtungserfolg bei der Konfrontation zwischen Kolumbien und Venezuela, haben ebenso wie seine vielfältigen Aktivitäten im interregionalen Süd-Süd-Verhältnis nicht nur machtpolitischen Pragmatismus, sondern auch unerwartete Geschlossenheit gezeigt. Ob über die Ad-hoc-Maßnahmen hinaus es UNASUR gelingen wird, auch in den Bereichen Wirtschaft,

Energie, Infrastruktur und öffentliche Sicherheit ein tragfähiges Kooperationsmodell zu entwickeln, wird nicht zuletzt von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten abhängen, ihre unterschiedlichen nationalen Konzepte nicht zur alleinigen Richtschnur für ein regionales Projekt zu machen.

Die „Westliche Hemisphäre“ – Ende eines geopolitischen Konzepts?

Die Entwicklung Südamerikas zum internationalen Akteur ist freilich nicht nur auf die Notwendigkeiten der Globalisierung und die zumeist erfolgreiche Demokratisierung in der Region zurückzuführen. Sie steht auch in direktem Zusammenhang mit dem veränderten Interessenprofil der USA gegenüber der Region – beginnend mit dem Ende des Kalten Krieges und verstärkt durch den „Krieg gegen den Terrorismus“ seit 2001. Die USA sehen ihre zentralen Sicherheitsinteressen heute kaum noch durch Entwicklungen in Lateinamerika bedroht, auch wenn der Kampf gegen die Drogen schwerwiegende Sicherheitsprobleme für die Produktions- und Transitländer in der Region mit sich gebracht hat. Die US-Politik beschränkt sich zunehmend auf die Governance-Probleme in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft (Mexiko, Zentralamerika und die Karibik) und überlässt Südamerika eher der brasilianischen Führung. Dadurch ist freilich auch ein ernstzunehmender Konkurrent in der Westlichen Hemisphäre entstanden, der nur noch dort zur Kooperation bereit ist, wo dies seinen nationalen und regionalen Interessen entspricht. Angesichts der politischen Realitäten des 21. Jahrhunderts ist freilich damit das Konzept der gemeinsamen Interessenlage in der Westlichen Hemisphäre obsolet geworden, was sich auch an dem deutlichen Einflussverlust der OAS in der Region ablesen lässt. In allen neueren Krisensituationen (Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Bolivien und Honduras) ist die Organisation, der alle Staaten der Westlichen Hemisphäre mit Ausnahme Kubas angehören, aufgrund ihres Mandats zur friedlichen Konfliktbeilegung und zur Kontrolle demokratischer Verfahrensweisen zwar präsent gewesen, hat aber die eigentliche Beilegung der jeweiligen Krisensituation zumeist anderen Akteuren wie etwa der Rio-Gruppe oder UNASUR überlassen müssen. Grund sind keineswegs ausschließlich die Interessenkonflikte zwischen den USA und zahlreichen Staaten der Region, sondern vor allem die unterschiedlichen Entwicklungsmodelle in Südamerika, die sich auch in der politischen Konkurrenz zwischen den Re-

gionalallianzen ALBA und UNASUR – trotz oder vielleicht gerade wegen der Doppelmitgliedschaften – widerspiegeln. So sind etwa Venezuela und Bolivien zur Absicherung ihrer Herrschaft an externen Allianzen interessiert, die aus Sicht der USA nicht akzeptabel sind und damit die zentrale sicherheitspolitische Funktion des interamerikanischen Systems in Frage stellen. Die erheblichen wirtschafts- und machtpolitischen Verschiebungen im internationalen System haben gleichzeitig dazu geführt, dass sowohl einige „alte“ als auch „neue“ Mächte in Lateinamerika als zumindest partielle Allianzpartner zur Verfügung stehen. So sind China, Russland und der Iran in unterschiedlichem Umfang zu wichtigen Handels-, Investitions- und auch Rüstungspartnern geworden, wobei die rege Besuchsdiplomatie durchaus als ein Zeichen dafür gewertet werden kann, dass es in dieser Phase der Diversifizierung verschiedener südamerikanischer Außenpolitiken nicht ausschließlich um „gute Geschäfte“ geht. Ohne die „alten Allianzen“ mit den USA und der EU völlig zu vernachlässigen, suchen einige Staaten Südamerikas ihre außenpolitischen Ambitionen durch „neue Allianzen“ zu verwirklichen, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf den Süd-Süd-Beziehungen liegt. Angesichts der enormen Nachfrage nach Rohstoffen und der damit verbundenen Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen konzentrieren sich auch die außenpolitischen Aktivitäten Südamerikas zunehmend auf Asien. Dabei wird die zukünftige Rolle Chinas für die Region schon ähnlich eingeschätzt wie die dominierende Rolle von Großbritannien und der USA in den letzten beiden Jahrhunderten.

Brasilien – eine umstrittene Führungsmacht?

Ein „Trendsetter“ – und aufgrund von Geschichte und schierer Größe auch ein Sonderfall – dieser Entwicklung ist Brasilien. Sein rapider Aufstieg von einer eher zurückhaltenden „Anti-Status quo-Regionalmacht“ zum globalen Akteur hat seine Nachbarn ebenso wie die USA teilweise überrascht. Seit Gründung der Vereinten Nationen hat Brasilien allerdings keinen Zweifel daran gelassen, dass es die Festschreibung der internationalen Machtkonstellation am Ende des zweiten Weltkrieges für ungerecht hält. Entsprechend haben sich alle brasilianischen Regierungen immer wieder für eine „gerechtere“ Weltordnung eingesetzt, an deren Gestaltung der „Süden“ ausreichend beteiligt sein müsse. Brasili-

ens Absicht, mit Hilfe der G-4-Initiative (Brasilien, Deutschland, Indien und Japan) seit 2005 die Reform des UN-Sicherheitsrats voranzutreiben, ist sein wohl bekanntester Einsatz für eine neue multipolare Weltordnung. Weniger spektakulär, aber dafür erfolgreicher, war 2003 die Gründung einer G-20 aus verschiedenen Staaten des Südens innerhalb der Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation in Cancun (Mexiko), deren strikte Ablehnung des gemeinsamen Verhandlungsangebots der USA und der EU zur Reform des Agrarhandels damals zum Scheitern der Verhandlungen beitrug. Auch die geschickte Nutzung seiner Mitgliedschaft in der BRIC- und der IPSA-Gruppe hat Brasilien zu einem der wichtigsten Akteure unter den „emerging powers“ des 21. Jahrhunderts werden lassen. Der Erfolg innenpolitischer Reformen und wirtschaftlicher Strategien hat dem Land zusätzliche Legitimität für seine Führungsrolle in der Region verschafft. Seine Fähigkeit, über ideologische und wirtschaftliche Interessenunterschiede hinweg Brücken zu schlagen, hat es zu einem respektierten Partner innerhalb einer sich neu strukturierenden multipolaren Weltordnung werden lassen. Brasiliens Führungsrolle in der Region ist freilich umstritten, da verschiedene Staaten, die eine eigenständige internationale Position anstreben – und aufgrund des reduzierten Einflusses der USA sich erstmals dazu in der Lage se-



UNSER AUTOR

Dr. h. c. Wolf Grabendorff, Jahrgang 1940, ist Senior Fellow des Western Hemisphere Studies Program, School of Advanced International Studies, The Johns Hopkins University. Er hat Geschichte und Politikwissenschaft in Frankfurt, Grinnell (USA) und Berlin studiert, war ARD-Fernsehkorrespondent für Lateinamerika und Direktor des Instituts für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (IRELA) in Madrid sowie Repräsentant in Kolumbien und Direktor des Kompetenzzentrums Regionale Sicherheitskooperation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Santiago de Chile. Forschungsschwerpunkte: Interregionale Beziehungen sowie Außen- und Sicherheitspolitik in Lateinamerika.

hen –, durch keine neue regionale Führungsmacht eingeengt werden wollen. Traditionell haben sich Mexiko, Argentinien und auch Venezuela zu unterschiedlichen Zeitpunkten als wichtige regionale Akteure im internationalen System verstanden und deshalb Brasilien entweder direkt oder indirekt auch die Sprecherrolle für die Region verwehrt. Inwieweit die – über UNASUR institutionalisierte – Nachbarschaftspolitik und das sicherheitspolitische Engagement, vor allem durch seine Führungsrolle bei der UN-Stabilisierungsmission MINUSTAH in Haiti, Brasiliens Position bei seinen Nachbarn stärken wird, hängt nicht zuletzt auch von der Ausstrahlungskraft seines Entwicklungsmodells und seinem zunehmenden Gewicht als Wirtschaftsmacht ab. Die USA sind in einigen Bereichen durchaus bereit, mit Brasilien – vor allem in der Energie- und Sicherheitspolitik – zusammenzuarbeiten, haben aber gleichzeitig berechnete Zweifel daran, ob und inwieweit eine wirkliche Interessenübereinstimmung in weltpolitischen Fragen erzielt werden kann. Deutlich geworden ist dies in den letzten Jahren vor allem hinsichtlich der brasilianischen Positionen gegenüber Kuba, Venezuela und dem Iran. Es bleibt daher die Frage nach der Kalkulierbarkeit des außenpolitischen Profils, nicht nur im Falle Brasiliens, sondern Südamerikas überhaupt. Gerade während des Aufstiegs Brasiliens und vermutlich auch einiger anderer Staaten der Region zu wichtigen Akteuren in einem sich rasch wandelnden internationalen System

können weder die USA noch die EU als die traditionellen Partner der Region mit einer belastbaren oder gar umfassenden Allianzbereitschaft Südamerikas rechnen. Die oft als der „extreme Westen“ bezeichnete Region wird auch in Zukunft – in einigen ihrer Staaten mehr und in anderen weniger – gute Beziehungen zum „Westen“ unterhalten, ihren weiteren internationalen Aufstieg aber wesentlich durch ihr Verhältnis zu den „neuen“ Mächten des Südens definieren.

LITERATUR

- Auswärtiges Amt (2010): Deutschland Lateinamerika und die Karibik: Konzept der Bundesregierung. Berlin.
- Atkins, G. Pope (1995): Latin America in the International Political System. Boulder.
- Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (1996): Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Außenbeziehungen Lateinamerikas im 20. Jahrhundert. In: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Band 3. Stuttgart, S. 4–227.
- Birle, Peter (Hrsg.) (2010): Lateinamerika im Wandel. Baden-Baden.
- Birle, Peter (2010): Zwischen Integration und Fragmentierung: Regionale Zusammenarbeit in Lateinamerika. In: Birle, Peter (Hrsg.): Lateinamerika im Wandel. Baden-Baden, S. 75–98.
- Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hrsg.) (2003): Lateinamerika im internationalen System. Opladen.
- Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.) (2002): Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Frankfurt a. M.
- Cienfuegos, Manuel/Sanahuja, José Antonio (Hrsg.) (2010): Una región en construcción: Unasur y la integración en América del Sur. Barcelona.
- Crandall, Russell C. (2008): The United States and Latin America after the Cold War. Cambridge.

- Detsch, Claudia (2010): ALBA – Ein alternatives Integrationsmodell zwischen Schein und Sein. Berlin.
- Flemes, Daniel/Westermann, Lotte (2009): Konkurrerender Regionalismus: Fünf Jahre Unasur und ALBA. Hamburg.
- Grabendorff, Wolf (1973): Außenpolitische Emanzipation Lateinamerikas. In: Grabendorff, Wolf (Hrsg.): Lateinamerika – Kontinent in der Krise. Hamburg, S. 340–378.
- Grabendorff, Wolf (2002): Perspektiven der politischen Integration in Südamerika. In: Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.) (2002): Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Frankfurt a. M., S. 73–90.
- Grabendorff, Wolf/Seidelmann, Reimund (Hrsg.) (2005): Relations between the European Union and Latin America. Baden-Baden.
- Grabendorff, Wolf (2007): Lateinamerika: Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt. Berlin.
- Grabendorff, Wolf (2010): Brasiliens Aufstieg: Möglichkeiten und Grenzen regionaler und globaler Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2010, S. 16–22.
- Effner, Henning (2003): Regionale und subregionale Integration in den Amerikas: Konvergenz oder Divergenz? Hamburg.
- Hofmeister, Wilhelm (2001): Lateinamerika als internationaler Akteur. In: Internationale Politik, 9/2001, S. 1–8.
- Lagos, Ricardo (Hrsg.) (2008): América Latina: ¿Integración o Fragmentación? Buenos Aires.
- Mols, Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.) (1994): Deutschland – Lateinamerika. Frankfurt a. M.
- Mols, Manfred (2007): Das politische Lateinamerika. München.
- Schirm, Stephan A. (1997): Kooperation in den Amerikas. Baden-Baden.
- Werz, Nikolaus (2008): Lateinamerika. Baden-Baden.

Siegfried Frech und Reinhold Weber (Hrsg.)

HANDBUCHREIHE „POLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG“



Die Handbuchreihe „Politik in Baden-Württemberg“ liefert Basis- und Fachwissen über die politischen Ebenen, auf denen das Land agiert.

- Kompakt und präzise analysiert das **Handbuch Kommunalpolitik** die zentralen Politikfelder auf kommunaler Ebene.
- Das **Handbuch Landespolitik** umreißt die zentralen Akteure und politischen Themen in Baden-Württemberg.
- Inwiefern die Europäische Union für das Land Baden-Württemberg von Bedeutung ist, skizziert das **Handbuch Europapolitik**.

Alle Bände sind mit Gesetzestexten und statistischem Teil praktische Nachschlagewerke.

Die Handbücher kosten je **5.– EUR** (zzgl. Versandkosten) und können einzeln oder zusammen bestellt werden:

Landeszentrale für politische Bildung,
Stafflenbergstraße 38,
70184 Stuttgart
Fax 0711.164099 77
marketing@lpb.bwl.de
www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Multimedia-CD des Nachrichtenpools Lateinamerika

Nachrichtenpool Lateinamerika/NPLA (Hrsg.):

Knappe Ressourcen? – Gemeinsame Verantwortung!

Multimedia-CD. Berlin 2010

Der Nachrichtenpool Lateinamerika hat jüngst eine interaktive CD mit Texten und Radiobeiträgen zum Thema „Knappe Ressourcen? – Gemeinsame Verantwortung!“ herausgegeben. Die Zusammenstellung deckt wichtige Aspekte der Thematik ab und informiert über Konflikte zwischen der Bevölkerung und (transnationalen) Unternehmen im Umfeld von Erdölbohrungen, Bergbauprojekten oder der Landwirtschaft. Sie berichtet über die massiven Umweltprobleme, mit denen Lateinamerika dadurch konfrontiert ist. Die Beiträge führen aber auch an verwandte Themenbereiche heran, beispielsweise die meist ungelöste Herausforderung eines effizienten Recyclings. So entführt etwa der Audiobeitrag „Chema und die Detektive“ im Stile eines Roadmovies in die mexikanische Halbwüste von Hidalgo, wo die Bevölkerung Stück für Stück entdeckt, dass sie bald in der Nähe eines Endlagers leben wird. Marco Arana, Träger des Aachener Friedenspreises 2010, berichtet in einem In-

terview vom Kampf der indigenen Bauern Perus gegen die Minen von Cajamarca und erklärt, weshalb er das Priestertum aufgeben und in die Politik gehen will. In einem packenden Feature erfahren die Hörer, dass es in Brasilien ein Atomkraftwerk mit dem Namen Angra III geben wird – mit mangelndem Sicherheitskonzept, einer ungelösten Endlagerfrage und deutscher Beteiligung.

Es ist eine Stärke der CD, dass immer wieder der Bezug zu Deutschland hergestellt wird: Mehrere Beiträge thematisieren etwa, dass Schweine aus deutscher Massentierhaltung für billige Schnitzel auf unseren Tellern sorgen, die mit (Gen)Soja aus Südamerika gefüttert werden und der massive Anbau des Soja in den Ländern des Südens die Vertreibung von Kleinbauern zur Folge hat, während Kleinbauern in Deutschland gegen die Massentierhaltung ankämpfen. Andere Beiträge beschäftigen sich mit dem neu errichteten Stahlwerk von Thyssen-Krupp in Brasilien, das die Existenz tausender Fischerfamilien bedroht.

Die CD zeigt eine Realität, die uns oft nicht bewusst ist: Der Wohlstand der Industrienationen beruht zum Großteil auf günstigen Rohstoffen, die in anderen Teilen der Welt abgebaut werden, häufig ohne Berücksichtigung von Interessen der Menschen vor Ort oder gar unter Verletzung ihrer grundlegenden Menschen-

rechte. Beiträge zum Fairen Handel, zur Sojaproblematik oder der Gentechnik verdeutlichen aber auch, dass die Leidtragenden dieses Umgangs mit Rohstoffen nicht nur in den Ländern des Südens sitzen. Je aggressiver der Kampf um die Rohstoffe geführt wird, umso wichtiger ist es, gemeinsame Lösungswege zu suchen. Dafür plädieren die Menschen, deren Stimmen auf der CD zu hören sind.

Per Mausklick kann man in die Länder Lateinamerikas „reisen“, denen die Beiträge thematisch zugeordnet sind. Die Navigation ist dank der einfachen Menüführung sehr leicht; es macht Spaß in dieser liebevoll gestalteten CD zu stöbern. Zahlreiche kurze sowie längere Hintergrundtexte und weiterführende Links ergänzen die Zusammenstellung.

Diese gelungene Multimedia-CD des NPLA liefert einen wertvollen Fundus an Material, der besonders für Schulen, Gemeinden und die Erwachsenenbildung wärmstens zu empfehlen ist.

Die CD kann beim Nachrichtenpool Lateinamerika per E-Mail bestellt werden: info@npla.de

Sie wird gegen einen Unkostenbeitrag von 3,00 Euro zugeschickt (oder kann nach Vereinbarung im Berliner Büro kostenlos abgeholt werden: NPLA e.V., Köpenicker Str. 187/188, 10997 Berlin, www.npla.de)

Susanne Friess



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Geldinstitut

Konto-Nr. BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

Der Bürger im Staat, 60. Jahrgang, 2010

Heft 1: Autoritäre Regime

Holger Albrecht/Rolf Frankenberg	Die „dunkle Seite“ der Macht: Stabilität und Wandel autoritärer Regime	4
Petra Stykow	Autoritäre Systeme in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion	14
Rolf Frankenberg	Institutioneller Wandel in Russland – Die Konsolidierung der Autokratie	24
Christoph Stefes	Regimebeständigkeit und „Revolution“: Armenien und Georgien im Vergleich	32
Heike Holbig	Die globale Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteiherrschaft	38
Marco Bunte	Autoritäre Regime in Südostasien: Persistenz und Wandel von Militärregimen	44
Maria Josua	Autoritäre Regime im Vorderen Orient: Herrschaftssicherung trotz Herrscherwechsel	52
Thomas Demmelhuber	Das Familienunternehmen Ägypten	59
Michael Schmidmayr	Die Modernisierung des Autoritarismus in den arabischen Golfstaaten	66
Jörg Kemmerzell	Autoritäre Regime im Afrika	74
Beatrice Schlee	Stabilität in Zeiten größter Krise: Politische Apathie in Simbabwe	83
Peter Thiery	Autoritarismus und Demokratie in Lateinamerika	95
Franziska Stehnen	Kuba – Im Herbst der Patriarchen	100

Heft 2: Italien

Horst-Günter Wagner	Italien – wirtschaftsgeographische Differenzierung des Strukturwandels	124
Wolfgang Altgeld	Risorgimento: Nationalbewegungen, Nationalstaatsgründung, Nationswerdung	134
Malte König	Faschismus: Entstehung, Konsolidierung, Zusammenbruch und Aufarbeitung	143
Alessandra Dino	Der Mezzogiorno und die organisierte Kriminalität	152
Corrado Bonifazi	Italien – ein Einwanderungsland wider Willen?	160
Stefan Köppl	Italiens Parteiensystem im Wandel	168
Mario Caciagli	Die politische Kultur Italiens	178
Paolo Bellucci	Berlusconi: ein umstrittener Politiker	185
Alexander Grasse	Föderative Tendenzen in Italien: Politik, Wirtschaft und Regionalbewusstsein im Wandel	193
Günther Pallaver	Südtirol und Padanien: Zwischen Verteidigung und Eroberung des Territoriums	202
Saveria Capecchi	Frauenrollen in Gesellschaft, Politik und Medien	212
Dörte Dinger	Italien und Deutschland zwischen Entfremdung und Beständigkeit	220
Sonja Haug	Italiener in Deutschland – Migrations- und Integrationsgeschichte	228

Heft 3: Europa konkret – Wie die EU funktioniert

Martin Große Hüttmann	Der neue EU-Vertrag und die Perspektiven der europäischen Integration	244
Gabriele Abels/Annegret Eppler/ Jennifer Träsch	Zum „Demokratiedefizit“ der EU – und wie es sich (nicht) abbauen lässt	256
Almut Möller	Die EU zwischen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik	267
Peter Becker	Der mehrjährige Finanzrahmen der EU	273
Franco Algieri/Arnold Kammel	Auf der Suche nach globaler Ordnung	281
Alexandra Jonas	Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU	287
Julian Siegl	Innen- und Justizpolitik in der EU	294
Daniela Schwarzer	Die EU und die Wirtschafts- und Finanzkrise	301
Joß Steinke/Roland Sturm	EU-Kartellaufsicht: Die Kommission als strenge Wettbewerbschüterin	307
Oliver Treib	Deutschland und die europäische Antidiskriminierungspolitik	314
Severin Fischer	Die Klimapolitik der EU: Vorreiter ohne Mitstreiter?	321
Florian Baumann	Die Energiepolitik der EU	327
Matthias Chardon	Von der europäischen Forschungspolitik zum Europäischen Forschungsraum	335

Heft 4: Südamerika

Hans-Joachim König	Südamerika auf dem Weg ins 20. Jahrhundert	348
Nikolaus Werz	Revolutionen, Staatsstriche, Populismen	360
Dieter Boris	Historische und aktuelle Tendenzen der Sozialstrukturentwicklung	368
Wilhelm Hofmeister	Demokratie in Südamerika	376
Juliana Ströbele-Gregor	Emanzipationsbewegungen indigener Völker in Lateinamerika	384
Sabine Kurtenbach	Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit in Südamerika	392
Eva Karnofsky	Alltags- und Populärkultur: Lateinamerika steht für Vielfalt	400
Hartmut Sangmeister	Wirtschaftlicher Strukturwandel und ungleiche Entwicklung in Südamerika	408
Bettina Hoyer	Lautloser Aderlass oder „Bau einer gemeinsamen Zukunft?“	416
Wolf Grabendorff	Südamerikas internationale Position und regionale Kooperation	422

Buchbesprechungen

Stefan Creuzberger	Stalin. Machtpolitiker und Ideologe	110
Bettina Hoyer/Sebastian Landsberger	Cuba. Identidad entre revolución y remesas	111
Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg u. a.	Dorf unterm Hakenkreuz. Diktatur auf dem Land im deutschen Südwesten 1933 bis 1945	112
Michael Dorrman (Hrsg.)	Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933	113
Martin Geier	Fritz Vogt, Gammersfeld	114
Andreas Beelmann/Kai J. Jonas	Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven	115
Roman Sobkowiak	Eine polnisch-deutsche Biografie – im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik	117
Peter Langman	Amok im Kopf. Warum Schüler töten	118
Bogdan Musial	Sowjetische Partisanen 1941–1944. Mythos und Wirklichkeit	119
Ingrid Eiße	Kalte Kinder. Sie kennen kein Mitgefühl. Sie entgleiten uns	120
Siegmar Schmidt u.a.	Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung	234
Armin Laschet	Die Aufsteiger-Republik – Zuwanderung als Chance	235
Hermann G. Abmayr	Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder	236
Alfred Gottwaldt	Eisenbahner gegen Hitler. Widerstand und Verfolgung bei der Reichsbahn 1933–1945	237
Klaus Kremb	Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts	239
Alexander Fleischauer	„Die Enkel fechten's besser aus“. Thomas Müntzer und die Fröhbürgerliche Revolution – Geschichtsarbeit und Erinnerungskultur in der DDR	342
Günther Gugel	Handbuch Gewaltprävention II. Für die Sekundarstufen und die Arbeit mit Jugendlichen. Grundlagen – Lernfelder – Handlungsmöglichkeiten	343
Günter Gugel	Praxisbox Werte vermitteln. Grundlagen, Praxisfelder, Materialien	343
Günter Gugel	Praxisbox Streitkultur. Konflikteskalation und Konfliktbearbeitung	344
Nachrichtenpool Lateinamerika (Hrsg.):	Knappe Ressourcen? – Gemeinsame Verantwortung!	430

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm, Thomas Schinkel -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Tempel -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Susanne Krieg -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Sabrina Gogel -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit*: Konrad Pflug -30
Landeskunde und Landespolitik*: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik*: Angelika Barth -22
Schülerwettbewerb des Landtags*: Monika Greiner -25
Thomas Schinkel -26
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/ -32
Freiwilliges Ökologisches Jahr*: Steffen Vogel -35
Alexander Werwein/Charlotte Becher -36/ -34
Stefan Poller -37
Zentraler Service: Andreas Hofsäß -59

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Tempel -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Unterrichtsmedien: Michael Lebesch -47
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe/Julia Maier -49/ -46

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Felix Steinbrenner -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, Fax -145
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Leiterin: Regina Bossert -81
Assistentin: Lydia Kissel -82

* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Fax: 0711/164099-55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-0
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-0
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“
anfordern unter www.lpb-bw.de

DER BÜRGER IM STAAT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum kostenlosen Herunterladen: **www.buergerimstaat.de**

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden: Landeszentrale für politische Bildung, Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77
marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet unter lpb-bw.de.

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 1 kg sowie bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

www.lpb-bw.de